SONDERBERICHT

Grüne Gewalt und Terrorismus

Moskaus Kleinkrieg gegen den Westen

Sonderbericht

AUGUST 1986
Executive Intelligence Review

Grüne Gewalt und Terrorismus

Moskaus Kleinkrieg gegen den Westen

Copyright EIR, 1986.
Sonderbericht
August 1986
Executive Intelligence Review
DM 250,-

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur:
Anno Hellenbroich,
Dotzheimer Str. 166,
6200 Wiesbaden
Redaktion: Spuren und Motive,
Executive Intelligence Review
Nachrichtenagentur GmbH,
Dotzheimerstr. 166,
D-6200 Wiesbaden,
Tel. (06121) 884-0
Druck: Dinges + Frick,
Wiesbaden

INHALT

3. TEIL: Anhang

Vorwort

Die brutale Ermordung von Prof. Beckurts, einer der entscheidenden Persönlichkeiten in der deutschen SDI- und Nuklear-Forschung, und seinem Fahrer, hat erneut die Öffentlichkeit aufgeschreckt. Dieses mit eiskalter, militärischer Präzision durchgeführte Attentat ist eine weitere Eskalation im andauernden, sowjetisch gesteuerten Zermürbungskampf um die Zukunft der Bundesrepublik Deutschland. Die sowjetische Führung zielt darauf ab, durch massives propagandistisches Trommelfeuer und gleichzeitig verdeckt geführten Kleinkrieg gegen die Bundesrepublik deren Verteidigungswillen so zu schwächen, daß Deutschland ohne größeren Widerstand aus dem westlichen Bündnis herausbricht und dem russischen Empire anheimfällt. Als Lockmittel werden dabei für die „nützlichen Idioten" im Westen scheinbar unwiderstehliche Abrüstungsangebote und Wirtschaftsverträge mit besonderen Begünstigungsklauseln angeboten.

Die amtlich veröffentlichten Zahlen über Anschläge und Sabotageakte in den vergangenen 18 Monaten allein vermelden, daß im Durchschnitt jeden Tag irgendwo in Deutschland mindestens drei Anschläge terroristischer Art stattfinden. Jeden Tag also explodiert an irgendeiner Polizeistation oder einer Militärkaserne ein Sprengsatz, geht irgendwo in einer Computerzentrale einer großen Firma ein Brandsatz los, werden bei irgendeiner Bahnstrecke durch Wurfanker, in die sich vorbeifahrende E-Züge verfangen, Oberleitungen heruntergerissen. Oder es werden mit Trennscheiben irgendwo Hochspannungsmasten „umgelegt", wie es in der Sprache der Saboteure heißt. Stolz werden die „Erfolge" in den Mitteilungsblättern der Aktionsgruppen, wie der „Revolutionären Zellen (RZ)", in *Radikal* oder *TAZ* veröffentlicht.

Jüngster Höhepunkt dieses andauernden Zermürbungskampfes gegen die zentralen Einrichtungen unseres Staates war die „Pfingstschlacht um Wackersdorf". Im Schutz von über 10000 sogenannten „friedlichen Demonstranten", die insbesondere durch DKP und VVN-Kader mobilisiert wurden, haben ca. 1200-1300 trainierte Stoßtruppen in bisher ungekannter Brutalität die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf und die dort eingesetzten Sicherungskräfte angegriffen. Die Bewaffnung: Präzisionsstahlschleudern, Äxte, Signalpistolen sowie in einigen Fällen auch Kleinkaliber- oder Jagdgewehre; die Kommunikation: Walkie-Talkies u.ä.; auch die taktische Durchführung der Vorstöße verriet militärische Zielplanung. Tote waren von seiten der Terroristen, der „Fighter", wie sie sich selbst nennen, eingeplant. Neben den fast 200 zum Teil schwerverletzten Polizisten nimmt es sich fast wie ein Wunder aus, daß keiner zu Tode gekommen ist.

Nach sorgfältiger Bewertung der vorhandenen Lageberichte muß man davon ausgehen, daß in der jetzigen Phase solche terroristischen Stoßtrupps die Arbeit der östlichen Speznas-Einheiten, der Elite-Sabotage- und Killertruppen der Sowjets oder der NVA, geraume Zeit vor Ausbruch des heißen Krieges, durchführen. An Schlüsselstellen der Steuerung terroristischer Anschläge sind Offiziere aus dem Reservoir der „stillen" Speznas-Einheiten aktiv, ohne jedoch notwendigerweise selbst im Killerteam, wie im Terrorfall Beckurts, mitzuwirken.

Was eigentlich muß noch alles in unserem Land geschehen, damit endlich die politisch Verantwortlichen das öffentlich aussprechen, was Sicherheitsfachleute seit geraumer Zeit sagen: Wir sind Opfer eines von Moskau gesteuerten Kleinkriegs. In dramatischer Weise sind die von Brigadegeneral v. d. Heydte in seinem nunmehr klassischen Standardwerk *Der*

moderne Kleinkrieg (1972) aufgezeigten Möglichkeiten des zukünftigen Krieges Wirklichkeit geworden.

In den letzten Jahren ist so viel geschehen, daß niemand mehr Prof. v. d. Heydtes Aussagen über die Kleinkriegsstrategie und die Kampfformen, wie sie heute von sowjetischer Seite eingesetzt werden, wegwischen kann:

* Subversion, Infiltration, Marsch durch die Institutionen: also Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Justiz und Medien zwecks Rekrutierung
* gezielter Terrorismus gegen Einzelpersonen, Attentate und Entführungen
* Bombenanschläge und Brandstiftungen, Sabotageakte
* Desinformationskampagnen, psycho-kulturelle Zersetzung und Demoralisierung
* sogenannter „blinder Terrorismus" zur wahllosen Tötung oder Verletzung möglichst vieler unbeteiligter Menschen auf Volksfesten, Zügen, Flugplätzen
* die Entführung möglichster großer Gruppen unbeteiligter Menschen zur Erpressung des Staates, so von Flugzeugen, Zügen oder Schiffen
* bürgerkriegsähnliche gewaltsame Unruhen und Ausschreitungen.

Der Kulminationspunkt der Kleinkriegsstrategie der Sowjets ist der Zustand der „Unregierbarkeit" und des Bürgerkriegs in dem betroffenen Staat, etwa der Bundesrepublik Deutschland oder Italien.

Die Frage bleibt bestehen, ob wir rechtzeitig den Mut haben, diesen Tatsachen ins Auge zu blicken und Roß und Reiter zu nennen. Zwar haben einige Kommentatoren bei dem Bekennerschreiben der RAF zur Ermordung von Prof.Beckurts — der dort als „Repräsentant des „militärisch-industriellen Komplexes MIK" und Verfechter der Entwicklung von SDI, das vom „aggressiven Westen" eingesetzt werden soll, um „die sozialistischen Länder militärisch in die Knie zu zwingen", zum Mordopfer erklärt wird — die Parallelen zur sowjetischen Hetzkampagne gegen SDI und insbesondere gegen die deutsche Beteiligung an SDI gesehen und darauf aufmerksam gemacht. Ebenso hat der italienische Innenminister Scalfaro auf „ein und denselben Kopf" hinter dem Mord von Straßlach und dem Anschlag auf das Polizeihauptquartier in Paris hingewiesen, ohne jedoch die Sowjets beim Namen zu nennen. Dennoch hat das offizielle Bonn bisher alles vermieden, diese Wirklichkeit auszusprechen.

Der Graben zwischen den Polizei- und Sicherungskräften, die an „vorderster Front" stehen, ihre Gesundheit auf's Spiel setzen und sich dafür auch noch täglich beschimpfen lassen müssen, und den Politikern und Medienleuten, die stets vernebeln und verschleiern, ist bereits sehr tief. Die von den Desinformanten in Presse, Rundfunk und Fernsehen verbreiteten Abwiegelungsgeschichten über die „wirklichen Ziele der Grünen und Friedensbewegten" in unserem Land haben zu Passivität und Uninformiertheit großer Teile der Bevölkerung geführt. In dieser Lage hat eine fatale Grundstimmung weite Teile der großen Parteien, insbesondere der SPD erfaßt, die dort vorgaukelt: Besser rot als tot!

Otto Schily, aus seinen Terroristenprozessen erfahren in der Deutung der Sprache der Guerilleros, sprach vor einiger Zeit drohend von den Zuständen in unserer Republik, die einer „Libanonisierung" gleichkämen. Seine Partei, die Grünen, haben bislang viel auf diesem Weg getan. Nicht zu Unrecht hat Minister Stoltenberg am Vorabend der Niedersachsen-Wahl den Vergleich der Grünen mit der baskischen Terrororganisation ETA gezogen.

Der hier vorgelegte *Sonderbericht* gibt reiches Dokumentationsmaterial an die Hand, das aufzeigt, wie weit es Moskaus Parteigänger auf dem Marsch durch die Institutionen bereits gebracht haben, welche Positionen in unserem Staat sie bereits erobert haben und wie sie Schützenhilfe für den schon lange dauernden Kleinkrieg Moskaus leisten. Diese Informationen mögen dazu dienen, den vorhandenen Verteidigungswillen jedes patriotisch gesinnten Bürgers zu stärken und die notwendigen Maßnahmen, die die Ordnungskräfte zur Sicherung unseres Landes ergreifen müssen, geistig und praktisch zu unterstützen.

Mitte Juli 1986 — *Anno Hellenbroich*

1. TEIL

Der sowjetische Terror-Kleinkrieg und die Rolle der Grünen

Die Pfingstschlacht von Wackersdorf

Die blutigen Unruhen, die über Pfingsten auf dem Baugelände in Wackersdorf und drei Wochen später in Brokdorf ausbrachen, haben das politische Klima in unserer Republik drastisch verändert. Die Zahl von insgesamt 183 verletzten Polizeibeamten in Wackersdorf, davon 24 mit schweren Verletzungen in stationärer Behandlung, ist ein Schock. Die Brutalität, mit der die gewalttätigen „Demonstranten" gegen die Polizei vorgingen, wie auch die zahlenmäßige Stärke dieses Mobs zeigen, daß die Sicherheitskräfte der Bundesrepublik sich auf eine neue Dimension öffentlicher Gewalttaten einrichten müssen. Obwohl die Ablehnung der Atomkraft für diese Aktionen als Anlaß diente, haben diese Gewaltausbrüche sog. bloßer Opposition gegen Kernkraftprojekte die Schwelle zum bürgerkriegsähnlichen Kleinkrieg überschritten.

Die Schlacht von Wackersdorf

Die Wackersdorfer Unruhen vom Pfingstwochenende nahmen ihren Ausgang in jenem Hüttendorf, welches kurz nach Ostern im Taxöldener Forst nahe am Wackersdorfer Baugelände errichtet worden war. Das Dorf diente als Sammelpunkt für die etwa 4000 Demonstranten, unter die sich auch der größte Teil der 12-1300 Mann starken Trupps von Gewalttätern gemischt hatte. Da die Zufahrtswege nach Wackersdorf kaum polizeilich kontrolliert wurden, konnten darüber ein Großteil des „Kampfmaterials" wie Stahlkugeln, Stahlsplitter, Stangen, Feuerwerkskörper und Molotow-Cocktails ins Lager gebracht werden. Bereits am Samstag vor Pfingsten waren die wesentlichen Vorbereitungen für die geplanten Unruhen abgeschlossen.

Am Morgen des Pfingstsonntag setzte sich dann der Demonstrationszug von 4000 Leuten vom Lager aus in Bewegung und marschierte auf den Bauplatz zu. Die 1000 Bereitschaftspolizisten waren mitsamt Wasserwerfern hinter dem Bauzaun stationiert. Als nun der Demonstrationszug nahe genug an den Bauzaun herangerückt war, prasselte nach einigem Vorgeplänkel zunächst ein allgemeiner Steinhagel auf das Baugelände, dann griff die erste Welle von Vermummten an und versuchte, mit Zangen und Eisensägen größere Löcher in den Zaun zu brechen. Da diesem Angriff mit dem Einsatz der Wasserwerfer nicht beizukommen war, machten einige Hundertschaften der Polizei einen Ausfall an der Stelle, an der die größte Massierung des Mobs war, um die Angreifer zurückzudrängen und, wenn möglich, zu verhaften.

Hier aber rannte die Polizei in einen Hinterhalt, denn sie hatte es nicht mit den üblichen 200-300 gewalttätigen Störern zu tun, sondern mit der dreifachen Zahl, und diese griffen in drei Wellen an. Wie der Polizeibericht später sagte, wurde hierbei „mindestens eine ganze Hundertschaft regelrecht aufgerieben." Das erste Ziel der Gewalttäter war, die Formation der Polizei zu zerschlagen. Dabei wurden Stahlkugeln, Muttern und Stahlsplitter mit Schleudern verschossen. Die Wucht solcher Stahlge-

„Verdeckte Aktionen" gegen Kernkraftwerke

„Die Umgebung aller Atomkraftwerke" müsse „zum Feindesland" erklärt werden. Widerstand müsse „von den friedlichsten Dingen wie Volksentscheiden bis zu verdeckten Aktionen" reichen. Dies waren die Forderungen des Bremer „Kernphysikers" **Jens Scheer** auf dem bundesweiten Treffen der AKW-Bewegung Ende Juni in Frankfurt. Scheer, vormals militanter Aktivist der maoistischen **KPD**, war bereits Ende der 70er Jahre Wortführer der „ersten Generation" für gewaltsame Aktionen gegen Kernanlagen. Im Mai unterzeichnete er u.a. zusammen mit den Grünen Petra Kelly, Lukas Beckmann und Joschka Fischer den Aufruf zum „Volksentscheid gegen Atomanlagen". Ein von Scheer geleiteter Arbeitskreis „Rüstungstechnik" des Bremer „Vereins für Umwelt- und Arbeitsschutz e.V." gab bereits im November 1983 eine Broschüre gegen das SDI-Programm mit dem Titel „Frieden schaffen mit Strahlenwaffen?" heraus — ein Jahr, bevor die sowjetisch gesteuerte Anti-SDI-Kampagne anfing, auf Massenbasis zu „greifen".

schosse ist so groß, daß sie die gängigen Polizeihelme glatt durchschlagen können. Bei massiven Angriffen bleibt der Polizei nur der Rückzug oder die Flucht. Doch in Wackersdorf war selbst dazu die Übermacht der gewalttätigen Störer zu groß.

Dann wurde auf einzelne Polizisten Jagd gemacht, wobei auch Signalmunition und Molotow-Cocktails gezielt auf Köpfe und Gesichter der Polizeibeamten abgefeuert wurden. Schwere Verletzungen am Trommelfell und im Gesicht waren die Folge. Mit Eisenstangen und Ketten wurde zusätzlich auf die Polizisten eingeschlagen — so erklären sich wahrscheinlich die Knochenbrüche, mit denen die meisten der 24 schwerverletzten Polizeibeamten später in Krankenhäuser eingeliefert wurden.

Nur durch massiven Abwurf von Tränengasgranaten aus Polizeihubschraubern konnte die Lage vor dem Bauzaun entschärft werden — allerdings waren nach dieser Schlacht bereits mehr als 160 Polizeibeamte verletzt.

Neben diesem „Kriegsschauplatz" am Bauzaun gab es weitere. So hielt in einiger Entfernung vom Baugelände ein größerer Trupp von Vermummten einen Personenzug der Strecke Schwandorf-Fürth an, demolierte die Fenster und das Innere der Waggons, bewarf das Führerhaus der Lokomotive mit Steinen und konnte erst nach massivem Tränengaseinsatz aus der Luft von der Polizei vertrieben werden. Wenige Stunden später überfiel eine weitere Gruppe von Gewalttätern einen Güterzug auf der gleichen Strecke, kuppelte die Waggons ab und bombardierte wiederum das Führerhaus der Lokomotive. Der Lokführer mußte sich verbarrikadieren und konnte nur unter erheblichen Schwierigkeiten mit der Lok entkommen.

Im gesamten Gebiet um den Wackersdorfer Bauplatz wurden Polizeifahrzeuge angegriffen, umgestürzt, in Brand gesteckt oder mit Steinen und Stahlkugeln demoliert. Auf Baufahrzeuge wurden Brandsätze geworfen, Bahnschienen herausgerissen, Streckenzeichen der Bahn zerstört, Oberleitungsmasten blockiert und anderes mehr. Die Unruhen zogen sich bis in die Abend- und Nachtstunden des Pfingstsonntag hinein. In der Nacht wurde ein Hochspannungsmast von 10.000 Volt durch einen Sprengsatz zerstört. Telefonmasten und -schaltkästen im gesamten Gebiet wurden abgesägt und zerschlagen.

Nachschub und Einsatz der Gewalthaufen erfolgte ebenso breiträumig. Zum ersten Mal wurden Gruppen von 30 bis 50 schweren Motorrädern eingesetzt, um Polizeisperren zu durchbrechen oder, da es sich um geländegängige Maschinen handelte, querfeldein zu umgehen. Die Steuerung der Operationen verlief über CB-Funk, ebenso die Störung des Polizeifunks.

Die Störer errichteten übrigens Straßensperren eigener Art: nachts wurden Fallgruben auf den wichtigsten Zufahrtswegen ausgehoben, um die Polizeitransporte zu behindern und zu blockieren.

Die Konfrontation setzte sich am Pfingstmontag fort. Am Montagmorgen fuhren zwei Busse mit 30 Polizeibeamten in einen Hinterhalt und sahen sich plötzlich von mehr als 1000 Demonstranten umzingelt, aus denen sich ein Trupp vermummter Gewalttäter löste und die Fahrzeuge mit erheblicher Brutalität angriff. Auch hier konnte wie am Vortag bei der Schlacht um den Bauzaun nur durch den massiven Abwurf von Tränengasgranaten aus tieffliegenden Hubschraubern die Lage unter Kontrolle gebracht werden. Augenzeugen beider Seiten schilderten diese Situation später als „nahe an einer Katastrophe." Die Polizei hätte angesichts der Brutalität des Angriffs vermutlich sehr bald zur Schußwaffe greifen müssen.

Mittlerweile trafen am Montag die ersten Verstärkungen für die Polizei ein. Trotzdem gelang es der Polizei nicht, Verhaftungen in größerem Umfang vorzunehmen. Die Räumung des Hüttendorfes am Dienstag miteingerechnet, konnte die Polizei lediglich 22 Störer festnehmen — von den mehr als 1000 Gewalttätern des eigentlichen *harten Kerns* konnten fast alle entkommen. Bei einem Angriff von etwa 50 Motorradfahrern auf das Polizeigefängnis in Neustadt (nördlich von Wackersdorf) wäre es beinahe noch zu einer Gefangenenbefreiung gekommen. Sabotageakte gegen

Bahn, Telefonmasten, Baufahrzeuge, Baugerätelager und Polizeifahrzeuge setzten sich auch über den Dienstag hinaus fort.

Der Sachschaden, den die Schlacht von Wackersdorf verursachte, dürfte weit über einer Million DM liegen, und die Gewalttaten füllen ganze Register von Straftatbeständen. Das „Kampfgebiet" selbst erstreckte sich über eine Fläche von mehr als 100 Quadratkilometern um Wackersdorf herum. In diesem Gebiet, das von den Demonstranten vor Wochen bereits in „Freie Republik Wackerland" umbenannt worden war, brach tatsächlich zwischen Samstag und Mittwoch die öffentliche Ordnung zusammen. Die staatlichen Ordnungskräfte waren größtenteils nicht Herr der Lage — nicht das Demonstrationsrecht, sondern das Faustrecht von Gewalttätern bestimmte den Verlauf der Ereignisse.

Unruhen auch in Brokdorf

Für den 7. Juni hatte die „Bewegung" zu einer Massenkundgebung gegen das Kernkraftwerk Brokdorf aufgerufen. Zehntausende wurden erwartet, und die Polizei war bereits im voraus durch klare Anzeichen gewarnt, daß es auch in diesem Zusammenhang zu erheblichen Gewalttaten kommen würde. Auf einem letzten Vorbereitungstreffen des Aktionsausschusses zwei Tage vor der Kundgebung war für Gewalt plädiert worden, und es hatte sich dagegen keine Stimme des Widerspruches erhoben.

Der Schwerpunkt der Ausschreitungen entwickelte sich wegen der dichten Absperrmaßnahmen der Polizei allerdings nicht am Kraftwerksgelände selbst, sondern einige Kilometer entfernt in den nordöstlich liegenden Ortschaften Bad Bramstedt, Kellinghusen, Kleve und Hohenlockstedt. Eine Gruppe von mehreren hundert Autonomen tobte sich in den Geschäftszonen dieser Ortschaften aus. Es wurden private Kraftfahrzeuge demoliert, und die anfangs schwachen Polizeikräfte wurden gezielt und mit erheblicher Brutalität mit Molotow-Cocktails, Stahlkugeln und Signalmunition beschossen. In der Ortschaft Kleve wurde während der Auseinandersetzungen sogar eine Maschinenpistole der Polizei entwendet, und etliche Polizeibeamte erlitten schwere Verletzungen. Erst unter Einsatz von stärkeren Polizeikräften gelang es schließlich, etwa 60 Gewalttäter festzunehmen.

Insbesondere der gezielte Abschuß von Signalmunition auf einzelne Polizeibeamte führte zu schweren Magnesium-Brandverletzungen. Die übrigen, während der Unruhen angerichteten materiellen Schäden dürften in der Größenordnung von mehreren hunderttausend DM gelegen haben.

Grüner Rückhalt für Gewalttäter

Die Rolle der Grünen im Vorfeld und während dieser Unruhen führte Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg wenige Tage nach den Brokdorfer Ereignissen dazu, die Grünen mit der **baskischen Terrororganisation ETA** zu vergleichen. Auch diese habe, so Stoltenberg, einen extremistischen und einen parlamentarischen Arm, beide arbeiteten jedoch in die gleiche Richtung: die bürgerkriegsartige Herausforderung des Staates und seiner Institutionen.

Was den sogenannten „parlamentarischen" Bereich der Grünen anbelangt, so stellte sich dieser anschaulich dar während des Bundeskongresses der Grünen Partei, der zwei Tage vor Pfingsten in Hannover begann. Besonders die beiden Vorstandsmitglieder **Rainer Trampert** und **Jutta von Ditfurth** zeichneten sich in ihren Reden durch eine Wortwahl aus, die man nur als Stichworte für die gleichzeitig anlaufenden Aktionen gegen Wackersdorf verstehen konnte.

So sprach Trampert davon, daß alle 374 Kernreaktoren der Welt eine „Kriegserklärung an die Menschheit" seien, der durch massenhaften Widerstand zu begegnen sei, und Frau Ditfurth hieb in die gleiche Kerbe. Atomkraftwerke und Projekte wie jenes in Wackersdorf seien *Terrorismus des Staates gegen die Bevölkerung.* Außerdem wurde in Hannover ständig eine angebliche Verbindung zwischen Atomkraftpolitik, SDI, NATO und Atombombenplänen in Bonn konstruiert — und dies alles vor dem Hintergrund derselben Atomhysterie, die nach Tschernobyl von den Grünen selbst entfacht worden war.

Die grünen Brandreden wurden am 17. Mai, also zwei Tage vor den später

WIR HABEN AM 27. 4. MEHRERE
BRANDSÄTZE IN
DIWIDAS UND LIEBHERR-FAHRZEUGE
IN ERDING GELEGT.

NACH MASSENVERHAFTUNGEN UND
CS-GAS MUSS DER WIDERSTAND
GEGEN DIE WAA AUF EINER FÜR UNS
UNGEFÄHRLICHEREN EBENE
WEITERGEHEN.
-WAA NIE
-EINSTELLUNG ALLER VERFAHREN
GEGEN ATOM-GEGNER

DIE NEUE KRAFT
FÜR BAYERN

— KOMMANDO KARL-HEINZ
HIERSEMANN

Bekennerschreiben zu Brandanschlägen auf am Bau der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf beteiligte Firmen. Aus: *Knipselkrant* 1986, S. 617.

so bejubelten Vorfällen vom Pfingstsonntag, gehalten. Wer ein wenig Einblick in das enggeknüpfte Informationssystem der grünen Bewegung hat, weiß, wie schnell sich krause Ideen innerhalb der Szene verbreiten.

Noch ungeklärt ist jener Vorfall, der vom Grünen-Kongreß in Hannover berichtet wurde, demzufolge die Nachricht von den schweren Verletzungen der Polizei bei Wackersdorf von grünen Delegierten mit Applaus aufgenommen wurde.

Auch bei den Vorbereitungen für die gewalttätige Brokdorf-Aktion am 7. Juni waren die Grünen aktiv. An den Planungstreffen, die mehr und mehr von den „Autonomen" bestimmt wurden, nahm das Mitglied des schleswig-holsteinischen Landesvorstandes der Grünen, **Lars Hennings**, teil. Ähnliche Treffen zwischen Grünen und Autonomen fanden auch in Bremen, Hamburg und Kiel statt. Wie bekannt wurde, waren sich auf einem Vorbereitungstreffen in Hamburg-St. Pauli Grüne wie Autonome einig, daß durch Vorschicken der skrupellosesten Elemente der Polizeiwiderstand bei Brokdorf gebrochen werden sollte und daß man so den Kampf bis an das Kraftwerksgelände herantragen wollte.

Auf der Linie, die Trampert und Frau Ditfurth während des Grünen-Kongresses in Hannover ausgegeben hatten, lag auch ein Flugblatt der **„Alternative-Grüne-Initiativen-Liste"**, das vor dem 7. Juni in Göttingen verteilt wurde. Hier wurden „alle Formen des Widerstands gegen die Einrichtungen der Atomindustrie und des Atomstaats" für „berechtigt und notwendig" erklärt. Formulierungen wie diese tauchen in der Tat immer wieder auf Bekennerbriefen oder Flugblättern auf, die nach oder in Zusammenhang mit zahlreichen Anschlägen gegen Strommasten, Büros der Kraftwerksbetreiber und der Kernkraftindustrie, gegen Bundesbahnstrecken und Baulager von Firmen, die an Kraftwerken mitbauen, entweder direkt am Tatort zurückgelassen oder später verteilt werden.

Die explosionsartige Ausweitung solcher Sabotageakte, die parallel zum Aufflammen der gewalttätigen Unruhen in Wackersdorf zu beobachten war, ist im übrigen ein Aspekt, der mehr und mehr das Interesse der Sicherheitsbehörden findet, weil es hier Hinweise auf eine Verwicklung östlicher Subversionsorgane gibt.

Da nämlich alle diese Sabotageakte nicht nur mit dem Protest gegen Kernkraft, sondern auch gegen die angeblichen Atompläne der Bundeswehr und gegen die NATO gerechtfertigt werden, stellt sich die Frage, ob diese gesamte Wackersdorfer Szenerie nicht den Interessen des Ostens dient.

Moskau und Pankow spielen mit

Interesse muß erwecken, daß gerade die beiden Grünen **Trampert** und Frau **Ditfurth**, deren Reden eine auf- oder einpeitschende Wirkung auf dem Kongreß von Hannover spielten, kurz vor dem Beginn des Kongresses in Moskau mit Staatspräsident Andrei Gromyko und weiteren hohen sowjetischen Funktionären zusammentrafen. Der prominente Empfang, den der Kreml der Grünen-Delegation bereitete, erklärt sich aus der engen Übereinstimmung der Auffassungen. Der Wille der Grünen, nach der Katastrophe von Tschernobyl unter Einsatz sowohl des parlamentarischen wie auch den außerparlamentarischen Arms ihrer Massenbewegung, am Thema „Kernkraft" die Konfrontation mit dem bundesdeutschen Staat zu suchen, paßt nur allzugut ins sowjetische Konfrontations-Kalkül gegen die Bundesregierung Kohl — und das Moskauer Kalkül ist auch gleichzeitig das Kalkül Honeckers.

Nach Presseberichten verweigerte die Volkspolizei am Pfingstmontag einem Wasserwerfer der West-Berliner Polizei, der zur Verstärkung nach Wackersdorf kommen sollte, die Durchfahrt durch die DDR nach Bayern. Gleichzeitig berichteten Medien der DDR über angebliche polizeiliche Übergriffe gegen die Demonstranten von Wackersdorf. Dagegen hatten die etwa 16 Busse mit Demonstranten aus der „Szene" West-Berlins, die am frühen Morgen des 7. Juni auf dem Weg nach Brokdorf waren, wenig Probleme mit Grenzkontrollen der Volkspolizei und konnten ungehindert ihre Fahrt Richtung Westen fortsetzen.

Tschernobyl und die verschärften Moskauer Attacken danach auf die Bundesregierung und ihre Atompolitik sind nur der Anlaß für eine verschärfte Propaganda-Kampagne auch der DDR, für die der Boden längst bereitet wurde — auch in Wackersdorf. Verbindungen zwischen dem Osten und der Wackersdorfer Szene existieren schon länger. Die **DKP** zum Beispiel ist seit Beginn der Aktionen im Sommer 1985 dabei. Sie half beim Aufbau des ersten Hüttendorfes, das mit Beginn der Rodungsarbeiten Anfang Dezember 1985 polizeilich abgeräumt wurde. Sie half auch beim Bau des sog. ,,Silvester-Dorfes''; hier halfen sogar hohe Funktionäre der bayerischen DKP mit. *Unsere Zeit (UZ)*, das Organ der DKP, schrieb am 31. Dezember 1985: ,,Der **Regensburger DKP-Kreisvorsitzende** legt mit Hand an, als das tonnenschwere Holzkreuz in seine endgültige aufrechte Stellung gehievt wird.'' Das war das Mahnkreuz, das in der Mitte des Hüttendorfes errichtet wurde.

Am 7. Januar 1986 schrieb **Karl Hofmann**, Bezirkssekretär des DKP-Vorstandes Nordbayern, selbst einen Artikel in der *UZ*, in dem zu lesen war: ,,Beim Bau des Lagers und bei der Organisation der Versorgung sind DKP-Mitglieder aus der Oberpfalz mitbeteiligt. Gleichzeitig organisieren die Kommunisten die Aufklärungsarbeit in den Städten. Dabei erweist sich ein Besuch im freien Wackerland als das wirkungsvollste Argument.''

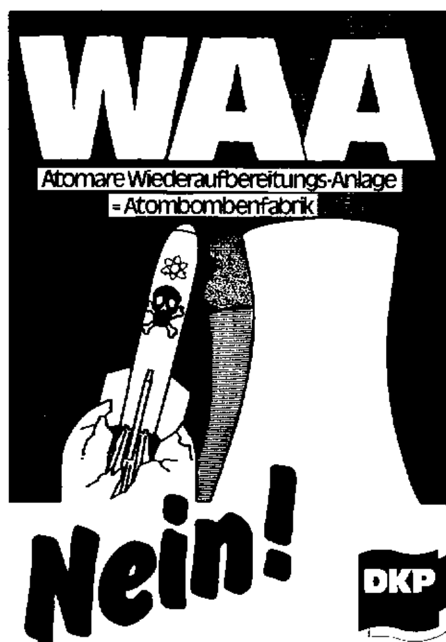
Helmut Wilhelm, der Leiter der **Bürgerinitiative Amberg**, wurde sogar im Januar nach Moskau eingeladen. Man sieht, welches Interesse die Sowjets an dem Protest in Wackersdorf schon lange vor Tschernobyl besaßen.

Die Druckpresse der DKP ist für die Wackersdorfer Protestszene offenbar ebenso von Bedeutung wie die übrigen Hilfsmittel der Kommunisten. Dem bundesdeutschen Verfassungsschutz ist bekannt, daß die DKP jährlich mit etwa 60 Millionen DM aus der DDR, das heißt von Honeckers SED, unterstützt wird und daß dieses Geld zum erheblichen Teil in die Anti-Atom-Arbeit der DKP hineinfließt. Man darf spekulieren, wieviel davon ,,wg. Wackersdorf'' auf die Konten der bayerischen DKP-Sektion abgebucht wird.

Von möglicherweise noch viel entscheidenderer Bedeutung als die Funktion der DKP ist jedoch jenes Treffen von europäischen Grünen und Kommunisten, das Mitte Mai in Wien auf Einladung der österreichischen Kommunisten stattfand. Mitausrichter dieser Strategietagung der Anti-Atom-Bewegung war die Redaktion des Prager Magazins *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, eines Reliktes aus der Zeit der alten Kommunistischen Internationale. Auf diesem Treffen wurde auch über Wackersdorf geredet — wenige Tage vor den Unruhen.

Es gibt Hinweise, daß sich etliche Mitglieder der extremistischen Szene, die schon an Ausschreitungen an der Frankfurter Startbahn West beteiligt waren, in Nikaragua befinden, um dort im Gebrauch von Schußwaffen und in der Aufstandstechnik ausgebildet zu werden. Es soll in Nikaragua Lager geben, in denen auch DDR-Militärberater tätig sind. Sollten sich diese Hinweise bewahrheiten, dann wäre ein besonderes Augenmerk auf die Wackersdorfer Szenerie zu richten, denn laut der pro-terroristischen Postille *TAZ* beteiligen sich auch Startbahngegner an den Aktionen in Wackersdorf.

Die Polizei berichtete am 4. Mai übrigens von einem Vorfall, bei dem in Wackersdorf aus einem Kleinkalibergewehr zwei Schüsse auf einen Polizeihubschrauber abgegeben wurden, die die Kabinenwand durchschlugen. Wäre der Treibstofftank getroffen worden, hätte es eine Explosion gegeben. Auch während der Pfingstunruhen sollen Schüsse auf Polizeihubschrauber abgefeuert worden sein. Am 7. Juni wurden ähnliche Vorfälle aus Brokdorf gemeldet.



Die DKP gehört seit Jahren zu den vehementesten Unterstützern des „Widerstands" gegen die Kerntechnik — im Westen!

Die Komplizenschaft der SPD

Eine hitzige Debatte löste am 21. Februar im bayerischen Landtag eine Bemerkung aus, die Bayerns Justizministers Lang zur Haltung der SPD machte. Lang warf den bayerischen Sozialdemokraten vor, sie machten sich ,,mit Feinden unseres Staates gemein,'' indem sie politische Rückendeckung für die Wackersdorfer Protestszene und damit auch für die gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei gäben. Die SPD kritisierte Langs Bemer-

kung als „unerhört" und verließ geschlossen die Parlamentssitzung. Aber was Lang gesagt hatte, entsprach ganz den Tatsachen.

Im Landkreis Schwandorf, zu dem Wackersdorf gehört, herrscht ähnlich wie im Landkreis Groß-Gerau bei der Startbahn West eine Atmosphäre des Protestes und der Kumpanei mit der Szene, die ohne die Rolle der SPD nicht denkbar wäre. **Landrat Hans Schuierer** und sein Stellvertreter **Benno Zierer** (beide SPD) sind selbst tatkräftige Förderer des Protestes gegen die Anlage in Wackersdorf. Die Verhinderung des Projektes ist offizielle Politik der bayerischen SPD seit August 1985, und seit Anfang 1986 auch der Bundes-SPD. Hierin ist sich die SPD nicht nur mit den Grünen, sondern auch mit der DKP und der DDR einig: Wackersdorf soll angeblich der Herstellung einer bundesdeutschen Atombombe dienen und müsse allein deswegen schon unter allen Umständen verhindert werden.

Am Aschermittwoch 1986 trat kein geringerer als der Vorsitzende der SPD-Grundwertekommission, **Erhard Eppler**, bei einer Veranstaltung im Wackersdorfer Hüttendorf mit Entschiedenheit für die Protestszene ein. An Kritiker der Grünen und der Anti-Atombewegung gerichtet, sagte Eppler: „Dies sind eure Freunde, die eure Politik erst möglich machen!"

Die bayerische SPD zeigte auch nach den ersten Unruhen und Auseinandersetzungen, Sabotageakten und anderen Vergehen in und um Wackersdorf keine Berührungsängste mit der „Bewegung." Zu Ostern fand sich sogar die gesamte SPD-Spitze von Bayern zur Großkundgebung in Wackersdorf ein, um durch ihre Präsenz der Forderung nach Stillegung des Projektes Nachdruck zu verleihen. Gleichzeitig machte die SPD bekannt, sie werde das Thema „Wackersdorf" im bayerischen Landtagswahlkampf ganz nach vorne rücken. Und in Vorbereitung auf den SPD-Bundesparteitag wurden auch nach den Gewaltausbrüchen von Wackersdorf und Brokdorf von mehreren SPD-Parteibezirken Resolutionen verabschiedet, in denen der Ausstieg nicht nur aus dem Wackersdorf-Projekt, sondern aus der Kerntechnik überhaupt gefordert wurde. Damit hat sich die SPD als zuverlässiger politischer Verbündeter der grünen Bewegung erwiesen — einer Bewegung, die den Schritt in bürgerkriegsähnliche Zustände längst gemacht hat.

Straßenterror in Wackersdorf: Am 20.5.86 griffen 200 teilweise vermummte Demonstranten eine Polizeikontrolle an und setzten diesen Streifenwagen und einen zuvor umgestürzten Mannschaftswagen in Brandt. (Bild: *DPA*)



Straßenterror in Niedersachsen

Die Häufung gewalttätiger, zum Teil bewaffneter Angriffe auf Kandidaten und Wahlhelfer der Patrioten für Deutschland während des Landtagswahlkampfes in Niedersachsen macht in dramatischer Weise deutlich, wie weit die „militante Szene" bereits außer Kontrolle geraten ist. Die Angriffe aus dem grünen, linksextremistischen und terroristischen Milieu gipfelten in einem Mordversuch, umfaßten aber generell alle Formen des Terrors: von persönlichen Einschüchterungen, Beschimpfungen und Telefonterror gegen Kandidaten der Patrioten, der Zerstörung von Informationstischen und Plakaten in SA-Manier, dem Zerstechen von Autoreifen bis hin zu Angriffen auf Wahlversammlungen mit bis zu 200 angereisten Berufsdemonstranten. Auffällig war die starke Beteiligung der **Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend** (SDAJ), der Jugendorganisation der **Deutschen Kommunistischen Partei** (DKP) an den Aktionen gegen die Patrioten.

Der Vergleich zur Endphase der Weimarer Republik liegt nahe, zumal der „Terror der Straße" anscheinend auf die Redakteure der Massenmedien solchen Eindruck gemacht hat, daß weder über die im folgenden geschilderten Ausschreitungen gegen die Patrioten noch die in diesem Zusammenhang mehrmals erforderlichen Polizeieinsätze mit zum Teil beträchtlichen Kräften in der niedersächsischen Presse, geschweige denn im Fernsehen, berichtet worden ist.

Die Aktionen der Gegner der Patrioten gipfelten darin, daß eine Zusammenrottung von 200 Berufsdemonstranten aus dem autonomen, proterroristischen und Punkermilieu die letzte Großveranstaltung der Patrioten am 12. Juni in Braunschweig verhinderte. Es folgt ein Augenzeugenbericht:

„Am Tag der Großveranstaltung wurde bereits versucht, einen Autokorso und eine Kundgebung der Patrioten in der Braunschweiger Innenstadt zu behindern. Aufgrund der starken Präsenz von Zivilstreifen der Polizei zogen es die Störer jedoch vor, die Gegenstände, die sie in ihren sichtbar ausgebeulten Taschen oder Ärmeln ihrer Lederjacken mitgebracht hatten, nicht zum Einsatz zu bringen, sondern störten nur durch ohrenbetäubenden Trillerpfeifenlärm bei den Lautsprecherdurchsagen der Patrioten oder durch ständiges hysterisches Gebrülle: „Nazis raus", „Faschistenschweine" u.ä. Interessanterweise hatten die Gewalttäter Fotografen dabei, die sämtliche Mitglieder der Patrioten sowie Zivilstreifen der Polizei ständig fotografierten; andere wiederum notierten sich ganz professionell sämtliche Auto-Kennzeichen. Außerdem wurde mit Kennerblick die Stärke der eigenen „Truppen" bzw. die der Gegner abgezählt, um festzustellen, ob ein Angriff unter den gegebenen Bedingungen zum Erfolg führen könne oder nicht.

Schon in den Tagen vor der Veranstaltung war ein Flugblatt der „Antifaschisten der FH Braunschweig" in Umlauf, in dem dazu aufgerufen wurde, „die Wahlkampfveranstaltung der Patrioten zu verhindern". Die Argumente, warum die Veranstaltung verhindert werden müsse, sind aufschlußreich: „Sie (die Patrioten, die Red.) fordern ein striktes Verbot der Grünen, Ausbau der Atomwirtschaft und volle Beteiligung an SDI." In einem Flugblatt der „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg" wurde ebenfalls gefordert, die Veranstaltung zu verhindern, und die Veranstalter wurden als „Faschisten von heute" verunglimpft. Uhrzeit und Ort der Versammlung werden mit der Aufforderung angekündigt, sich dort rechtzeitig einzufinden. In kleiner Schrift stand dabei, von welchem Pächter die Räume zur Verfügung gestellt werden und von welchen Gaststätten dieser Wirt ansonsten noch Pächter ist. (Dahinter stand die versteckte Auf-



Straßenterror in Niedersachsen: 200 Störer — „autonome" Reise-Demonstranten und Punker — gehen gegen eine Wahlveranstaltung der Patrioten für Deutschland am 12.6.86 in Braunschweig vor.

forderung, dem Pächter aus Rache dafür, daß er den Patrioten Räume vermietet, eine oder mehrere seiner gepachteten Gaststätten zu Kleinholz zu verarbeiten!)

Am Abend versammelten sich schon etwa eine Stunde, bevor die Veranstaltung beginnen sollte, militante „Autonome" und Berufsdemonstranten direkt vor dem Versammlungsort. Die Zahl der Gegendemonstranten wuchs schließlich auf die für Braunschweiger Verhältnisse wohl noch nicht dagewesene Zahl von 200 an. Es waren bemerkenswerterweise keine Gelegenheitsdemonstrierer darunter, sondern es handelte sich ausschließlich um hartgesottene, zum großen Teil bewaffnete, mit Vermummungstuch und Lederkleidung ausgestattete Berufsdemonstranten vom Wackersdorfer und Brokdorfer Kaliber. Daß unter diesem Eindruck Versammlungsteilnehmer schon weit vor dem Saal kehrt machten und sich nicht mehr zu der Wahlkampfversammlung trauten, ist leicht vorstellbar. Diejenigen, die diesen Weg wagten, wurden massiv beschimpft und auch geschlagen! Das Versammlungslokal wurde von den Störern umstellt. Nur durch die besonnene Taktik der in ausreichender Stärke vorhandenen Polizei konnten massive Gewalttätigkeiten unmittelbar am und im Veranstaltungsgebäude verhindert werden.

Die Störer machten keinerlei Hehl aus ihren Absichten. Es ertönten ständig Rufe wie „Holt die Schweine raus! Poliert ihnen die Fresse!" oder „Wir machen euch alle, ihr Faschos!" Gegen die Polizei ertönten Sprüche wie „Polizisten schützen die Faschisten!" Und es kam mehrmals zu erheblichen Handgreiflichkeiten gegen die Polizei. Daß die Störer mit Sprüchen wie „Wir machen euch alle!" ernst machen wollten, beweisen Vorfälle wie die Verhaftung einer Punkerin aus einer extrem gewalttätigen und bekannten Punkergruppe aus Wolfsburg, die mit einer Zwille in Kopfhöhe auf die Polizei schießen wollte. Einem anderen Chaoten wurde ein langer Schraubenzieher abgenommen, der, als Stichwaffe eingesetzt, extreme Verletzungen hätte erzeugen können.

Aufgrund dieser Situation entschloß sich die Versammlungsleitung, es bei einer kurzen Rede der Spitzenkandidatin zu belassen und dann für einen sicheren Abzug der Veranstaltungsteilnehmer zu sorgen. Wie sich dann herausstellte, ging es den Gewalttätern nicht nur darum, die Veranstaltung zu sprengen, sondern ganz klar um gezielte Angriffe gegen Mitglieder der Patrioten, die von der Polizei zum Teil im Laufschritt zu ihren Fahrzeugen eskortiert wurden. Die Gewalttäter versuchten dann, einzelne Fahrzeuge von Parteimitgliedern anzugreifen, wobei es zu erheblichen Sachschäden kam.

Zu einer besonders bedrohlichen Situation kam es, als zwei lederbekleidete „Autonome" einen PKW verfolgten, in dem die geladene amerikanische Gastrednerin, Mrs. Janice Hart und ihr Mann saßen. Die beiden Autonomen nahmen eine regelrechte Verfolgungsjagd auf. Als der Wagen von Mrs. Hart an einer roten Ampel hielt, sprang einer der Gewalttäter aus dem Wagen und ging mit gezogener Schußwaffe auf den Wagen zu. Durch das geistesgegenwärtige Verhalten des Fahrers, der sofort mit hoher Geschwindigkeit davonfuhr und erst bei einigen der Polizeiwagen stoppte, die in großer Zahl vor dem Veranstaltungsort standen, konnte Schlimmeres verhindert werden. Wie sich erst nachher herausstellte, handelte es sich um einen Gasrevolver, der schwere Verletzungen verursachen kann und rein äußerlich von einem Laien von einem mit scharfer Munition geladenen Revolver nicht unterschieden werden kann. Beide Personen wurden festgenommen.

Weimarer Verhältnisse in der Tat! Nicht nur die Einschüchterung, Bedrohung oder Körperverletzung der Versammlungsteilnehmer erinnert daran. Auch die Einschüchterung des Wirts, der um sein Eigentum bangen mußte, zeigt die Parallelen zu den Sturmtruppen in der Weimarer Republik."

Es folgt eine Bilanz der schlimmsten weiteren gewalttätigen Angriffe und anderen Einschüchterungsversuche gegen die Patrioten durch Telefonterror, Bombendrohungen, Sprühparolen und Sachbeschädigung:

Celle, 23. Mai: Ein Wahlhelfer der Patrioten entgeht nur knapp schweren oder gar tödlichen Verletzungen, als der Beifahrer eines mit hoher Geschwindigkeit auf einen Lautsprecherwagen der Patrioten zusteuernden Motorrads einen Backstein durch die Windschutzscheibe des LKW schleudert. Der Stein schlägt in Kopfhöhe durch die Frontscheibe. Das geistesgegenwärtige Ausweichen des Fahrers verhindert, daß der Backstein mit voller Wucht seinen Kopf trifft. Der Fahrer wird nur leicht verwundet, der Backstein zerschlägt noch die hintere Scheibe und zerschellt dann an der Holzwand des Pritschenaufbaus. Hätte der Stein Stirn oder Schläfe nicht nur gestreift sondern frontal getroffen, wäre der Fahrer möglicherweise tödlich verletzt worden. Dies ist offensichtlich von den Tätern bewußt einkalkuliert worden.

Wolfsburg, 20. Mai: Eine 10-köpfige Punkergruppe zerstört einen Info-Tisch der Patrioten und verletzt dabei ein weibliches Mitglied am Arm.

Wolfsburg, 31. Mai Dieselbe Punkergruppe greift einen Wahlhelfer der Patrioten tätlich an und bedroht ihn mit einem Messer.



200 dieser Störer gelang es am 12.6.86 in Braunschweig, trotz eines starken Polizeiaufgebots eine Wahlveranstaltung zu verhindern.

Bokel, Anfang Juni: Ein Sympathisant der Grünen schlägt einem Wahlhelfer der Patrioten derart aufs Ohr, daß das Trommelfell zweimal reißt.
Norderney, 2. Juni: Etwa zehn Chaoten mit weiß bemalten Gesichtern wollen die Veranstaltung stören, werden am Betreten des Saals jedoch gehindert.
Norden, 3. Juni: 20 Grüne und Mitglieder der Jugendorganisation der DKP, der SDAJ, wollen eine Patrioten-Versammlung verhindern und schreien Parolen wie: „Nazischweine" oder „LaRouche = NSDAP/AO". Die Wirtin wird eingeschüchtert, indem man sie zur Rede stellt, warum sie „zulasse, daß hier Faschisten eine Veranstaltung abhalten können". Polizeipräsenz verhindert Schlimmeres.
Telefonterror gegen Kandidaten: Anonyme Anrufer beschimpfen Kandidaten mit Sätzen wie „Hast du deine braune Uniform noch nicht ausgezogen", oder „Nazischwein, ich mach dich fertig". Ein Landwirt, der für die Patrioten kandidiert, erhält Anrufe wie „Wir lassen Ihren Hof hochgehen". Bei einem anderen Landwirtskandidaten werden in der Nacht die Drähte zur Bullenkoppel durchgeschnitten.
Sprühparolen in Melle: Gegen den Kandidaten in Melle wird eine wahre Hetzjagd veranstaltet. Sämtliche Plakate in seiner Ortschaft werden verunstaltet, auf die Straße vor seinem Haus werden in großen Buchstaben Sätze wie „Patrioten go home" gesprüht. Auf sein Haus sprühen Täter ein großes schwarzes Hakenkreuz und an die Bushaltestelle direkt gegenüber seines Hauses die Drohung: „Patriot go home. Lieber tot als Patriot. Du Schwein! Freitag bist du reif!" Unterzeichnet mit einem „z" in einem Kreis. (Für Freitag ist die Veranstaltung der Patrioten in Melle geplant.)
Melle, 6. Juni: Grüne und einige andere Organisationen melden kurzfristig eine Demonstration gegen Atomkraft an und ziehen damit direkt am Veranstaltungsort vorbei. Etwa ein Viertel dieses Demonstrationszuges bewegt sich abends auf die Veranstaltung der Patrioten zu, wobei etwa 15 Personen versuchen, die Veranstaltung im Saal zu stören, während die anderen vor der Tür randalieren. Nach der Veranstaltung bilden die Demonstranten ein Spalier, durch das die Veranstaltungsteilnehmer sich unter Beschimpfungen und Beleidigungen den Weg nach draußen bahnen müssen.
Hannover, 10. Juni: Eine Kundgebung der Patrioten in der Innenstadt wird von einer größeren Punkergruppe so gestört, daß sie abgebrochen werden muß. Die Punker sind meist schwarz bekleidet, alle haben Bierflaschen in der Hand und geben deutlich zu verstehen, daß sie die Kundgebung auseinandernehmen wollen: „Faschisten, Schweine, Nazi-Schweine" sind hier Standardbeschimpfungen. Am Abend taucht die gleiche Punkergruppe, die zum Teil dem Milieu des als Zentrum von Gewalttätern in Hannover geltenden **Unabhängigen Jugendzentrums Kornstraße** zuzurechnen ist, vor der Veranstaltung wieder auf. Es kommt zu Handgreiflichkeiten an der Tür, und auch hier kann nur eine erhebliche Polizeipräsenz einen ruhigen Veranstaltungsablauf sicherstellen.
Hannover, 11.Juni: Neben einer Vielzahl von anonymen Drohanrufen geht im zentralen Wahlkampfbüro der Patrioten um 12.59 Uhr eine telefonische **Bombendrohung** ein: „Hier ist die Befreiungsfront Moskaus. Um 16.00 Uhr mitteleuropäischer Zeit geht bei euch heute eine Bombe hoch." Gegen 12.45 Uhr war am gleichen Tag mit roter Sprühfarbe über den gesamten Büroeingang „Nazis raus!" gesprüht worden.

Grüne und militante Friedensbewegung

I. Ostgesteuerte Zielauswahl und „Direkte Aktion" gegen Militäranlagen von NATO und Bundeswehr

Die Tatsache, daß die Vorläufer der heutigen Friedensbewegung, die „Ostermarsch"- und „Kampf dem Atomtod"-Bewegung der 50er und 60er Jahre, zum Instrumentarium der „aktiven Maßnahmen" der östlichen Dienste gegen die Bundesrepublik gehörten, galt zu jener Zeit unter Sicherheitsexperten und Politikern (damals auch noch der SPD) als selbstverständlich. An dieser Grundtatsache hat sich bis heute nichts geändert. Im Gegenteil — die Taktiken wurden verfeinert, und die Kontrolle der Friedensbewegung, als deren Teil sich die Grünen ausdrücklich definieren, durch offen und verdeckt operierende Kader des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS), ist effektiver als je zuvor. Solange jedoch die deutschen Sicherheitsorgane mit dem „Ehmke/Genscher-Trauma" behaftet bleiben und derartige Erkenntnisse systematisch unter den Teppich gekehrt werden, wird eine Offensive gegen diese verfassungs- und staatsfeindliche Sammlungsbewegung ausbleiben.

Stellvertretend seien hier nur der bisherige Vizepräsident des BfV, **Pelny**, oder der Leiter des Hamburger LfV, **Lochte**, genannt. Beide haben vorexerziert, mit welcher Dreistigkeit behördliche Erkenntnisse zensiert werden können. Jeder, der die Entwicklungen sehen *will*, muß allerdings zu dem Schluß kommen, den sich bisher nur wenige trauen, öffentlich auszusprechen: Die Grünen handeln wie „Agenten Moskaus", wie es der CDU-Politiker Dregger unlängst ausdrückte.

Grüne und Friedensbewegung nicht denkbar ohne DKP

Schon in der Formierungsphase der Grünen vor der Parteigründung waren die **DKP** und deren Frontorganisationen der „ständige Begleiter" bei allen größeren Aktionen oder Initiativen zum Thema „Anti-Kernkraftbewegung", „NATO-Aufrüstung" oder „staatliche Repression". DKP-beeinflußte Organisationen wie die **Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstverweigerer (DFG-VK)**, das **Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)**, die **Deutsche Friedensunion (DFU)** und die **Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes — Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)** waren regelmäßig bei größeren Aktionen im Zeitraum 1979/80 zusammen mit den Grünen vertreten. Bei den DKP-kontrollierten Initiativen wie dem **Krefelder Appell** oder der Kampagne **Weg mit den Berufsverboten!** waren Vertreter der Grünen organisatorisch gebunden. Bei der Beurteilung dieses Zusammenhangs zählt einzig und allein die Fähigkeit von SED/DKP-geführten Kadern, sich in den Apparat der Friedensbewegung „einzunisten" und steuernd und kontrollierend zu wirken, und nicht der relativ geringe zahlenmäßige Anteil registrierter DKP-Mitglieder bei Initiativen oder Aktionen. Und daß die „offizielle" grüne Linie sich bisweilen gegen die Armeen des Warschauer Paktes ausspricht oder gegen eine Kontrolle durch die DKP wendet, hat ebensowenig zu sagen.

Die steuernde und koordinierende Position von DKP-Kadern bei Großaktionen der Friedensbewegung konnte im Laufe von zwei Jahren beträchtlich ausgebaut werden. Bei den „Ostermärschen" gegen die NATO-Nachrüstung im April 1983, die von den Grünen mitgetragen wurden, konnten etwa 250000 Personen mobilisiert werden. Die Logistik und Koordinierung unterlag der strikten Kontrolle der DKP und ihren Frontorganisationen — z.B. gehörten alle Kontakt-Büros für die Großkund-

Atomwaffen - Standorte

Odense, Dänemark, Ostsee, Nordsee, L Flensburg, A Schleswig-Jagel, Kiel, Schleswig-Holstein, Lübeck, Hamburg, Bremerhaven, Wilhelmshaven, Bremen, Oldenburg, Groningen, Niederlande, Zwolle, Apeldoorn, Enschede, Arnheim, Nijmegen, Osnabrück, Bielefeld, Münster, Niedersachsen, Paderborn, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Nordrhein-Westfalen, Eindhoven, Köln, Bonn, Aachen, Maastricht, Liege, Belgien, Siegen, Kassel, Hessen, Koblenz, Gießen, DDR

Die aktuellste Lagekarte aller Atomwaffen-Standorte in der Bundesrepublik Deutschland (Stand der Recherchen: August 1983)

Depots

A — Lager für Atomsprengköpfe; geplant: Abzug von 3000 nuklearen Sprengköpfen aus Westeuropa, so daß vermutlich zahlreiche Depots aufgelöst werden

Atomwaffen-Trägersysteme (mobil)

H1 — Haubitzen (Selbstfahrlafetten) vom Kaliber 155 mm; Reichweite: ca. 20 Kilometer; geeignet für: Atomsprengköpfe und konventionelle »intelligente« Munition (Quasi-Atomwaffen); geplant: für chemische Granaten und Neutronensprengköpfe

H2 — Haubitzen (Selbstfahrlafetten) vom Kaliber 203,2 mm; Reichweite: ca. 20 Kilometer; geeignet für: Atom- und Neutronensprengköpfe; geplant: für chemische Granaten und konventionelle »intelligente« Munition (Quasi-Atomwaffen)

L — Lance-Raketen; Reichweite: ca. 120 Kilometer; geeignet für: Atom- und Neutronensprengköpfe; geplant: für konventionelle »intelligente« Munition (Quasi-Atomwaffen) mit einer Reichweite von ca. 400 Kilometern

P-IA (BRD) — Pershing-IA-Raketen der Bundes-Luftwaffe; Reichweite: ca. 720 Kilometer; für Atomsprengköpfe; geplant: Ersatz durch Pershing-IB-Raketen, Pershing II mit einer auf 660 Kilometer begrenzten Reichweite

P-IA/P-II (USA) — Pershing-IA-Raketen der US Army; Reichweite: ca. 720 Kilometer; für Atomsprengköpfe; geplant ab Ende 1983: Ersatz durch Pershing-II-Raketen mit einer Reichweite von ca. 1800 Kilometern

Trägersysteme mit Atomsprengköpfen, davon ein Teil in ständiger Einsatzbereitschaft (Quick Reaction Alert), also in kürzester Zeit startbar

N — Nike-Herkules-Raketen; Reichweite: ca. 150 Kilometer; für konventionelle und atomare Sprengköpfe; zur Zeit beziehungsweise geplant in den nächsten Jahren: Auflösung der belgischen, niederländischen und US-amerikanischen Nike-Herkules-Stellungen in Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg; ab 1984: Stationierung konventioneller »intelligenter« und mobiler Patriot-Raketen im süddeutschen Raum, zum Beispiel in Gießen, Erlensee, Babenhausen (alle Hessen) sowie in Landau (Rheinland-Pfalz); Reichweite: bisher unbekannt; Patriot sollen angreifende Atomraketen, so auch die SS-20, Kampfflugzeuge und feindliche Bodenziele »unschädlich« machen; von 1985 bis 1995: Ersatz der Nike-Herkules-Raketen der Bundes-Luftwaffe durch Patriot-Raketen (Quasi-Atomwaffen)

P-IA/P-II (USA)* — Quick-Reaction-Alert-Stellung für Pershing-IA-Raketen der US Army; geplant ab Anfang 1984: Ersatz durch Pershing-II-Raketen

P-IA (BRD)* — Quick-Reaction-Alert-Stellung der Bundes-Luftwaffe; geplant: Ersatz durch Pershing-IB-Raketen

S — Militärflugplatz mit »Strike«-Staffeln der Luftwaffe (atomar bestückte Kampfflugzeuge und Depot für Atomsprengköpfe); geplant: Ausrüstung auch mit konventioneller »intelligenter« Munition (Quasi-Atomwaffen)

CM — Cruise Missiles der US Air Force (mobil); Reichweite: ca. 2400 Kilometer; für Atomsprengköpfe; geplant: Stationierung ab 1986

F — Pluton-Raketen Frankreichs (mobil); Reichweite: ca. 120 Kilometer; für Atomsprengköpfe

Nähere Informationen zum Thema enthält die Broschüre »Atomwaffen in der Bundesrepublik«. Sie kostet 5,00 DM (Mengenrabatt wird auf Anfrage mitgeteilt). Versand nur gegen Vorkasse! Bestellungen an: Karl-Klaus Rabe, Postfach 10 45 47, 6900 Heidelberg.

PLZ Ort	Lage/Einrichtung	Ausstattung
4790 Paderborn	Merseburger Straße 2	2 Feldersatzbtle., 2 Wehrleitersatzbtle., Instandseinh., Sicherungsbtl.
		BVS-Dienststelle
	Paderwall 15/III	Hilfskrankenhaus 200 Betten
	Kath. Volkssch. Schloß Neuhaus	
	Barker-K. (GB)	26th US-Army Artillery Detachment, Ⓐ 32th MSL Reg Royal Artillery (GB), Panzerrgt. (GB), Kampfunterstützungsbtl. (GB)
		3rd Armoured Div Field Ambulance, Panzerbrig. 33 (Stab) (GB)
	Alaubrooke-K. (GB)	Ⓐ Feldartillieriegt., 22nd US-Army Artillery Detachment
	Dempsey-K. (GB)	Panzerrgt., Transportrgt., Militärpolizeikp., Ⓐ Artillerieb'tl. (NL), Nachschubbtl. (NL)
	Sennelager (GB)	Sanitätsbtl., 3rd Armoured Div. Field Ambulance
	Normandy-K. (GB)	Korpsdepot
	Truppenübungsplatz Sennelager	A Atomwaffenlager
4793 Büren	Kreisberufsschule	Hilfskrankenhaus 400 Betten
	Liebfrauenschule	Hilfskrankenhaus 200 Betten
	K. Stöckerbusch (US)	5. US-Army Artillery Detachment, 27th Ordnance Company
	US-Community-Facility	
4796 Delbrück	Kath. Volksschule	Hilfskrankenhaus 200 Betten
	Moorsiede-K.	US-Communication Facility
4798 Fürstenberg	Realsch. Fürstenberg	Hilfskrankenhaus 200 Betten
4799 Alfen	Korpsdepot	
4800 Bielefeld	Ravensburger-K.	Verteidigungskdo. 345, Instands.einh.
	Realschule Jöllenbeck	Hilfskrankenhaus 200 Betten
	Wankenheim Lauter K.	1. Armeekorps (Stab), 1. Artillerie Div. (Stab)
		Fernmelderegt., Stabsrgt.
		... Instands.verband

Militarisierungsatlas der Bundesrepublik
Streitkräfte, Waffen und Standorte
Kosten und Risiken

Herausgegeben von
Alfred Mechtersheimer
und Peter Barth

Sammlung Luchterhand



gebungen zum Organisationsgeflecht der DKP oder ihren Frontorganisationen.

Ein vorläufiger Höhepunkt wurde mit der „Herbstaktionswoche" im Oktober 1983 erreicht. Schon in der Vorbereitungsphase konnte sich die DKP in dem Vorbereitungsgremium des „Koordinierungsausschusses" mit ihrer Jugendorganisation **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend** und ihren Frontorganisationen DFG-VK, KFAZ und der **Demokratischen Fraueninitiative** sowie weiteren Kadern, die Positionen in anderen Organisationen besetzten, ihren Einfluß als die einzige mit militärischer Disziplin handelnde Organisation rechtzeitig sichern. Mitglied des Koordinierungsausschusses waren zu diesem Zeitpunkt auch die **Grünen**.

Bei der im nächsten Jahr folgenden Großaktion des „Friedensherbst '84" setzte sich diese Entwicklung fort. Im Verfassungsschutzbericht 1984 heißt es dazu: „In organisierenden und koordinierenden Gremien der Bewegung waren die DKP und ihre Vorfeldorganisationen jedoch nach wie vor erheblich überrepräsentiert und konnten — wie z.B. auf den beiden bundesweiten ‚Aktionskonferenzen der Friedensbewegung' am 11./12. Februar und 5./6. Mai in Köln — viele ihrer Positionen durchsetzen." Die DKP-Frontorganisation **VVN** konnte sich 1984 ebenfalls ihren Platz im Koordinierungsausschuß sichern. Die Grünen als Bundesverband blieben nach wie vor Mitglied des Ausschusses. An der Mitgliedschaft der Grünen änderte sich auch nichts, als sich einige Gegenstimmen innerhalb der Grünen wegen des DKP-Einflusses, der „so stark wie noch nie" geworden sei, erhoben.

Der Pelny-Skandal

Stefan Pelny, seit 1983 Vizepräsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, hatte sicherlich nicht das Wohl der bundesdeutschen Spionageabwehr im Sinn, als er vor dem Bonner parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der sich eigentlich mit dem zur DDR übergelaufenen Hans Joachim Tiedge beschäftigen sollte, die Anfrage von Staatssekretär Spranger beim Verfassungsschutz über den extremistischen Hintergrund grüner Abgeordneter an den Pranger stellte.

Politische Beobachter fragen sich außerdem, was Herr Pelny wohl im Sinn hatte, als er — wie die *Welt* im März 1986 berichtete — dem CDU-Parlamentarier Todenhöfer über Spranger lediglich eine „geschönte" Version des vom Bundesamt erstellten Originalberichts übermittelte. Die ursprüngliche Version befreite Pelny *persönlich* mittels umfangreicher Streichungen von allen Elementen, die für die SPD im Hinblick auf gegenwärtige und zukünftige Koalitionen mit den Grünen allzu komprimittierend gewesen wären.

So ersetzte Pelny z.B. die Passage: „Die Grünen wollen keine demokratische Partei in herkömmlichem Sinne sein — und sie sind es auch nicht," durch die eigene Formulierung: „Linktsextremisten haben keinen bestimmenden Einfluß auf die Gesamtpartei „Die Grünen" gewinnen können." Die Bewertung des Verfassungsschutzes: „Zweifellos haben jedoch ehemalige und aktive Linksextremisten die ‚Linkstendenz' der Gesamtpartei erheblich gefördert." wurde von Pelny ersatzlos gestrichen.

Wenn man hinsichtlich der Übermittlung von Verfassungsschutz-Informationen über die Grünen überhaupt einen Skandal sehen kann, dann besteht er in dem Verhalten von Vizechef Pelny! Da sich aufgrund der Forderung aus der CDU nach Entlassung Pelnys kürzlich Gerüchte über dessen baldiges Ausscheiden aus dem Amt häufen, kann dieses Problem jedoch möglicherweise bald zu den Akten gelegt werden.

Kartenmaterial zur „Einsatzplanung" der militanten „Friedens"-Bewegung. Mechtersheimers 1986 erschienener Atlas ist die bisher detaillierteste „Zielscheiben-Liste" dieser Art.

Ein Papier des Wiesbadener *JW-Dienst* führt weiter dazu aus: „Bei der Festlegung der Aktionskonzepte auf einer bundesweiten Konferenz und anschließenden regionalen Treffen sowie in den Vorbereitungsgremien für den 20. Oktober konnten sich die DKP und ihr Umfeld einen weitgehenden, zum Teil entscheidenden Einfluß sichern. .. So konnte die DKP in der ‚Region Mitte' durchsetzen, daß der ursprüngliche ‚Aufruf zur Menschenkette', der in Teilbereichen auch sowjetkritisch hätte interpretiert werden können, durch DKP-genehme Texte, die vom ‚Koordinierungsausschuß' getragen wurden, ersetzt wurde. Der Aktionsplan für den 20. Oktober in der Region Nord basiert auf einem gemeinsamen Vorschlag des Hamburger DKP-Vorsitzenden, der DFU und eines Mitgliedes der Jungsozialisten. Im ‚Regionalausschuß Nord', dessen Büro sich bei der DFU-Landesgeschäftsstelle befindet, besetzen Kommunisten und Funktionäre ihrer Vorfeldorganisationen einflußreiche Positionen. Für die zentrale ‚Norddeutsche Friedens-Information' des ‚Regionalausschusses Nord' zeichnet ein DKP-Funktionär verantwortlich. Im süddeutschen Koordinierungsausschuß sind gegen den Willen der DKP und ihres Umfeldes keine Entscheidungen möglich. ..."

Wie weit die Grünen willens sind, der Propagandalinie und Stoßrichtung des Kreml zu folgen, zeigt sich an der anti-amerikanischen Hetze, die bei allen sich bietenden Gelegenheiten von den Grünen in vollem Einklang mit den sowjetischen strategischen Interessen betrieben wird. So wurde beispielsweise in einem Flugblatt, das anläßlich des Besuches von Präsident Reagan beim Weltwirtschaftsgipfel in Bonn im Mai 1985 verteilt wurde, Präsident Reagan mit Hitler verglichen:

„Aber gerade wegen der öffentlichen Beruhigungspropaganda müssen wir heute ein deutliches Signal setzen und allen klarmachen, welche Gefahr von dem gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten ausgeht. Es ist seine erklärte Absicht, der Menschheit das größte nur denkbare Aufrüsten des Weltraumes aufzuzwingen, das er als ‚Verteidigungsinitiative' verkaufen läßt. Der Antikommunismus dieses Präsidenten entspricht dem deutschen Antisemitismus der 30er Jahre; auch damals nahmen viele Hitlers Drohungen nicht ernst. ...".

Dieses Traktat wurde u.a. von Bundesvorstandsmitgliedern und Bundestagsabgeordneten der Grünen unterzeichnet. Erstunterzeichner war der mittlerweile für die Grünen in Baden-Württemberg kandidierende „Friedensforscher" **Alfred Mechtersheimer**.

Die sowjetisch gesteuerte Kampagne gegen SDI

Ein weiteres Beispiel dafür, wie eng die Stoßrichtung der Friedensbewegung und der Grünen mit den sowjetischen strategischen Interessen koordiniert wird, liefert die kommunistisch gesteuerte Kampagne gegen die „Militarisierung des Weltraums". Ein im Mai dieses Jahres veröffentlichtes Papier des Bundesinnenministeriums beschreibt detailliert den zentralisiert vollzogenen Schwenk der sowjetischen „Friedenspropaganda" von den Losungen gegen die NATO-Nachrüstung zu der Prioritätspropagandaformel „Kampf dem Krieg der Sterne". Nach der Fernsehansprache Präsident Reagans im März 1983 traten die Parolen gegen die „Weltraumrüstung" vor der Kampagne gegen die NATO-Raketen noch in den Hintergrund. Nach einer Serie von Konferenzen von Spitzenfunktionären der Warschauer Pakt-Staaten wurde dann im Winter 84/85 im internationalen Apparat der Kommunistischen Parteien und deren Frontorganisationen ein rapider Schwenk vollzogen. In dem Papier heißt es:

„Die Chronologie der Verlagerung des Schwerpunktes kommunistischer ‚Friedenspropaganda' vom Kampf gegen eine ‚Militarisierung des Weltraums' ermöglicht Einblicke, — wie die KPdSU mit Hilfe ihrer ‚Bruderparteien' und ihrer internationalen ‚Frontorganisationen' *weltweite Kampagnen inszeniert* und — wie die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** ***politische Direktiven der KPdSU*** in der Bundesrepublik Deutschland agitatorisch *umsetzt*, sie bündnispolitisch ausnutzt und ihre *Vorfeldorganisationen* für die ‚Popularisierung' der Ziele der Sowjetunion mobilisiert."

Drei Spitzentreffen werden als Ausgangspunkt für den Propagandaschwenk angeführt:
— die Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten der Warschauer Pakt-Staaten am 3./4. Dezember 1984 in Ost-Berlin,
— die Sitzung des Komitees der Verteidigungsminister des Warschauer vom 3.-5. Dezember in Budapest,
— eine Tagung unter der Leitung der KPdSU mit den nichtregierenden „Bruderparteien" vom 4.-6. Dezember in Prag, bei dem sich Vertreter von 91 kommunistischen, Arbeiter- und „revolutionären Vorhutparteien" trafen.

Die Hauptrede bei dem Prager Treffen wurde von **Boris Ponomarjow**, dem damaligen Leiter der Internationalismus-Abteilung des ZK der KPdSU, gehalten.

Nachdem so von höchster Stelle die Direktiven ausgegeben wurden, läßt sich unmittelbar danach deren Umsetzung durch die internationalen Frontorganisationen und KPen nachvollziehen. Ausschlaggebende Treffen waren:
— Die „Allunionstagung des Sowjetischen Friedenskomitees" am 23.1.85 in Moskau. Bei diesem Treffen trat ebenfalls Boris Ponomarjow auf, der auch eine Grußbotschaft des KPdSU-Generalsekretärs **Tschernenko** überbrachte, in der erneut auf die Notwendigkeit der „Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum" eingegangen wurde. Prominenter Sprecher bei dieser Konferenz war auch der Präsident des direkt KPdSU-gesteuerten

DKP-Sprachrohre hetzen gegen Kernenergie und SDI. Die *Deutsche Volkszeitung" hat besonderes Lob für die Enthüllungen der rote blätter,* die ein Jahr später als erste das Propagandafeuer auf Siemens-Vorstand K. H. Beckurts eröffneten.


Enthüllungen
Professor schweigt
Bonn. UZ – Der Laserprofessor an der Technischen Hochschule Aachen, Herziger, ist bereit, an dem Forschungsprogramm der USA für den „Krieg der Sterne" mitzuwirken. Dafür will er die Universitätsöffentlichkeit täuschen. Das enthüllte das Studentenmagazin des Marxistischen Studentenbundes „rote blätter", in ...

Aufruf des „Großen Ratschlags" in Köln
November: Friedensw...
...gen den „Sternenk...

Thema Kernenergie
Erklärung des Präsidiums des Parteivorstands der DKP zur Kernenergie
Schluß mit dem Bonner Atomprogramm!
Weg mit allen Atomwaffen aus unserem Land!

UZ unsere zeit
Am Wochenende
Die Zeitung der arbeitenden Menschen — Zeitung der DKP
Proteste in Brokdorf, Hamm und Wackersdorf
Raus aus dem Atomprogramm!
Schluß mit der Atomrüstung!
Internationale Ärzteorganisation warnt vor Atomkrieg
Gegen den Atomkurs in Bonn
Die Stunde der Wahrheit?
Das größte Aufrüstungsprogramm aller Zeiten

Wir rufen alle Kommunistinnen und Kommunisten ...
● Tragt gemeinsam mit allen anderen Kräften des Friedens und der Vernunft dazu bei, daß der Friedenskampf nach Tschernobyl nicht schwächer, sondern stärker wird!
● Wirkt dafür, daß die Betroffenheit der Menschen über die Gefahren der Radioaktivität jetzt zu einer neuen Schubkraft wird für den Kampf gegen die atomare Kriegsgefahr und zugleich gegen das Bonner Atomprogramm!
Unsere Forderungen sind und bleiben:
● Weg mit allen Atomwaffen vom Territorium unseres Landes!
● Schluß mit dem Bonner Atomprogramm!
● Keine Unterstützung für die USA-Sternenkriegspläne!
● Sofortige Einstellung aller Nuklearexplosionen!
● Für eine atomwaffenfrei...

Star Wars in Aachen?
„rote blätter" enthüllen Kriegsforschung

Weltfriedensrates (WFR), Romesh Chandra. Anwesend waren auch deutsche Vertreter des KFAZ, einer Unterorganisation des Weltfriedensrates und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Jungsozialisten **Olaf Scholz**.
— Der „Dritte Wiener Dialog — Internationale Konferenz für Abrüstung und Entspannung", veranstaltet von der WFR-Untergruppierung **Internationales Verbindungsforum der Friedenskräfte (IVF)** vom 25.-28. Januar 1985 in Wien, an dem 400 Kader aus 72 Ländern teilnahmen.
— Die erweiterte Tagung des WFR-Präsidiums vom 22.-25. März 1985 in Moskau, woran der Leitartikler der *Prawda* und Vorsitzende des „Sowjetischen Friedenskomitees", **Juri Schukow**, teilnahm.

Besonders hingewiesen wird in dem Papier des Innenministeriums auf die Rolle des Wiener **Instituts für den Frieden (IIF)** bei der „wissenschaftlichen Absicherung" der Propagandakampagne des Weltfriedensrates.



E r k l ä r u n g

Wir haben Anfang Mai die Treibstoffversorgungsanlage der US-Armee in Kirchheimbolanden angegriffen. Die Aktion gehört zu den Angriffen, die in ganz Westeuppa gegen die NATO stattfinden. Mit ihnen bildet sich eine revolutionäre Front, die der Politik von Ausbeutung, Unterdrückung, Friedhofsruhe nach innen und militärischen Massakern nach außen eine Grenze ziehenwird.,

Sie sprechen von Frieden und meinen Aufrüstung, SDI, militärische Überlegenheit und ungestraften Einsatz ihrer militärischen Mittel.
Sie sprechen von Freiheitund meinen Wettbewrb, Konkurrenz, Ausbau des Polizeiapparats(maschinenlesbarer Ausweis, Volkszählung, Verfeinerung der Grenzkontrollen), Nebeneinander von Konsumterror und Verarmugg, Unterwerfung aller Länder unter die Gesetze kapitalistischer Ausbeutung.Ihre Mordbanden in Nicaragua nennen sie deshalb Freiheitskämpfer.
Sie Sprechen von Lebensqualität und treiben Menschen in Vereinzelung, Verzweiflung (Drogen/Selbstmorde) und verschärfen alle Abhängigkeiten.
Sie wollen alle in ein Bott setzen und schmeißen immer mehr über. Bord: Arbeitskräfte, über Arbeits- und Sozialämter umgewälzt und zerschlissen werden, Alte, die in der Kosnten-Nutzen-Rechnung keinen Wert darstellen, Jugendliche, die nicht verwertbar sind oder die sich den angebotenen Wegen widefsetzen.
Sie sprechen von Menschlichkeit und sprechen sie denen ab, die für die Befreiung der Menschen kämpfen.
Sie fordern Gewaltlosigkeit von denen, gegen die alle Gewalt eingesetzt wird.
Sie sprechen von Europa als Zusammenkommen der Menschen und meinen den großen Markt für die starken Konzerne der BRD,Frankreichs und Englands, die Verschiebung von Arbeitskräften mit Anwerbung und Zwangsrückführung, die Vernichtung der Kulturen der Völker durch einen US-orientierten Standard.
Sie sprechen von Außenhandel und Entwicklungshilfe, aber bewirken das Aushungern ganzer Völker, deren Lebensweisen und Existenzbedingungen von den Rädern des Weltmarkts zerstört werden.

Stützpfeiler ihrer Machtpolitik ist die NATO, die die Aufgabe hat, Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Einflußzonen militärisch zu sichern. Ein Land wie Lybien, das sich ihren Weltordnungsplänen nicht einfügt, wird mit Bomben beworfen.

Immer mehr Menschen begreifen und erleben, daß der Imperialismus Krieg gegen ganze Völker und gegen die Menschen hier führt: mit militärischen Mitteln, mit Geheimdienstmitteln, mit politischen und ideologischen Mitteln. Sie inszenieren nicht nur Anschläge gegen Gefängnismauern, um Spitzel einzuschleußen, sondern auch gegen das Volk (Bahnhofsattentate, die der RAF in die Schuhe geschoben werden sollten, und Anschläge auf Zivilflughäfen), weil sie einer Weiterentwicklung und Vereinheitlichung des Widerstands zuvorkommen wollen.

Revolutionäre Gewalt richtet sich nicht gegen das Volk, sondern gegen den Machtapparat.

In ganz Westeurppa nehmen Massenproteste, militante Aktionen und Guerillaangriffe zu.
Leben, Befreiung und Selbstbestimmung sind nur im aktiven Widerstand zu finden. Er wird zum gemeinsamen Handeln kommen.

Mut macht dabei der Widerstand der politischen Gefangenen gegen die Vernichtungshaft und der Kampf, den Völker wie in Nicaragua gegen den Imperialismus führen.

Antiimperialistische Gruppe

**Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf die NATO-Infrastruktur.
Aus: *Knipselkrant* 1986, S. 590.**

Das IIF wiederum steht in enger Beziehung zu dem Ost-Berliner **Institut für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW)**, das als eine wichtige Außenstelle des MfS eingeschätzt wird.

Am unteren Ende dieser Kommandostruktur steht die konkrete Umsetzung der Kampagne auf dem Boden der Bundesrepublik. Folgende Konferenzen sind in diesem Zusammenhang erwähnenswert:

— Der Internationale Kongreß „Verantwortung für den Frieden — Naturwissenschaftler warnen vor der Militarisierung des Weltraums" am 7./8. Juli 1984 in Göttingen. Bei diesem Treffen handelte es sich um die erste größere Zusammenkunft zu diesem Thema, mit der zunächst wissenschaftliche Kreise für die sowjetische Propagandalinie mobilisiert werden sollten. Als Ziel der Konferenz wurde die Schaffung der „intensivsten bisher von der Friedensbewegung betriebenen Kampagne, um die Militarisierung des Weltraums zu stoppen" deklariert. Bei der Konferenz traten als Sprecher u.a. Sowjets, einige dem linken Flügel der Demokratischen Partei und der Friedensbewegung angehörige Amerikaner, darunter der mittlerweile zum lebenden Inventar der Sowjets zählende **Linus Pauling**, und Vertreter der mit den Grünen assoziierten Organisationen **Öko-Institut** (Freiburg), **ECOROPA** und **E.F. Schumacher-Gesellschaft**, ein „wissenschaftlicher Berater" der Bundestagsfraktion der Grünen und die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen **Erika Hickel** auf. Die Göttinger Konferenz wurde schon in der Vorbereitungsphase durch den DKP-Funktionär **Reiner Braun** gesteuert. Braun obliegt die Betreuung der „berufsspezifischen" Friedensinitiativen, auf die seit Anfang 1985 von den Sowjets besonderes Augenmerk gerichtet wird. In der Vorbereitungsgruppe arbeitete u.a. auch **Prof. Dr. Rolf Bertram**, Aktivist bei der E.F. Schumacher-Gesellschaft und ECOROPA mit.

— Die „internationale Tagung über die bewaffnete militärische Nutzung des Weltraums" am 15.9.85 in Hannover. Die Zusammensetzung der Redner war ähnlich wie in Göttingen. Als Redner trat u.a. auch der ehemalige US-Justizminister und aggressive Gegner der Reagan-Administration, **Ramsey Clark** auf, der mittlerweile zum „Rechtsberater" von **Petra Kelly** avanciert ist. Die Konferenz war stark von Aktivisten der Grünen besucht.

Wie die Kampagne gegen die NATO-Nachrüstung und die „Herbstaktionen" 1983 und 84, wird auch die Kampagne gegen die „Militarisierung" des Weltraums" von der DKP und deren Frontorganisationen und den Grünen parallel bzw. gemeinsam betrieben. Über Transmissionsriemen wie die **Krefelder Initiative** und die DFU wird beispielsweise die **Naturwissenschaftler-Initiative: „Verantwortung für den Frieden"** durch die DKP beeinflußt. So benutzt z.B. auch die „Naturwissenschaftler-Initiative" den gleichen Telefonanschluß wie die Krefelder Initiative, die wiederum ihr Büro in der Bundesgeschäftsstelle der DFU angesiedelt hat. Trotz dieser eindeutigen Zusammenhänge gelang es der Initiative im August letzten Jahres, auch die Unterschriften prominenter SPD-Funktionäre „an Land zu ziehen." Die DKP-Zeitung *UZ* triumphierte damals, zu den „namhaften Politikern", die den Aufruf unterzeichneten, gehörten: „der SPD-Vorsitzende Willy Brandt, führende Sozialdemokraten wie Egon Bahr, Horst Ehmke und Erhard Eppler, der Altliberale William Borm, Prof. Josef Ellsberg von den ‚Christlichen Demokraten für Schritte zur Abrüstung', Otto Schily von den Grünen und Prof. Dr. Jörg Huffschmidt, der dem DKP-Parteivorstand angehört."

Der DKP-Altfunktionär **Robert Steigerwald** bemerkte dazu treffend, daß es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zuvor „noch keinen Fall" gegeben habe, daß eine derartige Initiative die Unterschrift „von Willy Brandt bis Jörg Huffschmidt" gewinnen konnte. Neben zahlreichen Personen aus dem DKP-„Umfeld" unterzeichneten u.a. folgende Personen, die mit den Grünen in Verbindung stehen, diesen Aufruf: **Prof. Dr. Günther Altner**, Vorstandssprecher des Freiburger Öko-Instituts, **Torsten Lange**, MdB der Grünen, und **Alfred Mechtersheimer**.

Ausspähung militärischer Anlagen durch die „Friedensbewegung"

Bereits 1979/80 war bei der vereinigten „Friedens"-, „Umweltschutz"- und „AKW"-Bewegung ein neuer Trend erkennbar: Nach den militanten Großaktionen gegen die Reaktorbaustellen in Brokdorf und Grohnde interessierte man sich verstärkt für die „nukleare Infrastruktur". Im Zuge der „Atommüll"-Kampagne wurden im größeren Stil „Talente" der „Bewegung" auf die systematische Ausspähung von Transportrouten, Knotenstellen, beteiligten Firmen etc. gelenkt.

Im gleichen Zeitraum wurde das zweite große „Kundschafter"-Projekt der Friedensbewegung ins Leben gerufen: Die systematische Ausspähung von militärischen Anlagen. 1979 wurde vom **Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**, der damals auch zusammen mit der DKP-beeinflußten DFG-VK die formelle „Vereinigung" zwischen Friedens- und Umweltschutzbewegung vollzog, die Erstellung einer „nuklearen Lagekarte für die BRD" betrieben. Damals erklärte die Bundesregierung zu diesem Vorhaben: „Durch das gezielte Erfassen und die öffentliche Bekanntgabe von Objekten, die für die Lagerung von atomaren Sprengköpfen in Betracht kommen könnten, würde ein schwerer Nachteil für die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland verursacht werden. Hierin läge ein Verstoß vornehmlich gegen die Straftatbestände der Paragraphen 95 StGB (Offenbaren von Staatsgeheimnissen), 96 Abs.2 StGB (Auskundschaften von Staatsgeheimnissen), 97 Abs.1 StGB (Preisgabe von Staatsgeheimnissen) und 109 Abs.1 StGB (Sicherheitsgefährdendes Abbilden)". Es blieb allerdings nur bei der Androhung von Verfahren; ernsthafte behördliche Schritte wurden nie unternommen, was allerdings aufgrund der damaligen Führung des Innenministeriums unter Baum und von Schoeler nicht verwundert.

Diese „Lagekarte" wurde dann 1980/81 von der *Tageszeitung* und dem *Stern* veröffentlicht und diente als Ansporn für die wohl umfassendste Kampagne gegen militärische Einrichtungen seit Bestehen der NATO und der Bundeswehr. Handfeste Verdachtsmomente auf nachrichtendienstliche Steuerung derartiger gegen den Bestand der Bundesrepublik gerichteten Operationen gab es schon in der Frühphase der AKW- und Friedensbewegung. Bereits 1977 lagen der Bundesregierung nachrichtendienstliche Hinweise vor, daß die Regierung und die Nachrichtendienste der DDR an der Entfaltung der militanten AKW-Bewegung operationell beteiligt seien. Auch der damalige Ministerpräsident Schleswig-Holsteins, Stoltenberg, sprach damals von Hinweisen, daß die DDR mehrere 100 000 DM zur Unterwanderung von Bürgerinitiativen bereitgestellt habe.

Auch in dem Papier des Bundesinnenministeriums „ ‚Aktive Maßnahmen' östlicher Nachrichtendienste — Versuche zur Manipulation der deutschen Politik und des innenpolitischen Klimas in der Bundesrepublik Deutschland" vom Februar 1985 wird darauf eingegangen, daß das MfS bereits Mitte der 70er Jahre in Erwägung gezogen hatte, Kleinstmengen radioaktiver Stoffe in der Umgebung deutscher Kernanlagen abzulegen. Damit sollte eine Mobilisierung der deutschen Bevölkerung gegen die Kerntechnik erreicht werden. Als „Zielobjekt" war die damals geplante Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben ausgewählt worden. In dem Papier hieß es auch ausdrücklich: „Auch die westliche Verteidigungs- und Bündnispolitik war und ist Ziel ‚aktiver Maßnahmen', insbesondere im Zusammenhang mit der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß." Das Papier nennt einige Beispiele wie das Zuspielen geheimer NATO-Dokumente im Mai 1983 an deutsche Journalisten, um den Eindruck zu erwecken, die NATO bereite aktiv einen nuklearen Angriffskrieg vor.

Für Operationen dieser Art ist die Sammlungsbewegung der Grünen und der Friedensbewegung wohl eine ganz besonders ergiebige Fundgrube für das MfS. Bei der erwähnten „nuklearen Lagekarte" ist die nachrichtendienstliche „Handschrift" deutlich abzulesen. Zum ersten Mal wurde die Idee einer „Lagekarte" im Herbst 1979 auf gemeinsamen Kongressen des BBU mit der DKP-gesteuerten DFG-VK präsentiert. Als Wortführer trat in dieser Angelegenheit der damalige BBU-Aktivist und spätere Bundestags-Abgeordnete und Bundesvorstand der Grünen **Roland Vogt**, in Erscheinung. Nach damaligen Angaben des Verfassungsschutzes unter-



Konsequenz aus „Tschernobyl": Sabotageanschläge auf die Stromversorgung in der Bundesrepublik.
Aus: „Der Super-Gau", u.a. herausgegeben vom „Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie", Juli 1986.

hielt die DFG-VK bereits damals direkte Kontakte zum „Friedensrat" der DDR und dem sowjetischen „Friedensrat", und DFG-VK-Funktionäre hielten sich wiederholt in Moskau auf, um „aktuelle Fragen der Friedenssicherung" und der „weiteren Zusammenarbeit" zu erörtern. Auf die Drohung der Bundesregierung, derartige Veröffentlichungen strafrechtlich zu verfolgen, antwortete Vogt: „Knast wird künftig zum normalen Lebenslauf eines jeden ernstzunehmenden Friedensaktivisten gehören." Neben der offensichtlichen Beteiligung von KP-Kadern bei diesen Überlegungen ist auch die Rolle Vogts hervorzuheben, der später bei Pilot-Projekten der Grünen wie z.B. der Kontaktaufnahme der Grünen mit Ghaddafi, sich immer als besonders agil, kontakt- und reisefreudig erwies — alles Eigenschaften, die einen professionellen „Kundschafter des Friedens" auszeichnen.

Die „Lagekarte" wurde dann zum ersten Mal in der Illustrierten *Stern* am 19.2.81 und kurz darauf in der Berliner *TAZ* veröffentlicht. Mitte März wurde von den Grünen eine „nukleare Lagekarte der Bundesrepublik" vorgelegt. Die Karte enthielt Standorte von Atomkraftwerken, die ungefäh-

re Lage von Kernwaffenlagern, Raketeneinheiten, Flugplätzen und Kommandoeinheiten. Als Sprecher trat erneut Roland Vogt auf, der die Karte mit der Bemerkung kommentierte, daß man aus „didaktischen Gründen" auf die Nennung der Ortsnamen verzichtet habe, obwohl nähere Informationen vorlägen. Die Bürgerinitiativen sollten die Objekte selber identifizieren und näher beschreiben, um so in einem halben Jahr eine neue Karte mit Detailangaben zu veröffentlichen. Die Warnung der Bundesregierung, daß nach Ansicht des Bundesgerichtshofes auch das „gezielte Erfassen" und Veröffentlichen von Standorten und Lagerplätzen für Nuklearwaffen als Geheimnisverrat verfolgt werden kann, tat Vogt als „pervers" ab. Das „Bedrohungspotential" für die Bevölkerung an den Standorten sei dermaßen intensiv, daß nur „Widerstand unter Inkaufnahme strafrechtlicher Folgen" helfen könne.

Eine weitere „Neuauflage" der „Lagekarte" wurde von der *TAZ* in einer eigens für den evangelischen Kirchentag im Juni 1981 herausgegebenen Sonderausgabe massenhaft vertrieben. Diese über zwei Seiten ausgebreitete „Deutsche Generalkarte Atomwaffen", die laut *TAZ* aus „eigenen Recherchen" und Angaben des Stockholmer Friedensforschungs-Instituts SIPRI zusammengestellt wurde, enthielt Stellungen von Flugabwehrraketen, Sondermunitionslagern, Artillerieraketen, Flugkörpergeschwadern (Pershing 1 a), U.S. Air Force, Royal Air Force, Cruise Missiles, Pershing 2, Starfightern, Atomminen und Trägerwaffen.

Nach der Veröffentlichung der „Lagekarte" im *Stern* hatte die Generalbundesanwaltschaft wegen möglicher Verletzung des Paragraphen 95 StGB (Offenbarung von Staatsgeheimnissen) ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, das allerdings still in der Versenkung verschwand. Lediglich einige Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion wiesen darauf hin, daß die Grenzen des Tatbestandes des Landesverrats bereits erreicht seien. Besonders hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Rolle der DKP-beeinflußten Organisationen DFG-VK und des **Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KFAZ)** bei der Erstellung und Verbreitung der Karte sowie der Ausweitung der Kampagnen „vor Ort". Unmittelbar nach Veröffentlichung der Karte im *Stern* wurde in Rundschreiben des KFAZ auf die „Entwicklung des örtlichen und regionalen Widerstandes gegen den Bau neuer militärischer Einrichtungen" eingegangen. „Der Widerstand vor Ort" müsse gestärkt und die Bevölkerung durch „Bedrohungslagekarten" informiert werden.

Aus Berichten über eine Sitzung der Landesgruppe Baden-Württemberg der DFG-VK im Dezember 1980 geht hervor, daß die Fertigung einer „Rüstungskarte" mit Angabe von militärischen Objekten, Einrichtungen, geplanten Objekten, Rüstungsbetrieben u.a. zum Programmpunkt bezüglich der Beteiligung an den „Friedensaktionen" erhoben wurde. In dem Protokoll dieser Sitzung sind auch Maßnahmen wie „Sitzstreiks vor militärischen Einrichtungen", „Blockaden aller Art, z.B. Militärtransport der DB", „Sabotage", „Steuerverweigerung", „Aktionen in oder vor Rüstungsbetrieben" als Form der Beteiligung an Aktionen aufgeführt.

Darüberhinaus deuten noch andere Elemente auf die Beteiligung östlicher Dienste bei der Fertigung dieser Karten und der Lancierung der Kampagnen gegen Militäranlagen hin. Betont werden muß die emsige Aktivität des „Militärexperten" der amerikanischen Friedensbewegung, **William Arkin**, einem ehemaligen Nachrichtenoffizier, der regelmäßig als wichtige Quelle für Detailinformationen über militärische Anlagen auftritt und diese dem Spektrum der Friedensbewegung zukommen läßt. Arkin lieferte auch dem *Stern* die Informationen für dessen „Lagekarte". Er ist alteingesessener Aktivist des 1963 gegründeten und in Washington residierenden **Institute for Policy Studies (IPS)**, das für die Unterstützung diverser linksextremistischer Bestrebungen bereits seit Ende der 60er Jahre einschlägig bekannt ist.

In zahlreichen Publikationen dieser Nachrichtenagentur wurde bereits auf den subversiven Charakter dieses Instituts hingewiesen. Auch der ehemalige Leiter des Hamburger LfV, Hans Josef Horchem, wies im letzten Jahr darauf hin, daß es sich bei dem IPS um ein Haus handele, das „ein-

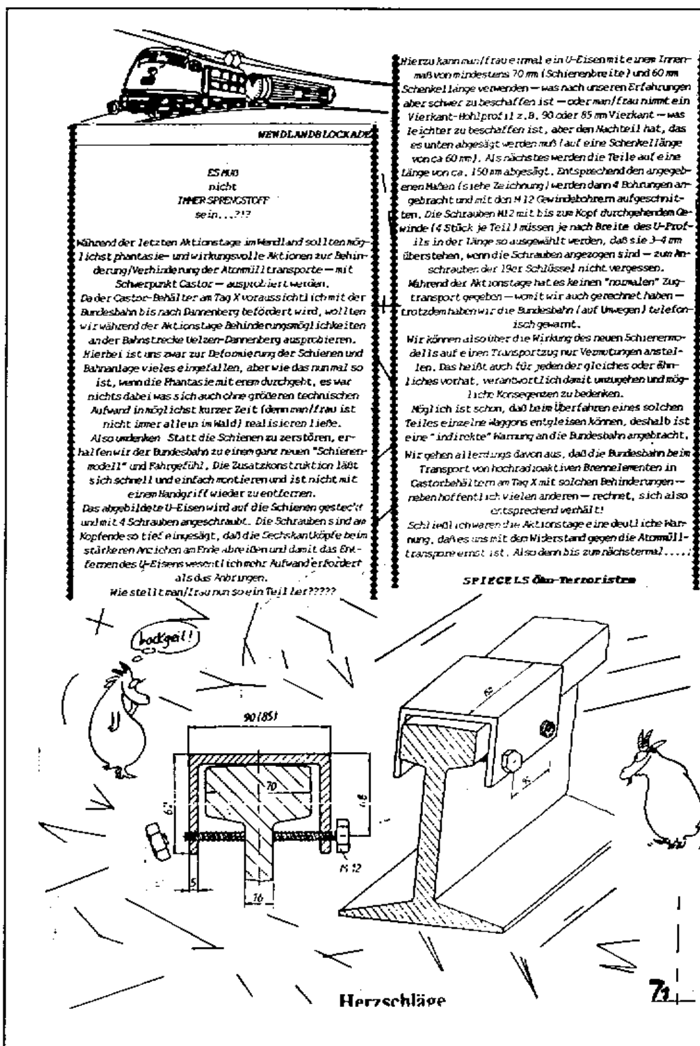
deutig als Apparat sowjetischer Desinformationspolitik identifiziert ist."

Der Gründer des IPS, **Richard Barnett**, unternahm im März 1981 eine Rundreise durch die Bundesrepublik, um die „Friedens"-Bewegung zu Aktionen gegen die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen anzustacheln. Auch Arkin unternahm in diesem Zeitraum mehrere Reisen zum gleichen Zweck in die Bundesrepublik und trat zusammen mit den Grünen auf. Im Mai 1982 führte die *Grüne Hessenzeitung* die Landtagsabgeordnete der Grünen **Gertrud Schilling** als Kontaktperson zu Arkin auf. In den letzten Jahren hat Arkin regelmäßig versucht, mit seinen Veröffentlichungen Kampagnen gegen die in der Bundesrepublik stationierten amerikanischen Truppen zu lancieren. Der letzte derartige Versuch wurde mit Veröffentlichungen im Januar 1984 u.a. in der *TAZ* gegen die sog. „Rucksackbomben" — von amerikanischen Sondereinheiten eingesetzte Atomminen — unternommen. U.a. wurde dort die in Bad Tölz stationierte Special Forces-Gruppe als „Zielobjekt" der Bewegung eingekreist. Später tauchten bei Festnahmen von RAF-Mitgliedern unter den sichergestellten Materialien zur Zielauswahl von geeigneten Objekten Hinweise auf die Bad Tölzer Flint-Kaserne auf.

Auch der sozialdemokratische *Vorwärts* veröffentlichte noch im März 1985 einen ganzseitigen Artikel von Arkin mit dem Titel „US-Army will mit neuer Rucksackbombe tief ins Hinterland des Feindes — Atomminen werden noch kleiner und ‚besser benutzbar'."

Das IPS ist Mitbegründer des ebenfalls in Washington ansässigen **Center for Defense Information (CDI)**, das als eine der „Denkfabriken" der amerikanischen und europäischen Friedensbewegung fungiert und regelmäßige Beziehungen zu den Grünen unterhält. Im Zusammenhang mit dem

Solche Sabotage-Anleitungen finden fast täglich Nachahmer.
Aus: *radikal* Nr. 128 und 131.



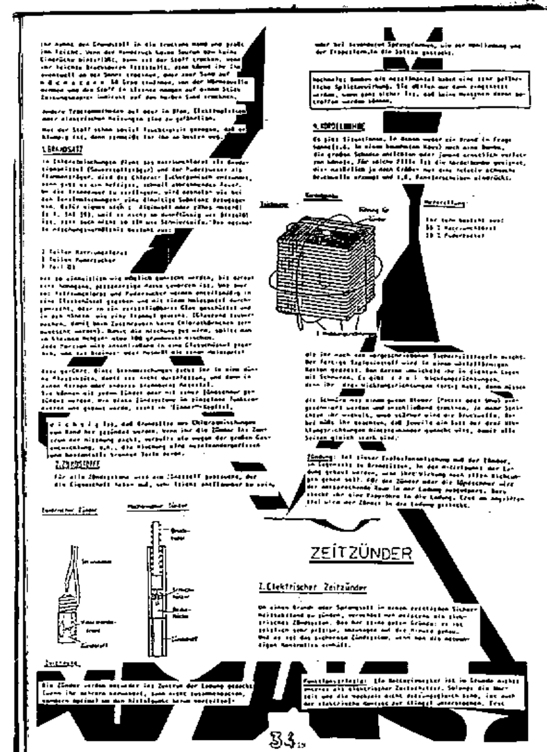
WENDLANDBLOCKADE

ES MUß
nicht
IMMER SPRENGSTOFF
sein...?!?

Während der letzten Aktionstage im Wendland sollten möglichst phantasie- und wirkungsvolle Aktionen zur Behinderung/Verhinderung der Atommülltransporte — mit Schwerpunkt Castor — ausprobiert werden.
Da der Castor-Behälter am Tag X voraussichtlich mit der Bundesbahn bis nach Dannenberg befördert wird, wollten wir während der Aktionstage Behinderungsmöglichkeiten an der Bahnstrecke Uelzen-Dannenberg ausprobieren.
Hierbei ist uns zwar zur Deformierung der Schienen und Bahnanlage vieles eingefallen, aber wie das nun mal so ist, wenn die Phantasie mit einem durchgeht, es war nichts dabei was sich auch ohne größeren technischen Aufwand in möglichst kurzer Zeit (denn man/frau ist nicht immer allein im Wald) realisieren ließe.
Also umdenken. Statt die Schienen zu zerstören, erhalfen wir der Bundesbahn zu einem ganz neuen "Schienenmodell" und Fahrgefühl. Die Zusatzkonstruktion läßt sich schnell und einfach montieren und ist nicht mit einem Handgriff wieder zu entfernen.
Das abgebildete U-Eisen wird auf die Schienen gesteckt und mit 4 Schrauben angeschraubt. Die Schrauben sind am Kopfende so tief eingesägt, daß die Sechskantköpfe beim stärkeren Anziehen am Ende abreißen und damit das Entfernen des U-Eisens wesentlich mehr Aufwand erfordert als das Anbringen.
Wie stellt man/frau nun so ein Teil her?????

Hierzu kann man/frau einmal ein U-Eisen mit einem Innenmaß von mindestens 70 mm (Schienenbreite) und 60 mm Schenkellänge verwenden — was nach unseren Erfahrungen aber schwer zu beschaffen ist — oder man/frau nimmt ein Vierkant-Hohlprofil z.B. 90 oder 85 mm Vierkant — was leichter zu beschaffen ist, aber den Nachteil hat, das es unten abgesägt werden muß (auf eine Schenkellänge von ca 60 mm). Als nächstes werden die Teile auf eine Länge von ca. 150 mm abgesägt. Entsprechend den angegebenen Maßen (siehe Zeichnung) werden dann 4 Bohrungen angebracht und mit den M 12 Gewindebohrern aufgeschnitten. Die Schrauben M12 mit bis zum Kopf durchgehenden Gewinde (4 Stück je Teil) müssen je nach Breite des U-Profils in der Länge so ausgewählt werden, daß sie 3-4 mm überstehen, wenn die Schrauben angezogen sind — zum Anschrauben der 19er Schlüssel nicht vergessen.
Während der Aktionstage hat es keinen "normalen" Zugtransport gegeben — womit wir auch gerechnet haben — trotzdem haben wir die Bundesbahn (auf Umwegen) telefonisch gewarnt.
Wir können also über die Wirkung des neuen Schienenmodells auf einen Transportzug nur Vermutungen anstellen. Das heißt auch für jeden der gleiches oder ähnliches vorhat, verantwortlich damit umzugehen und mögliche Konsequenzen zu bedenken.
Möglich ist schon, daß beim Überfahren eines solchen Teiles einzelne Waggons entgleisen können, deshalb ist eine "indirekte" Warnung an die Bundesbahn angebracht.
Wir gehen allerdings davon aus, daß die Bundesbahn beim Transport von hochradioaktiven Brennelementen in Castorbehältern am Tag X mit solchen Behinderungen — neben hoffentlich vielen anderen — rechnet, sich also entsprechend verhält!
Schließlich waren die Aktionstage eine deutliche Warnung, daß es uns mit dem Widerstand gegen die Atommülltransporte ernst ist. Also dann bis zum nächstenmal....!

SPIEGELS Öko-Terroristen



IPS muß unbedingt auf die Gruppe um **Philip Agee** hingewiesen werden, die mit ihren Recherchen und Publikationen seit Jahren offensiv gegen westliche Nachrichtendienste und Sicherheitsorgane vorgeht. Die Aktivitäten der Agee-Gruppe begannen 1973 mit der Veröffentlichung der Postille *Counterspy*. Counterspy erlangte einschlägige Berühmtheit mit der Methode systematischer Ausforschung und Veröffentlichung der Namen von Sicherheitsbeamten.

Diese Taktik des „naming names" hatte u.a. zur Folge, daß im Dezember 1975 der CIA-Resident in Athen, Richard Welsh, von der heute noch aktiven, terroristischen **Gruppe des 17. November** erschossen wurde. Experten gehen davon aus, daß Agee, von 1957-69 Beamter der CIA, dann zum kubanischen Nachrichtendienst übergelaufen war. Agee, der 1977 aus England ausgewiesen wurde, hält sich seitdem in der Bundesrepublik auf und reiste zunächst mit einem Paß von Grenada und in letzter Zeit mit einem nikaraguanischen Paß.

Seit Anfang vergangenen Jahres wird *Geheim* von der Agee-Gruppe in Köln veröffentlicht, die es sich offen zum Ziel gesetzt hat, „ans Licht der Öffentlichkeit" zu bringen, „was eigentlich geheim bleiben soll — die zunehmende Allmacht der Geheimdienste und ihre anti-demokratischen Bespitzelungspraktiken". Für die „O-Nummer" von *Geheim* zeichneten **Günther Neuberger** und **Michael Opperskalski** verantwortlich. Opperskalski war bis 1980 Redakteur der **Roten Blätter**, dem Organ der DKP-Unterorganisation **MSB Spartakus**. Neuberger gehörte 1978/79 zum Mitarbeiterkreis der Zeitung des **Sozialistischen Hochschulbundes**, der ebenfalls als DKP-beeinflußte Organisation zu werten ist. Für die Nr. 1/86 zeichnet der dem gleichen Spektrum zuzurechnende Journalist **Jürgen Roth** verantwortlich.

Zu den sich anbahnenden Aktivitäten von *Geheim* äußerte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Spranger, im März 1985: „Sollte es sich erweisen, daß die bestehenden Strafvorschriften nicht dazu ausreichen, die Enttarnung von Mitarbeitern unserer Sicherheitsbehörden zu unterbinden, wird die Bundesregierung nicht zögern, das notwendige gesetzliche Instrumentarium zu schaffen."

Um die Agee-Gruppe haben sich Journalisten wie **Stefan Aust**, **Eckart Spoo**, **Manfred Bissinger** und **Werner Poelchau** geschart, die sich allesamt durch ihre bisherigen Aktivitäten gegen die Sicherheitsorgane ausgezeichnet haben. Von dieser Gruppierung beziehen die Grünen ihre „sicherheitspolitischen" Konzeptionen.

Zu beachten ist weiterhin die Beteiligung des **Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI)** an der sowjetisch gesteuerten Kampgane gegen die militärstrategischen Interessen des westlichen Bündnisses. Bekanntermaßen ist der Komplex der „Friedensforschung" eines der beliebtesten Ziele sowjetischer Infiltrations-Taktiken. Der „Friedensforscher" des SIPRI, **Owen Wilkes**, der zusammen mit Arkin das Material für die „Lagekarten" lieferte, wurde im Frühjahr 1981 zusammen mit dem Norweger **Peter Gledich** zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe auf Bewährung verurteilt. Beide hatten im Auftrag des **Norwegian Peace Institute** systematisch Material über geheime Radaranlagen in Norwegen gesammelt, die dann in einem Buch veröffentlicht wurden. Der Staatsanwalt meinte dazu, die Arbeit sehe „eher wie eine nachrichtendienstliche Arbeit und nicht wie politischer Journalismus und Recherche" aus. In Gledichs Wohnung wurde auch eine detaillierte Liste von nachrichtendienstlichen und militärischen Führungspersonen mit Adressen und Kennzeichen sichergestellt. Im Sommer 1981 wurde Wilkes von der schwedischen Sicherheitspolizei unter Spionageverdacht verhaftet und seine Wohnung und sein SIPRI-Büro durchsucht. Die Polizei erklärte, daß Unterlagen über die schwedische Luftabwehr sichergestellt worden seien. Dabei handelte es sich um die Vorarbeiten für weitere Veröffentlichungen über Militärstützpunkte in Europa. Wilkes trat z.B. auf einer Friedenskonferenz im März 1981 in Frankfurt auf und erläuterte in seinem Vortrag über Stützpunkte nuklearer Waffensysteme „wo sie sind und wie man sie erkennt".

Weitere, ähnlich gelagerte Beispiele von „Kundschaftern des Friedens",

die mit den Behörden in Konflikt gerieten, sind die Alternativzeitungen **Hunsrück-Forum** und **Monokel**. Das „Hunsrück-Forum" hatte in seiner April/85-Ausgabe die Baupläne der Marschflugkörper-Stellung in Hasselbach abgedruckt. Daraufhin wurden in einer größeren Polizeiaktion Wohnungen und Arbeitsplätze sämtlicher Redakteure und die Druckerei der DKP Rheinland-Pfalz untersucht, die bezeichnenderweise das Heft gedruckt hatte. Auch die Landesgeschäftsstelle der DFG-VK wurde durchsucht, da in dem Heft ein rechtswidriger Aufruf dieser Organisation veröffentlicht wurde, der Zivildienstleistende aufforderte, ihren Dienst vorzeitig zu beenden. Der für den Aufruf verantwortliche DFG-VK-Infodienst „Südwest-Kontakte" war der gleiche, der schon 1981 wegen seiner Aufforderung zu Sabotage an Militäranlagen auffiel (s.o.). Es wurden Ermittlungsverfahren wegen sicherheitsgefährdenden Abbildens und der Aufforderung zu Straftaten eingeleitet. Bei „Monokel" handelt es sich um eine Alternativzeitung in Coburg, die Angaben über den Bau von Munitionsbunkern veröffentlichte und deshalb Gegenstand von Ermittlungen wurde.

Abschließend sei noch ein von den Grünen unterstütztes Projekt zur Beschaffung von Informationen über „militärische Infrastruktur, militärische Landnahme und Neubauten, Manöver/Manöverbeobachtung, Zivilschutz, biologische und chemische Waffen" erwähnt: die Dortmunder **Arbeits- und Forschungsstelle „Militär, Ökologie und Planung" (MÖP)**. Sie veröffentlichte z.B. die von den Grünen herausgegebene Neuauflage des „Militäratlas von Flensburg bis Dresden", der mit „ausgedehnten Recherchen und EDV-Programmen" erweitert wurde. Es überrascht nicht, daß der Autor und MÖP-Mitarbeiter **Burkhard Luber** „Studienleiter" an dem einschlägig bekannten „Internationalen Freundschaftsheim" in Bückeburg ist, das als Sammelpunkt für DKP- und linksextremistische Aktivitäten gilt.

Hervorgehoben werden muß auch die Rolle des schon öfters erwähnten Oberstleutnant a.D. Alfred Mechtersheimer und dessen Starnberger **Forschungsinstitut für Friedenspolitik e.V.**. Dieses Institut des mittlerweile für die Grünen kandidierenden Mechtersheimer erweist sich für die auf dem letzten Parteitag der Grünen erneut ausgegebene Devise „Die Grünen wollen insbesondere: militärpolitische Informationen beschaffen und der Öffentlichkeit bekanntmachen" als besonders nützlich. Im April dieses Jahres gab das Mechtersheimer-Institut einen neuen „Militarisierungsatlas der Bundesrepublik" heraus. Das 387-seitige Taschenbuch soll „ein Informationsbedürfnis befriedigen, und er wird Betroffenheit erzeugen." Laut Mechtersheimer lebt der Bürger der Bundesrepublik „in einem übermilitarisierten Land". Er sei „Bewohner der Kampfzone Bundesrepublik Deutschland".

Das Buch enthält den bisher detailliertesten „Standortkatalog" der Bundesrepublik, in dem über 73 Seiten sämtliche militärischen Einrichtungen der deutschen und alliierten Streitkräfte bis zum letzten Hilfskrankenhaus aufgeführt werden. Nicht nur die spähenden „Sonntagsspaziergänger" der Friedensbewegung, sondern auch die terroristischen Kommandos der autonomen Gruppen und der RAF werden Mechtersheimer ewig dankbar sein. Viele zeitraubende Fußmärsche und Fahrten können bei der Planung von Aktionen nun eingespart werden. Wie man am Fall des Mordanschlags auf Prof. Beckurts gesehen hat, studiert die terroristische Szene von Experten aufbereitetes Material über militärische Anlagen, Personal und Rüstungsbetrieben sehr genau — seien es Artikel über vertrauliche Strategie-Treffen im Organ der DKP-Unterorganisation **MSB-Spartakus** oder der „Militarisierungsatlas" des grünen Herrn Mechtersheimer.

Nächste Stufe: „Direkte Aktion" gegen militärische Anlagen

Nach der Formierungsphase der „Friedens"-Bewegung, wobei die „nuklearen Lagekarten" ohne Zweifel ein wichtiges Mobilisierungsinstrument darstellten, setzte die Aktionsphase mit den bekannten „Herbstaktionen" der Jahre '83 und '84 gegen die Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen ein. 1983 kam es zu 1400 Aktionen (Demonstrationen, Blockaden, Mahnwachen, Menschenketten etc.) gegen die Bundeswehr und die NATO-Streitkräfte. Die Zahl derartiger Aktionen stieg im Folgejahr noch

geringfügig an, wobei sich aber die Militanz der Aktionen erheblich steigerte. In mehr als 80 Fällen wurde beispielsweise versucht, in militärische Sicherheitsbereiche einzudringen. Die große Befürchtung der Sicherheitsbehörden war damals die Provokation des ,,Benno Ohnesorg-Effekts" durch Störer, die sich bewußt durch solche Aktionen der Gefahr des militärischen Schußwaffengebrauches aussetzten — was von den Agitatoren der Bewegung eiskalt einkalkuliert wurde.

Die **Grünen** mit ihrem Konzept der ,,bewußten Regelverletzung", ihrem immer wieder betonten Willen, Gesetze zu übertreten, waren zusammen mit dem DKP-geführten Spektrum — in dessen Nachbarschaft sich schockierenderweise auch immer mehr sozialdemokratische und gewerkschaftliche Kreise begeben haben — die zweite Triebfeder der Anti-NATO-Friedensbewegung.

Das Beispiel des ,,Aktionsherbstes 84", in dem die Taktik der ,,Manöverbehinderung" eine zentrale Rolle spielte, zeigt besonders deutlich, wie die durch ,,Lagekarten" u.ä. konditionierte Bewegung mehr und mehr in militante Massenaktionen gegen militärische Anlagen geführt wurde, wobei sich die DKP und die Grünen zwar meistens dezent aus direkten Gewalttaten heraushielten, sich aber nie konsequent davon distanzierten bzw. ernsthafte Schritte gegen gewalttätige Gruppen unternahmen. Vielmehr formulierten und dirigierten sie selber die Kampagnen so, daß Gewalttaten vorprogrammiert waren.

So wurden z.B. in einem Aufruf des ,,Koordinationsausschusses Störmanöver", der für die Planung der Manöverstörungen in der Nord-Region zuständig war, folgende ,,Aktionsvorschläge" unterbreitet, die u.a. zu direkter Sabotage aufrufen:

,,Aktionsvorschläge — Wie kann Man/Frau ein Manöver behindern?
Nun unsere Ideenliste nach dem derzeitigen Informationsstand:
Es gibt eine Menge Truppenteile, die nicht dem häufigen Stellungswechsel unterliegen:
— Treibstofflager (LKW's)/Verpflegungseinheiten/Instandsetzung/Stäbe (in Bauernhöfen und Gaststätten). Diese können im ,,flexiblen Verfahren" (Wendland-Blockade) durch Autokonvois, Blockaden mit Material usw. blockiert werden. Es ist daran gedacht, solche Aktionen besonders da zu machen, wo eine Öffentlichkeit unvermeidbar ist, z.B. größere Dörfer, Brücken, u.a.
— Es gibt jede Menge Schilder, an denen sich Melder, Kolonnen usw. orientieren bzw. von denen sie Infos über Truppenteile entnehmen. Diese könnten sich nicht an den richtigen Stellen befinden.
— Es gibt verkabelte Funk- bzw. Kommandostellen. Die Kabel stehen nicht unter Strom.
— Aus den Camps können Auto-Konvois zusammengestellt werden, die unter der Woche durchs Gebiet fahren und plötzlich Pannen haben. Die Panzerkolonnen sind auf die Benutzung von Landstraßen und Autobahnen angewiesen, weil sie nicht ständig durchs ,,Gelände" fahren.
— Für Funkbastler: Der Funkverkehr spielt sich auf der rechten Seite der UKW-Skala ab.
— Drachen sind für Hubschrauberübungen ärgerlich.
— Welche Behinderungsform und welcher Blockadeort am sinnvollsten ist, wird sich vor Ort nach den Infos der Manöverbeobachtungsgruppe ergeben. Wie bei der Wendlandblockade müssen wir flexibel bleiben, eine Blockade mal aufgeben, um sie an anderer Stelle wieder aufzunehmen."

Zu betonen ist hier, daß die Grünen bei diesen Herbstaktionen als Teil des sog. ,,unabhängigen" Flügels der Bewegung auftraten, der es nicht bei reinen Großdemonstrationen und -kundgebungen belassen wollte, sondern dem ,,Widerstand vor Ort" nachgehen wollte. Der ,,Koordinationsausschuß Stör-Manöver" gab als eine Kontaktadresse die Unterorganisation der Grünen, **Grün-Alternative Bürgerliste (GABL)** in Hannover, an. Die Bilanz dieser ,,Manöverbehinderungen" — 150 gewaltsame Aktionen gegen Manöver und militärische Einrichtungen — zeigt auf, zu welchem Grade die militante Friedensbewegung als ausspähende, observierende und handelnde ,,Truppe" gegen militärische Einrichtungen tätig wurde und weiter tätig werden wird.



Bei der ,,Tag-X"-Kampagne betätigten sich die Grünen führend an der Organisation und Propaganda rechtswideriger Aktionen.



Die Kampagne gegen Militärtransporte führte 1984 zu einer Serie teilweise gravierender Anschläge und Sabotageaktionen.

Folgender unvollständiger Überblick verdeutlicht das Ausmaß der Aktionen:
— 31.8.84: Brandanschlag gegen einen Bagger, der für Arbeiten an einer Straßensprengschachtanlage bei Gießen eingesetzt war.
— Im Raum Malente-Neversfelde wird der Deckel einer Straßensprengschachtanlage mit Schnellbinderzement ausgegossen.
— 6.9.84: Drei Zündschächte einer Sprengschachtanlage bei Hamburg werden völlig mit Beton ausgegossen.
— 9.9.84: Am US-Depot in Mutlangen wird der Zaun an fünf Stellen durchschnitten.
— In Kalletal-Bavenhausen/Niedersachsen werden in die Zylinderschlösser der Türen der Pumpstation einer NATO-Pipeline Kupferdrähte getrieben.
— In Gütersloh werden abgestellte US-Militärfahrzeuge mit Parolen wie „Kein NATO-Krieg" und RAF-Stern beschmiert und die Reifen zerstochen.
— 10.9.84: Ein Lokführer der britischen Armee in Gütersloh stellt fest, daß eine Weiche mit Krampen und einer Stahlstange blockiert worden ist.
— 11.9.84: In Oldenburg werden nachts vier Molotow-Cocktails über einen Kasernenzaun zwischen einige Bundeswehrfahrzeuge geworfen. Der Brand kann gelöscht werden. In Warendorf werden an einem Feldflughafen Warnleuchten zerstört.
— 13.9.84: Ein Güterzug fährt bei Eberbach/Hessen gegen ein Hindernis, das aus Holzbalken, Eisenstreben und größeren Steinen auf den Gleisen errichtet worden ist. Die Strecke wird zu dieser Zeit von Mititär-Sonderzügen befahren.
— 14.9.84: Die Ausfahrt eines US-Panzertransportes wird in dem Bahnhof von Büdingen von 12 Personen mit Rundhölzern und Pflastersteinen blockiert.
— 15.9.84: In einem Flugblatt der Grünen wird die Bevölkerung dazu aufgerufen, Start- und Landemanöver von Militärmaschinen durch „Steigenlassen von Flugdrachen" zu stören. Eine Bauanleitung ist auf dem Flugblatt abgedruckt.
— 19.9.84: In Hambach werden Fermeldekabel zu einem Divisionsgefechtsstand zerschnitten.
— In Steinau/Hessen werden ebenfalls Fernmeldekabel zu einem Manöver-Leitungsgefechtsstand zerschnitten.
— Ein britischer Soldat wird im Waldgebiet bei Dassel/Niedersachsen durch einen Schuß aus einem Luftgewehr leicht verletzt.
— Von der deutschen und amerikanischen Kriminalpolizei wird ein Zwischenfall untersucht, bei dem aus drei amerikanischen Tankfahrzeugen 10 000 Liter Treibstoff ausgelaufen sind. Es wird festgestellt, daß die Ablaßventile bei den Tankwagen absichtlich gelöst worden sind.
— 20..9.84: Bei Eddinghausen/Niedersachsen wird die Windschutzscheibe eines Bundeswehrfahrzeuges demoliert.
— 21.9.84: Ein bemannter BGS-Hubschrauber wird beim Start aus 30 m Entfernung mit Steinen beworfen, die aber ihr Ziel verfehlen.
— In Ampleben/Niedersachsen wird ein Bundeswehr-Wachsoldat mit Feuerwerksraketen beschossen.
— Eine Panzereinheit der Bundeswehr wird bei Detmold aus einem Gebüsch heraus beschossen. Zu diesem Zeitpunkt führen die Panzerbesatzungen ihre Fahrzeuge in freier Sicht aus dem Turm. Am Tatort wurde ein Revolver entdeckt.
— 22.9.84: Bei der Durchsuchung eines „Friedens-Camps" bei Edinghausen werden Hieb- und Stichwaffen, Äxte, Bolzenschneider u.a. sichergestellt.
— Im Bereich Hildesheim/Hameln/Hannover wird der zivile und militärische Verkehr durch Störergruppen von 15-20 Personen behindert. Militärfahrzeuge werden mit Farbbeuteln beworfen. Bei Coppenbrügge werden Straßensperren errichtet, Fahrzeuge in Brand gesetzt und Reifen zerstochen.
— 24.9.84: An dem BGS-Schießstand Alsfeld werden die Zäune aufgeschnitten und Parolen wie „BGS und BW üben für den Krieg" gesprüht.

— Im Bereich Hanau werden von Personen aus dem „Friedenscamp" Maintal vor einem US-Übungsgelände Verkehrszeichen herausgerissen.
— Auf dem US-Schießplatz in Lehnerz wird neben einem Treibstoffbehälter ein gezündeter, aber nicht detonierter Brandsatz gefunden.
— Auf einer Main-Brücke bei Hanau werden sechs Deckel von Sprengkammern entfernt und zwei Plastikrohre zubetoniert. Daneben wird die Parole „Sabotage tut Not" gesprüht.
— 25.9.84: Eine Gruppe von Demonstranten dringt in das Gelände der US-Airbase Finkenberg ein und besprüht die Sensoren von drei Hawk-Raketen mit Farbe.
— Im Bahnhof Wildflecken werden an 40 Bundeswehrwaggons die Bremsschläuche zerschnitten und die Parolen „Ami go home" und „Widerstand jetzt — Krieg dem Krieg" gesprüht.
— Bei Orie/Niedersachsen wird die Besatzung eines Bundeswehr-Schützenpanzers von 50 mit Hieb- und Stichwaffen bewaffneten Demonstranten angegriffen. Die Besatzung muß sich in dem Panzer verbarrikadieren, der von außen schwer beschädigt wird.
— Zu einem ernsten Zwischenfall kommt es in der Nähe des Hanauer Nuklearbetriebes Alkem. Bei einer Demonstration vor dem Betrieb, an der etwa 50 Bewohner des „Friedenscamps" Maintal teilnehmen, wird einem Polizeibeamten bei einer versuchten Personalienfeststellung die Dienstpistole entwendet. Bei der darauffolgenden Fahndung wird ein Streifenwagen von 20 vermummten Demonstranten umzingelt und angegriffen. Ein Beamter muß drei Warnschüsse abfeuern, um die Gruppe zu zerstreuen.
— 26.9.84: In einem US-Versorgungsdepot im Berliner Bezirk Grunewald wird ein Wachmann überfallen und mit vorgehaltener Schußwaffe gezwungen, seine Waffe und sein Funkgerät zu übergeben.
— Etwa 300 Demonstranten gelingt es, in das Gelände des US-Depots bei Grebenhain einzudringen. 45 Personen werden vorübergehend festgenommen.
— 60 Demonstranten dringen in das Gelände des US-Hubschrauberflugplatzes Fulda-Sickels ein, besprühen einige Panzer und entkommen.

Im Zuge verschiedener Aktionen auf Militärgelände wurde auch gegen die Aktivisten der Grünen **Schubart**, **Luise Rinser**, **Rudolf Bahro** und **Kerschgens** Anzeige wegen Betretens von militärischen Gelände und Hausfriedensbruch erstattet. Die ursprüngliche Planungsgruppe für die Manöverbehinderungen, die „Arbeitsgruppe Aktionsherbst 84 Fulda Gap" wurde von Anfang an von dem „Friedensausschuß der hessischen Grünen" und der „Friedens-AG" der Bundes-Grünen mitgetragen. Typisch waren auch Aktionen wie die der Frankfurter Grünen, die im September '84 demonstrativ Sprengkammern an einer Frankfurter Brücke zumauerten und damit das Klima vor der letzten Runde der „Manöverbehinderungen" prägten. An der Aktion beteiligten sich die Frankfurter Stadtverordneten der Grünen **Manfred Zieran** und **Jutta von Ditfurth**. Nach der Kampagne der „Manöverbehinderungen" erklärte die hessische Landtagsfraktion der Grünen ausdrücklich, daß sie sich zu den dort begangenen Rechtsverletzungen ausdrücklich bekenne. Die Grünen-Abgeordnete **Gertrud Schilling**: „Wir tun das ganz bewußt."

Eine weitere Spielart der „direkten Aktion" gegen militärische Anlagen war die seit 1983 ins Leben gerufene Kampagne gegen militärische Munitionstransporte. Bei einem „bundesweiten Treffen der Gruppen gegen Munitionstransporte" Anfang Juli 1983 in Mainz trafen sich ca. 250 Personen aus dem autonomen und anti-imperialistischen Spektrum und dem terroristischen Umfeld. Positionspapiere dieser Gruppen brachten unumwunden ihre Absicht zum Ausdruck, breiteren Schichten der vom „Demolatschen" frustrierten „Friedensbewegung" die Konzepte des modernen Kleinkriegs nahezubringen:

„In militärischen Kategorien gedacht ist die Unterbrechung des Nachschubs (und darum handelt es sich bei den Transporten) für eine Armee ein klassisches Ziel, die politische und militärische Niederlage einzuleiten. Die leider notwendigen militärischen Überlegungen beinhalten die politische Forderung nach Abzug der US-Truppen aus der BRD. ... Um real

eine politische Kraft zu werden, ist es notwendig, sich mit der Gesamtheit der politischen und militärischen Strategie bzw. Bedeutung der NATO auseinanderzusetzen und darin Schwachpunkte zu suchen, an denen wir einen kontinuierlichen und selbstbestimmten Angriff entwickeln können."

Man müsse den „gesamten Militärapparat und dessen Funktion thematisieren und angreifen. ... Wir denken, daß es uns an den Munitionstransporten möglich ist, einen praktischen Widerstand zu entwickeln, weil wir nicht gegen militärisch abgesicherte Anlagen und Einrichtungen anrennen, sondern da eingreifen, wo wir wirklich auch was behindern und Sand im Getriebe sein können. Für die US-Armee und den Sicherheitsapparat in der BRD ist es weit schwieriger, sämtliche militärischen Transporte zu sichern, als einzelne Depots und Einrichtungen zu bewachen. Klar muß sein, auf welche Konfrontation wir uns mit dieser Kampagne einlassen und was das für unsere Rangehensweise an die Kampagne heißt."

Die wichtigsten Forderungen seien die „Sammlung und Vervollständigung unserer Informationen über die gesamte militärische Infrastruktur, um ein Durchblicken ihrer Strukturen möglich zu machen" und die „anstehende Auffüllung der Depots im Rahmen des Wartime Host Nation Support Program zum Ausgangspunkt für direkte Behinderung der Transporte zu nehmen."

Referiert wurde über dieses Thema von dem Wiesbadener **Rehberg**, der schon damals der terroristischen Randszene zugerechnet wurde und auch mit RAF-Kadern wie **Wolfgang Werner Grams** in Beziehung stand. Zwei Jahre später wurde aus diesen Texten blutige Praxis. Mitglieder der gleichen Wiesbadener Zelle waren an den RAF-Anschlag gegen die Rhein-Main Air Base, dem heimtückischen Mord an dem amerikanischen Soldaten Pimental beteiligt. Die Polizei fahndet nach Mitgliedern der Wiesbadener Zelle auch im Zusammenhang mit dem Anschlag auf das Siemens-Vorstandsmitglied Beckurts.

1983 und 1984 kam es dann zu einer Serie von Aktionen gegen Munitionszüge und Schiffstransporte im norddeutschen Raum. Eine der Bremer Bezugsgruppen, das **Komitee gegen Bombenzüge**, gab sich selber die sinnige Abkürzung „KgB". Daß dieses Kürzel durchaus kohärent den Charakter dieser Bewegung wiedergibt, zeigte sich an einer ungewöhnlichen Anzeige der DKP in ihrer Zeitung *UZ* am 14. Juni 1984. Dort hieß es:

> „Es gilt: ‚Alarmbereitschaft'
> *Stopp dem US-Bombenzug.*
> Informations- und Aktionsberatung der DKP
> 22.6., 18.00, DKP-Bezirksbüro
> Bei ‚Alarm' gilt: Wir treffen uns im DKP-Kreiszentrum Nordenham, Hafenstraße
> **DKP-Bezirksvorstand Bremen/Niedersachsen-Nord"**

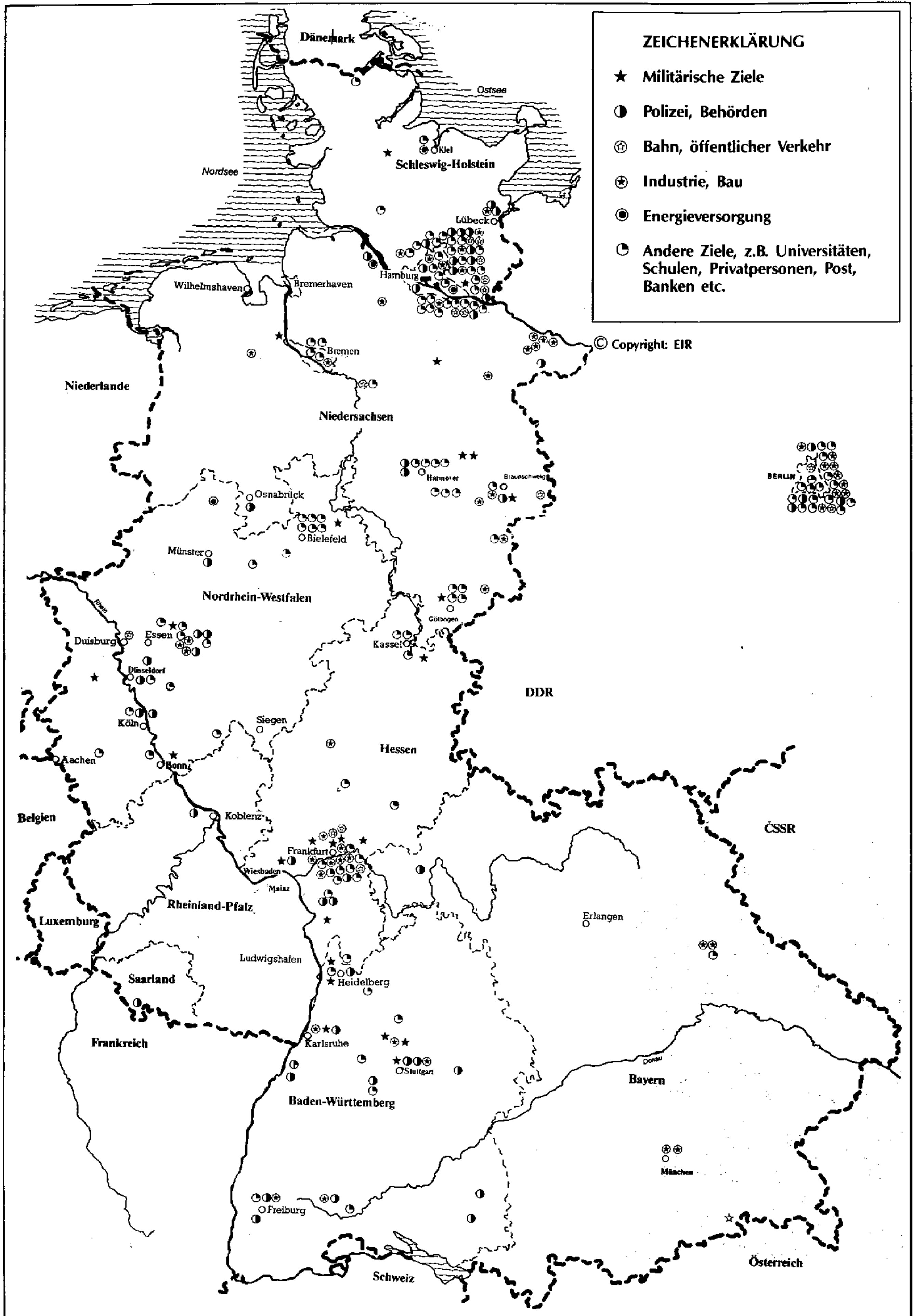
„KgB" und DKP bieten „Aktionsberatung" an.



Dieser Vorgang ist insofern bemerkenswert, als es sich ab und zu wohl nicht vermeiden läßt, daß die „Wollweber-Tradition" der Kommunistischen Partei ans Tageslicht schlüpft. Ansonsten ist die DKP immer peinlich bemüht, auch nur den geringsten Anschein illegaler Strukturen oder Taktiken unter dem Teppich zu halten. Trotzdem kam es in den letzten Jahren immer öfter vor, daß Untergruppierungen der DKP auch mit Kreisen der Autonomen Gruppen in Kontakt traten. Die „Arbeitsgebiete", bei denen es der DKP wert war, solche Kontakte offen zu betreiben, sind die „Antifa"-Kampagnen und die Aktionen gegen militärische Anlagen und ihre Infrastruktur.

Eine andere Person, die als Anlaufstelle und Informationsquelle für die Kampagne galt, war ein pensionierter Lokomotivführer und Aktivist der Grünen. Von Berufs wegen war der rüstige Herr für seine neue Rolle bestens vorbereitet: Er fuhr zu seiner Dienstzeit Munitionszüge!

Terroristische Bombenanschläge 1985



II. Ostgesteuerte Friedensbewegung und internationaler Terrorismus

„Zusammen Kämpfen" gegen die „Hauptfeinde NATO, MIK, SDI"

Die Ereignisse des „Friedensherbst '84" haben einen nicht zu übersehenden Zusammenhang verdeutlicht: Mit der Mobilisierung der Friedensbewegung gegen die NATO, den „Militärisch-Industriellen Komplex" (im neueren terroristischen Jargon „MIK") und das SDI-Programm geht eine terroristische Eskalalation von Anschlägen gegen militärische Einrichtungen, Forschung, Rüstungsbetriebe und Spitzenpersonal einher. Wohl kaum zufällig wird auf diesen Zusammenhang laufend in terroristischen Publikationen Bezug genommen.

Nach den Aktionen des „Friedensherbstes" erfolgte im Winter 84/85 eine internationale Serie terroristischer Schläge gegen Einrichtungen der NATO und Persönlichkeiten mit Bezug zum SDI-Programm, die in ihrer Dimension einmalig gewesen sein dürfte. Die Anschlagswelle fiel zeitlich mit einem Hungerstreik von inhaftierten RAF-Terroristen zusammen. Einige Höhepunkte der terroristischen Eskalation waren:

— Versuchter Anschlag der RAF auf die NATO-Schule in Oberammergau am 18.12.84
— Die Anschläge auf die NATO-Pipelines in Belgien und Spanien
— Anschlag auf die militärtechnische Abteilung der französischen Botschaft in Bonn
— Der Mord an General Audran in Paris im Januar 1985
— Der Mord an dem Vorstandsvorsitzenden der MTU, Ernst Zimmermann, bei München im Januar 1985
— Anschlag im April auf ein von Amerikanern frequentiertes Restaurant in der Nähe des Luftwaffenstützpunktes Torrejon: 18 Tote, 82 Verletzte
— Bombenanschlag im April auf ein Bürogebäude der Nordatlantischen Versammlung in Brüssel; es wurden ca. 100 kg TNT verwendet
— Fehlgeschlagener Mordanschlag im Juni auf General Blandin in Paris
— Bombenanschlag auf die US-Air-Base Frankfurt im August 1985: 2 Tote, 40 Verletzte; Mord an dem amerikanischen Soldaten Pimental

Trotz der offensichtlichen strategischen Absicht hinter dieser Terrorwelle gab es neben den Veröffentlichungen dieser Nachrichtenagentur nur ganz vereinzelte offiziöse Stellungnahmen, die auf die Rolle der Sowjets und der östlichen Nachrichtendienste in dem terroristischen Kleinkrieg hinwiesen. Die *Welt* meinte Anfang Januar in dem Kommentar „Auftrags-Bomben": „Und die Anschläge der Leute, die sich als Fraktion der Roten Armee verstehen, sind ausgerechnet gegen Einrichtungen von Amerikanern und Franzosen gerichtet. Deutlicher kann man seine Dienstbarkeit nicht offenbaren." Die *Welt* hatte auch nach dem Anschlag der **Cellules Communistes Combatantes (CCC)** gegen die NATO-Pipelines in Belgien direkte Verbindungslinien zu dem Ost-Berliner MfS gezogen. Der Autor Werner Kahl wies darauf hin, daß die detaillierten Lagepläne des Pipeline-

Netzes mit Hilfe des MfS in die Hände der CCC-Gruppe gelangt sein könnten. Als Quelle für die geheimen Lagepläne wurde die Spionagetätigkeit des ehemaligen Mitarbeiters im Bundesverteidigungsministeriums, **Lothar Erwin Lutze**, angeführt. Lutze ließ dem Ost-Berliner Dienst u.a. die vollständige Lagekarte des NATO-Pipeline-Systems zukommen. Im Januar 1985 konnte sich die linksextremistisch-terroristische Szene sogar eines offizellen Ost-Berliner Lobes erfreuen. Die SED-Funktionärszeitschrift *Horizont* veröffentlichte zu diesem Zeitpunkt — mitten in der Hochphase der Terrorwelle — einen Artikel „Wandel und Kontinuität im Linksradikalismus der 80er Jahre". Die SED, in deren Parteijargon mit „linksradikal" alle autonomen, anarchistischen, trotzkistischen und maoistischen Gruppierungen gemeint sind, die nicht den offiziellen Kommunistischen Parteien angehören, bescheinigte dieser Szene, ihre Ansichten positiv „modifiziert" zu haben. Die „bedeutendste Modifizierung" liege in der Einschätzung der „Friedensfrage" und einer realistischeren Einschätzung der Friedenspolitik der Sowjetunion, der DDR und der anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft. Eine akkurate Einschätzung, denn in der Tat ließ sich in diesem Zeitraum auch ein deutlicher sowjetfreundlicher Schwenk in den Bekennerschreiben der europäischen terroristischen Gruppen feststellen.

Die Terrorbilanz 1985/86

Da in den letzten Jahren nur noch die brutalsten Terroranschläge überhaupt in den Medien erwähnt werden, wollen wir dem Leser zumindest einen Einblick in die Dimensionen des täglichen Terrors geben, der nur selten Tote und Verletzte fordert, aber oftmals riesige Sachschäden verursacht.

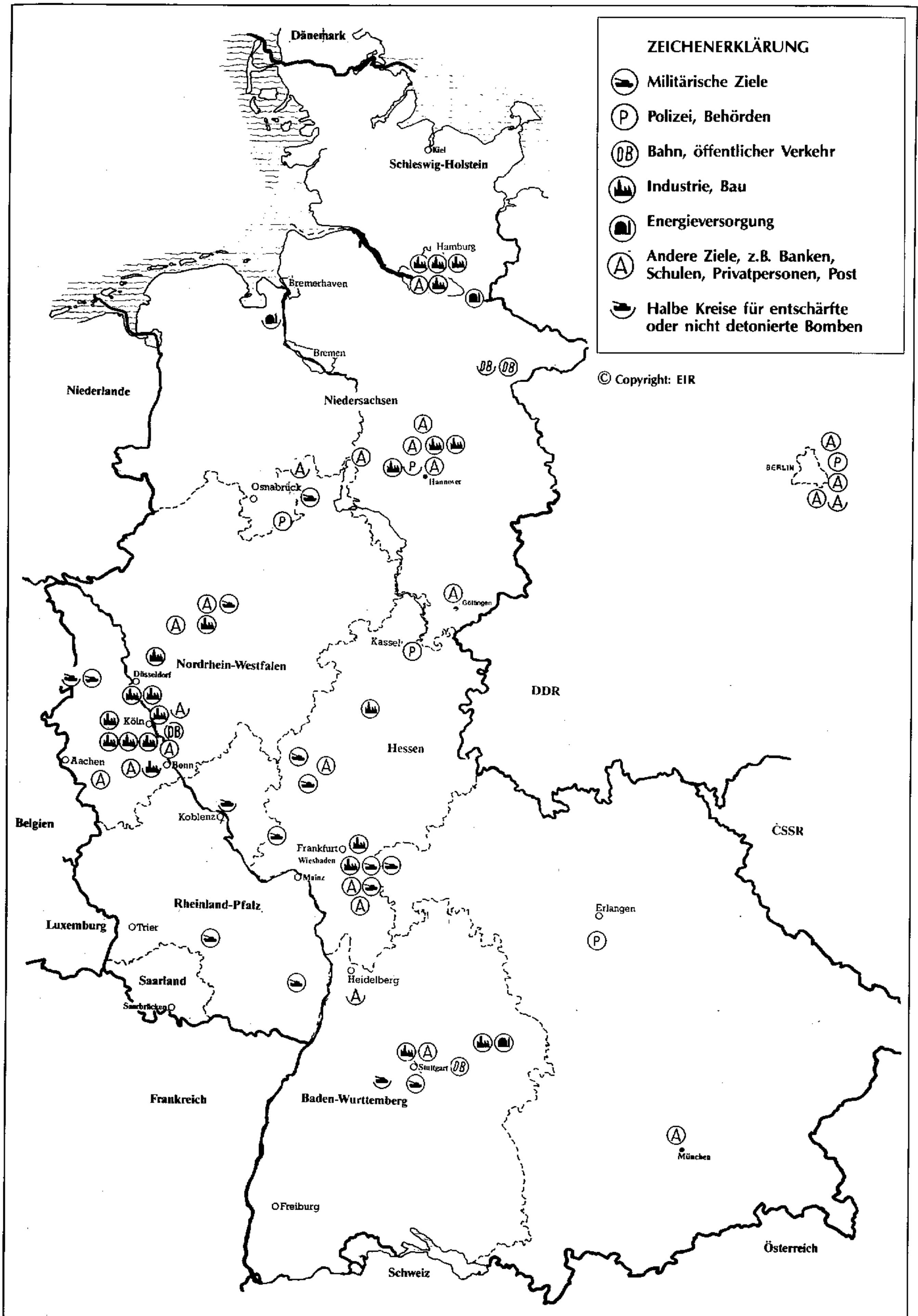
Im letzten Jahr wurde an fast jedem einzelnen Tag irgendwo in der Bundesrepublik Deutschland und Berlin ein Anschlag mit Spreng- oder Brandmitteln verübt, insgesamt 331. Nicht erfaßt sind darin die unzähligen weiteren Angriffe, die mit anderen Mitteln ausgeführt werden, wie z.B. die Wurfanker auf Oberleitungen von Zugstrecken (führen zum Abreißen der Oberleitung), das Losschrauben von Schienengleisen, über die Trasse gespannte Stahlseile oder einfach auf Fahrwege gelegte Hindernisse.

1985

Die Terrorbilanz des letzten Jahres kann kurz zusammengefaßt werden:

— Erschießung des MTU-Vorsitzenden Ernst Zimmermann in seinem eigenem Haus im Januar 1985 durch die RAF;
— 3 Tote, darunter 2 Kinder, und über 80 Verletzte bei dem Sprengstoffattentat in der Abflughalle des Frankfurter Flughafens am 19. Juni 1985;
— Ermordung des US-Soldaten Pimental am 7. August, mit dessen Dienstausweis die Terroristen der RAF laut eigenen Angaben am nächsten Tag einen mit Sprengstoff bepackten PKW in die US-Airbase am Frankfurter Flughafen fuhren; dieser Anschlag forderte zwei weitere Todesopfer und vierzig z.T. schwer Verletzte;
— fast fünfzig z.T. schwer Verletzte durch ein weiteres Bombenattentat auf ein amerikanisches Einkaufszentrum in Frankfurt am 24. Novermber 1985.
— insgesamt 40 Spreng-/Brandanschläge gegen Einrichtungen der Bundeswehr, der US-Streitkräfte und der britischen Streitkräfte;

Terroristische Brandanschläge 1985



— 45 Anschläge dieser Art gegen Geldinstitute und Kaufhäuser;
— 37 Anschläge gegen Baufirmen, die an umstrittenen Vorhaben beteiligt sind;
— 35 Anschläge mit Spreng- und Brandmitteln gegen Transport-und Versorgungseinrichtungen wie die Bundesbahn oder Elektrizitätswerke, insgesamt wurden jedoch 47 Anschläge allein auf Einrichtungen der Bundesbahn verübt;
— 42 Anschläge auf Einrichtungen von Sicherheitsbehörden, in erster Linie der Polizei.

1986

In diesem Jahr ist seit den gewalttätigen Ausschreitungen in Wackersdorf am Pfingstwochenende 1986 (17. bis 19. Mai) ein massiver Anstieg in der Anzahl von Anschlägen jeder Art festzustellen. Die aufgelisteten Anschläge haben meist durch entsprechende Tatbekennungen einen Bezug zur terroristischen Szene, wobei Wackersdorf und andere Vorhaben aus dem Bereich der Kernenergie bei der überwiegenden Masse der Anschläge als Begründung für den Anschlag angeführt werden.

18. 5. Atting/(Bayern) — Brandanschlag auf ein Schaltpult der Streckenregelung der Bundesbahnstrecke Regensburg-Straubing mit einem Sachschaden von ca. DM 1 Mio.

18. 5. Altigsheim/(Bayern) — Brandanschlag auf das Gebäude der Vorsignalbedienung der Bahnstrecke München-Regensburg mit einem Sachschaden von ca. DM 100 000,-.

19. 5. Stade — Brandanschlag auf das Kreiswehrersatzamt.

19. 5. Fritzlar — Versuchter Diebstahl von Sprengmitteln bei der Bundesbahnbaustelle Hainbuchtunnel.

19. 5. Hamburg — Brandanschlag auf einem Gelände der Bundesbahn. Der Brandsatz zündete jedoch nicht.

20. 5. Schwandorf — Schwere Sachbeschädigung bei einem Angriff auf die lokale Polizeidienststelle.

20. 5. Regensburg — Angriffe auf die Bahnstrecken Regensburg-Nürnberg und Regensburg-München mit erheblichem Sachschaden.

22. 5. Wasserburg/(Bayern) — Brandanschlag auf ein Polizeifahrzeug mit einem Sachschaden von DM 10 000.

23. 5. Neuenburg — Brandanschlag auf die Polizeiinspektion, erheblicher Sachschaden.

23. 5. Hannover — Aus einem Lagerraum wurden Revolver, Schnellfeuergewehre, Injektionspistolen, dazugehörige Munition und andere Gegenstände gestohlen. Für den Abtransport der erheblichen Mengen gestohlener Waffen wurde ein Klein-LKW benutzt.

23. 5. Marl — Versuchter Einbruch in ein Munitionsbunker, in dem ca. 600 kg Sprengstoff gelagert waren.

23. 5. Bochum — Brandanschlag auf ein Bauunternehmen mit erheblichem Sachschaden.

23. 5. Mönchengladbach — Anschlag auf den Sitz des Oberbefehlshabers der britischen Rheinarmee, der lediglich Sachschaden zur Folge hatte.

24. 5. Dreieich b. Frankfurt — Brandanschlag auf die Firma Pall, einen Zulieferer für Ausrüstungen von Kernkraftwerken. Der angerichtete Sachschaden betrug ca. DM 1,5 Mio.

24. 5. Osnabrück — Ein Brandanschlag auf ein Verlagsgebäude hat einen Sachschaden von DM 750 000 zur Folge.

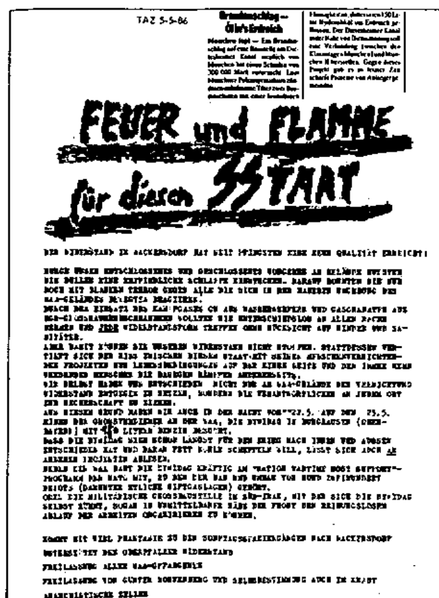
25. 5. Tübingen — Brandanschlag auf das Gebäude der FFA mit erheblichem Sachschaden.

27. 5. Hannover — Brandanschlag auf ein Hotel, Sachschaden ca. DM 3 Mio.

29. 5. Hannover — Brandanschlag auf einen Kfz-Betrieb mit DM 2 Mio. Sachschaden.

29. 5. Frankfurt — Brandanschlag auf einen Beleuchtungsmast der Startbahn West, ca. DM 20 000,- Sachschaden.

30. 5. Nied — Eine Polizeistreife stellte ein Fahrzeug mit gefälschten Kenn-


TAZ 5-5-86

FEUER und FLAMME für diesen STAAT

Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf eine Baufirma in Oberbayern, die mit der NATO und dem WAA-Projekt in Wackersdorf in Verbindung gebracht wird. Aus: *Knipselkrant* 1986, S. 619.

zeichen und Kfz-Papieren sicher, in dem sich unter anderem Revolver und Pistolen fanden.

6. 6. Stade — Beschädigung an einem Strommast des KKW Stade, erheblicher Sachschaden.

7. 6. Dahlenburg (Niedersachsen) — Brandanschlag auf ein Umspannwerk, der Sachschaden betrug ca. DM 500 000.

7. 6. Frankfurt — Brandanschlag auf das AEG-Forschungszentrum. Der Sachschaden beträgt ca. DM 10 Mio. Zu dem Anschlag bekannte sich ein „Arbeitskreis zur Abstellung der herrschenden Klasse."

8. 6. Göttingen — Brandanschlag auf einen Bundesbahntunnel der Neubaustrecke Hannover-Würzburg. Sachschaden ca. DM 2 Mio.

8. 6. Marburg — An den Gebäuden der Elektrizitäts-Aktiengesellschaft Mitteldeutschland (EAM) wurden Sachschäden von ca. DM 20 000 verursacht.

9. 6. Hamburg — Serie von Brandanschlägen auf Hamburger Bankfilialen. (Die folgende Welle von Anschlägen steht im Zusammenhang mit den gewalttätigen Ausschreitungen anläßlich der Demonstration gegen das KKW Brokdorf.)

9. 6. Hamburg — Brandanschlag auf die Firma Strüver.

9. 6. Hamburg — Brandanschlag auf das Strafjustizgebäude.

9. 6. Duisburg — Brandanschlag auf die RWE-Beratungsstelle.

9. 6. Duisburg — Brandanschlag auf das Gebäude der Duisburger Stadtwerke. Sachschaden ca. DM 70 000.

9. 6. Dortmund — Auf der Strecke der Bundesbahn Kamen — Nordbögge wurde ein selbstgefertigter Kurzschlußanker gefunden. Geringer Sachschaden. Bezug zur Szene der AKW-Gegner.

9. 6. Tübingen — Auf der Bundesbahnstrecke Ulm — Stuttgart wurden auf dem Fahrdraht vier Wurfanker angebracht. Der Sachschaden beträgt ca. DM 10 000. Bezug zur Szene gewalttätiger AKW-Gegner.

9. 6. Leipheim — Sachschaden von ca. DM 50 000 durch Beschädigung der Abflugbefeuerung auf der Startbahn des Flughafens.

9. 6. Hessisch-Lichtenau — Brandanschlag auf die Standortverwaltung in der Blücherkaserne.

10. 6. Braunschweig — Brandanschlag auf das Institut für Grundbau- und Bodenmechanik. Der Anschlag hat Bezug zu Gorleben.

10. 6. Hannover — Versuchter Brandanschlag auf ein Polizeigebäude.

10. 6. Berlin — An Funksteifenwagen der Polizei werden Reifen zerstochen.

11. 6. Frankfurt — Eine Polizeisteife nahm an der Ostseite der Startbahn West einen Mann aus Groß-Gerau fest, der zwei Flaschen mit brennbarer Flüssigkeit bei sich führte. Die anschließende Wohnungsdurchsuchung brachte weitere verdächtige Gegenstände zutage. Der Komplize des Festgenommenen konnte fliehen.

11. 6. Berlin — An Funkstreifenwagen der Polizei werden erneut Reifen zerstochen.

12. 6. Heide (Schleswig-Holstein) — Brandanschlag auf den Rohbau eines neuen Polizeigebäudes.

13. 6. Rheinbach — Brandanschlag auf Polizeigebäude.

13. 6. Hannover — Sachbeschädigung an einer Polizeiausbildungsstelle.

14. 6. Berlin — Sprengstoffanschlag mittels Fernzündung auf eine fahrende US-Militärkolonne. Kein Schaden. In Flugblättern werden weitere Anschläge der gleichen Art angekündigt.

14. 6. Frankfurt — Anschlag auf einen U-Bahn-Wagen mittels eines quer über die Trasse gespannten Stahlseiles. Der Fahrer des Wagens entgeht dem Anschlag nur knapp, jedoch erheblicher Sachschaden.

14. 6. Ratingen — Brandanschlag auf eine Tochterfirma der Fa. Babcock (Kernkraftwerkbau).

15. 6. Wiesbaden — Versuchter Brandanschlag auf Deutsche Bank.

15. 6. Berlin — Brandanschlag auf die Bank für Handel und Industrie (BHI).

15. 6. Sigmaringen — Versuchter Mord an einem Bundeswehrsoldaten. Der Soldat einer Doppelstreife wurde schwer verletzt.

16. 6. Lübeck — Brandanschlag auf einen Bagger an einer Bundeswehrbaustelle.
16. 6. Wuppertal — Anschlag auf die Schwebebahn. Der Verkehr kam zum Stillstand.
17. 6. Tübingen — Brandanschlag auf die Daimler-Benz-Niederlassung. Bezug zu Südafrika möglich.
18. 6. Grube (Schleswig-Holstein) — Sachbeschädigung an einem Funkstreifenwagen der Polizei.
20. 6. Groß-Gerau — Ein Strommast der RWE wurde angesägt, Sachschaden über DM 100 000.
21. 6. Heidenheim — Bewaffneter Raubüberfall auf eine Bundeswehrstreife. Die Täter entkamen mit zwei Sturmgewehren, der dazugehörenden Munition sowie den Truppenausweisen der beiden Soldaten.
21. 6. Mörfelden — Ein Strommast wurde diesmal ganz abgesägt und zum Umstürzen gebracht. Sachschaden ca. DM 1 Mio.
22. 6. Stuttgart — Brandanschlag auf das jugoslawische Generalkonsulat.
22. 6. Höchstadt/Aisch — Brandanschlag auf Fahrzeug der Polizei, erheblicher Sachschaden.
22. 6. Berlin — Brandanschlag auf Militärfahrzeuge der US-Streitkräfte.
22. 6. Barnstorf (Niedersachsen) — Brandanschlag auf privaten PKW.
22. 6. Hamburg — Versuchter Brandanschlag auf die Bank für Gemeinwirtschaft.
23. 6. Heidelberg — Brandanschlag auf das Verwaltungsgebäude der Zement AG Leimen. Tatbekennung durch eine „Proletarische Aktionsgruppe". Erheblicher Sachschaden.
23. 6. Mainhausen (Hessen) — Brandanschlag auf Basalt AG. Geschätzter Sachschaden DM 150.000.
25. 6. Dirnismaning (Bayern) — Brandanschlag auf Baumaschinen der Firma Hochtief AG. Geschätzter Sachschaden ca. DM 350 000.
(Quelle: *Sicherheitspolitische Nachrichten*)

(Obwohl diese Liste noch keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben kann und nur bei einzelnen Anschlägen eine konservative Abschätzung der Schadenshöhe vorliegt, beläuft sich die Summe der in der Liste bezifferten Schäden schon auf fast *zwölf Millionen DM*. Dies betrifft die Anschläge in einem Zeitraum von nur fünf Wochen (!) nach den Ausschreitungen von Wackersdorf.)

Bekennerschreiben zu einem Anschlag auf eine Zuliefer-Firma der Kernkraftindustrie.
Aus: *Knipselkrant* 1986, S. 618.

Am 23.5 haben wir einen brandanschlag auf d. firma PALL verübt. wir haben diese firma für uns als angriffsziel bestimmt um zu demonstrieren, das wir auch nach Tschernobyl nicht resignieren. aus der katastrophe lernen heißt den betreibern von akw, den politisch verantwortlichen ebenso wie den zuliefer firmen das handwerk legen. arbeiten die einzelnen kapitalfraktionen in diesem wirtschaftssektor quasi ohne unternehmerrisiko, da sie keinem realem wettbewerb unterliegen (kernenergie war nie rentabel, so übernahm der staat die forschungskosten für die atomenergie, da es der industrie zu teuer wurde und bund verpflichtet sich durch risikobeteiligungsverträge, den bei gesellschaften, für den zeitraum von 15 jahren nach inbetriebnahme etwaige verluste bis zu 90% zu übernehmen) zu erhöhen!! es existiert ein adressbuch von am bau/entwicklung von akw's/waa beteiligten firmen u. gesellschaften, die firma pall in dreieich wird darin aufgefürt. sie ist direkt am bau u. instandhaltung von akw's beteiligt. sie produziert für akw's. wasseraufbereitungsanlagen, feststoffaufberungsanlagen, druckluftversorgungsanlagen, luft- flüssigkeits -gasfilter. diese firma ist somit wesentlich am betreiben dsch. kernkraftwerke beteiligt, also auch mitverantwortlich für etwaige folgen eines reaktorunfalles, für die radioaktive verseuchung von umwelt u. mensch beim normbetrieb d. akw's und für d. nutzung der zivilen atomaren produktion zum aufbau einer atomstreitmacht. in dem militärische nutzen d. atomenergie u. d. atomaren wiederaufbereitung liegt das interesse d. staates am betreiben von akw's. so soll allein in d. waa wackersdorf pro jahr 5 tonnen plutonium abgespalten werden, genug für ca 500 atomsprengköpfe. die hanauer atombetriebe alkem u. nukem lagern d. größte potential einer nicht-atommacht zum bau von bomben. fleißig wird hier prodiziert was spätestens 1995 seine praktische anwendung finden soll. dann nämlich läuft der atomwaffensperrvertrag aus, der bisher die produktion von bundesdt. atomwaffen zumindest offiziell unterbunden hat. ungeachtet dieses vertrages wurde mit der remilitarisierung der brd auch die entwicklung von atomwaffen, aufbau einer atomstreitkraft vorangetrieben. die wesentlichen kapitalträger, zb. dtsch. bank, comerz u. drescner bank, abgesichert durch ihre pol. vertreter über strauß zu schmidt, finanzierten die entwicklung modernster atomwaffentechnologien. diese technologien werden/wurden auch in andere staaten die nicht an den atomsperrvertrag gebunden sind exportiert. so kam es zb. auch zur deutsch-franz. kooperation beim schnellen brüter malville der vor allem den atomaren aufbau der force de frappe dient. so begreifen wir die atompolitik der brd als imperialistische kriegspolitik. diese imperialistischen wirklichkeit, ihrer ganzen unmenschlichkeit, wollen wir zerschlagen.... unser kampf ist sozialrevolutionär und antiimperialistisch zugleich. wir kämpfen für eine freie gesellschaft ohne unterdrückung und ausbeutung. wir hoffen mit unserer aktion viele andere auf gute ideen gebracht zu haben, und auf einen größtmöglichen sachschaden bei der firma PALL.

sand im getriebe

den revolutionären widerstand organisieren jeder an seinem platz!

kampf der natokriegspolitik!

Fallstudie:

Das Frankfurter Treffen

Vom 31.1. bis 4.2.1986 veranstalteten RAF-Sympathisanten in der Frankfurter Fachhochschule einen Kongreß der terroristischen Szene zum Thema „Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa." Überdeutlich wurde hier die Konzentration der Energien der terroristischen Szene auf die militärische Infrastruktur und die strategische Schlüsselfrage SDI.

Bei zeitweise 1000 versammelten Personen und beachtlicher internationaler Beteiligung konnten dort umfassende Strategie-Diskussionen abgehalten werden. Folgende Vertreter u.a. von terroristischen Organisationen wurden auf dem Treffen als „Gäste" begrüßt:

— die spanische Terrororganisation **ETA**
— die **Irisch Republikanische Armee (IRA)**
— Habaschs **Palästinensische Befreiungsfront (PFLP)**
— der **Afrikanische Nationalkongreß (ANC)**
— **Brigate rosse** (die Roten Brigaden)
— das **Libysche Volksbüro**, Bonn
— die **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)**

Großen Raum nahm bei dem Treffen auch die Propagandatätigkeit der holländischen Szene-Zeitschrift *Knipselkrant* ein, dessen „Chefredakteur" **Paul Moussault** am 4. Mai in Holland verhaftet wurde. Moussault war nach Polizeiangaben der holländische Kontaktmann des kurz vorher verhafteten japanischen Terroristen **U. Kikumura**, der mit 1 kg TNT und sechs Zündern versucht hatte, über den Flughafen Schipol nach Holland einzureisen. Moussault gilt auch als Chef der holländischen terroristischen Gruppe **Rote Widerstandsfront**. Moussault war nicht der einzige an dem Treffen teilnehmende „westeuropäische Genosse" derartigen Kalibers. Als sich am Abend des 31.1. die Möglichkeit einer polizeilichen Räumung des Treffens abzeichnete, wurden „einige westeuropäische Genossen gerade noch rechtzeitig evakuiert", wie ein internes Nachbereitungspapier stolz betont.

Außerdem nahmen Dänen, Holländer, Belgier, Schweizer, Griechen, Türken, Portugiesen, Amerikaner, Puertoricaner und Tamilen an dem Treffen teil. Vertreter von autonomen Gruppen und des direkten RAF-Umfeldes waren aus fast allen deutschen Großstädten gekommen.

Neben Plenumsveranstaltungen (Nah-Ost, Mittelamerika, Irland, Spanien, „politische Gefangene aus RAF und Widerstand", „nationale und internationale Bewegungen und Widerstandsgruppen", so z.B. Wackersdorf, Startbahn West, Hafenstraße Hamburg u.a.) fanden Sitzungen in Arbeitsgruppen statt. Diese waren unterteilt nach den Themen „Formierung des imperialistischen Gesamtsystems", „Frontabschnitte im internationalen Klassenkrieg" und „Abschnitt Westeuropa".

Naturgemäß nahm das Thema SDI bei der ersten Arbeitsgruppe breiten Raum ein. In dem „Programm zum Kongreß" hieß es:

„An SDI und Eureka wollen wir herausarbeiten, was in dem Projekt der Umstrukturierung jetzt die bestimmenden Tendenzen sind — die Tendenz zur Monopolisierung und die Tendenz zum Krieg. Die Bedeutung, die darin der MIK (militärisch-industrieller Komplex) als aggressivste Kapital-

FEUER + FLAMME FÜR DIESEN STAAT

WIR HABEN FREITAGNACHT (13.6./14.6.)
BEI BALCKE DÜRR IN RATINGEN EINEN
BRANDSATZ GELEGT.
ÜBER IHRE TOCHTERFIRMA BALCKE DÜRR AG IN
RATINGEN BETREIBT DIE DEUTSCHE BABCOCK AG
DIREKTINVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA.
IN BESTER GESELLSCHAFT MIT SIEMENS, DAIMLER
BENZ, HOECHST, BAYER u.a., SOWIE DER DEUTSCHEN-,
DRESDNER- + COMMERZ-BANK, STÜTZT BABCOCK
DAS SÜDAFRIKANISCHE TERRORREGIME.
DAS WESTLICHE KAPITAL BRAUCHT EIN IHM
LOYALES REGIME UND IST DADRIN AKTIVER TEIL
IN DER BEKÄMPFUNG ANTIKAPITALISTISCHER AUF-
STÄNDE. ÜBER DIE DEUTSCHE BABCOCK
THERMAL COMPANY IN JOHANNESBURG LIEFERT
BABCOCK BESTANDTEILE FÜR URANANREICHERUNGS-
ANLAGEN, AKW's UND KONVENTIONELLE KRAFTWERKE.
IN DER ANTI-AKW-BEWEGUNG GIBT ES DIE KONTRO-
VERSE AN DER FORDERUNG, 'STILLEGUNG ALLER
ATOMANLAGEN' EINERSEITS, UND "WEG MIT DEM
SCHEISSSYSTEM" ANDERERSEITS. ANHAND VON
BABCOCK LÄSST SICH AUFZEIGEN WIE ENGSTIRNIG
DIE ERSTE FORDERUNG ALLEIN IST.
ALS EINER DER FÜHRENDEN ATOMRÜSTUNGSKON-
ZERNE IST BABCOCK BETEILIGT AN PROJEKTEN
WIE WACKERSDORF + BROKDORF, ALS AUCH AN
PROJEKTEN IN DER SOWJETUNION (..TSCHERNOBYL...)
UND SÜDAFRIKA. WENN WIR ALSO HIER LEDIGLICH
DIE STILLEGUNG ALLER ATOMANLAGEN FORDERN,
BETREIBT BABCOCK SEIN ÜBELSTES SPIEL WEITER
IN ANDEREN LÄNDERN. BABCOCK IST ALSO BEI-
SPIEL FÜR DIE INTERNATIONALEN ZUSAMMENHÄNGE
DES KAPITALISTISCHEN MACHTAPPARATES EINER-
SEITS, UND ANDERERSEITS FÜR DEN ZUSAMMENHANG
DER KÄMPFE IN SÜDAFRIKA UND UNSEREM WIDER-
STAND HIER.
PRAKTISCHE DIREKTE SOLIDARITÄT ÜBEN, HEISST
HIER KONTINUIERLICH DEM STAAT UNSEREN WIDER-
STAND ENTGEGENSETZEN. WER HIER JA ZUM
LEBEN SAGT UND NICHT BEREIT IST SICH AB-
TÖTEN ZU LASSEN, VON BETON, CHEMIE UND TECH-
NOKRATIE, UND NICHT BEREIT IST ALLE WÜNSCHE
AUFS WOCHENENDE ODER DEN SOMMERURLAUB ZU
PROJIZIEREN, MUSS GEGEN DIESES SYSTEM MIT

Bekennerschreiben zu einem Brandanschlag in Ratingen, der mit Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika und der Kerntechnik begründet wird. Aus: *Knipselkrant* 1986, S. 751.

fraktion hat — als bestimmender Machtfaktor. Die Dominanz der USA in dem ganzen Rekonstruktionsversuch und die Funktion der BRD: Wie die BRD sich über ein Technologiemonopol an die Spitze von Westeuropa stellen will und den Schulterschluß Westeuropas an die US-Strategie durchsetzt."

Für diese Arbeitsgruppe wurde eigens ein „Arbeitspapier zur militärstrategischen Dimension von SDI" vorgelegt. Daß die Gewichtung dieses Themas bei dem Treffen nicht nur Theorie bleiben sollte, zeigte sich nur fünf Monate später bei dem präzise und brutal durchgeführten Anschlag gegen das Siemens-Vorstandsmitglied Prof. Beckurts.

Weitere Anhaltspunkte dafür, wie aggressiv bei Anlässen wie dem Frankfurter Treffen versucht wird, größere Kreise des Umfelds nicht nur zu „Gewalt gegen Sachen", sondern auch gegen Personen zu bewegen, liefert der Ausschnitt aus einem Papier mit dem Titel „Direkte Aktion", das in der terroristischen Postille *Radikal* abgedruckt wurde:

„Wie die NATO-Pipelines sind Baufirmen mit relativ geringem Risiko anzugreifen, weil es einfach zu viele davon gibt und ihre Baustellen und Fuhrparks unmöglich rund um die Uhr bewacht werden können. Sie stellen also einfache Ziele dar. ... Zu diesem Thema ist noch einiges hinzuzufügen: Wir halten Aktionen gegen *Verantwortliche* in allen Bereichen nicht nur für sinnvoll, sondern für die langfristige Perspektive überhaupt. Wir haben schon oft festgestellt, daß wir bei unserem ganzen Tun und Lassen die Damen und Herren in den Chefetagen sträflich vernachlässigten, also für Unruhe bei den Ausführungen ihrer Pläne sorgten, aber selten in ihren eigenen Privatsphären. Aktionen wie gegen R. Niedballe (Architekt des modernsten Knastes Europas/Brandanschlag aufs Auto) oder Ganschow (Staatsschutzleiter/Wohnung aufgeräumt) in Berlin setzten an einem Punkt an, wo unsere Aktionen nicht nur eindeutig und verständlich sind, sondern auch einen wesentlich höheren Grad der Gefährdung darstellen. Bestimmte ‚Objekte' können bewacht werden, aber keinesfalls alle staatstragenden Funktionen. Nach der Erschießung von Zimmermann wurde — gerade auch nach der Sensibilisierung für Rüstung, die auch aus der Friedensbewegung folgte — in manchen Ansätzen Verständnis geäußert. Die richtige Bestimmung dieses Anschlages wirkte sich so auch positiv gegen die Verleumdungskampagnen aus, die gegen die RAF gefahren werden."

Derartige Zielvorgaben können kaum deutlicher sein. Sie zeigen, zu welchem Grade die terroristische Szene systematisch auf Aufgaben eingeschworen wird, die im Rahmen der sowjetischen Militärstrategie von den sowjetischen Elite-Einheiten (den „Speznas") kurz vor Kriegsausbruch wahrgenommen werden sollen, nämlich Sabotage an militärischen und industriellen Anlagen und die Liquidierung von Führungspersonen. *Radikal* kursierte übrigens auch auf dem Frankfurter Terroristentreffen.

Wie entschlossen der Kurs von Sabotage-Anschlägen diskutiert wird, geht aus dem folgenden Auszug eines Papiers der **Revolutionären Zellen (RZ)** hervor, das in der gleichen Ausgabe von *Radikal* abgedruckt war:

„Insgesamt werden hier (Bezug wird genommen auf einen Artikel der Zeitschrift *Wehrkunde* eines Ing. grad. über das NATO-Pipeline-System, der ebenfalls in *Radikal* abgedruckt war; Anm.d.Red.) die Funktion und unbegrenzten Sabotagemöglichkeiten des NATO-Pipeline-Systems verdeutlicht. Wir halten es für notwendig, hier dranzubleiben, denn gerade für Kleingruppenaktionen ergeben sich reale Möglichkeiten, US-Interventionen von der BRD aus zu erschweren oder vollständig zu sabotieren. ... Die militärischen Anlagen selbst sind insbesondere zu Krisenzeiten, entsprechend ihrer Bedeutung verstärkt gesichert und eher kaum anzugehende Bastionen. Anders sieht es aus mit dem Netzgeflecht militärisch genutzter, bzw. für das Militär unabdingbarer Transport- und Verbindungswege, Wege aller Art, die in ihrem Umfang gar nicht zu bewachen sind:

— Straßen, Schienen, Wasserwege für Truppen- und Minitionstransporte
— das NATO-Pipeline-System zur Treibstoffversorgung
— das NATO-Kommunikationssystem, u.a. mit einem glasfaserverkabelten Fernmeldenetz.

Gerade letzteres wurde bisher kaum beachtet, obwohl dazu ein eigenes NATO-Programm in den letzten Jahren immens vorangetrieben wurde, das NATO Integrated Communication System (NICS). Stehen uns noch keine Killersatelliten zur Verfügung, bleiben dennoch genügend Anhaltspunkte, die das auf verschiedenen Ebenen ausgebaute Kommunikationssystem effektiv angehen lassen. Glasfaserkabel müssen irgendwo entlangführen, sind zwar angeblich EMP- und abhörsicher, jedoch keinesfalls zerstörungssicher. Mit ‚zivilen' posteigenen Fernmeldeanlagen, Umsetzern, usw. planen und proben die Militärs — im Ernstfall würde wesentlich darauf zurückgegriffen — schon heute bestehen Koordinationsstellen zwischen Territorialheer und Oberpostdirektion.

Ohne hier weiter darauf einzugehen, bieten sich an diesem Komplex zweifellos konkrete Eingriffsmöglichkeiten, die verstärkte Nachforschungen auf diesem Gebiet voraussetzen. ... Heißt doch ‚Nachschub stören, (zielmäßig) verhindern' nichts anderes als NATO zerschlagen (oder realistischer: die NATO niedernagen)."

Hervorgehoben werden muß auch die Tatsache, daß die Frankfurter Grünen im Stadtrat diesem Treffen, das schon aus dem Vorbereitungsflugblatt eindeutig als Versammlung des terroristischen Spektrums zu erkennen war, Unterstützung und Rückendeckung gewährt hatten. Die Realität grüner Unterstützung terroristischer Aktivitäten sieht in der Praxis anders aus als die regelmäßig wiederkehrenden sonntagsrednerischen Bekenntnisse zur „Gewaltfreiheit" nach erfolgreich vollendeten Anschlägen. In einer Presseerklärung vom 2.2.86, also während des Treffens, erklärten die **„Grünen im Römer"**:

„Anläßlich der Vorfälle um die Veranstaltung des Kongresses zum Thema ‚Antiimperialistischer und antikapitalistischer Widerstand in Westeuropa' in der Fachhochschule Frankfurt erklären wir: **Die Grünen im Römer** verurteilen die anhaltende Praxis der Verbote von Versammlungen und Demonstrationen, die verstärkt in den letzten Monaten durch den Frankfurter Oberbürgermeister Walter Wallmann federführend angewendet wird. ... Wenn nun die Pragraphen des Versammlungsgesetzes vom Ordnungsamt bemüht worden sind, um die Veranstaltung zu unterbinden, so weist dies auf die Tatsache hin, daß sich das Frankfurter Ordnungsamt bereitwillig und vollends in den Dienst des Bundeskriminalamtes und des Verfassungsschutzes stellen läßt. Damit werden die Zuständigkeiten eindeutig in unzulässiger Weise überschritten."

Es folgt eine Tirade gegen die „anhaltenden massiven Polizeiaufmärsche in der Frankfurter Innenstadt"; die Behörden werden als „rechtsreaktionär" verunglimpft, und die Grünen kündigen an, daß sie „eine Ausweitung dieser polizeistaatsähnlichen Aufmärsche" nicht mehr hinnehmen wollen. Ein Vertreter der Grünen nahm auch an einer spontanen Kundgebung vor dem Treffen gegen die geplante polizeiliche Räumung teil.

Ähnliche Töne kamen vom AStA der Frankfurter Fachhochschule, in dessen Räumen das Treffen stattfand: „Der AStA der FH und alle hierin vertretenen politischen Gruppen sowie alle anderen kurzfristig erreichbaren Hochschulgruppen des kritischen und linken Spektrums wenden sich gegen das Raumverbot für den Kongreß. Wir sind enttäuscht darüber, daß sich die ‚linksliberale' Hochschulleitung dem Druck von Ministerium und Landeskriminalamt aus Wiesbaden beugt.

Raumverbote sind für uns ein erster Schritt zur Ausgrenzung. Auf Ausgrenzung folgt gemeinhin oft das Mittel der Kriminalisierung. Wir fragen: Wann ist es soweit, daß z.B. eine antifaschistische Veranstaltung zum Tod von Günther Sare hier verboten wird? Oder daß ein Kongreß zu den Berufsverboten an der FH nicht mehr stattfinden kann?

Der AStA setzt aus diesem Grund ab sofort seine laufende Sitzung in der Aula Bau, im Hauptgebäude der FH fort, um den Kongreß zu ermöglichen und den Raumverboten für die Zukunft entgegenzutreten. Der AStA lädt deshalb im Anschluß an die ordentliche Sitzung zu einer Diskussion mit dem Thema ‚Raumverbote an der FH Frankfurt' ein, zu der auch Presse eingeladen ist."

PROGRAMM zum KONGRESS
in Frankfurt
31.1.86 - 4.2.86

ANTIIMPERIALISTISCHER UND ANTIKAPITALISTISCHER WIDERSTAND IN WESTEUROPA

Internationale Diskussions- und Informationstage
Fachhochschule Nibelungenplatz (Bornheim)

Einladungsschreiben zum Frankfurter Treffen im Februar 1986.

Der AStA der Fachhochschule setzt sich aus einer **Bunten Undogmatischen Liste (BUL)**, der DKP-Unterorganisation **MSB-Spartakus**, der DKP-beeinflußten Organisation **Sozialistischer Hochschulbund (SHB)** und Unorganisierten zusammen. MSB und SHB stellen 50% des AStA. Dieser AStA leistete nicht nur publizistische, sondern auch logistische Unterstützung für das terroristische Treffen. „Und noch später stellte uns der AStA einen Teil seiner Büroräume nebst Telefonanschlüssen zur Verfügung", heißt es in dem Szene-internen Nachbereitungspapier.

Nachdem aufgrund aller offensichtlichen Erkenntnisse nach längerem juristischen Tauziehen eine polizeiliche Räumung des Treffens vorbereitet wurde, führten die politisch Verantwortlichen ein Trauerspiel vor, das anschaulich zeigt, wie weitgehend die staatliche Autorität unter der Regie von SPD und Grünen bereits unterminiert wurde. Nachdem die Polizeikräfte am Abend des 31.1.86 bereits Position bezogen hatten, konnte sich keiner der verantwortlichen Herren zu einem Entschluß durchringen, und die Polizeikräfte blieben bis in die späten Nachtstunden in Eiseskälte draußen vor der Tür. Einigen Berichten zufolge brach dann der Einsatzleiter den Einsatz ab, als offensichtlich wurde, daß weder von der CDU-regierten Stadt und natürlich erst recht nicht von der rot-grünen Landesregierung politische Rückendeckung zu erwarten war und ihm dreisterweise in Aussicht gestellt wurde, daß er die Konsequenzen für einen Räumungseinsatz ggf. alleine zu tragen hätte.

Wie aus den Papieren der Gegenseite hervorgeht, wurde dieses beschämende Schauspiel natürlich genau registriert. In diesen Reihen gab es allerdings keine derartigen Unstimmigkeiten. Kurz vor dem Treffen lautete die Devise:

„In dieser Situation war das konkret die Entscheidung für die Konfrontation, sie zu wollen und als unsere politische Möglichkeit zu begreifen. Auf dieser Basis haben wir uns nochmal neu für Ffm entschieden, weil wir dort die besseren Voraussetzungen für die Entwicklung unserer Initiativen hatten. Besser als in anderen Städten. Von diesem Zeitpunkt an gings darum, die Eskalation der Auseinandersetzung vorzubereiten."

Die Haltung der politischen Führung wird triumphierend folgendermaßen charakterisiert:

„Die Pigs konnten an keinem Punkt einen Funken Legitimation für eine militärische Lösung rauspressen. Wenn sie versuchen sollten, uns zu räumen, müßten sie uns aus ihrer politischen Defensive angreifen, was uns die Möglichkeit eröffnet, selbst in dieser Lage den Kongreß noch durchzusetzen. Die hessische Regierung und Wallmann waren geschwächt: Ein halbes Jahr nach der Ermordung von Günther Sare mußten sie immer noch die Reaktion verdauen, die ihnen damals entgegen geknallt ist oder anders ausgedrückt, haben die Aktionen des Widerstands der letzten Zeit, oder weiter noch seit dem Winter 84/85 den Boden geschaffen, auf dem wir ein selbstbestimmtes Projekt von uns — Kongreß — durchsetzen können. Denn sie mußten jetzt davon ausgehen, daß ne Räumung ebenfalls zu einer Eskalation führt. Schließlich sind wir in der Einschätzung von widersprüchlichen Linien im Apparat ausgegangen, die sich gegen den Kongreß *nur schwer* zusammenschließen können. ... Die Erfahrung aus den letzten Wochen war, daß wir das schaffen können (die Durchsetzung des Treffens, d. Red.), wenn wir alle Ebenen des Kampfes miteinander verbinden und in unsere Überlegungen miteinbeziehen und wenn wir lernen, in dieser im Kern *labilen* Situation flexibel zu handeln und zu reagieren, um einerseits die Eskalation zu entwickeln und uns andererseits die Situation so lange wie möglich *offen* zu halten, d.h. immer wieder neu zu überlegen, wie wir die Initiative behalten, und Schritte bestimmen — ausgehend von unserem Ziel Kongreß — und der Entschlossenheit, darum zu kämpfen."

Als Perspektive wird in dem internen Nachbereitungspapier der RAF-Szene folgendes in Aussicht gestellt:

„Daß wir uns hier durchsetzen konnten und damit das Projekt, die Organisierung der internationalen Diskussion, ist Ausdruck eines veränderten Kräfteverhältnisses seit dem Winter 84/85: die realen Schritte zum Auf-

anfangen realisiert hat.
die angriffe und aktionen der guerilla und des militanten widerstands zielten gegen projekte, an denen sich die kriegsstrategie der herrschenden konkretisiert. gegen rüstungsindustrien, in denen die internationalen kriegsprojekte erforscht und produziert werden; gegen das kapital, welches den prozess der umstrukturierung auf die kriegsökonomie bestimmt und vorantreibt; gegen die nato, als die speerspitze der westeuropäischen formierung.
eben eine strategische linie, jene pfeiler anzugreifen, auf denen sie ihre macht rekonstruieren. jetzt die westeuropäische union, das synonym für die atlantisierung europas, als zweites bein der nato aufrichten wollen und darin dem kampf für ein neues kräfteverhältnis die chance und die aufgabe gibt, es nicht dazu kommen zu lassen.
und das entscheidende, was sich seit der offensive verändert hat ist, daß diese perspektive durch die anfänge einer front in der westeuropäischen dimension real geworden ist; das heißt, daß der blick frei wird für die möglichkeit des kampfes hier [illegible] die der organisie-

[illegible] die aktion und ihre politische bestimmung zu verdeutlichen ist es notwendig, einen blick zurück auf die entwicklung der kämpfe in den letzten jahren zu werfen.
durch unsere kämpfe in den letzten jahren ist es für uns als vorstellung faßbar geworden, welche politische stärke und wirkung wir erreichen können, wenn unser widerstand mit den militärischen angriffen der guerilla zu einem bewußten angriff gegen die stützen der imperialistischen macht zusammen kommt – so zur einheitlichen kraft wird, die nicht mehr nebeneinander gegen verschiedene projekte kämpft, sondern den kampf bewußt gegen das gesamte system organisiert.
das ist die kampfperspektive und das ziel, das sich aus der praktischen entwicklung des kampfes und den erfahrungen in der konfrontation mit dem imperialistischen staat ergeben hat.
wenn man so will, dann war in diesem ganzen prozeß das jahr 81 besonders wichtig, weil wir da in der mobilisierung zum hungerstreik der gefangenen zum ersten mal eine ahnung davon entwickeln konnten, wie ein gemeinsamer kampf aussieht und welche stärke wir in ihm entwickeln können.
so hat z.b. ein sprecher der bundesregierung später die situation, die der gemeinsame kampf für die zusammenlegung [illegible]

wo sich alles – von der autoindustrie bis zu den forschungseinrichtungen – auf die rüstung wirft, um möglichst schnell das kriegspotential dafür zu realisieren und die militärische überlegenheit gegenüber der sowjetunion herzustellen.
das wohl beste beispiel ist reagans weltraumrüstung, das die nato-kriegsziele verdeutlicht. seine militärstrategische funktion erklärt sich schon aus der tatsache, daß ihre von hitler entlehnte blitzkriegstaktik, die heute als pentagon-leitlinie ausgegeben wird, sich maßgeblich auf diese waffen im all stützt. oder auch an diesem pentagonsprecher-zitat: daß die rüstung im all das beste wäre, um den frieden durch einen ausgedehnten atomkrieg zu erreichen." daran wird klar, daß diese waffen jetzt noch die letzte bastion sind, das bindeglied in der erstschlagstrategie und damit zugleich der offensivste schlußpunkt in der gesamten natoaufrüstung.
es entspricht exakt dem, was weinberger kurz nach der intervention in grenada forderte: daß die usa in der lage sein müssen, in europa, in südwestasien und im pazifik gleichzeitig krieg führen zu können. und kissinger drängte die westeuropäischen

Aus der „Prozeßerklärung von Claudia Wannersdorfer": Aufruf zum gemeinsamen Kampf gegen SDI.

bau der westeuropäischen Front und darin das offensive Verhältnis, das wir uns — Widerstand — in diesem Zusammenhang erkämpft haben. Offensive Momente, die sich wie ein roter Faden durch alle Kämpfe und Kampagnen seit dem Winter durchziehen, die von den Erfahrungen der eigenen Stärke nicht loslassen — die Aktionen während des Weltwirtschaftsgipfels, die Angriffe im August gegen die US-NATO-Infrastruktur, die militanten Demos und Aktionen als Reaktion auf die Ermordung von Günther Sare, Hafenstraße ... bis zum Kongreß. ... Der Kongreß war keine Mobilisierung gegen ein Schweineprojekt, sondern ein Projekt aus dem Widerstand, für die Entwicklung der Einheit der Kämpfe hier und in Westeuropa, d.h. wir haben hier die Konfrontation an einem Punkt bestimmt, wo es um *unsere* Ziele und Bedingungen gegangen ist. Es war für jeden die Frage, ob wir den Kongreß brauchen oder nicht. Ob wir auf diesem Terrain die Diskussion direkt führen können oder ob wir sie anders organisieren. Es war von Anfang an ein offensives Moment, die internationale Diskussion offen und so breit wie möglich zu organisieren und sie auf diesem Terrain durchzusetzen. Dadurch konnten wir Voraussetzungen schaffen, sie politisch zu verankern und haben jetzt bessere Bedingungen, sie weiterzuentwickeln."

Auffällig bei dem Treffen waren die sehr strikt durchorganisierten „Sicherheitsmaßnahmen" bei dem Treffen, die neben der wachsenden Militanz auch die wachsende militärische Disziplin und Vorgehensweise der terroristischen und autonomen Szene unterstreichen. Der Wiesbadener *JW-Dienst* beschrieb im Detail die „Sicherungsgruppe" der terroristischen Szene:

„Mit großer Selbstverständlichkeit wurde von den Veranstaltern davon ausgegangen, daß der Kongreß von allen Sicherheitsbehörden umfassend beobachtet werden würde. So wurde ein Konzept für die Sicherung der Veranstaltung erstellt. Hauptbestandteile waren:

— strenge Zugangskontrolle (sowohl Gesichtskontrolle als auch eingehende Durchsuchung unter Zuhilfenahme von Metalldetektoren),
— Beschlagnahme verdächtiger Gegenstände (gegen Quittung),
— Doppelstreifen in und um den Veranstaltungsort,
— Schlafplatz- und Gepäcküberwachung,
— Warnposten am Eingang und auf dem Dach, z.T. mit Funkgeräten,
— ständiges Abhören des Polizeifunks,
— Bewegung außerhalb nicht allein oder zu zweit, sondern ‚im Block',
— Bereitstellung von Feuerlöschern und -schläuchen zur Verteidigung,
— Errichtung von Barrikaden,
— Bereithaltung von Wurfgeschossen auf dem Dach.

Bereits bei Anreise wurde empfohlen, Polizeikontrollen zeitlich zuvorzukommen, jedenfalls aber nicht im ‚Konvoi' zu fahren.
Besonders ‚gefährdete' Personen waren stets vermummt (auch in der Fachoberschule). Für sie waren besondere Fluchtwege ausgedacht und sichergestellt worden, die insbesondere von ausländischen Teilnehmern schon am Eröffnungstag genutzt wurden. Solche Personen waren auch in der Fachhochschule von den übrigen Teilnehmern abgeschirmt. Zahlreiche Teilnehmer trugen Handschuhe. Die Wachposten auf dem Dach und am Eingang hatten neben ihrer schwarzen Lederkleidung und Vermummung schwarz gefärbte Gesichter."

Ironischerweise knüpft die terroristische Szene nicht nur in ihrer Ideologie und Praxis, sondern auch bei der Namenswahl eindeutig an SA- und SS-Traditionen an, denn im Jargon heißt die Sicherheitstruppe „Der Schutz". Die Sicherheitsorgane der Bundesrepublik firmieren aber unter „SS-Apparat". Das RAF-Nachbereitungspapier führt einige Beispiele an:

„Um 21.00 (am 31.1., dem ersten Veranstaltungstag, Anm.d.Red.) wollen wir mit der Portugal-Veranstaltung beginnen. Ein paar Minuten später gibt der Schutz bekannt, daß sich der innere Bullenring um die FH zu schließen beginnt. Einige westeuropäische Genossen werden gerade noch rechtzeitig evakuiert. Andere verlassen das Gebäude ebenfalls."

„In der FH haben wir inzwischen Verteidigungsketten und Stellungen formiert und uns auf den Angriff ‚in den nächsten Minuten' vorbereitet.

Das war letztendlich alles möglich, weil der Schutz, mit dem vorgeschobenen Posten an den Barrikaden und den Alarmketten dafür die Voraussetzung geschaffen hat."

Der „Schutz" nimmt auch Exekutiv-Aufgaben wahr: „Anwalt und FH-Leitung drängen jetzt auf unseren baldigen Abzug. Sie fordern die beiden Genossinnen von draußen auf, das nach innen weiterzugeben. Gleichzeitig versuchen sie, mit Hilfe des Hausmeisters in die FH zu gelangen, und einer von ihnen wird bei diesem Versuch vom Schutz sofort festgenommen."

„Die subjektive und politische Basis, mit der wir uns in der konkreten Auseinandersetzung durchgesetzt haben, und handlungsfähig wurden, waren die kollektiven Strukturen, die Zusammenhänge in den Städten, regional und national, selbstbestimmte und kollektive Kerne, die sich an einem konkreten Ziel entwickelt haben, Strukturen, wie sie u.a. beim Schutz auf dem Kongreß am weitesten entwickelt waren. Das war die Basis, auf der wir nach innen eine Geschlossenheit/*Einheit* entwickeln konnten und nach außen als politisch/praktische Kraft, Gegenmacht gewesen sind."

Von Frankfurt bis Straßlach: „Hauptfeind SDI"

Nach dem Frankfurter Treffen gab es weitere eindeutige Signale aus der europäischen Terror-Szene, mit denen der „Haupttfeind SDI" anvisiert wird. Im Vorfeld des Mordanschlages gegen Prof. Beckurts ist eine der deutlichsten Stellungnahmen ein in dem RAF-Kampfblatt *Zusammen Kämpfen* im April 1986 abgedrucktes „Interview mit **Action Directe**":

„*Frage:* Es ist jetzt ein Jahr her, seit ihr den gemeinsamen Text mit der RAF veröffentlicht habt, der die Verallgemeinerung der revolutionären Offensive in Europa bekanntgibt, konkretisiert in den Aktionen gegen Audran und Zimmermann. In diesem Text entwickelt ihr, daß es ‚das zentrale Projekt in der aktuellen Phase der imperialistischen Strategie ist, die europäischen Staaten in einer homogenen Struktur zusammenzuschweißen, in einem harten Block, der vollkommen in den Kern imperialistischer Macht integriert ist: NATO — als der entwickeltsten Herrschaftsstruktur.' Wie schätzt ihr heute das Niveau der Entwicklung dieses Projekts ein?

Antwort: Diese Entwicklung ist mehr als jemals vorher an die politische, ökonomische und militärische Orientierung der USA geknüpft. Durch die Einsetzung verschiedener Mittel — wie die Aufstellung der Raketen in Westeuropa, der MX-Raketen in den USA und SDI — wird diese Globalstrategie entwickelt zur Überwindung der Krise für die gesamte kapitalistische Welt. SDI ermöglicht die Weiterentwicklung und Kristallisation alter Projekte in einem einzigen, umfassenderen: Eureka. Dieses ‚Eureka der Technologie' konkretisiert die Achse Paris-Bonn in ihrer Funktion als Motor der westeuropäischen Homogenisierung und erweitert das Konzept der europäischen Sicherheit um die Mobilisierung des wissenschaftlichen und industriellen westeuropäischen Potentials, und integriert Länder, die weder EG- noch NATO-Mitglieder sind (Schweiz, Österreich, Schweden). ...

Gipfel- und Arbeitstreffen, bilaterale Übereinkommen, trilaterale und mehr ... Die Homogenisierung Westeuropas entwickelt sich zur Vorbereitung des Krieges und zur Überwindung der Krise in der Zusammenballung der europäischen militärisch-industriellen Komplexe durch Projekte der militärischen und ökonomischen Herrschaft: SDI und Eureka. ...

Mit unseren Aktionen gegen General Audran — Verbindungsglied zwischen der NATO und Frankreich; gegen General Blandin — Kontrolleur der Streitkräfte und verantwortlich für die Durchführung der Orientierung des Verteidigungskonzepts innerhalb der Streitkräfte; gegen die Air-Base in Frankfurt — als US-Basis, die direkt verwickelt ist in die Aggression und den Krieg des US-Imperialismus gegen die Völker und das internationale Proletariat; wie mit allen anderen Aktionen, die seit Beginn unserer Offensive gelaufen sind — die Sprengstoffanschläge gegen die Weltbank, die WEU und die ESA ... haben wir den qualitativen Sprung zur Entwicklung der westeuropäischen Guerilla konkretisiert und haben sehr klar die enge Verknüpfung Frankreichs mit der Strategie des US-Imperialismus gezeigt

— und die daraus folgende Notwendigkeit einer wirklichen Strategie des bewaffneten politisch-militärischen Kampfs in diesem Land, der antiimperialistisch und internationalistisch ist. ...

Wir wollten — aus dem Begriff dieser neuen Situation — hier eine reale Strategie des antiimperialistischen bewaffneten Kampfes eröffnen, die Teil des qualitativen Sprungs in Richtung der westeuropäischen Guerilla ist, als neue Phase der Entwicklung authentischer revolutionärer Strategie."

Zwei Jahre Euroterrorismus

Die Überlegungen der französischen Action Directe dokumentieren die seit ca. 1984 eingesetzte neue Phase des europäischen und internationalen Terrorismus. Immer mehr Experten im Westen beginnen seitdem die wirklichen Ziele und die eigentliche Kontrolle über den Terrorismus zu erkennen: Aushöhlung der militärischen und politischen Stellung der USA weltweit und Demontage des amerikanisch-europäischen Bündnisses und ihrer gemeinsamen Kultur. Der „amerikanische Imperialismus", die NATO und der sogenannte „militärisch-industrielle Komplex" wurden unmittelbare Angriffsziele dieser neuen Phase des internationalen Terrorismus — auffallend parallel zu Programmen und Aktionen der Grünen sowie der verschiedensten „Umweltschutz"- und „Friedens"-Gruppen in der Bundesrepublik.

Im Sommer 1984 war man mit dem Ergebnis der langfristig angelegten Umgruppierung internationaler Terrorgruppen seitens der Sowjetunion konfrontiert: der Entstehung des „Euro-Terrorismus", wie man dieses Phänomen populär nannte, d.h. einer noch engeren Koordination zwischen dem „islamischen Terrorismus" und dem, was von den europäischen Terrorbanden der 70er Jahre (**RAF, Action Directe, Rote Brigaden** etc.) fortbestand.

Das koordinierte Vorgehen war auf zwei Formen terroristischer Angriffe angelegt: es gab erstens den sog. „blinden Terrorismus", nämlich ziellose Anschläge gegen Unbeteiligte bzw. gegen beliebige amerikanische Zivilisten und Angehörige des amerikanischen Militärs in Europa. Diese Form des Terrorismus dient der psychologischen Kriegführung und zielt darauf, in der amerikanischen Bevölkerung eine Stimmung aufzubringen, wie sie sich die sowjetische „Fünfte Kolonne" und die Befürworter der Abkopplung Westeuropas von den USA wünschen. Der Abzug amerikanischer Truppen aus Westeuropa, vor allem aus der Bundesrepublik Deutschland, würde den endgültigen Erfolg der Abkopplungsbestrebungen bedeuten.

Bei der zweiten Operationsform des Terrorismus handelt es sich um Anschläge gegen selektive Ziele der NATO, amerikanischer Militäreinrichtungen und Personen aus dem Bereich des Militärs, der Politik und Industrie, die mit Forschungsarbeiten im Bereich entwickelter Technologien wie der Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI), die Präsident Reagan 1983 bekannt gab, zu tun haben.

Die selektive und höchst raffinierte Operationsweise des Terrorismus führte westliche Experten zu der Schlußfolgerung, daß der reorganisierte europäische Terrorismus mehr Beistand und Kontrolle feindlicher Geheimdienste denn je erfährt. Jeder fähige westliche Militärexperte weiß, daß sowjetische Strategen bereits seit Jahrzehnten Konzepte für den Einsatz von Sondereinheiten (Speznas) haben, die vor Ausbruch des Konflikts im feindlichen Gebiet eingesetzt werden. Diese **Speznas**-Einheiten lassen sich nicht mit den Sondereinheiten westlicher Armeen vergleichen. Sie sind in Fremdsprachen und allen Formen der Kriegführung ausgebildet und werden vielfach Jahre vor ihrem ersten Einsatz zu ihrem späteren Einsatzort beordert, wo sie als „Schläfer" verweilen. Bei der Umgruppierung des Euroterrorismus und der Auswahl der Ziele für Terroranschläge seit Mitte 1984 waren nicht notwendigerweise sowjetische Speznas direkt beteiligt. Dennoch wurde hiermit der Boden bereitet und die Bedingungen für einen möglichen künftigen Einsatz der sowjetischen Sondereinheiten geschaffen.

Ein klares Beispiel für den „selektiven Terrorismus" erlebte man am 11. Dezember 1984 mit der Bombardierung der NATO-Pipeline in Belgien durch die neugegründete belgische Terrorgruppe **Cellules Communistes**

Zum Brandanschlag auf Siemens (Frankfurt) in der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 84.

[illegible]

Aus der
[illegible]



Der PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS
die ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT
entwickelt sich im Angriff gegen Nato, Staat und Kapital.

Siemens ist Teil der imperialistischen Machtstruktur.
Sein Know how/seine Produkte leisten ihren Beitrag zur Aufstandsbekämpfung (polizeilich und militärisch).

Solidarität mit den hungerstreikenden Gefangenen aus RAF und Widerstand

Für den Kommunismus

Die ANTIIMPERIALISTISCHE FRONT entsteht als kämpfende Bewegung

Schon 1984 war Siemens Zielobjekt der Terrorszene. Bekennerschreiben zu einem Brandanschlag im Dezember 1984. Aus: „hungerstreik-doku 1984/85".

Combattantes (CCC). Bei dem Anschlag wurden fünf Sprengsätze gezündet, die an zwei Stellen größere Brände auslösten. In einem Bekennerschreiben wurden auch die angegriffenen Ziele mit ihren militärischen Codenamen angegeben.

Diesem Sabotageanschlag war seit Sommer 1984 eine Kampagne der Grünen und anderer „Friedens"-Gruppen vorausgegangen, die zur „Behinderung" der NATO-Manöver in der Bundesrepublik aufriefen. Wie jedoch aus bundesdeutschen Geheimdienstkreisen durchsickerte, wäre die Sabotage an der belgischen Pipeline ohne direkte Beteiligung osteuropäischer Geheimdienste, vor allem des STASI, undenkbar gewesen.

Eine Woche darauf, am 18. Dezember, kam es zu einem ähnlichen Anschlag gegen eine amerikanische NATO-Pipeline in Spanien. Es gab drei Anschläge gegen die Pipeline, die den amerikanischen U-Bootstützpunkt Rota mit dem Luftwaffenstützpunkt Saragossa verbindet. Am selben Tag sollte ein schwerer Sprengsatz in der NATO-Schule von Oberammergau explodieren. Der in letzter Minute vereitelte Anschlag ging auf das Konto der **RAF**. In dem später eingegangenen Bekennerschreiben der RAF heißt es: „Ziel der Aktion war, die Militärs dort direkt auszuschalten." Der dort verwendete Sprengstoff tauchte bereits bei einem versuchten Anschlag auf das Pariser Gebäude der Westeuropäischen Union im August 1984 auf, zu dem sich die französische **Action Directe** bekannte. 815 kg dieses Sprengstoffes wurden im Juni aus einem Steinbruch bei Ecaussine in Belgien gestohlen.

In den Vorweihnachtswochen 1984 kam es in der Bundesrepublik zu einer der größten Terrorwellen. Das Startsignal war die Ankündigung eines Hungerstreiks im Gefängnis einsitzender RAF-Mitglieder, der am 5. Dezember begann und einige Wochen anhielt. Der Hungerstreik wurde im Gefängnis über ein Netzwerk proterroristischer Rechtsanwälte organisiert. Die Forderungen der Häftlinge fanden im Parlament die Unterstützung der **Grünen**.

Die Existenz einer „Einheitsfront" verschiedenster europäischer Terrorgruppen ergab sich nicht nur daraus, daß bei Anschlägen in verschiedenen Ländern und verschiedenster Terrorbanden derselbe Sprengstoff verwendet wurde. Eine solche Verbindung wurde auch durch einen erfolgreichen Schlag der Polizei in Frankreich belegt. Bei einer Festnahme von 13 Personen aus dem Milieu der **Action Directe** in Paris wurden Mitte Dezember 1984 zahlreiche Schriften, die sich auch mit Anschlägen in Belgien und der Bundesrepublik befaßten, gefunden.

Gleichzeitig gelang in Frankreich und Italien die Verhaftung von Mitgliedern der **Libanesischen Bewaffneten Revolutionsfraktion (FARL)**. Damit wurden weitere Dokumente ans Tageslicht gezogen, die Licht auf die Umgruppierung der europäischen Terrornetzwerke und die Festigung der Beziehungen zum islamischen Terrorismus warfen. Tatsächlich standen verschiedene europäische Terrorgruppen unter der Kontrolle nahöstlicher Terrororganisationen und waren manchmal von diesen direkt angeheuert worden. Auf diese Weise konnte die Sowjetunion über ihre Satrapen Syrien und Libyen ihre Kontrolle über die westeuropäische Terrorszene festigen.

Die FARL, die ursprünglich aus dem Nordlibanon stammt, ist für ihre raffinierten Mordaktionen berüchtigt und steht unter direkter Aufsicht der syrischen Geheimdienste. Sie ging aus einer Abspaltung der **Libanesischen Kommunistischen Partei** und der faschistischen **Parti Populaire Syrien (PPS)** hervor und gilt auch als besonderer bewaffneter Flügel von George Habaschs **PFLP**.

Ausgerechnet in jenen Tagen, zwischen dem 16. und dem 28. Dezember 1984, besuchte eine offizielle Delegation der bundesdeutschen **Grünen** Habaschs PFLP und traf mit Vertretern anderer nahöstlicher Terrorgruppen wie der PDFLP zusammen. Der Delegation der Grünen gehörten an: **Brigitte Heinrich, Jürgen Reents, Ali Schmeissner, Gaby Gottwald, Ulrich Tilgner** und **Mohammad Azazmah**.

Nach dem Massaker vom 27. Dezember 1985 auf den Flughäfen in Rom und Wien, die Abu Nidals Terrorgruppe im Auftrag des syrischen und liby

Kämpfende Kommunistische Zellen (CCC)
zur Aktion gegen eine Nato-Pipeline

die letzten drei aktionen der CCC waren ende november gegen eine funkanlage der belgischen armee, im dezember gegen das pipeline-netz der nato und am 15.1.85 gegen ein nato-zentrum.
zu jeder aktion gab es eine erklärung, von denen wir die zur pipeline bringen.

an diesem morgen des 11.dezember 1984, um 5.30 uhr, haben die Kämpfenden Kommunistischen Zellen gleichzeitig sechs sicherheitsrelais des pipeline-netzes der NATO zerstört und dies über ganz belgien verteilt. wir haben diese angriffe mit hilfe von explosionsladungen durchgeführt, die unter die gepanzerten zugangsklappen der vierten (belgischen) pipeline-division der NATO gelegt worden waren. es ist einfach, diese zugangsklappen ausfindig zu machen, die über das ganze territorium verstreut sind und hauptsächlich in der umgebung von pumpstationen dieser division.

wir haben so zerstört:

- das sicherheitsrelais nr.060529 entlang der straße, die clabecq mit ittre verbindet; - das sicherheitsrelais nr.060264B entlang der straße zwischen gages und gibecq (in der nähe einer militärischen anlage, die von der pumpstation von brugelette abhängt; - die sicherheitsrelais nr. 061523B und 050615B hinter der pumpstation von glons; - das sicherheitsrelais nr.060846 an der südspitze des waldes von laurensart, in der nähe des bahnhofs von gastuche; - das sicherheitsrelais ohne nummer am ende des haras-weges, im wald von renard in erisival.

unsere aktionen haben also den gleichzeitigen revolutionären angriff in drei provinzen getragen, und dieses pipeline-netz und die versorgung der truppen der NATO an neuralgischen punkten unterbrochen.

in unserer erklärung vom 26.november 84 zur zerstörung der antennenmasten am rande der basis von bierset haben wir die begrenzte und zugleich aber zentrale stellung belgiens im imperialistischen militärischen apparat betont und auch, wie sich die zentralität der offensive gegen die NATO im rahmen einer revolutionären antiimperialistischen politik aufzwingt. heute ist das eine offensichtliche tatsache, und kein militanter kann sich mehr eine revolutionäre politik vorstellen, die sich auf das nationale territorium begrenzen würde...

aber was viel weniger begriffen ist, ist, daß die NATO nicht nur ein generalstab alter trottel ist, sondern vielmehr: "quasi die am stärksten ausgearbeitete staatliche form der imperialistischen bourgeoisie, dh ein globales system, das, unter der unvermeidlichen hegemonie des us-kapitals, die konkurierenden interessen wie fraktionen des ganzen definiert, seien sie national oder ökonomisch, sie in der verallgemeinerten krise der kapitalverwertung reguliert und in der aggression vereinheitlicht, dh in dem versuch, ein anderes stadium zu sichern, gegen den weltweiten revolutionären prozeß." (ein gefangener aus der raf)

die bedeutung dieses landes im transnationalen politisch-militärischen apparat der NATO ist so sicherlich für alle welt offenbar angesichts der tatsache, daß es für die einrichtung kehrsverbindungen in den dienst der NATO gestellt: flughäfen (militärische und zivile, zb zaventem), der hafen von anvers, die eisenbahnen, die autobahnen, das fernmeldewesen etc.

und man muß auch von der rolle der ABL in der NATO sprechen. allem anderen voraus eine tatsache, die bände spricht: 40 % der armee unterstehen dem direkten kommando der NATO, das ist der höchste prozentsatz in der ganzen NATO. zusammenfassend verfügt die ABL, die man uns als einen haufen von unfähigen alkoholikern präsentieren will, der mit veraltetem material ausgerüstet ist, tatsächlich über das leistungsfähigste material in der NATO, und die ausrüstungsprogramme hatten niemals einen solchen umfang erreicht (in welchen formen auch immer: kauf, produktion, "leihgabe", verwaltung usw). zur erinnerung nennen wir die selbstfahrhaubitzen M 109, die minensucher, die kampffahrzeuge der infanterie (AIFV), die transportfahrzeuge für panzertruppen (M 113), die jeeps ("bombardier"), die kampfhubschrauber, die neue panzerung des leopard, die luft-boden raketen (PATRIOT) .... und all das in weniger als in fünf jahren ! diese (unvollständige) aufzählung zeigt mehr als all die krokodilstränen der militärs über das angebliche nichtausreichen des kredits ....
der armee des kapitals geht es gut, und sie bereitet sich darauf vor, wieder gegen die revolutionäre und arbeiterbewegung vorzugehen.

man muß sagen, daß die fähigkeit der ABL, die imperialistischen interessen zu wahren, nicht neu ist! die besetzung deutschlands bis 56, und danach die permanente stationierung von truppen in diesem land, die entsendung des verstärkten batallions nach korea (51-53), die entsendung von offizieren während des algerienkrieges (58-60), die verstärkung der "öffentlichen gewalt" in kwilu (58-59), die intervention im kongo (60-61), der angriff von stanleyville (64), die beteiligung an uno-kontingenten (pakistan, mittlerer osten), die ausbildung der mobutu-armee (und derer von ruanda und burundi), der angriff von kolwezi (78) .... sind die gezählten verbrechen der belgischen armee nach außen seit 45.

aber die armee sichert die imperialistische ordnung auch im innern: die ABL hat interveniert, um die streiks zu brechen (durch den zwangsweisen arbeitseinsatz von milizionären und technikerabteilungen zb), oder um sie zu unterdrücken wie die demonstrationen 1950, 60-61, 66, 71, 73, 76 und 82, sei es im augenblick der "königlichen frage", den großen streiks von 60, den dockerstreiks, der minenarbeiter von limbourg, der staßenfeger, des krankenhauspersonals, der arbeiter von SABCA usw. und muß man noch daran erinnern, daß die gendarmerie, die speerspitze der repression gegen die sozialen bewegungen, als militärische truppe dem NATO-kommando untersteht?



Bekennerschreiben der CCC vom Januar 1985. Aus: *Zusammen kämpfen, Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa,* April 1985.

schen Regimes durchführte, rückten die Verbindungen zwischen dem europäischen und arabischen Terrorismus wieder in den Blickpunkt der Öffentlichkeit. Bereits am 30. Dezember 1985 hatte der damalige Chef der BKA-Abteilung Terrorismusbekämpfung, Klaus Herbert Becker, vor einer Reaktivierung der RAF in Koordination mit dem Abu-Nidal-Netzwerk gewarnt. Gegenüber der *Welt* sagte Becker: „Es hat den Anschein, es wäre der RAF — durch erneute Annäherung an linksextremistische Palästinenser-Kommandos wie Anfang der 70er Jahre — wieder eine besondere Rolle in der Bundesrepublik Deutschland zugedacht. Denn Abu Nidal... und die RAF haben einen Hauptgegner: Amerika und seine militärischen Einrichtungen auf deutschem Boden."

Wie wir sehen, sind dies dieselben Ziele und dieselben Programme, die von den Grünen und den verschiedensten Umweltschützern, Anti-KKW und „Friedens"-gruppen vertreten werden. So verwundert es nicht, daß nach den Massakern von Rom und Wien und noch vor dem amerikani-

...ch hinsichtlich der konzentrationslager
deutsche politische gefangene hinter gittern
werden. dieselbe brutalität wirkt auch ge-
...re gefangenen, gleichgültig in welchen län-
... sie inhaftiert sind. da wir uns einer inter-
...alen repression gegenübersehen, müssen auch wir
...sammentun und wissen, daß unsere kämpfe die
...en sind: gegen einen gemeinsamen feind und für
...meinsames ziel.
...gt unsere unterstützung und solidarität. mögen
...fangenen männer und frauen in westdeutschland
...deren westeuropäischen ländern siegen, die ihr
...für die politischen rechte des menschen ein-
... euer kampf ist unser kampf, und der sieg wird
...sein.

...eneralsekretär
Jim Lane

Gefangene aus den Roten Brigaden am 8.2.85

...RAPO-und PCE(r)-Gefangene zum Hungerstreik

...-europa auf
... ver-

...ie militanten aus der (wiederhergestellten) kommunistischen
...artei spaniens (PCE(r)) und der antifaschistischen wider-
...tandsgruppe erster oktober (GRAPO), gefangene in verschiede-
...en gefängnissen des spanischen faschistischen regimes, erklären
...r unterstützung und in solidarität mit den 41 kämpfern aus der
...eutschen rote armee fraktion und der antiimperialistischen wi-
...rstandsbewegung, die seit dezember einen hungerstreik machen.
...r den kommunisten christian klar sogar an die todesgrenze ge-
...ihrt hat:
...r denunzieren die vernichtungspläne, die die deutsche monopo-
...istische oligarchie seit jahren mit unterstützung der 'sozialfa-
...histischen parteien macht, deren absicht bis zur physischen
...d moralischen vernichtung aller politischen gefangenen, die
...r revolutionären avantgarde des deutschen volkes gehören,
...ht. diese pläne sind teil einer terroristischen politik des
...aates, die darauf zielt, jeden ansatz widerstand, der sich
...n interessen des großen kapitals ...
...tzt, niederzuschlagen.
...r revolutionäre aufsre...
...ch im rahmen der ...
...twickelt. ...

...ten sind. so erklären wir auch, daß weder die ganze repre-
...maschinerie der europäischen staaten, noch die ganzen son-
...gesetze, die anordnungen, folterungen, vernichtungsgefängn-
...gegen die völker und ihre revolutionären organisationen di-
...entwicklung einer breiten widerstandsbewegung bremsen könne-
...sie können auch nicht verhindern, daß neue und entscheidend-
...siege gegen den monopolismus und den imperialismus erreicht
...den.
schließlich sind wir spanischen kommunisten uns dessen bewuß-
daß das wiederaufleben des proletarischen internationalismus
europa nur möglich wird durch das vorantreiben der revolutio-
in jedem land und auf dieser basis ist jede art von unterstüt-
zung und hilfe für die revolution anderer völker zu leisten.
deshalb ist es notwendig, zu einer größeren nähe von verbin-
dungen und erfahrungsaustausch zwischen allen europäischen ko-
munisten und revolutionären zu kommen.

"entweder schwein oder mensch
entweder überleben um jeden preis
oder kampf bis zum tod
entweder problem oder lösung
dazwischen gibt es nichts."

holger meins
(ermordet am 9.11.74)

FÜR DEN ENDGÜLTIGEN KOMMUNISMUS !
ES LEBE DER PROLETARISCHE INTERNATIONALISMUS !
VENCEREMOS !

gefängnis von soria, 12.1.1985



Hungerstreikerklärung von Gefangenen aus AD

...militante kommunisten - einige (sind) mitgliede...
...nden kommunistischen bewegung action directe,
...in den hungerstreik.
...e forderungen sind:

Fakten zur westeuropäischen Formierung gegen den revolutionären Kampf

presse- und rundfunkmeldungen zur internationalen
zusammenarbeit der polizei-, geheimdienst- und
militärapparate

12.12.84, (SZ)
'im nato-hauptquartier in brüssel herrscht erhebliche beun-
ruhigung über die wiederholten anschläge. (gemeint sind hier
...aktionen der CCC in belgien). wie es hieß, wollen die
...staaten, die am donnerstag und freitag zu ihrer
... treffen die vorfälle erörtern.'

...die sicherheit...
...auch die nato...
...präzisierte, ...
...die vereinigten ... imperialismus wider-
...spezialisten. ...proletariats hat
...wie durch die ... politischen krise
...sperranlagen, schichte durchge-
...(in anderen ar... ...onären prozeß
...mit zwei atom... territorium
... denen die po-
25.1.85, (24 ...), die anti-
'in dieser woche ...gesellschaft
kopenhagen tre..., deren
...bleme im absch...chen,
...gewisse quelle..., yankee-
einen meinungs... und
(26.1.85, (DLF ...
nach der meldun...
befürchtet wei...
juli hätte es in-
...organisieren ...
... verbündet...

... internationa-
... in den

die TEPG ... ...nnen ...n den bereichen:
wettbewerb und verwirklichung rentabler lösungen, berücksich-
tigung der staaten die über keine qualifizierte rüstungsindus-
trie verfügen;
-ausgleich industrieller schwächen.

Brief von Patsy O'Hara an die Gefangenen aus der RAF

patsy o'hara war ein ge...
starb im mai 1981 im hu...
schen status. außer ihm
gefangene verhungern.
INLA ist die irisch...
...fassende krise.
militärisch
nach außen als
kämpfe im süden
asien, afrika,
für den krieg. g...
die "neue nato-
offensivstrateg...
tung der amerik...
weil sie für de...
kräfte und mitt...
die stationieru...
entscheidender
die reaktivieru...
die rüstu...
schließli...
bei der ...
schließl...
interven...

nach in...
gegen ...
die ei...
counter...

Kommando Patsy O'Hara der RAF zur Aktion gegen Zimmermann

wir haben mit dem KOMMANDO PATSY O'HARA den präsidenten des
bdli (bundesverband der deutschen luft-, raumfahrt- und
rüstungsindustrie) und mtu-chef ...

Kämpfende Kommunistische Zellen
für den aufbau der kämpfenden organisation der proletarier



...ration der europäischen ...
...ich. die diskussion um deutsche
... ihre einbeziehung in di...
... nato gegen die 3
...ischen

"Für die Einheit der Revolutionäre in Westeuropa"

Gemeinsame Erklärung von RAF und ACTION DIRECTE

antiimperialistische Guerilla in Griechenland

wir sagen
es ist jetzt notwendig und möglich eine neue phase für die ent-
wicklung revolutionärer ... imperialistischen zen-
tren zu eröffnen und al...
sprung die internation...
fes in den metropolen...
ihren politisch-milit...
westeuropäische guer...

...terielle umsetzung des proletarischen internationalismus,
...e situation heute verlangt.

...ntische revolutionäre strategie in westeuropa wird sich
...angriff gegen die zentralen imperialistischen projekte ent-
...lten -
...llektivität und kohärenz der kämpfenden aus ihren besonderen
...edingungen und möglichkeiten.

ACTION DIRECTE
ROTE ARMEE FRAKTION

januar 85





Action Directe Kommando Elisabeth von Dyck zur Aktion gegen Audran

die konkretisierung der revolutionären front in der westeuropä-
ischen metropole ist heute ausdruck und element für einen
sprung im weltweiten proletarischen kampf.
jede aktion, jeder angriff entwickelt grundsätzlich den revo-



elisabeth von dyck,
genossin aus der raf,
wurde im mai 79 von
den bullen ermordet.

schen Gegenschlag auf Libyen — den die Grünen, die sich auf die Seite des verbrecherischen Gaddafi-Regimes schlugen, offiziell verurteilten — der „Verrückte von Tripolis" dem Westen seinerseits mit dem Einsatz der grünen Bewegung drohen konnte. In einem Interview mit der amerikanischen Fernsehstation ABC erklärte **Gaddafi** am 9. Januar 1986: „Ich werde mich mit den Grünen verbünden, um die amerikanischen Stützpunkte in Europa und dem Mittelmeerraum zu zerstören... um die amerikanische Militärpräsenz aus Westeuropa hinauszuwerfen."

Eine weitere Eskalationsstufe erreichte der Terrorismus im Januar 1985 mit der Ermordung des Münchner Industriellen Ernst Zimmermann und des Rüstungsexperten im französischen Verteidigungsministerium General René Audran, die in koordinierter Form von der **RAF** und der **Action Directe** durchgeführt wurde. Zimmermann und Audran waren in der Öffentlichkeit kaum bekannt, doch beide waren für Forschungsprogramme im Bereich fortgeschrittener Technologie entscheidend. Ihre Ermordung ist auch eine neue Eskalation der sowjetischen Kampagne gegen amerikanische und europäische Forschungen an der strategischen Verteidigungsinitiative.

Noch deutlicher war die Rolle der Sowjetunion im Hintergrund bei einem Terroranschlag in Italien am 10. Februar 1985, als Terroristen der **Roten Brigaden** den ehemaligen Bürgermeister von Florenz, Lando Conti, ermordeten und den Professor für Wirtschaftswissenschaften Antonio Da Empoli bei einem Anschlag verwundeten. Der breiteren Öffentlichkeit war nicht bekannt, daß Conti Aktionär der im Rüstungsbereich tätigen Firma SMA war. Nach seiner Ermordung hieß es in einer Stellungnahme der Roten Brigaden: „Die Fimra SMA beteiligt sich über ein italienisches Konsortium für strategische Technologie direkt an den wichtigsten Waffensystemen und vor allem dem amerikanischen Star Wars-Programm SDI. ... Die von den USA in Angriff genommene sogenannte „Strategische Verteidigungsinitiative" bedingt notwendigerweise ein Wettrüsten, das sich nicht nur auf den Weltraum erstreckt."

Professor Da Empoli war der erste Wirtschaftsberater von Premierminister Craxi. Nach dem Mordanschlag wurde bekannt, daß er für die italienische Regierung ein Arbeitspapier über die Bedeutung der SDI-Forschung für die zivile Wirtschaft erstellt hatte.

Am Ende der Liste steht vorläufig der Bombenanschlag in München-Straßlach auf Prof. Karl-Heinz Beckurts und seinen Fahrer. In dem Bekennerschreiben der **RAF** ist keineswegs abstrus, sondern ausgesprochen präzise der Grund des Attentats erläutert: „Beckurts repräsentiert präzise den Kurs des internationalen Kapitals in der aktuellen Phase der politischen, ökonomischen und militärischen Strategie des imperialistischen Gesamtsystems und treibt ihn voran ..."

„Siemens ist der größte High-Tech-Konzern in Westeuropa und weltweit — als KWU — drittgrößter Atomkonzern. Er steht wie kaum ein anderer Konzern in der BRD für die geballte Macht und Aggression der in den MIK's (Abkürzung für militärisch-industriellen Komplexen — die Red.) organisierten reaktionärsten Fraktionen der Bourgeoisie..."

„... die verstärkte militärische, politische und ökonomische Kooperation und Verzahnung der westeuropäischen Kernstaaten — BRD, Frankreich, Großbritannien, Italien — mit den USA (und Japan) — wie in SDI, für das Beckurts an Geheimverhandlungen für Siemens teilgenommen hat. Darin wird — orientiert an der US-Militärstrategie — die Strukturierung der internationalen MIK's, die strategische Neu-Organisierung von Forschung und Produktion für die Erreichung des Technologiemonopols forciert und ein neuer Versuch, die sozialistischen Staaten militärisch in die Knie zu zwingen ..."

Diese Formulierungen entsprechen beinahe wörtlich den Tiraden Gorbatschows, Honeckers und der sowjetischen Armeezeitung *Roter Stern* gegen die SDI.

Weitgehende Übereinstimmung in Strategie, Feindbild, Ideologie und Propaganda innerhalb der westeuropäischen Terrorszene. Läßt sich die „Kommandozentrale" des „Euroterrorismus" wirklich nicht ausmachen?
Aus: *Zusammen kämpfen, Zeitung für die antiimperialistische Front in Westeuropa*, April 1985.

SDI-Befürworter in Frankreich

Bombenanschlag auf Büro des Executive Intelligence Reviews

Am Sonntag, den 6. April 1986, explodierten in Paris spätabends kurz hintereinander zwei Brand-Sprengsätze vor den Büros der *Parti Ouvrier Européenne (POE)* und des *Executive Intelligence Review* (EIR), wobei hoher Sachschaden entstand, glücklicherweise aber keine Personen verletzt wurden. Der erste Brand-Sprengsatz explodierte um 23.05 Uhr vor der Tür des POE-Büros im zweiten Stock der Rue Nollet 19. Die verstärkte Tür wurde herausgerissen, die Fensterscheiben im Büro und in den nächstgelegenen Wohnungen zerbarsten, im Treppenhaus brach Feuer aus. Etwa fünf Minuten später explodierte ein zweiter Brand-Sprengsatz im vierten Stock desselben Gebäudes vor der Tür des *EIR*-Büros.

Expertenuntersuchungen ergaben, daß beide Brandsätze ausgereicht hätten, um das gesamte Gebäude, in dem sich auch Privatwohnungen befinden, in Brand zu setzen. Auch die gefährliche Abfolge zweier Bombenexplosionen kurz hintereinander zeigt, daß Opfer einkalkuliert wurden.

Am Montagnachmittag ging bei der Nachrichtenagentur *Reuters* in Paris um 16.00 Uhr ein Brief ein, in dem sich die Terrororganisation **Schwarzer Krieg** zu dem Anschlag bekannte. Die Kriminalpolizei hielt den Bekennerbrief für echt.

„Schwarzer Krieg" ist einer der vielen Namen, unter denen die Terrororganisation **Action Directe** operiert. Nach der übereinstimmenden Einschätzung von Experten ist „Schwarzer Krieg" eine der Pariser Gruppen der Terrororganisation Action Directe. Aufschlußreich war in diesem Zusammenhang, daß sich in dem Unterschlupf in Lyon, in dem am 28. März 1986 ein Führer der Action Directe, **André Olivier**, festgenommen wurde, Berichten zufolge in dem beschlagnahmten Schriftenmaterial auch Unterlagen über den Gründer der *EIR*-Nachrichtenagentur, LaRouche, fanden.

Diese Tatsache hat über Frankreich hinaus auch deshalb besondere Bedeutung, weil vor anderthalb Jahren eine gemeinsame „euroterroristische" Organisationsstruktur von **Action Directe, Roter Armee Fraktion, den Kämpfenden Kommunistischen Zellen (CCC)** und Teilen der **Roten Brigaden** gebildet wurde. Neu bei dieser Reorganisation ist vor allem der wachsende Einfluß des internationalen islamischen Terrorismus unter der Führung der Geheimdienste Syriens, des Iran und Libyens, während die Zielrichtung der Terroranschläge sich in erster Linie auf Einrichtungen und Personal der NATO und der Vereinigten Staaten, sowie Personen, die direkt mit dem SDI-Programm in Verbindung stehen, konzentrierte.

Zeitungsattacken und ein Drohbrief vom Libyschen Volksbüro

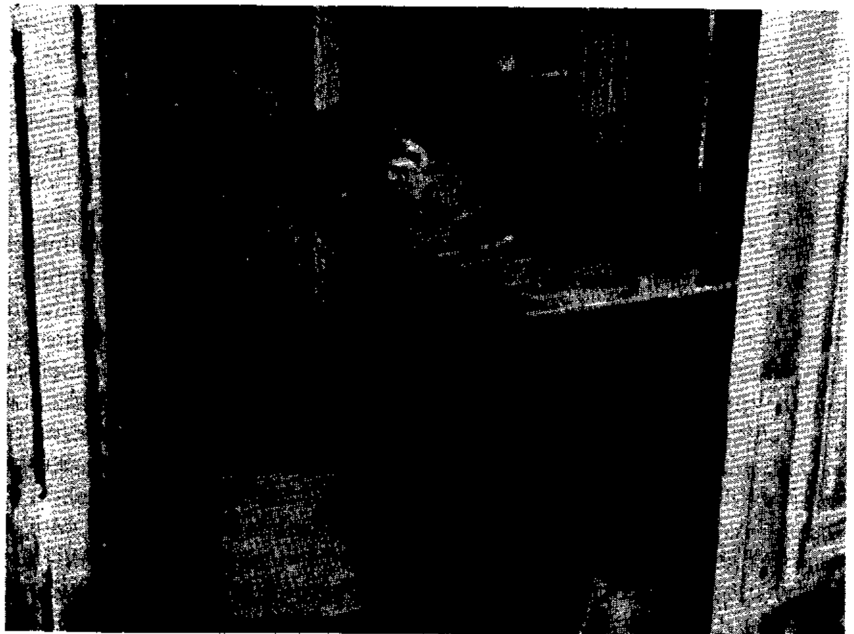
Zu den Kreisen, die sich vor den Pariser Anschlägen mit Drohbriefen und sonstigen Veröffentlichungen gegen politische Initiativen Lyndon LaRouches hervorgetan hatten, gehören nicht nur einschlägig proterroristische Blätter, sondern auch offizielle libysche Stellen sowie Presseorgane, die mit dem iranischen Regime, mit dem islamischen Rechtsradikalen **Achmed Ben Bella** bzw. mit der Organisation des trotzkistischen Kominternagenten **Michel Raptis alias Pablo** zusammenhängen.

Das „Zentralorgan" der europäischen Terroristenszene *De Knipselkrant*, aus Groningen/Niederlande sammelte bereits 1984 Material veröffentlich-

te nach den Anschlägen auf die Pariser Büros einen verleumderischen Artikel über LaRouche.

Schon am 9. Januar 1984 hatte die **libysche Nachrichtenagentur Jana** LaRouche beschuldigt, international eine „Kampagne von Feindseligkeiten gegen Libyen" anzufachen. Am 1. Februar 1986 erhielt das Büro des von Helga Zepp-LaRouche initiierten Schiller-Instituts in Hannover einen Brief von der libyschen Botschaft (Volksbüro) in Bonn, der eine implizite Drohung enthielt. Sicherheitsexperten warnten damals, daß nun mit Bombenanschlägen der Libyer zu rechnen sei.

In der Aprilausgabe 1986 erschien in **Ben Bellas** in Frankreich erscheinender Zeitung *El Badil* (Nr. 22) ein Angriff auf die POE, die bei den Parlamentswahlen eine Reihe von französischen Muslims als Kandidaten aufgestellt hatte. Ben Bella und seine Presse werden bekanntlich von Gaddafis Libyen, Khomeinis Iran und dem berüchtigten Schweizer Nazibankier **François Genoud** finanziert. Der Autor dieses aggressiven Verleumdungsartikels, **Maurice Nagman**, ist Mitglied der Gruppe **Internationale Revolutionäre Marxistische Tendenz** von **Michel Raptis**, bekannter unter dem Namen **Pablo.** Der Trotzkist Pablo ist seit den Zeiten der Kommunistischen Internationale aktiv.





Verwüstungen nach dem Bombenanschlag der Action Directe-Gruppe „Schwarzer Krieg" vom 6.4.86.

Die Grünen und der Terrorismus

I. Abgeordnete und andere grüne Funktionsträger mit einschlägiger Vergangenheit:

Brigitte Heinrich, Mitglied des Europa-Parlaments (MdEP) seit 1984: 1980 Freiheitsstrafe von einem Jahr und neun Monaten wegen Vergehens gegen das Kriegswaffenkontroll- und Sprengstoffgesetz. Mitte der 70er Jahre als Kurier, Waffen- und Sprengstoffbeschafferin für die RAF aktiv. Engere Beziehung zu der Altkommunistin und Mitbegründerin der RAF-Gruppe **Bewegung 2. Juni**, **Ilse Jandt**. Bereits während der Studentenunruhen Ende der 60er Jahre mehrere Verhaftungen und Ermittlungsverfahren. Mit anderen Angehörigen der Straßburger „Regenbogenfraktion" besonders in Spanien und Portugal in der „Anti-Repressions"-Arbeit aktiv; u.a. Beteiligung an der Unterstützungskampagne für den inhaftierten Führer der portugiesischen terroristischen Organisation **FP 25**, **Otelo de Carvalho**. Kontakte zum „legalen" Arm der **ETA**, **Herri Batasuna**. Dezember 1984 Teilnahme an einer Nah-Ost-Reise einer Delegation der Grünen, die sich u.a. mit Vertretern der **PFLP**, **PDFLP** und dem syrischen Außenminister traf. Israel verhängte ein Einreiseverbot für Brigitte Heinrich.

— **Michael Klöckner/Benedikt Härlin**, MdEPs seit 1984: März 1984 Verurteilung zu je zweieinhalb Jahren Freiheitsstrafe ohne Bewährung wegen Werbung für eine terroristische Vereinigung und Aufforderung zu Straftaten. Beide waren Herausgeber des Berliner anarcho-terroristischen Untergrundblattes **Radikal**, das immer noch als Kommunikationsorgan von RAF, RZ und autonomer Szene fungiert und weiter illegal produziert und verteilt wird. Dezember 1984 (während des RAF-Hungerstreiks) Werbung für ein europaweites „Knastprojekt" mit eindeutigem Bezug zur terroristischen Szene; Mitunterzeichner Michael Klöckner, **Gerhard Albartus** (Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in einer RZ im Ruhrgebiet Ende der 70er Jahre) und **Harry Stürmer** (mehrjährige Haftstrafe wegen Mitgliedschaft in der „Bewegung 2. Juni"). Stürmer ist einer der „parlamentarischen Mitarbeiter Klöckners.

— **Frank Schwalba-Hoth**, MdEP seit 1984: Berüchtigt für seine „Blutspritz-Aktion" gegen General Williams am 3.8.83. Einer seiner „parlamentarischen Mitarbeiter" ist **Rudolf Raabe**, Veteran der terroristischen RZ, wegen Strafverfolgung Flucht nach Irland, Unterschlupf bei der IRA, Rückkehr 1979, längere Haft.

Seit 1976 Mitarbeit Schwalba-Hoths bei dem Frankfurter **Informationsdienst zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten (ID)**. Zu dieser Zeit zählte der unter behördlicher Beobachtung stehende ID zum „legalen" Bereich des terroristischen Umfelds. Am 25.10.84 Kommentar Schwalba-Hoths zu dem besonders brutalen IRA-Anschlag in Brighton: „Ich glaube, daß diese Taten vielmehr Ausdruck eines Bedürfnisses sind, irgend etwas darzustellen, auch Ausdruck eines mangelnden Selbstbestimmungsrechts." 15.1.85 von Schwalba-Hoth mitinitiierter „Dringlichkeitsantrag", eine Delegation von Europa-Grünen als „Vermittler" zu den hungerstreikenden RAF-Terroristen zu schicken. Am gleichen Tag lädt sein holländischer Fraktionskollege Verbeek zu einer Veranstaltung ein, auf der Sprecher der RAF- und IRA-Terroristen für ihre Ziele werben dürfen.

— **Dirk Schneider**, 1983-85 MdB: Mitbegründer der Berliner Untergrundpostille *Agit 883*, die Anfang der 70er Jahre die aufkeimende terroristische Szene wesentlich prägte. Orginalton *Agit 883* im Mai 1970, kurz nach der gewaltsamen Befreiung von Andreas Baader unter der Überschrift „Die Rote Armee aufbauen":

„Glaubte irgend ein Schwein wirklich, wir würden von der Entfaltung der Klassenkämpfe, der Reorganisation des Proletariats reden, ohne uns gleichzeitig zu bewaffnen? Glaubten die Schweine wirklich, wir könnten den Genossen Baader im Kampf gegen den amerikanischen Imperialismus für zwei bis drei Jahre entbehren? Die Klassenkämpfe entfalten? Das Proletariat organisieren! Mit dem bewaffneten Widerstand beginnen? Die Rote Armee aufbauen!"

Schneider war über Jahre hinweg auch stellvertretender Vorsitzender der Berliner **Zeitungskooperative**, die für die Herausgabe der mittlerweile im Untergrund produzierten **Radikal** verantwortlich war. Seinen alten Auffassungen blieb er auch als Mitglied der Berliner Alternativen Liste treu. Während des Höhepunktes der politischen Auseinandersetzungen um den RAF-Hungerstreik 1984/85 kritisierte er die sehr weitgehenden Unterstützungserklärungen der Grünen für die RAF-Terroristen als zu bedeckt. Hier zeige sich der „Ärger einer etablierten Partei" darüber, daß „einige immer noch Revolutionäre sind."

— **Dieter Kunzelmann**, 1978 Mitbegründer der Berliner **Alternativen Liste (AL)**, Abgeordneter seit 1983: Mitbegründer der berüchtigten „Kommune I", zahlreiche Ermittlungsverfahren und mehrere Verurteilungen; ein Verfahren wegen versuchten Mordes und fortgesetzter Brandstiftung führte zur Verurteilung zu neun Jahren und einem Monat Freiheitsstrafe, das allerdings vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben wurde. Trotzdem mehrere Jahre Haft wegen Delikten wie Urkundenfälschung und versuchter menschengefährdender Brandstiftung. Kunzelmann in einer Rundfunksendung 1983:

„Also, ich war schon aktiv bei den Auseinandersetzungen 1962 in Schwabing dabei. Und, ja, bin dann 1966 von München nach Berlin gezogen und, ja, war ab da im SDS und in der anti/autoritären Bewegung sehr aktiv. Und war von 70 bis 75 im Gefängnis, wegen angeblicher terroristischer Anschläge. Und von den fünf Jahren Gefängnis, die ich abgesessen habe, mußte selbst drei Jahre später dann das Gericht zugestehen, daß ich unschuldig in Untersuchungshaft gesessen hab. Und ich bin 1975 herausgekommen und sympathisierte dann mit einer der kommunistischen Gruppen, der KPD. War aktiv in der Roten Hilfe und habe dann ab Sommer 1978 die Alternative Liste mitgegründet und bin seitdem in der Alternativen Liste aktiv, besonders in dem Bereich demokratischer Rechte, wo wir uns um Justiz, Polizei und Datenschutz und also Einschränkung demokratischer Rechte kümmern." (Zitat *Prema* Presseagentur, 28.6.83)

— **Gerald Klöpper**, 1984 „symbolisch" von der AL zum Kanditaten für das Berliner Abgeordnetenhaus aufgestellt: 1980 zu 11 Jahren und 2 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wegen schwerer terroristischer Delikte wie Geiselnahme, erpresserischer Menschenraub, Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung etc. Klöpper war 1975 an der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Lorenz beteiligt, die von der **Bewegung 2. Juni** durchgeführt wurde.

— **Ulrich Fischer**, seit 1985 MdB, laut eigenem Lebenslauf: „1970-71 13 Monate U-Haft wegen eines Anschlags auf das Amerika-Haus in Berlin nach dem Einmarsch der Amerikaner in Kambodscha". 1973 sei er von diesem Vorwurf rechtskräftig freigesprochen worden. „1970-73 Knastarbeit als Mitglied der Roten Hilfe Westberlin". Die „Rote Hilfe"-Gruppen zählten damals zum Unterstützerapparat der RAF. Die CDU-Dokumentation „Die Kader der Grünen" führt auch an, daß sich Fischer in einer Parlamentarischen Versammlung des Europarats am 30.1.86 bei der Verabschiedung einer Empfehlung zur Bekämpfung des Terrorismus als einziger Abgeordneter der Stimme enthielt.

— **Ulf Preuß-Lausitz**, 1984 als Kandidat der Berliner AL für das Berliner Abgeordnetenhaus aufgestellt. Laut Berliner Presseberichten gehörte Preuß-Lausitz zu den 48 Hochschullehrern und Anwälten, die ausdrücklich den berüchtigten „Buback-Nachruf" eines „Göttinger Mescalero" in Schutz nahmen, in dem es nach dem Attentat auf den Generalbundesanwalt hieß: „Mir ist bei dieser Buback-Geschichte einiges aufgestoßen, diese Rülpser sollen zu Papier gebracht werden, vielleicht tragen sie ein

Die von den „Grünen im Bundestag" regelmäßig herausgegebene Informationsschrift *Grünes Bulletin* mußte vor einiger Zeit einen vielsagenden Lapsus richtigstellen. Zitat:
„In unserer letzten Ausgabe hat sich der ‚Satzteufel' ein starkes Stück geleistet: Auf Seite 7 lautet die Überschrift zum zweiten Artikel richtig: ‚Parlamentarische (nicht: paramilitärische) Zusammenarbeit mit Norwegen, Dänemark und den Niederlanden'."

bißchen zu einer öffentlichen Kontroverse bei. Meine unmittelbare Reaktion, meine ‚Betroffenheit' nach dem Abschuß von Buback ist schnell geschildert: ich konnte und wollte (und will) eine klammheimliche Freude nicht verhehlen. Ich habe diesen Typ oft hetzen hören, ich weiß, daß er bei der Verfolgung, Kriminalisierung, Folterung von Linken eine herausragende Rolle spielte."

— **Hans Christian Ströbele**, MdB seit 1985: Schon während seiner Ausbildung von dem mittlerweile verstorbenen Ost-Berliner Anwalt **Friedrich Karl Kaul** beeinflußt. Kaul zählte als Senioranwalt der SED zum Spitzenpersonal des DDR-Apparates. U.a. war Kaul persönlich in dem internationalen Firmengeflecht engagiert, mit dessen verdeckten Finanztransaktionen die Ost-Berliner und Moskauer Führung Desinformations-Projekte und andere nachrichtendienstliche Initiativen finanziert. Kaul trat auch als Anwalt von Ströbele auf.

Zur Tiedge-Affäre sagte Ströbele am 3.9.85 in der *TAZ*: „Zunächst ist für die Grünen ein Spion ein Mensch, der hilft, staatliche Geheimnisse nach außen zu tragen oder aufzuklären. Und da wir grundsätzlich dagegen sind, daß ein Staat Geheimnisse hat, haben wir eine gewisse Sympathie für Spione."

Im März dieses Jahres wartete Ströbele im Spionage-Untersuchungsausschuß mit der merkwürdigen Forderung auf, ein Signal des MfS müsse nun aufgegriffen werden. Er beantragte, Tiedge entweder in Bonn oder Ost-Berlin als Zeuge zu hören. Ströbele hatte Kenntnis von der „Bereitschaft" Tiedges und der Ost-Berliner Behörden, „dem Untersuchungsausschuß mit Aussagen zur Verfügung zu stehen".

Ströbele ist einer der Hauptwortführer der Grünen bei ihrer offenen Kampagne zur Sabotage der inneren Sicherheit der Bundesrepublik. Ströbeles Standardforderung ist die „Abschaffung der Geheimdienste", die Schaffung des „gläsernen Staates". Ströbele ist auch Autor der linksextremistischen Postille *Geheim*, die gegen die deutschen und befreundeten Sicherheitsorgane zu Felde zieht (s.o.) und für die auch in der terroristischen Szene geworben wird.

Wie Croissant, mit dem Ströbele jetzt wieder — wie in alten Zeiten der Hochphase der Baader-Meinhof-Bande — ein gemeinsames Anwaltsbüro betreibt, gehörte Ströbele zum harten Kern der Ex-RAF-Anwälte, die u.a. das illegale „Info-System" betrieben. Wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung wurde er 1982 zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. U.a. hatte er mindestens 19 als Anwaltspost getarnte Rundbriefe verfaßt, die an die inhaftierten RAF-Mitglieder gingen. Einer dieser Rundbriefe Ströbeles wurde im Juli 1973 in den Zellen der Häftlinge Ensslin, Möller, Meinhof und Baader gefunden. In dem Papier wurden die einsitzenden Terroristen über den letzten Stand des damaligen Hungerstreiks auf dem laufenden gehalten. Ströbeles operationelle Beteiligung an den damaligen RAF-Plänen wird aus einigen Passagen dieses Papiers deutlich.

— **Otto Schily**, 1983-86 MdB: Die Tatsache, daß der sich heute so gemäßigt gebende Schily vor zehn Jahren als Verteidiger von **Gudrun Ensslin** zu den „Genossen" von Ströbele, Croissant und Groenewold gehörte, wird vielfach als nicht mehr erwähnenswert erachtet. Schilys damaliger „Antrag zur Einstellung des Verfahrens in Stammheim" dokumentiert, wie intensiv Schily sich damals für die RAF und deren Ideologie engagierte.

Dort behauptete Schily, ein „faires Verfahren sei nicht mehr gewährleistet." Seine Formulierungen sind von dem Vokabular der heutigen RAF-Häftlinge nicht zu unterscheiden, die ihren Status als „politische Gefangene" durchsetzen wollen. Orginalton Schily: Die Verhandlung finde in einer „militärischen Sperrzone statt". Von den „Fassaden des Rechtsstaates" seien nur noch „klägliche Ruinen" übriggeblieben. Für die Angeklagten sei der „Artikel 6 der Menschenrechtskonvention außer Kraft gesetzt worden." Gegen sie werde „Ausnahmerecht" praktiziert. Die „Unschuldsvermutung" sei von den „Staatsschutzbehörden in einem über mehr als drei Jahre geführten Feldzug der psychologischen Kriegsführung zerstört worden." Daß die RAF von Politikern und Ministern als „Terroristenorganisation", „Kriminelle Vereinigung" oder „Baader-Meinhof-Bande"

bezeichnet wurde, kommentierte Schily: „Man könnte daran denken, daß manche dieser Politiker bei einem Propagandaminister in die Schule gegangen sein könnten, nämlich Herrn Goebbels." Zur Unabhängigkeit der Gerichte: „Es gibt quasi keine Oase mehr in der Bundesrepublik, in der etwa noch ein faires Verfahren möglich wäre. Da diese Vorformung der öffentlichen Meinung das gesamte Bundesgebiet umfaßt, ist ein faires Verfahren vor keinem Gericht der Bundesrepublik mehr möglich. ... Alle Verteidiger, die sich für die Wahrung der Rechte der Angeklagten eingesetzt haben, sahen sich immer mehr Schikanen, Diffamierungen, Diskriminierungen und Einschüchterungsversuchen ausgesetzt." Es sei eine „verbale Steinigung der Anwälte" erfolgt. Die „politischen Gefangenen" seien „unmenschlichen Haftbedingungen unterworfen", „Isolationsfolter" sei der korrekte Ausdruck. Das Verfahren sei ein „politisches Kriegsinstrument".

Bereits 1972 wurde Schily von der Bundesanwaltschaft verdächtigt, für seine Klientin Ensslin einen Kassiber aus dem Gefängnis geschmuggelt zu haben. Außerdem wurden 70 Anhaltspunkte gesammelt, um standeswidriges Verhalten während der Stammheimer Prozesse zu beweisen. Dazu zählen die Autorität des Gerichtes verhöhnende Formulierungen wie „Possenspiel", „Stammheimer Landrecht" oder „Kloakenargumente".

Die lange Liste kaltblütiger und grausamer Verbrechen der Baader-Meinhof-Terroristen wird mit keinem Wort auch nur angedeutet. Schily brachte seinen „Antrag" nur acht Wochen nach dem Angriff auf die Stockholmer Botschaft zu Papier, der als Befreiungsaktion für die Stammheimer RAF-Häftlinge gedacht war und mit beispielloser Brutalität durchgeführt wurde. Zwei Botschaftsangehörige wurden kaltblütig erschossen; ein anderes Opfer wurde mit fünf Kugeln im Körper die Treppe hinuntergeworfen und eine Stunde — noch lebend — liegengelassen, ehe Hilfe hinzugelassen wurde. Sieben Geiseln wurden durch die Detonation einer Bombe verletzt.

Die ganze Scheinheiligkeit von Traktaten wie Schilys „Antrag" wird angesichts der Tatsache deutlich, daß gerade diese Stockholmer Aktion die Rolle der RAF-Anwälte als Informationskanal zwischen inhaftierten und den „im Einsatz" befindlichen Terroristen dokumentiert. Anfang 1975 wurde der damals andauernde Hungerstreik der Stammheimer Häftlinge abgebrochen. Die vorher verschmähten Gymnastikgeräte wurden plötzlich eifrig benutzt und die Häftlinge bemühten sich sichtlich, möglichst schnell zu Kräften zu kommen. Mitte April 1975 verfaßte Baader ein Zellenzirkular, das einen Hinweis auf „Hanna" enthält. Die in Hamburg inhaftierten Terroristen packten ihre Sachen zusammen, einer witzelte gegenüber einem Vollzugsbeamten sogar: „Ich gehe heute". Am 21.4.75 erfolgten auffällig viele Anwaltsbesuche. Am 24.4. begann die Aktion in Stockholm unter Beteiligung von „Hanna"-Elise Krabbe — die „Hanna" aus Baaders Notiz!

Schilys Engagement für die linksextremistische und terroristische Szene begann bereits Ende der 60er Jahre. Damals vertrat Schily seinen Kollegen **Horst Mahler** vor Gericht, der nur wenig später eine führende Rolle bei den ersten bewaffneten Aktionen der Baader-Meinhof-Bande übernahm. Auch in dem Strafverfahren gegen Mahler wegen Gründung einer kriminellen Vereinigung und Beteiligung an einem Bankraub übernahm Schily dessen Verteidigung. Zu Mahlers berüchtigtem Schlußwort bei diesem Prozeß („Mit Bütteln des Kapitals spricht man nicht, auf die schießt man") hörte man nie ein kritisches Wort von Schily. „Es gehört zu einer loyalen Verteidigung, daß man dem Mandanten seine Identität läßt", meinte Schily einmal. Stattdessen findet Schily bis heute Lobesworte für seinen Kollegen: „Ich bin ein bißchen stolz darauf, daß es heute eine ganze Reihe von guten linken Anwälten gibt, ganz exzellente Leute sind darunter. Das geht sicherlich auch auf Horst Mahler, Klaus Eschen, Christian Ströbele und mich zurück. Wir waren die ersten", meinte Schily an anderer Stelle. „Einer von ihnen, der sich damals erklärtermaßen in die Reihen der RAF begeben hat, dazu Schriften veröffentlicht hat und sich vor Gericht dazu bekannt hat, Horst Mahler, ein sehr intelligenter und hervorragender Anwalt, hat inzwischen aber auch den Weg ins bürgerliche Leben zurückgefun-

Liebeslied! Grüner + Kokain-Lady

[illegible]

● Texter [illegible] entführte 1979 eine Lufthansa-Boeing auf dem Weg von Frankfurt nach Köln, bekam 3 1/2 Jahre, arbeitet jetzt als Geschäftsführer der Grünen im Hessischen Landtag.

● [illegible] wurde 1981 auf dem Frankfurter Flughafen mit 1,8 g Kokain erwischt, mußte in Untersuchungshaft, wartet auf ihren Prozeß

Raphael, auch „Justiz-Fachmann" der Grünen, traf die Sängerin bei einem dienstlichen Besuch im Frankfurter Frauengefängnis. [illegible]

„Oh Cherie" – was ist geschehen, oh Cherie ich kann es nicht verstehen.

Du kamst in meine Einsamkeit, brachtest Licht in meine Dunkelheit.

Jeden Tag ohne Deine Liebe, jeden Tag das hatte ich nicht aus."

[illegible]

So kolportierte die *Bild*-Zeitung am 10.1.85 das Gefängnis-Abenteuer des grünen Fraktionsassistenten Keppel.

den. Hoffentlich bekommt er bald wieder seine Zulassung als Anwalt! Wissen Sie, ich bin der letzte, der darüber im Nachhinein den Stab bricht." (Schily in einem Interview im Juli 1986).

— **Klaus Croissant**, Mitarbeiter bei der Berliner AL und der Europa-Fraktion der Grünen: 1979 wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt. Croissant gehörte zum harten Kern der RAF-Anwälte, die durch den Aufbau eines illegalen „Info-Systems" die Kommunikation zwischen inhaftierten und agierenden RAF-Mitgliedern, und dadurch weitere abgestimmte bewaffnete Aktionen, ermöglichten.

— **Raphael Keppel**, „Fraktionsassistent" der Grünen im hessischen Landtag: Versuchte im September 1979 eine Lufthansa-Maschine zu entführen; zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach eigener Aussage erkannte er schon „früh die Unfähigkeit der parlamentarischen Demokratie" und beschäftigte sich „zwangsläufig mit Alternativen". Das Flugzeug habe er „aus dem Gefühl der totalen Ohnmacht gegenüber diesem unmenschlichen System" entführt und „in einem Forderungskatalog von den Berufspolitikern humanere Lebensbedingungen gefordert.

Keppel nutzte reichlich einen Erlaß des hessischen Justizministers Günther, der den Fraktionsassistenten der Grünen das Sonderrecht einräumte, während der Dienstzeit jederzeit und ohne Anmeldung nicht überwachte Gespräche mit Häftlingen der hessischen Gefängnisse zu führen. Nach scharfen Protesten der CDU mußte der Erlaß rückgängig gemacht werden. Bei diesen „Dienstbesuchen" lernte er die englische Rocksängerin **Geraldine Blacker** kennen und „lieben", die 1981 im Besitz der beachtlichen Menge von 1,8 kg Kokain am Frankfurter Flughafen aufgegriffen wurde.

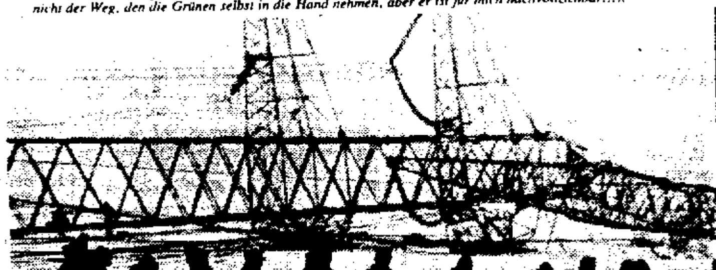
Nach diesem vorläufigen Höhepunkt ging es dann aber bergab. Für den „Fundi" Keppel war der „Realo"-Kurs nicht mehr erträglich, und er trat im Winter '85 aus der Partei der Grünen aus, bestand aber auf seinem Fraktionsposten, um sich weiter um die hessischen Strafgefangenen kümmern zu können. Mitte Februar verschwand er unter mysteriösen Umständen und tauchte nach wilden Spekulationen in Paraguay auf. Nach seiner Rückkehr in einem verwirrt-erschöpften Zustand verschwand Keppel zunächst von der politischen Bildfläche.

— **Thomas Wüppesahl**, Kreisvorsitzender der Grünen Lauenburg/Schleswig-Holstein, erklärte im Januar 1975 im „Heute-Journal" des ZDF zu einem terroristischen Sabotage-Anschlag auf einen Hochspannungsmast, der das Kernkraftwerk Krümmel zeitweilig lahmlegte, er müsse „klar feststellen, daß es selbstverständlich ist, daß solche Handlungsweisen zur Zeit erfolgen, weil das die einzige Möglichkeit in sich birgt, daß politische Bewegung in die Diskussion um die Atomenergie aufgenommen wird." Es sei möglich, das, was am Kernkraftwerk Krümmel geschehen sei, „gedanklich voll und ganz nachzuvollziehen."

Nach Anschlag drei Hochspannungsmasten zerstört

Drei Wochen wird es nach Angaben eines Sprechers der HEW (Hamburgische Electricitätswerke) dauern, bis die durch einen Sprengstoffanschlag zerstörten Stromleitungen am Atomkraftwerk Krümmel wieder voll funktionsfähig sind. Das AKW, das mit 1.300 Megawatt die größte Stromerzeugungseinheit für den Raum Hamburg und Schleswig-Holstein ist, wurde am Freitag morgen durch eine Schnellabschaltung stillgelegt, weil durch einen Sprengsatz drei Hochspannungsmasten genau an der Stelle umknickten, an der der Strom aus dem Atommeiler in die Versorgungsnetze der beiden nördlichsten Bundesländer eingespeist wird. In etwa sieben bis acht Tagen — so glauben die Betreiber — sind die Leitungen soweit provisorisch wieder hergerichtet, daß Krümmel wieder in Betrieb gehen kann. Bis dahin wird der Stromverlust durch das Hochfahren herkömmlicher Kraftwerke ausgeglichen, was zusätzliche Brennstoffkosten von etwa einer Million Mark bedeutet. Eine weitere Million sollen die Reparaturarbeiten kosten. Dazu der HEW-Sprecher: „Das wird nicht ohne Auswirkung auf die Strompreise bleiben."

In einem Bekennerbrief hat sich inzwischen die Gruppe „Hau weg den Scheiß" zu dem Sprengstoffanschlag bekannt: „Diese Aktion ist unsere Antwort auf die Bedrohung durch den Atomstaat". Die Gruppe fordert die Abschaffung aller Atomanlagen und bekennt sich zu den Forderungen der politischen Gefangenen im Hungerstreik. Der örtliche Kreistagsabgeordnete der Grünen, Thomas Wüppesahl, kommentierte den Sabotageakt so: „Das ist nicht der Weg, den die Grünen selbst in die Hand nehmen, aber er ist für mich nachvollziehbar....."



Anschlag legt Kraftwerk Krümmel lahm

Aus: „hungerstreik-doku 1984/85".

— **Hartmut Barth-Engelbarth**, Fraktionssprecher der Grünen im Kreistag Main-Kinzig: Als Mitglied des **Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)** schmähte Barth-Engelbarth wenige Tage nach dem RAF-Anschlag auf den Generalbundesanwalt Buback auf dem Hanauer Marktplatz das Mordopfer als „den höchstbezahlten Verbrecher der Bundesrepublik". Außerdem hatte er das Verbrechen mit den Worten: „Das mit Buback geht in Ordnung" öffentlich gebilligt. Barth-Engelbarth wurde zu sechs Monaten Freiheitsentzug ohne Bewährung und in der Berufungsverhandlung zu drei Monaten auf Bewährung rechtskräftig verurteilt. Als im Mai 1985 der CDU-Fraktionsvorsitzende Walter Kurzkurt zu Recht den Grünen deswegen zum Rücktritt von seinem Posten aufforderte, handelte er sich von dem SPD-Abgeordneten Anton Straub den Zwischenruf: „Ist das der Sohn von Goebbels?" ein.

— **Manfred Mombaur**, ehemals MdL der Grünen im niedersächsischen Landtag: Mombaur stand im Mittelpunkt der insbesondere 1984 intensiv betriebenen, von zahlreichen terroristischen Anschlägen begleitete und von den niedersächsischen Grünen mitgetragenen, militanten Kampagne gegen den Transport radioaktiver Abfälle (Slogan: „Tag X — Verhindert die Atommülltransporte) im Kreis Lüchow-Dannenberg. Im Wendland war es bereits seit 1983 durch terroristische Anschläge gegen Bauwagen, Baumaschinen, Büros und Bahnlinien zu Schäden von über vier Mio. DM gekommen.

Ende September 1984 hatten die Amtsgerichte Göttingen und Dannenberg die Verbreitung von Faltblättern und Plakaten zum „Tag X" mit bundesweiter Wirkung untersagt, da die Druckwerke den Tatbestand der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten erfüllten. Daraufhin wurde auch die Landesgeschäftsstelle der Grünen in Hannover polizeilich durchsucht. Trotzdem kündigten die Abgeordneten Mombaur und Garbe öffentlich an, daß die Aufrufe und Plakate weiterhin verbreitet werden würden; für die Neuauflage übernahm der Bundesvorstand der Grünen die presserechtliche Verantwortung. Außerdem riefen Sprecher der niedersächsischen Grünen zusammen mit dem Lüneburger und Göttinger „Arbeitskreis gegen Atomenergie", bekannt für die offene Unterstützung gewaltsamer Aktionen und Anschläge, und der „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg" zur Unterstützung von Blockadeaktionen auf. Der Lüneburger „Arbeitskreis" verbreitete u.a. bundesweit ein „Sabotage-Konzept", in dem zu schweren Straftaten aufgefordert wurde. Darüberhinaus wurden zahlreiche andere Broschüren ähnlichen Inhalts von Lüneburg aus verteilt, in denen „Anschläge bis hin zu Sprengstoffattentaten" und Maßnahmen wie das Einnebeln von Atommülltransporten angeregt wurden. Die Serie von Brand- und Bombenanschlägen, gefährlichen Eingriffen in den Schienenverkehr etc. ist bis heute nicht abgerissen und hat weitere Schäden in Millionenhöhe verursacht.

Offene Unterstützung für gewaltsame Aktionen hatte Mombaur auch im Fall der Kampagne gegen die Frankfurter Startbahn West kundgetan. In einem wütenden Leserbrief in der *TAZ* attackierte Mombaur den grünen „Realo" „Joschka" Fischer im Januar 85:

„Während sich in der Neujahrsnacht ein paar hundert Startbahngegner den Arsch abfrieren, um einmal mehr auf auf eines unserer brennendsten Probleme aufmerksam zu machen — und während die Grünen in Hessen nun endlich begriffen zu haben scheinen, daß mit Dachlatten-Börner der Ausbau von Alkem/Nukem nicht verhindert werden kann, talkst Du in der III. Programm-Show small — und folgenlos! ... Lieber Joschka, ich wünsche mir, daß Du in Zukunft lauter und deutlicher ... für die sprichst, die beispielsweise in der Neujahrsnacht an der Startbahn-West — auch für Dich — in Notwehr gehandelt haben."

Die „Notwehr," auf die sich Mombaur bezieht, bestand in dreistündigen gewaltsamen Angriffen auf die Polizei mit Leuchtkugeln, Stahlkugeln und Steinen. 19 Betonstreben aus der Schutzmauer wurden „geknackt" und ein Tor aufgebrochen, durch das eine Gruppe von gewalttätigen Störern auf das Flughafen-Gelände durchbrach.

II. Unterstützung terroristischer Aktionen, Kontakte zu terroristischen oder Terrorismus unterstützenden Organisationen

Kampagne gegen die Frankfurter Startbahn West

Die 1980 ins Leben gerufene und von den Grünen mitgetragene Kampagne gegen die Frankfurter Startbahn West wurde seit der Eskalation von Gewalttätigkeiten in November 1981 zum Mekka gewalttätiger „Berufsdemonstranten" aus der ganzen Bundesrepublik. Bis zum heutigen Tag kommt es im Rahmen der berüchtigten „Sonntagsspaziergänge" regelmäßig zu gewalttätigen Angriffen auf Polizei und Flughafengelände. Die Startbahn hat sich zu einer Art „Truppenübungsplatz" der terroristischen und autonomen Szene entwickelt.

Wegen des unmittelbaren Bezugs zu den Grünen sei noch einmal exemplarisch auf die Ereignisse des November 1981 hingewiesen. Am 15.11.81, einen Tag nach der Großdemonstration der von den Grünen mitgetragenen **AG Volksbegehren und Volksentscheid — Keine Startbahn West**, kam es zu massiven Ausschreitungen, nachdem der Sprecher der Bürgerinitiative, **Alexander Schubart**, dazu aufgerufen hatte, dem Flughafen „einen Besuch abzustatten". Bis zu tausend Personen versuchten, die Betonmauer am Baugelände einzureißen und konnten sie schwer beschädigen. Gleichzeitig wurden an mehreren Stellen Blockaden errichtet. Dies geschah im Bereich des Flughafen-Terminals, wo der Verkehr zum Erliegen kam. Die S-Bahnverbindung zum Flughafen wurde unterbrochen. Auf zwei Autobahnen in unmittelbarer Nähe des Flughafens wurden mit Ästen und Baumstämmen Verkehrsbarrikaden errichtet und z.T. in Brand gesetzt. Bei dem Einsatz von Hubschraubern, mit dem die Blockaden aufgelöst werden sollten, wurden Besatzungen und Gerät sofort massiv angegriffen. Der damalige SEK-Einsatzleiter beschrieb diese Situation folgendermaßen:

Er sei von der „Aggressivität des Gegenübers" überrascht worden. Die Beamten seien von Demonstranten unmittelbar nach der Landung „frontal angegriffen" und mit einem Hagel von Wurfgeschossen aus Ästen, Steinen und Flaschen übersäht worden. Fünf bis sechs Polizisten seien erheblich verletzt worden, nahezu die halbe Einheit habe leichte Verletzungen davongetragen. „Rein theoretisch" sei an jenem Sonntag der Schußwaffeneinsatz geboten gewesen. Verletzte Beamte, die sich mit dem Sanitäter nach hinten hätten absetzen wollen, seien gezwungen gewesen, ihre Schußwaffe zu ziehen. Der Landeplatz für den zweiten Hubschrauber habe „erst freigekämpft" werden müssen. „Militante Personen" seien so nahe an der Maschine gewesen, daß ein Beamter, „um sich Luft zu verschaffen", einen Blendschockwurfkörper gezündet habe. Erst danach sei es den Beamten möglich gewesen, den Hubschrauber zu verlassen.

Die für die brennenden Barrikaden eingesetzte Feuerwehr wurde bei den Löscharbeiten behindert. Zwei weitere Bundesstraßen wurden blockiert; aufgelöste Blockaden wurden an anderen Stellen sofort wieder errichtet.

Im Anschluß an diese Geschehnisse kam es bundesweit zu einer Serie von terroristischen Anschlägen und gewaltsamen Übergriffen:

— 14.11.: Demonstration mit 700 Personen in Bremen, Schaufenster werden zertrümmert.

- 15.11.: Brandanschlag auf einen Funkstreifenwagen der Polizei in Marburg.
- 15./16.11.: 20.000 DM Sachschaden durch Steinwürfe in Schaufensterscheiben in Freiburg.
- 15/16.11.: 13 amerikanische PKW werden in Frankfurt durch Farbschmierereien mit Parolen wie „Keine NATO-Startbahn", „Yankees fuck off", „Ramstein und Kroesen ein Beispiel" beschädigt. An elf Fahrzeugen werden die Reifen zerstochen.
- 17.11.: An sechs Polizeifahrzeugen werden nachts in Mörfelden die Reifen zerstochen.
- 17.11.: 20.000 DM Sachschaden durch Schmierereien in Gießen und Umgebung mit Parolen wie „Fällen sie den Wald, machen wir Gries und Börner kalt."
- 18.11.: 15.000 DM Sachschaden durch Brandanschlag auf Büroräume der Fa. Züblin in Stuttgart.
- 18.11.: Brandanschläge auf Baufahrzeuge der Firmen Bratengeier und Züblin. Sachschaden 25.000 DM. RZ übernehmen die Verantwortung.
- 18.11. : Zwei Pflastersteine werden durch das Wohnzimmerfenster des Mitherausgebers der *FAZ*, Robert Held, geworfen. Eine „Entschuldigung" für vorherige Artikel wird gefordert und „härteres Zuschlagen" angedroht.
- 18.11.: 2-3000 Störer versammeln sich am Baugelände und beschädigen den Bauzaun.
- 19.11.: Ein Bauwagen der Fa. Holzmann wird in Frankfurt in Brand gesetzt.

Sofort nach den Frankfurter Ausschreitungen wurde von der Generalbundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Schubart wegen Verdachts der Nötigung von Verfassungsorganen eingeleitet. Es kam zu einer breiten Solidarisierung im linksextremistischen Spektrum und bei den Grünen für den „kriminalisierten" Schubart. Eine gute halbe Million DM wurde für mehrere ganzseitige Anzeigen mit „Solidaritätsaufrufen" und Unterzeichnerlisten mobilisiert. Zu den Unterzeichnern gehörten u.a. **Petra Kelly, Rudolf Bahro**, die GAL-Abgeordneten **Bettina Hoeltge, Ulla Jelpge** und **Thea Bock**, die MdLs der Hessischen Grünen **Gertrud Schilling, Dirk Treber, Jochen Vielhauer** und **Frank Schwalba-Hoth, Die Grünen im Römer** Frankfurt, **Die Grünen Mörfelden-Walldorf** und weitere Verbände der Grünen.

Schubart wurde in dem anschließenden Strafverfahren zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung wegen Nötigung von Verfassungsorganen verurteilt. „Es genügt nicht, den Begriff der Gewaltlosigkeit im Munde zu führen, gleichzeitig aber Situationen zu schaffen, von denen Gewalt ausgeht", hieß es in der Urteilsbegründung. Schubart verunglimpfte anschließend „diese Art von Justiz als im Kern faschistoid". Das Urteil wurde später teilweise vom Bundesgerichtshof wieder aufgehoben, aber in den Punkten Landfriedensbruch und Nötigung der davon betroffenen Personen beibehalten. Die hessischen Grünen schlugen kurz nach der Urteilsverkündung der ersten Instanz Schubart als Kandidaten für die Wahl zum hessischen Staatsgerichtshof vor! Weitere Forderungen der Grünen waren die Rücknahme der Suspendierung Schubarts als Magistratsdirektor und die Rücknahme der Schadenersatzforderungen, Prozeß- und Anwaltskosten, die sich auf 500.000 DM beliefen. Wegen Teilnahme an einer Blockade des Truppenübungsplatzes Wildflecken wurde Schubart wegen Nötigung erneut zu einer Geldstrafe verurteilt.

Grüne und Hausbesetzer

Führende Grüne gehörten zu den „Gründervätern" der militanten Hausbesetzerbewegung, die sich Anfang der 80er Jahre zu einem wichtigen Sammelbecken und Rekrutierungsfeld für gewalttätige autonome Gruppen und die terroristische Szene entwickelte. Eine wichtige finanzielle und logistische Rolle in der Anfangsphase der Hausbesetzerbewegung spielte das Projekt **Netzwerk Selbsthilfe — Fonds für politische und alternative Projekte**. Das „Netzwerk" unterstützte bereits 1980 „Projekte" wie das Hannoveraner **UJZ Kornstraße**, das heute zum RAF/RZ Umfeld zählt

und als Treff der Nord-Region für Punker und Autonome fungiert. Zu den Unterstützern des „Netzwerks" gehörten 1980 u.a. folgende Grüne: **Martin Mombaur, Otto Schily** und **Roland Vogt**; zum engeren Gründerkreis zählten bereits 1978/79: **Benedikt Härlin, Hans Christian Ströbele, Dirk Schneider.**

Die Intensität der gewaltsamen Übergriffe aus dieser Szene ist noch lebhaft in Erinnerung. Noch schockierender allerdings sind die nach der „Legalisierung" der besetzten Berliner Häuser veröffentlichten Ergebnisse. Aufschlußreich ist hier ein Bericht der Berliner Sicherheitsbehörden vom Herbst 1984: Der Abschluß von Verträgen zwischen Besetzern und Besitzern ehemals besetzter Häuser habe keine „wesentliche Beruhigung im kriminellen Bereich" gebracht. Derzeit seien 75 Häuser legalisiert, 50 davon in Kreuzberg. Einen der Gründe für die Fortdauer krimineller Aktionen sehen die Sicherheitsbehörden darin, daß es sich bei den von der Legalisierung profitierenden Besetzern um Personen handele, „die, um ihre politischen und privaten Zielvorstellungen durchzusetzen, den Rechtsbruch in Kauf nehmen bzw. genommen haben, wobei sie ihre Handlungsstärke unter anderem aus der kollektiven Begehungsweise, der räumlichen Nähe untereinander und ihrer ablehnenden Haltung gegenüber dem Staat nehmen." Aufgrund der Tatsache, daß sich auf engem Raum in Kreuzberg 50 „legalisierte" Häuser befänden, seien viele Besetzer inzwischen geräumter Häuser in die „legalisierten" Häuser oder deren unmittelbare Umgebung gezogen. Bei Zuzügen von Hausbesetzern aus anderen Stadtbezirken sei festzustellen, „daß es sich überwiegend um ehemalige Bewohner ‚militanter' Häuser handelt".

Die durch die „Legalisierung" ausgelöste „Sogwirkung" habe ferner dazu geführt, daß dieser Teil Kreuzbergs zunehmend Anlaufstelle und Aufenthaltsort für Punker aus dem Bundesgebiet und aus dem Ausland geworden sei. Nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden wohnen allein in diesen 50 „legalisierten" Häusern rund 1000 Personen. Die „Legalisierung" habe in Kreuzberg eine Infrastruktur für die Szene geschaffen, „aus der heraus sie in Zukunft relativ ungefährdet agieren kann."

Wegen der dort herrschenden Zustände würden polizeiliche und strafprozessuale Maßnahmen stark beeinträchtigt, „wenn nicht sogar vollständig verhindert."

Die Wahrnehmung polizeilicher und strafprozessualer Aufgaben, die Verfolgung und Identifizierung mutmaßlicher Straftäter, werde zusätzlich dadurch erschwert, daß fast alle legalisierten Häuser über mehrere Eingänge und Fluchtwege verfügten, etwa über Durchbrüche und „Laufstege" auf den Dächern. Die Rede ist auch von „spinnennetzförmigen Fluchtmöglichkeiten". Die legalisierten Häuser seien damit „eine günstige Operations-und Rückzugsbasis für Straftäter, die die Erfolgsaussichten polizeilicher Einsätze von vornherein erheblich einschränken."

(Es) sei nicht bekannt, wer sich in den Gebäuden tatsächlich aufhalte. Dies beruhe im wesentlichen darauf, daß die meisten Häuser ständig verschlossen gehalten würden. Fremden werde weder der Zutritt erlaubt, noch Auskunft erteilt. An und in den Gebäuden befänden sich weder Namensschilder noch Briefkästen. Amtliche Zustellungen könnten „regelmäßig nicht durchgeführt werden", allenfalls über „Kontaktpersonen".

Viele dieser Häuser seien aus diesen Gründen „zu Anlaufstellen von Straftätern und mit Haftbefehl gesuchten Personen geworden, die hier untertauchen." Aufgrund der Zustellungsschwierigkeiten könnten Anklagen und Terminladungen zu Gerichtsverhandlungen nicht ausgehändigt werden, so daß die Abwicklung eines Strafverfahrens behindert oder gar vereitelt werde.

Bezüglich eines Hauses in der Oranienstraße, das am 10.10.1980 besetzt und am 26.8.83 „legalisiert" wurde, wird in dem Bericht der Sicherheitsbehörden von insgesamt 78 Straftaten gesprochen; gegen die dort angetroffenen Besetzer seien weitere 170 Ermittlungsverfahren anhängig oder anhängig gewesen. Die ihnen vorgeworfenen Straftaten reichten von schwerem Landfriedensbruch über Brandstiftung, unerlaubten Waffenbesitz, gefährliche Körperverletzung bis hin zum schwerem Diebstahl. Die

früheren Besetzer seien nach der Legalisierung wieder in das Haus zurückgekehrt. Danach sei es wiederum zu Straftaten gekommen: Gefährliche Körperverletzung, Diebstähle, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte, Rauschgifthandel.

Die Reihe der von den Sicherheitsbehörden angeführten Straftaten in ehemals besetzten und dann „legalisierten" Häusern ist lang. Die Legalisierung der Häuser habe der Szene neben „einer Schutzzone auch eine Ruhepause verschafft, die Erfahrungen aus der Häuserkampfzeit zu analysieren und die entsprechenden Schlußfolgerungen zu ziehen," heißt es. Den extremen Gruppen in Kreuzberg stünde jetzt ein „Reservoir den Staat ablehnender Personen zur Verfügung, aus dem sie nunmehr in Ruhe Gleichgesinnte rekrutieren und ihren Kampf gegen den Staat auf festere Beine stellen können."

Diese deprimierenden Verhältnisse lassen sich präzise auf die heutige Situation in Hamburg übertragen, wo sich die SPD-Regierung bisher geweigert hat, gegen die besetzten Häuser in der **Hafenstraße** wirksame Maßnahmen zu ergreifen. Die Hafenstraße hat sich im Laufe der Zeit für Autonome, Punker und gewöhnliche Kriminelle zu einem „rechtsfreien Raum" entwickelt, aus dem massiv Straftaten begangen werden können, ohne ein nennenswertes Risiko der Verhaftung oder Strafverfolgung einzugehen. Seit dem Winter 84/85 kam es regelmäßig zu größeren gewalttätigen Aktionen der Hafenstraßen-Szene. Selbst der ansonsten nicht gerade für professionelle Einschätzungen der Sicherheitslage berühmte Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes, Christian Lochte, sah sich im Oktober letzten Jahres genötigt, in der *TAZ* — offensichtlich ein wichtiges Forum für den progressiven Verfassungsschutzbeamten — festzustellen, daß „RAF-Frauen seit dem Sommer ihren Wohnsitz dorthin verlegt haben."

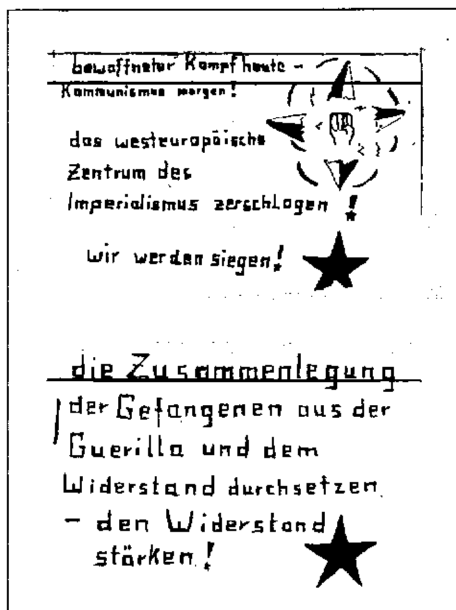
Die Hafenstraßen-Szene war auch federführend an der Vorbereitung des Frankfurter Terroristen-Treffens beteiligt. Zu Silvester fand dort ein überregionales Treffen mit Teilnahme von Personen des RAF-Umfeldes und anderer militanter Gruppen statt, bei dem ein „Tagesordungspunkt" die Vorbereitung des Frankfurter Treffens war. In einem RAF-Flugblatt „Überlegungen zum Kongreß in der Hafenstraße" hieß es Ende Dezember:

„Dann weisen wir auf den Kongreß Ende Januar in Frankfurt hin, wo für uns die Möglichkeit besteht, mit Genossen aus der BRD, Westeuropa, Naher Osten und Lateinamerika zusammenzukommen und die Weiterentwicklung der Front zu diskutieren. Da ist für uns das nationale Treffen in der Hafenstr. schon die Möglichkeit damit anzufangen."

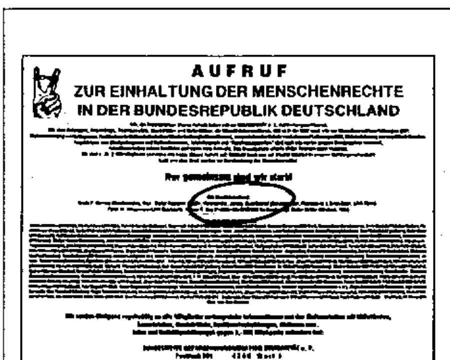
Bei den politischen Auseinandersetzungen um die Hafenstraße bezogen Vetreter der Hamburger **Grün-Alternative Liste (GAL)** konsequent Position für ihre Schützlinge. Bei parlamentarischen Debatten im Oktober vergangenen Jahres verhöhnte der GAL-Abgeordnete **Edler** in diesem Zusammenhang den Rechtsstaat der Bundesrepublik als „Panoptikum" und als „dieses ausgeklügelte, raffinierte System mit seinen Hunderten von Sicherungen gegen Veränderung, mit seinem beschränkten Zugang, mit seinen erstarrten Ritualen." Bezeichnenderweise benutzte der GAL-Mann auch das von der NSDAP geprägte Schimpfwort der „Altparteien". Die Aussagen der CDU wurden von der GAL als „politisches Gegeifere" bezeichnet, während natürlich die GAL — und auch die DKP — in Hafenstraßen-Flublättern lobend hervorgehoben wurden. Bezugnehmend auf eine geplante, aber dann doch nicht durchgeführte polizeiliche Räumung im Dezember 1985 triumphierten die Hafenstraßen-Besetzer:

„Wir haben an diesem Tag gesiegt, weil die Spaltungs- und Entsolidarisierungskampagne des VS und seiner Werkzeuge vollständig scheiterte: ganz praktisch zeigten uns das in dieser Nacht Menschen aus den verschiedensten Gruppen, Organisationen und Zusammenhängen — Autonome, Leute vom Blockadeplenum, GAL-und DKP-Mitglieder, HWP-Studenten, Werftarbeiter von HDW — Menschen, die mit anderen Mitteln kämpfen als wir, aber mit uns gemeinsam den Angriff abwehren wollten."

Grüne und inhaftierte Terroristen



Während des „Hungerstreiks" von über 30 Strafgefangenen 1984/85 wurden diese Handzettel in Frankfurt verteilt.



Anzeige einer Initiative gegen „Menschenrechtsverletzungen", die von einem MdB der Grünen mitgetragenen wird. Verurteilte Straftäter stellen einen wichtigen Unterstützerkreis der Grünen dar. Slogan der „Arbeitsgruppe Knast" der Hamburger GAL: „Knackis in die Parlamente".
Aus: *Süddeutsche Zeitung*

Die Grünen haben ihre Haltung zu terroristischen Organisationen bereits seit Jahren in ihrem Forderungskatalog zu „Demokratie und Recht" glasklar ausgedrückt. Zu den Absichtserklärungen der Grünen zur Sabotage der inneren Sicherheit der Bundesrepublik gehören Forderungen wie:

— „Streichung der Anti-Terrorgesetze (§ 129, 129a StGB)"
— „Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und der Sicherheitsverwahrung"
— „Auflösung aller Sonderhaftbedingungen und -bereiche (z.B. der Hochsicherheitstrakte",
— „Schußwaffenlose Polizei"
— „Auflösung der kasernierten Bereitschaftspolizei und des BGS"
— „Auflösung der existierenden Verfassungsschutzämter"

Daß es sich hier nicht nur um Erklärungen handelt, die man wegen ihrer Absurdität nicht ernst zu nehmen braucht, sondern um den praktisch betriebenen „Schulterschluß mit Terroristen" (Spranger) zeigt eine ganze Reihe von Vorkommnissen, bei denen Vertreter der Grünen immer wieder einschlägig auffallen:

● **Unterstützung für den RAF-Hungerstreik 1984/85:**
Während des RAF-Hungerstreiks, der mit der bekannten massiven Anschlagswelle in diesem Zeitraum parallel lief, profilierten sich mehrere führende Grüne wie **Michael Schroeren**, **Dirk Schneider** und **Dieter Burgmann** mit Sympathie- und Unterstützungserklärungen. Burgmann außerte sich am deutlichsten: Die Grünen seien bisher den Beweis schuldig geblieben, daß eine gewaltfreie Veränderung der Gesellschaft möglich sei. Falls sich herausstellen sollte, daß die Grünen diesen Beweis nicht führen könnten, müsse man „in einer zerstörerischen Gesellschaft auch den bewaffneten Kampf als ein Mittel" akzeptieren. Grüne Verbände aller politischen Ebenen solidarisierten sich mit den Forderungen der hungerstreikenden RAF-Terroristen. So der Bundesvorstand, die Grünen Niedersachsens, die „Fachgruppe Knast und Justiz" der Hamburger GAL, die Berliner AL, der Bonner Kreisverband der Grünen, der Landesverband Nordrhein-Westfalen, die Kölner Ratsfraktion der Grünen, die Grünen in Hessen und die Grünen im Stuttgarter Landtag.

Die Grünen **Christa Nickels** und **Antje Vollmer** schrieben während der Hochphase der terroristischen Anschläge (fünf Tage nach dem Mordanschlag auf den französischen General Audran) in einem Brief an die hungerstreikenden RAF-Terroristen, daß die Grünen „die inhaftierten RAF-Mitglieder viel zu lange politisch ignoriert haben und es nun angesichts Eures fortgeschrittenen Hungerstreiks höchste Zeit ist, mit Euch Gespräche zu führen." Weitere Briefe dieser Art folgten. Im Juli 1985 bat der MdB **Udo Tischer** den inhaftierten RAF-Terroristen Christian Klar um einen Gesprächstermin. Vollmer und Nickels schrieben im September vergangenen Jahres einen weiteren „Offenen Brief" an die „Frauen aus der RAF". Im November besuchten Nickels und **Norbert Mann** die inhaftierten RAF-Mitglieder Wackernagel und Schneider. Zu dem Besuch führte Nickels aus: „Ich will erst einmal mit möglichst vielen von der RAF reden und will wissen, wie ihre Situation im Gefängnis ist, aber auch, wie die ehemaligen und noch-RAFler im Knast ihre Perspektive selber sehen. Für mich persönlich will ich herausbekommen, wie eine Perspektive für solche Leute aussehen könnte, wieder in der Gesellschaft zu arbeiten und zu leben und das, was sie an politischer Veränderung für notwendig erachten, ohne Gewalt erreichen zu können."

— Der Frankfurter Anwalt **Rupert von Plottnitz** wurde auf Initiative der hessischen Grünen in den Richterwahlausschuß gewählt. Plottnitz gehört wie Croissant, Stroebele und Groenewold zum harten Kern der Ex-RAF-Anwälte bei den Stammheimer Prozessen Mitte der 70er Jahre. Plottnitz äußerte sich in einer Rezension des zweifelhaften Films „Stammheim" im Februar dieses Jahres folgendermaßen: „Stammheim stand für Überwachung und Bespitzelung, Bedrohung und umsichtig betriebenen Rechtsbruch von Staats wegen. Stammheim, das waren tote politische Gefangene und ungeklärte Todesursachen." Als diese unglaubliche Formulierung im RAF-Jargon von der CDU angegriffen wurde, stimmten die Grünen zu

sammen mit der SPD gegen einen Rücktritt des Anwalts von seinem Amt.

● **Grüne unterstützen „Knastgruppen":**

Getreu ihrer Devise, „ohne Strafrecht und Gefängnisse" auszukommen, kam es seit dem Hungerstreik der RAF 1984/85 zu von Grünen mitgetragenen „Knast-Projekten", wie z.B. die Initiative „Knackis in die Parlamente" der „Fachgruppe Knast und Justiz" der Hamburger GAL.

Im Oktober 1985 wurde gegen die Fraktionsgeschäftsführerin der Grünen im Dortmunder Rathaus, **Erika Wojak**, ein Ermittlungsverfahren wegen Verdachts der Unterstützung einer terroristischen Vereinigung eingeleitet. Erika Wojak gehörte zu dem Mitunterzeichnern einer Erklärung im Januar 1985, in der die Forderungen der hungerstreikenden RAF-Inhaftierten unterstützt wurden. Die Dortmunder Grünen hatten bereits 1984 ihre Büroadresse dem Projekt „Grußaktion für politische Gefangene" zur Verfügung gestellt, mit der „Info-Pakete", die terroristische Blätter wie den *Regenbogen* enhielten, u.a. an die RAF-Inhaftierten Klar und Mohnhaupt geschickt werden sollten. Schon damals intervenierte die Bundesanwaltschaft mit einem Ermittlungsverfahren wegen § 129 a.

Im November 1985 beschloß der Parteitag der hessischen Grünen, die Finanzierung der „Knastabos" für interessierte „politische Gefangene" zu gewähren.

Beziehungen der Grünen zu Gaddafis Libyen

Die ersten Kontakte zwischen Gaddafi und Vertretern der Grünen kamen 1982 bei Treffen in Wien und Tripolis zustande. Vertreter der Grünen waren **Otto Schily, Roland Vogt** und **Alfred Mechtersheimer**. Bei der ersten Zusammenkunft in Wien stellten die Grünen „partielle Interessenidentität" fest. Für Libyen sei die „europäische und amerikanische Friedensbewegung der natürliche Gesprächspartner." Bei dem Treffen in Tripolis riet Gaddafi zur direkten Aktion gegen die amerikanischen Truppen, z.B. „Wasser und Nachschub" der Amerikaner zu unterbinden. Die hessische Grüne Gertrud Schilling forderte nach der Libyen-Reise euphorisch die Abschaffung der Parlamente. Trotz einiger interner Kontroversen über die offene Beziehung zu Libyen rissen Beziehungen und gegenseitige Sympathiebekundungen nie ab. In der libysch finanzierten Wiener „Grün-Alternativen" Monatszeitschrift *Moderne Zeiten (MOZ)* äußerte sich Gaddafi im September 1985 begeistert über die Grünen: „Wenn sich die grüne Bewegung entwickelt, ist sie die einzige Hoffnung für diese Welt. Wir haben diese Revolution begonnen, denn wir wollten, daß Frieden und die grüne Farbe auf der Welt herrschen, denn grün ist die Farbe des Lebens und der Natur. Wir werden die grüne Bewegung unterstützen, denn sie ist unsere Bewegung. Warum? Weil die imperialistischen Kräfte wollen, daß sich die Welt nicht zugunsten der Massen ändert und deshalb versuchen, einen Keil zwischen Gaddafi und die grüne Bewegung zu treiben, und sogar versuchen, einzelne in die Bewegung einzuschleusen, um diese Bewegung zu stören."

Neben dem Libyer **Abdul Ghani Elmani** als Redaktionsmitglied waren auch das mit den Grünen liierte notorische **Öko-Institut Freiburg** und der Wiener Grüne **Ali Gronner** als „Mitarbeiter dieser Ausgabe" im Impressum der *MOZ* vom Januar 1986 aufgeführt. Gronner ist Aktivist der österreichischen „Alternativen Liste" und Vertreter der Gruppe des Alt-Trotzkisten **Michel Pablo**, einem engen Freund des mit islamisch-fundamentalistischen Terrorkreisen in Verbindung stehenden **Ahmed Ben Bella**. Bezeichnenderweise setzten unmittelbar nach der amerikanischen militärischen Vergeltungsaktion gegen Libyen zunächst einmal die Zahlungen aus.

Im Januar, nach der Bekanntgabe amerikanischer Wirtschaftssanktionen gegen Libyen als Reaktion auf die Bombenanschläge in Wien und Rom, kündigte Gaddafi an, er wolle „historische Bündnisse mit der europäischen Friedensbewegung und mit alternativen Bewegungen schließen, um die amerikanischen Stützpunkte in Europa und im Mittelmeer zu beseitigen." Amerika werde einsehen müssen, „daß diese Bündnisse mit der Friedensbewegung in Europa, mit den Grünen und mit allen alternativen

Bewegungen, die gegen die amerikanische Präsenz sind, tausendmal gefährlicher sind als unser Bündnis mit den Palästinensern."

Daß diese Äußerungen nicht als Hirngespinst zu werten waren, zeigte sich an den Reaktionen dieser Bewegung auf die antiterroristische Militäroperation gegen Libyen im April dieses Jahres. Es kam zu einer bundesweiten Seriė von Demonstrationen und Aktionen, zu denen von SPD-Verbänden, DKP und den Grünen aufgerufen wurde und bei denen Reagan als „Kriegstreiber", „Staatsterrorist" und „Kindesmörder" tituliert wurde. Bei einigen dieser Demonstrationen traten auch Gruppen von Gaddafi-freundlichen Libyern auf und verteilten Flugblätter.

Die Abgeordnete der Grünen **Annemarie Borgmann** nannte die amerikanische Aktion einen „militärischen Überfall", der nach „internationalem Faustrecht" und dem „Gesetz des Dschungels" durchgeführt worden sei. Die „US-Aggression gegen Libyen" sei eine „Gefahr für den Weltfrieden", ein „Spiel mit dem Feuer der Großmachtkonfrontation", eine „gigantische Verantwortungslosigkeit", die selbst den „Stahlhelmkriegern der Union" zu denken geben sollte. Es handele sich um eine „terroristische Aktion", um einen „Akt blanken Staatsterrorismus". Nichts unterscheide „die US-Luftangriffe auf Libyen von terroristischen Anschlägen auf Flughäfen, Flugzeuge oder Diskotheken — außer daß sie umfassender, blutiger und von einer NATO-Armee durchgeführt wurden."

Im Frühjahr dieses Jahres soll es unbestätigten Meldungen zufolge zu Treffen von Grünen und dem libyschen Volksbüro in Bonn gekommen sein, bei denen sich die Grünen als „Vermittler" zwischen Libyen, USA und Israel betätigen wollten. Vertreter der amerikanischen Botschaft sollen sich auf dieses Experiment eingelassen haben, während die Israelis derartige Treffen strikt abgelehnt hätten.

Grüne Beziehungen zum sowjetisch gesteuerten African National Congress (ANC)

Für Experten ist offensichtlich, daß die Sowjets aufgrund der strategischen Bedeutung Südafrikas ihre Umsturzpläne für diese Region nicht aufgegeben haben, nachdem ein massiv durch die Sowjets unterstützter Umsturzversuch 1963 mißlang.

Waffen und Ausrüstung des ANC werden von den Sowjets geliefert. Seit 1974 leistet Gaddafi dem militärischen Flügel des ANC Unerstützung. Die Spionageabteilung des ANC wurde durch den Ostberliner Staatssicherheitsdienst ausgebildet. Personifiziert wird die strikte sowjetische Kontrolle des ANC durch den KGB-Offizier **Joe Slovo**, der bereits 1963 als Drahtzieher agierte und noch heute als Stabschef des militärischen Flügels des ANC für Terror- und Sabotage-Maßnahmen verantwortlich ist. Auf dessen Konto gehen die großen Bombenanschläge mit zahlreichen Opfern und die Sabotageanschläge gegen große Industrieanlagen. Teil dieser Strategie sind auch geplante Anschläge gegen Filialen deutscher Firmen in Südafrika.

All dies tut der weitgehenden Verbrüderung von Grünen und prominenten SPD-Führern mit dem ANC keinen Abbruch. Im August vorigen Jahres konnte der Vertreter des ANC in der Bundesrepublik, **Tony Seedat**, auf einer Pressekonferenz der Grünen offen mit Anschlägen gegen Filialen deutscher Firmen drohen.

Seit September 1985 haben die Grünen eine systematische Unterstützungskampagne für den ANC und die SWAPO eingeleitet. Am 10. September 1985 besetzten die Grünen **Lukas Beckmann, Petra Kelly, Hanngret Hönes, Uschi Eid, Eberhard Bueb, Ludger Vollmer** und **Willi Hoss** für 48 Stunden die deutsche Botschaft in Pretoria. „Die Bundesregierung macht sich mit ihrer jetzigen Politik des Wohlwollens gegenüber Südafrika mitschuldig an Gewalt, Terror und Mord gegen die schwarze Bevölkerung," erklärten die Grünen zu ihrer Besetzungsaktion.

Grüne und „Sendero Luminoso"

Vertreter der Grünen haben wiederholt die Regierung des peruanischen Präsidenten Allan Garcia attackiert, während sie mit Distanzierungen von der Terrororganisation **Sendero Luminoso** (Leuchtender Pfad) — wohl einer der barbarischsten Gruppen weltweit — sehr zurückhaltend waren.

Laut offizieller Meldungen aus Lima fielen dem Terror des Sendero Lumi-

noso bisher 6000 Zivilisten, 500 Polizisten und Soldaten und 72 Regierungsbeamte zum Opfer. Zusammen mit der kolumbianischen Terrororganisation **M 19** bildet Sendero Luminoso das wichtigste Kontingent der „Narco-Terroristen" — derjenigen Guerilla-Gruppen, deren Finanzierung und Logistik mit dem Rauschgifthandel verwoben sind und die auch kubanische und nikaraguanische Unterstützung genießen.

Im Januar dieses Jahres nahmen Sendero-Führer auch Kontakte mit dem libyschen Regime auf.

Während im Juni die bewaffnete Gefängnismeuterei der Sendero-Terroristen tobte, wurde ein aus Rostock kommendes dänisches Schiff, die „Pia Vesta", in panamesischen Gewässern aufgebracht. Das Schiff hatte 200 t Waffen und militärisches Gerät — Maschinengewehre, Raketenwerfer, LKWs und anderes Gerät — aus dem Ostblock geladen. Die Fracht war offensichtlich für die peruanischen Guerilleros bestimmt, denn das Schiff hatte bereits peruanische Gewässer durchkreuzt, dann aber kurz vor der Küste wieder abgedreht.

Sendero Luminoso gehört zu einem internationalen Verbund maoistisch-terroristischer Organisationen, der sich **Revolutionäre Internationalistische Bewegung (RIM)** nennt und auch Unterstützergruppen in Europa aufbaut. Eine starke Untergrundorganisation existiert in Form der türkischen **TKP/ML**.

Der grüne MdB **Christian Ströbele** stellte im Oktober letzten Jahres eine parlamentarische Anfrage bezüglich der „Inhaftierung einer deutschen Staatsangehörigen in Lima ohne Gerichtsverfahren", die sich auf die Deutsche **Renate Hehr** bezog. Die seit Mai 1983 in Lima inhaftierte Lehrerin hat sich nach Darstellung der peruanischen Behörden an Sprengstoffanschlägen der Sendero Luminoso beteiligt und war bei ihrer Festnahme im Besitz von Waffen und Sprengstoff. Ströbele forderte von der Bundesregierung u.a., sich für die sofortige Freilassung von Renate Hehr einzusetzen. Wie die Bundesregierung in ihrer Antwort einräumen mußte, bezeichnete sich Renate Hehr Botschaftsangehörigen in Lima gegenüber selbst als „politische Gefangene" und Unterstützerin des Sendero Luminoso. Presseberichten zufolge wolle Renate Hehr aus Treue zu den peruanischen Revolutionären das Land nicht verlassen. Trotzdem hatte Willy Brandt während der bewaffneten Gefängnisrevolten nichts wichtigeres zu tun, als Präsident Garcia zu drängen, nach dem Wohlbefinden der deutschen „Senderista" zu forschen.

Der ehemalige grüne Bundesabgeordnete **Walter Schwenninger**, der bereits mehrmals Peru bereiste, mußte nach einem Aufenthalt im April dieses Jahres zwar notgedrungen einräumen, daß Sendero Luminoso schwere Menschenrechtsverletzungen begeht, fügte aber gleich hinzu, daß die Hauptverantwortung bei Polizei und Militär liege. Die Situation der Menschenrechte habe sich seit der Amtsübernahme von Garcia nicht gebessert. Außerdem forderte Schwenninger die Einstellung der Lieferung von deutschem militärischem Gerät nach Peru, was Perus beispielhaften Kampf gegen Rauschgifthandel und Terrorismus sabotieren würde.

Während der Gefängnisrevolte von inhaftierten Sendero-Terroristen, die mit Schußwaffen und Sprengstoff von festungsmäßig ausgebauten Stellungen aus agierten, wiederholte Schwenninger seine Forderung. Peruanischen Radioberichten zufolge schickten die Grünen auch ein Telex an Willy Brandt, der sich zu dieser Zeit in Lima aufhielt. Darin wurde Brandt aufgefordert, Druck auf Präsident Garcia auszuüben, um das „verheerende Massaker" untersuchen zu lassen.

Die Grünen und Nordkorea

Es war kein Zufall, daß die Grünen bei der letzten Wahl des deutschen Bundespräsidenten die extremistische Schriftstellerin **Luise Rinser** als Kandidatin der Grünen aufstellten. Nachdem Luise Rinser mehrmals die „Gnade" zuteil wurde, beim nordkoreanischen Diktator **Kim Il-sung** in Pjöngjang empfangen zu werden, wurde die einst Hitler bejubelnde und Stalin abgöttisch verehrende „Superdemokratin, Friedenskämpferin, Katholikin" zur Hauptlobbyistin der Interessen des kommunistischen Nordkoreas in Westdeutschland. Nicht nur verherrlichte sie Kim Il-sung in ih-

rem Bändchen „nordkoreanisches Tagebuch", sondern betätigt sich auch fleißig als Denunziantin von Kritikern Nordkoreas.

Wie so mancher andere Schriftsteller der linken Literaturszene sympathisiert Frau Rinser seit langem mit Terroristen der RAF. Bereits 1970 empfing sie in ihrer „kapitalistischen" Villa bei Rom die RAF-Führer **Andreas Baader** und **Gudrun Ensslin.**

Die RAF kokettierte ihrerseits seit langem mit Nordkorea, das mit Libyen zu den Staaten zählt, die offen den internationalen Terrorismus unterstützen und auch selbst Terrorakte durchführen. Bei so manchen festgenommenen deutschen Terroristen wurden Telefonnummern der nordkoreanischen Botschaft in Ost-Berlin oder Wien gefunden. **Ulrike Meinhof** bat Kim Il-sung um Waffen.

Frau Rinser war auch aktiv mit mehreren Grünen dabei, als Ende 1982 in Köln eine **Gesellschaft für deutsch-**(nord-)**koreanische Freundschaft** gegründet wurde, die das Ziel verfolgt, das durch zahlreiche Terroranschläge isolierte Regime von Bonn anerkennen zu lassen und überhaupt die Aktivitäten Nordkoreas hierzulande in positivem Licht darzustellen.

Frau Rinser war eine der Initiatoren einer internationalen Konferenz „Wege zur Wiedervereinigung Koreas, Konföderation, Blockfreiheit, atomwaffenfreie Zone", die in der Volkshochschule Köln stattfand. Dreißig pro-nordkoreanische Elemente aus Frankreich, Skandinavien u.a. Staaten nahmen daran teil. Veranstalter war die zwei Monate zuvor gegründete erwähnte Freundschaftsgesellschaft.

Die Aktivisten dieser Organisation sind wiederum Grüne: **Rolf Stolz** und **Willi Becker.** Stolz war bis 1981 Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands der Grünen und auch als aktiver Kommunist den Sicherheitsorganen seit langem bekannt. Im Zuge der Rotation wurde er inzwischen abgelöst, gehört aber zu den international aktiven grünen Politikern, vor allem in Organisationen, die sich für Nordkorea betätigen. Im Juni 1981 reisten Stolz und seine Frau Ingrid zusammen mit dem Grünen **Reinhard Müller** nach Nordkorea. Die Gruppe, zu der auch andere linke Personen gehörten, war nach eigenen Angaben von der „Partei der Arbeit" (KP) Nordkoreas eingeladen worden. nach ihrer Rückkehr lobte die Gruppe in einer Presseerklärung die „erstaunlichen, in der Bundesrepbulik weitgehend unbekannten Aufbauleistungen" Nordkoreas.

In der grünen Zeitschrift *Debatte* lobte Stolz Nordkorea über den grünen Klee, entdeckte sogar im Bereich des Umweltschutzes Nachahmenswertes: Schon im Kindergarten würden die Kinder zu naturbewußtem Verhalten erzogen. Insekten würden dort statt mit giftigen Chemikalien mittels Öllämpchen angelockt und dann umweltfreundlich vernichtet.

Nordkorea begann sich 1980 ernsthaft für die Grünen der Bundesrepublik zu interessieren. Damals gelang es ihnen erstmalig, in Baden-Württemberg in einen Landtag zu gelangen. Außerdem wußte Nordkorea, daß es unter grünen Mandatsträgern und Funkionären nicht wenige ehemalige und aktive Kommunisten, Maoisten und andere Linksradikale gibt, außerdem bekannte (Ex-)Terroristenanwälte und Ost- bzw. Fernost-Sympathisanten.

Es verwundert nicht, daß einer der ersten grünen Nordkorea-Pilger der aus der DDR gekommene Alternativ-Kommunist **Rudolf Bahro** war, der nach seiner Reise im Herbst 1981 erklärte, er habe in Nordkorea einen „inneren Parteitag" erlebt. Trotz des gigantischen Personenkults um Kim Il-sung sagte Bahro nach seiner Rückkehr: „Es ist großer Mist, Hitler, Stalin und Kim Il-sung in einen Sack zu packen. Ich glaube, er ist tatsächlich ein großer Mann."

Am 9. Oktober 1983 ließ dieser „große Mann" in Rangun eine Bombe explodieren. Vier südkoreanische Minister und 17 weitere hohe Beamte aus Südkorea und Burma mußten sterben. Der „große Mann" wollte in Burmas Hauptstadt seinen Rivalen Chun Doo-hwan, Südkoreas Präsidenten, umbringen lassen.

Im Frühjahr 1982 erhielt **Petra Kelly** eine Einladung aus Japan. Absender

war die „Volkskonferenz zur Wiederherstellung der Demokratie und Wiedervereinigung Koreas". Hinter diesem Namen verbirgt sich, wie Nachrichtendienste in Japan wissen, eine pro-nordkoreanische Vereinigung mit geheimdienstlichen Aufgaben. Kelly sollte an einer „Solidaritätskonferenz" teilnehmen, anläßlich des zweiten Jahrestages der Unruhen von Kwangju in Südkorea, die z.T. auf nordkoreanische Agitation 1980 zustande gekommen waren. Nur aus Zeitmangel reiste die grüne Dame nicht nach Tokio.

Am 2. September 1983 meldete die staatliche nordkoreanische Nachrichtenagentur *KCNA*: „**Klaus Timpe**, Mitglied der Führung der Partei der Grünen aus der Bundesrepublik Deutschland, gab am 29. August in Pjöngjang für seine Partei eine Erklärung ab, in der er die Absicht der US-Imperialisten und der südkoreanischen Marionettenclique, die 70. Konferenz der Interparlamentarischen Union in Seoul abzuhalten, verurteilte: ‚... die Partei der Grünen ist der Auffassung, daß die Abhaltung der IPU-Konferenz in Seoul, Südkorea, eine Herausforderung für die friedensliebenden Völker und für die progressiven, demokratischen Kräfte Asiens ist. Unsere Partei der Grünen verlangt, daß die Tagungsstätte der 70. Konferenz an einen anderen Ort verlegt wird. Gleichzeitig protestieren wir dagegen, daß die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Seouler Konferenz unterstützt. Die Bonner Regierung gewährt der südkoreanischen Regierung ständig politische und materielle Unterstützung, und sie gestattet den südkoreanischen Geheimdienstorganen, in Westdeutschland legal ihre Aktivitäten zu betreiben. Dagegen wird der demokratischen Volksrepublik Korea — ein blockfreier Staat — nicht erlaubt, in der Bundesrepublik Deutschland diplomatische Tätigkeiten auszuüben. Unsere Partei verlangt von der Bundesrepublik Deutschland, ihre Außenpolitik, die den globalen, militärischen, aggressiven Aktivitäten der Reagan-Regierung folgt, unverzüglich aufzugeben. Unsere Partei der Grünen, die sich für die Friedensbewegung einsetzt, hat die Hoffnung, daß Europa keinen nuklearen Holocaust wie Hiroshima erleben wird, sondern zu einer friedensliebenden und unabhängigen Region ohne Nuklearwaffen wird.'"

Dieses Dokument macht die enge Verzahnung der Grünen mit dem Terror-Regime in Nordkorea deutlich. Seine Absicht, eine Pressekonferenz in Bonn abzuhalten, um auch dort Loblieder auf Nordkorea zu singen, mußte Timpe aufgeben, als am 1. September 1983 Moskau einen südkoreanischen Ziviljumbo abschoß und dabei 269 Menschen meuchlings ermordete. Nordkorea unterstützte diesen Massenmord — wie indirekt auch jene Grünen, die sich so vehement für Nordkoreas Politik einsetzen.

Grüne und Nikaragua

Die Kontakte der Grünen zu Nikaragua, das sich mittlerweile zu einem zweiten Kuba entwickelt hat, sind seit Jahren intensiv betrieben worden. Nikaragua wird von 3000 kubanischen Armeeberatern und 8-10.000 kubanischen „Entwicklungshelfern" betreut und erhält jährlich 260 Mio. $ sowjetische, 35 Mio. $ Ost-Berliner und 20 Mio. $ kubanische Wirtschaftshilfe. Der gesamte Ölbedarf wird von den Sowjets gedeckt.

Agilste Nikaragua-Reisende war bisher die ehemalige Bundestagsabgeordnete der Grünen **Gabriele Gottwald**, die sich gerade wieder im Januar dieses Jahres in einem langen Leserbrief in der *TAZ* für die Kampagne „Waffen für El Salvador" engagiert hatte. Die Grünen spielen eine wichtige Rolle bei den Aktivitäten der über 100 Nikaragua-Gruppen und Solidaritätskomitees in der Bundesrepublik und deren ständig nach Nikaragua reisenden „Arbeitsbrigaden".

Wie kaum anders zu erwarten, entstammt eine beträchtliche Zahl der „Brigadisten" dem linksextremistischen, militanten autonomen oder auch direkt terroristischen Spektrum. Sie haben Hausbesetzungen, Startbahn-West-„Demos" oder Anschläge hinter sich. Der Bericht einer Sonderkommission der Kriminalpolizei, die zur Untersuchung der Anschläge eingesetzt wurde, welche im Zuge der von den Grünen unterstützten „Wendland"-Aktionen in Ost-Niedersachsen verübt wurden (seit 1984 Sachschäden von 4 Mio. DM), erwähnt ein charakteristisches Beispiel. Einer der

vermuteten Haupttäter entzog sich, nach Hausdurchsuchungen und der Beschlagnahme von Belastungsmaterial, im Oktober 1984 der Strafverfolgung durch die Flucht nach Nikaragua. Verschiedenen Berichten zufolge operieren Gruppen von italienischen und deutschen Angehörigen der Terror-Szene in Nikaragua und haben vielfach Positionen im Militär- und Geheimdienst-Apparat eingenommen.

Aufschlußreich ist auch, daß die im Mai dieses Jahres von „Contras" vorübergehend entführten acht deutschen „Aufbauhelfer" nach Pressebrichten mit Kalaschnikows bewaffnet waren.

Grüne unterstützen die terroristische Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)

Die auch in der Bundesrepublik aktive und durch mehrere brutale „Liquidierungs"-Aktionen gegen Partei-Dissidenten bekanntgewordene PKK ist eng mit dem syrischen Regime und der palästinensischen PFLP liiert. In letzter Zeit verstärkt sich der Trend, die PKK in die „westeuropäische Front" der terroristischen Szene zu integrieren. Es wurden mehrere Papiere aus dem RAF-Umfeld verfaßt, in denen gegen Gegner der bekanntermaßen strikt orthodox-kommunistisch und sowjetfreundlich auftretenden PKK polemisiert wird. Eine PKK-Gruppe trat auch bei dem oben erwähnten Frankfurter Treffen auf.

Bemerkenswert ist die Unterstützung eines Aufrufs vom Oktober letzten Jahres, in dem gegen die Verhaftung eines PKK-Aktivisten in Stockholm protestiert wird. Den Aufruf unterzeichneten:
— Die Grünen/Düsseldorf
— Die Grünen/Landtagsfraktion Hannover
— GABL Hannover
— Brigitte Heinrich, MdEP
— Lukas Beckmann
— Die Grünen/Saarland
— Grüne Alternative Liste Harburg
— Die Grünen — Bunte Liste Bielefeld

Die Grünen — und wie üblich verschiedene DKP-Unterorganisationen — fanden sich in der Gesellschaft folgender Mitunterzeichner:
— Sympathisanten der PFLP
— Sympathisanten der palästinensischen nationalen Rettungsfront
— Kampffront Palästina (Nidal)/Berlin
— DFPLF-Sympathisanten Berlin

Grüne und die kanakische Separatistenbewegung FLNKS

Die von Libyen finanziell und durch militärische Ausbildung unterstützte FLNKS wurde im Mai 1985 zum Thema einer besonderen Initiative der „Regenbogen-Fraktion" der Europa-Grünen. In einem in dem „Grünen Basis Dienst" veröffentlichten Artikel rief die Grüne **Dorothee Piermont** die Unterorganisationen der Grünen mit dem Slogan: „Eine Druckerei und einen Radio-Sender für die FLNKS" dazu auf, Geld zu spenden. Die Elektronikteile des Senders sollten dann Ende Mai über den Freiburger Piratensender **Radio Dreyeckland**, der schon mehrmals Gegenstand behördlicher Ermittlungen war, nach Übersee verschickt werden. Die Sendung wurde aber von der Kriminalpolizei beschlagnahmt.

SDI-Befürworter in der Bundesrsepublik

Zielscheibe von zweifelhaften Journalisten

Hier tat sich in den letzten Jahren eine Gruppe von Journalisten zusammen, zu deren Kerngruppe **Leo Müller**, wohnhaft in Wiesbaden, und **Helmut Lorscheid**, wohnhaft in Bonn, gehören.

Müller und Lorscheid planen die Veröffentlichung eines Buches, dessen besonderer Schwerpunkt auf den Kontakten LaRouches und seiner Frau im Militär- und Sicherheitsbereich sowie ihren Geschäftsverbindungen liegen soll, und das in der von dem SPD-Linken **Freimut Duve** herausgegebenen rororo-Reihe Aktuell erscheinen soll. Außerdem sind Vorabdrucke dieses Buches im *Spiegel* oder *Stern* vorgesehen, des weiteren soll ein Film in angeblicher Gemeinschaftsarbeit mit dem *WDR* produziert werden.

Lorscheid und Müller haben beide umfassende Kontakte zur linken Szene in der Bundesrepublik. Lorscheid arbeitet in Bonn direkt mit der **Bundestagsfraktion der Grünen** zusammen. Beide koordinieren ihre Tätigkeit aber auch in enger Abstimmung mit dem amerikanischen Verleumdungsapparat gegen LaRouche, insbesondere mit dem New Yorker Journalisten **Dennis King**, der in enger Beziehung zu *High Times*, dem Magazin der amerikanischen Drogenmafia, steht.

Leo Müller arbeitet als freier Journalist nicht nur für den Rowohlt-Verlag, sondern auch für verschiedene andere Zeitungen und Rundfunkanstalten. Er wohnt in Wiesbaden in einer Wohngemeinschaft, u.a. steht er auch in Kontakt mit **Felix Kurz**, dem Heidelberger Korrespondenten der *tageszeitung (TAZ)*, der selbst seit etwa 1983 Recherchen über das Ehepaar LaRouche anstellt und in einen langwierigen Prozeß u.a. mit der Nachrichtenagentur *EIR* verwickelt war. Kurz ist bekannt für seine engagierte Berichterstattung in der *TAZ* z.B. im Winter 84/85 über den Hungerstreik der RAF.

Leo Müller schrieb für die direkt von Libyen finanzierte grün-alternative Zeitschrift *Moderne Zeiten* (*MOZ*) in Wien. In einem Interview mit der *MOZ* erklärte **Gaddafi**: „Wir werden die grüne Bewegung unterstützen, denn sie ist unsere Bewegung." *MOZ* wurde durch ganzseitige Anzeigen libyscher Unternehmen wie der General Arab Sahara Comp. oder der Libyan Motors Corp. u.ä. finanziert. *MOZ* soll aber auch direkt vom Libyschen Volksbüro in Wien Geld erhalten haben. Mitglied der *MOZ*-Redaktion ist der Libyer **Abdul Ghani Elmani**. Müllers Artikel in dieser libyschen Publikation beschäftigten sich interessanterweise mit „rechten" Organisationen und generell mit dem „militärisch-industriellen Komplex". Ein weiterer Schreiber für die *MOZ* war der Wiener Aktivist für die dortige Alternative Liste **Ali Gronner**, der zur gleichen Zeit die Kontaktperson für **Michel Pablos** Gruppe „Internationale Revolutionäre Marxistische Tendenz" ist. **Thyra Quensel**, Grüne aus Berlin und im grün-libyschen Austausch immer mit dabei, schrieb ebenfalls für dieses Libyer-Blatt in Wien.

Leo Müller ist regelmäßig im Bonner Büro der Organisation **Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden** (AGDF) tätig. Bei mindestens zwei der achtzehn Unterorganisationen dieses von der evangelischen Kirche finanzierten Koordinierungsrates für die sogenannte Friedensbewegung sollen direkte Verbindungen zur DDR bestehen. Die AGDF ist eine Art übergeordnete koordinierende Instanz für diese evangelisch finanzierten Gruppierungen und gehört selbst dem „Koordinierungsausschuß" der Friedensbewegung an.

Helmut Lorscheid schreibt regelmäßig für die *TAZ* und ist gleichzeitig regelmäßiger Mitarbeiter des vom SPD-Bundesvorstand 1984 aufgekauften

Fortsetzung nächste Seite



Die Grünen im Kreml. Bei ihrem Moskau-Besuch im April 1986 vereinbarte die Delegation der Grünen „regelmäßige Kontakte" mit der KPdSU. Rechts neben Gromyko die Bundesvorstandssprecher Rainer Trampert und Jutta von Ditfurth. Bild: *DPA*.

Fortsetzung von Seite 73

Dienstes *Blick nach rechts*. In diesem erschienen bereits mehrere verleumderische Artikel gegen Herrn und Frau LaRouche. **Klaus Henning Rosen**, der Sekretär von **Willy Brandt**, hatte den Dienst 1984 für die SPD von **Kurt Hirsch** gekauft. Hirsch, der durch seine engen Verbindungen zum DKP/VVN-Spektrum hinlänglich bekannt ist, betreibt den Dienst allerdings auch weiterhin. Rosen selbst ist einer der wichtigeren europäischen Verbindungspersonen für die Anti-Defamation-League (ADL), die zu den Koordinierungsstellen für die Verleumdungskampagnen gegen LaRouche in den Vereinigten Staaten gehört.

Lorscheid pflegt aber auch intensive Beziehungen zu den Grünen in Bonn. Schon vor über zwei Jahren wurde er in diesem Milieu als Mann mit speziellem Hintergrundwissen über LaRouche und seine Mitarbeiter empfohlen. Lorscheid war in der Vergangenheit Mitinitiator der linken Berliner Postille *Die Neue* und arbeitete für die mit der DKP in Verbindung stehende *Progress Presse Agentur* (PPA). Außerdem (und hier schließt sich der Kreis) hat Helmut Lorscheid einigen Berichten zufolge Kontakt zur **Iranischen Nachrichtenagentur IRNA** in Bonn!

2. TEIL

Die grüne Subversion: Marsch durch die Institutionen

Die engen Beziehungen der Grünen zur KPdSU und SED

Die Beschlüsse des letzten Parteitages der Grünen sowie die brutale Eskalation der Gewalt über das Pfingstwochenende in Wackersdorf lassen keinen Zweifel daran, daß die **Grünen**, um mit den Worten des Vorsitzenden der CDU/CSU Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, zu sprechen, sich wie „Agenten Moskaus" benehmen. Zusammen mit Moskaus offiziellen Sprechern in der Bundesrepublik, der **DKP**, gehören die Grünen zu Moskaus „Fünfter Kolonne". Die von ihnen geförderten gewalttätigen Ausschreitungen und Sabotageaktionen sind Teil des sowjetischen Kleinkrieges, der darauf zielt, in der Bundesrepublik Chaos und Konfusion zu säen und das Land schließlich unregierbar zu machen. Der noch freie Teil Deutschlands soll weichgeklopft werden, bis die Sowjets ihn eines Tages mühelos übernehmen können.

In den letzten drei Monaten zeigte sich der ganze Umfang der Rolle der Grünen in der Bundesrepublik deutlicher als je zuvor. Wir werden diese Entwicklungen Schritt für Schritt nachvollziehen, wobei natürlich offensichtlich ist, daß sich das Programm der Grünen von jeher wie eine sowjetische Wunschliste las: Austritt aus der NATO, Abzug aller amerikanischer Truppen aus der Bundesrepublik, Abbau der Bundeswehr, Schließung aller Atomkraftwerke in der Bundesrepublik usw. Seit Mitte April zeigt sich nun an einer Serie öffentlicher Erklärungen der Grünen-Führung, daß die Übereinstimmung mit Moskau in allen strategischen Fragen keineswegs zufällig ist. Die Grünen sind eine bewußte Arbeitsbeziehung mit der Sowjetunion eingegangen und haben ein Programm verabschiedet, das die Bundesrepublik Deutschland dem sowjetischen Machtbereich ausliefern würde.

Seit Mitte April unterhalten die Grünen als Partei offizielle Beziehungen zur **KPdSU**. Die Partei der bundesdeutschen Grünen und die Kommunistische Partei der Sowjetunion vereinbarten regelmäßige Konsultationen und handelten ein umfassendes Abkommen über Zusammenarbeit in ziemlich allen strategischen Bereichen aus. Im Mittelpunkt stand die Vereinbarung zwischen den Grünen und der KPdSU, bei den Bundestagswahlen im Januar 1987 eine rot-grüne Koalition an die Macht zu bringen, was die Bundesrepublik unwiederbringlich zu einem anderen Staat werden ließe.

Rot-grüner Kleinkrieg gegen den Westen: KPdSU und Grüne

Knapp zwei Wochen vor dem Reaktorunfall von Tschernobyl am 26. April und einen Monat vor den bürgerkriegsähnlichen Unruhen in Wackersdorf statteten Mitte April vier Vorstandsmitglieder der Grünen der Sowjetunion einen offiziellen Besuch ab. Wie Vorstandsmitglied **Lukas Beckmann** erklärte, war dies der erste offizielle zwischenparteiliche Kontakt zwischen den Grünen und der KPdSU. Mit anderen Worten, seit April 1986 teilten die Grünen mit der DKP die „Ehre", offizielle Parteibeziehungen zur KPdSU zu unterhalten.

Die Delegation der Grünen setzte sich zusammen aus: **Jutta von Ditfurth**, Vorstandssprecherin der Grünen und seit 1976 im **„Sozialistischen Büro"**, **Rainer Trampert**, Vorstandssprecher und ehemaliges Mitglied des **Kommunistischen Bundes (KB)**, **Norbert Kostede**, Sozialistisches Büro, und **Lukas Beckmann**. Die Vergangenheit aller Delegationsteilnehmer, die derzeit die Führung der Grünen darstellen, ist höchst aufschlußreich. Die Sowjetunion hat traditionell immer die Strategie verfolgt, Personen mit ausgeprägtem linksextremen Hintergrund in Schlüsselpositionen einzuschleusen. Das Ziel ist der Aufbau neuer radikaler, irrationalistischer Bewegungen als Rammbock gegen den Staat, den es zu unterhöhlen gilt.

Die Tatsache, daß die KPdSU vor den Grünen den sprichwörtlichen „roten Teppich" ausrollte, unterstreicht die Wertschätzung, die die Sowjets ihrer „grünen Karte" in der Bundesrepublik beimessen.

Bereits am Flughafen wurde die Delegation von ZK-Mitglied **Iwan Frolow** in Empfang genommen und ins eigene ZK-Hotel geleitet. Frolow ist mehr als ein bloßes ZK-Mitglied. Er ist Beauftragter des ZK für Beziehungen zum **Club of Rome** im Westen und versteht es ausgezeichnet, die Nullwachstumsbewegungen, die unter den Fittichen des Club of Rome im Westen ihre irrationalen Lehren verbreiten, zur Schwächung des Westens einzusetzen.

Während ihres gesamten einwöchigen Aufenthaltes in Moskau traf sich die Delegation der Grünen ausschließlich mit der ersten Garde, darunter dem sowjetischen Staatsoberhaupt **Gromyko**, Moskaus Parteichef **Boris Jeltsin** (der danach vom 2.-4. Mai am DKP-Parteitag in Hamburg teilnahm), dem ZK-Sekretär **Simjanin, Wladimir Sagladin** und dem Vorsitzenden des Friedenskomitees **Schukow**, sowie den Chefredakteuren von *Prawda*, **Viktor Afanasjew**, und *Kommunist*, **Iwan Frolow**.

Während ihres Moskaubesuches demonstrierten die Grünen vor der amerikanischen Botschaft mit Plakaten: „No War — Njet Wojnje" (Nein zum Krieg).

Die Grünendelegation lehnte es ab, ihre Pressekonferenz in der bundesdeutschen Botschaft abzuhalten, wie für Parteidelegationen aus der Bundesrepublik üblich. Ihre Proklamation hielten sie auf sowjetischem Terrain: Im ZK-Hotel und vor der Pressetribüne des sowjetischen Außenministeriums. Lukas Beckmann, der die Delegation leitete, sprach sich auf der Pressekonferenz für die Unterstützung des sowjetischen Verbündeten und libyschen Diktators Gaddafi aus und verurteilte gleichzeitig den „amerikanischen Staatsterrorismus."

Im abendlichen sowjetischen Fernsehprogramm *Wremja* (vergleichbar der „Tagesschau") wurde über den Staatsbesuch der Grünen und ihre Pressekonferenz ausführlich berichtet. Laut Wremja: „Beide Seiten (KPdSU und die Grünen) verurteilten auf das schärfste die Aggression der USA" gegen Libyen. Kritik wurde an der „Einbeziehung der Bundesrepublik und anderer westeuropäischer Staaten in die Realisierung der amerikanischen SDI-Pläne geübt. ..." Keine einzige Erklärung, die die Grünen während ihres Moskauaufenthaltes abgaben, wich von der offiziellen Linie der KPdSU ab. Es war kein Unterschied zu dem Besuch einer kommunistischen „Bruderpartei" aus einem Satellitenstaat festzustellen, wie u.a. die Berichterstattung im sowjetischen Fernsehen zeigte.

Nach seiner Rückkehr in die Bundesrepublik sprach sich Lukas Beckmann in einem Interview mit der Tageszeitung der DKP, *Unsere Zeit*, vom 22. April für Gorbatschows „Friedensvorschläge" aus. „Wir begrüßen sie, einschließlich der jüngsten von Gorbatschow in Berlin vor dem SED-Parteitag gemachten, uneingeschränkt als glaubwürdige Vorschläge, die mit dem Moratorium der UdSSR für Kernwaffentests erstmals die Chance zu konkreten Abrüstungsschritten boten. ... Deshalb unter anderem haben wir auch Michail Gorbatschow zu einem Friedenskongreß in die Bundesrepublik eingeladen."

Die mit den Sowjets getroffenen Vereinbarungen betreffen vier Bereiche:

1. Artikelaustausch: Zweimal im Jahr werden längere Artikel zu aktuellen Themen der UdSSR und der Bundesrpeublik ausgetauscht und in den je-

weils zur Verfügung stehenden Zeitungen und Zeitschriften veröffentlicht.

Am 21. Mai, gab **Norbert Kostede**, Mitglied des Bundesvorstands der Grünen, weitere Einzelheiten über die Vereinbarungen mit Moskau bekannt. Er sagte, es sei auch ein Austausch von Experten und Artikeln vereinbart worden. Kostede selbst wird für die sowjetische Wochenzeitung *Literaturnaja Gaseta* einen Artikel mit dem Titel verfassen: „Ein Gespenst geht um in Europa — das Gespenst der Grünen."

Die *Literaturnaja Gaseta* ist für die regelmäßigen Beiträge ihres Bonner Korrespondenten und KGB-Offiziers **Frenkin** bekannt, der die bundesdeutschen Grünen wiederholt in den Himmel lobte. Unter den Redaktionsmitgliedern der sogenannten Literaturzeitung finden sich mehrere hochrangige KGB-Mitarbeiter, unter ihnen **Jona Andronow**, ein KGB-Oberst. Andronow verfaßte die offizielle sowjetische Desinformationslinie über den Mordanschlag auf den Papst im Mai 1981, um die bulgarischen und sowjetischen Spuren zu verwischen. In einer Artikelserie der *Literaturnaja Gaseta* vom Juni und Juli 1983 behauptete er frech, die CIA trage für den Mordanschlag auf den Papst die Verantwortung. Der Chefredakteur der *Literaturnaja Gaseta*, **Alexander Tschakowskij**, ist besonders berüchtigt. Er läutete Anfang der 60er Jahre die sowjetische Kampagne zur Rehabilitierung und Verherrlichung Josef Stalins ein.

Auch haben die Grünen mit der sowjetischen Ökologie-Fachzeitschrift *Eko* einen Artikelaustausch vereinbart. Wie die Grünen in Bonn mitteilten, dürfen sie für die sowjetische Zeitschrift Texte über Marxismus und Ökologie, sowie über „grüne Wirtschaftspolitik" publizieren. Im Gegenzug wollen sich die Grünen dafür einsetzen, daß die ihnen nahestehenden Alternativ-Zeitungen Artikel von *Eko* aus Rußland übernehmen.

2. *Regelmäßiger Besucheraustausch.* Jede Seite wird jährlich eine 20-köpfige Delegation entsenden, um die Aktivitäten zu koordinieren. Das bedeutet, daß die Führung der Grünen ihre Aktivitäten zweimal jährlich mit der KPdSU abstimmt.

3. *Austausch von Referenten und Referentinnen.* Beide Seiten haben einen Austausch von Referenten zu Fragen der Friedens-, Sicherheits-, Umwelt-, Agrar-, Wirtschafts-, Sozial-, Frauen-, Technologie- und Dritte-Welt-Politik vereinbart. Was die Frage des Umweltschutzes betrifft, haben sie neben Iwan Frolow auch zum Direktor des staatlichen sowjetischen Umweltkomitees, **Herrn Israel**, Beziehungen aufgenommen, um einen Meinungsaustausch zu ökologischen Problemen zu pflegen, die beide Staaten betreffen.

4. *Förderung der Städtepartnerschaft.* Beide Parteien vereinbarten, Städtepartnerschaften zwischen Städten der UdSSR und der Bundesrepublik zu unterstützen und zu fördern. Auch diejenigen grünen Ratsfraktionen und Kreisverbände, die in bundesdeutschen Städten in der Opposition stehen und zum Teil aus städtepartnerschaftlichen Kontakten ausgegrenzt sind, sollen in die jeweilige Städtepartnerschaft integriert werden. So wurde zum Beispiel vereinbart, daß die **Grüne Alternative Liste (GAL) Hamburg** im Rahmen der Städtepartnerschaft Hamburg-Leningrad demnächst eine Gruppenreise nach Leningrad durchführen wird.

Vorbereitungen zur Kooperation KPdSU/Grüne

Nach seinem Moskaubesuch gab **Lukas Beckmann** in einem Interview mit der Berliner *TAZ* zu, daß der Kreml auf einen Bundeskanzler Rau mit den Grünen als Koalitionspartner setzt, als er sagte: „Die Sowjetunion hat gerade mit Blick auf die Abrüstungsvorschläge ein Interesse an einer neuen Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland."

Der für den Empfang der Grünen auf dem Moskauer Flughafen abgestellte **Iwan Frolow**, der erst auf dem kürzlichen 27. Parteitag ins Zentralkomitee der KPdSU gewählt wurde und derzeit das Organ der KPdSU *Kommunist* herausgibt, ist einer der führenden Experten der Sowjetunion in Fragen des Aufbaus anti-westlicher, republikfeindlicher und protofaschistischer Umweltschutzbewegungen. Bereits 1974/75, als Frolow Professor an der Moskauer Universität war und den Vorsitz des wissenschaftlichen Rates über die philosophischen und sozialen Probleme der Wissenschaft und Technologie an der sowjetischen Akademie der Wissen-

schaften führte, verfaßte er zahlreiche Bücher und Artikel über Themen wie „Probleme des Menschen und der wissenschaftlich-technologischen Revolution", „Der Mensch und seine Umwelt" usw., in denen er „eine neue Synthese zwischen Mensch, Wissenschaft und Humanismus" forderte.

Die beiden sowjetischen Akademiemitglieder Frolow und **Gwischiani** nahmen auf sowjetischer Seite Anteil an den Konzepten des Club of Rome.

Seit dem Regierungsantritt Ronald Reagans in den USA 1981 und seit der Nach-Breschnew-Ära in der Sowjetunion hatte Moskau wachsendes Interesse an den Grünen. In dem sowjetischen *Journal für Sozialwissenschaften* (Nr. 1, 1981) pries Frolow die Arbeit des Club of Rome als „stimulierenden Faktor... bei der Entwicklung des materiellen und geistigen Lebens der Welt zum Kommunismus." Bereits im selben Jahr 1981 schrieb Frolow in der *Literaturnaja Gaseta*, die bundesdeutschen Grünen seien ein „bedeutendes Phänomen" und der „Geist der Zeit", der immer mehr die Lösung globaler Probleme im Interesse der Gesellschaft gebiete, einschließlich der ökologischen Probleme".

Noch im November 1981 hatte der sowjetische Botschafter in Bonn, **Wladimir Semjonow**, ein Gespräch mit Vertretern der Grünen aus Anlaß des offiziellen Besuchs des sowjetischen Staats- und Parteichefs Breschnew abgesagt. Die sowjetische Botschaft erklärte unter Bezug auf die Tatsache, daß **Milan Horacek** der Delegation der Grünen angehören würde, man werde sich nicht mit einem „Dissidenten eines sozialistischen Landes treffen."

Aber noch im selben Monat traf sich Semjonow dann doch mit einer Delegation der Grünen, an deren Spitze die Fraktionsvorsitzende **Manon Maren-Griesebach** stand, in der sowjetischen Botschaft. Wie die Botschaft mitteilte, bekannte sich Semjonow zu der Besorgnis der Grünen über die geplante Stationierung neuer amerikanischer Kernwaffen in Europa und zum Verzicht beider Seiten auf nukleare Mittelstreckenwaffen, die auf Ziele in Europa gerichtet seien. Dieses Treffen markierte den Anfang der Gespräche zwischen den Grünen und der Sowjetunion im Vorfeld der „Friedensbewegung" gegen die Stationierung von Pershing- und Cruise-Raketen in der Bundesrepublik Deutschland.

Wladimir Semjonow, der 1978 aus Altersgründen 76-jährig von seinem Posten als sowjetischer Botschafter in Bonn zurücktrat, hatte im sowjetischen Außenministerium eine über vierzigjährige Deutschlanderfahrung gesammelt. Während des Krieges war Semjonow offiziell zwar an der sowjetischen Botschaft im neutralen Schweden akkreditiert, doch auf persönliche Anweisung von Stalins rechter Hand, Außenminister Molotow, führte er seit 1943 Verhandlungen mit Gesandten aus v. Ribbentrops Reichsaußenministerium, die den Auftrag hatten, einen Separatfrieden zwischen Nazi-Deutschland und Sowjetrußland auszuhandeln.

Nach dem Kriege war Semjonow einer der führenden Vertreter der sowjetischen Besatzungsbehörden in Deutschland. In dieser Funktion unterhielt er auch Kontakte zu westdeutschen Politikern, die ein Interesse an dem sowjetischen Angebot einer Wiedervereinigung unter sowjetischen Vorzeichen bekundeten. Grundlage war dabei immer implizit die berühmte „Stalin-Note" vom März 1952. In diesem Rahmen müssen auch Semjonows spätere Kontakte zu den Grünen gesehen werden.

Nachdem der ehemalige KGB-Chef **Jurij Andropow** 1983 die Macht übernommen hatte, zeigte eine ganze Serie positiver Kommentare zu den Grünen in der Presse der Sowjetunion und der DDR, daß eine „Wende" begonnen hatte. Die regierungsamtliche Presse Moskaus und Ost-Berlins gab ihre zuweilen kritischen Töne auf. Nun las man im *Neuen Deutschland* Überschriften wie „Grüne — Partner und Verbündete" (für die Deutsche Kommunistische Partei) und in der *Prawda* „Grüne haben klare und eindeutige Positionen."

Während noch Anfang 1982 die Medien der DDR die Grünen als „eine neue pseudolinke Variante" mit „gefährlichen Illusionen" bezeichnet hatten, war unter Andropow von kritischen Untertönen nichts mehr zu spü-

ren. Am 28. Januar 1982 zitierte das SED-Organ *Neues Deutschland* ausgiebig Erklärungen von General a.D. Gerd Bastian zum ,,Rüstungswettlauf". (ND, 28.1.1985) Der prominente Grüne wurde mit der Forderung zitiert ,,daß eine Politik notwendig ist, die langfristig die Auflösung der Blöcke anstrebt, die eine Rückkehr zur Normalität in Europa sich zum Ziel gesetzt hat, denn es ist ja eigentlich ein unnormaler Zustand, daß Europa und unser Land auch in zwei sich mißtrauisch belauernde, waffenstarrende Militärblöcke geteilt ist. Das kann ja nicht bis auf alle Ewigkeit so weitergehen."

Diese Wende hatte sich bereits im Herbst 1982 angekündigt, als die Propagandaabteilung des ZK der SED in ihrem Informationsheft ein Dokument veröffentlichte, in dem es hieß: ,,Die Grünen sind besonders ein Sammelbecken junger Menschen geworden, die sich, — obwohl heterogen in ihren Ansichten — in ihrer großen Unzufriedenheit mit dem System und der Perspektivlosigkeit, unter der vor allem die Jugend zu leiden hat, treffen." In dem ZK-Bericht hieß es weiter, die Ansichten der SED und der Grünen seien ,,weitreichend einheitlich", vor allem was den ,,Kampf gegen den NATO-Raketenbeschluß, die prinzipielle Ablehnung von Atomkraftwerken (in der Bundesrepublik selbstverständlich, Anm.d.Red.) und zur Verteidigung der demokratischen Grundrechte" betreffe. Der Artikel schloß mit der Erklärung, aus diesen Gründen seien die Grünen ,,für die DKP Partner und Verbündete." (s. *Süddeutsche Zeitung* vom 29.1.1985)

Dem Artikel im *Neuen Deutschland* war am 20. Januar 1983 ein Lob der Grünen in der *Tribüne*, dem Organ der DDR-Gewerkschaften, und am 29. Dezember 1982 eine Huldigung in der Jugendzeitung der FDJ *Junge Welt* vorausgegangen, in der es hieß, die Grünen gehörten ,,zum aktiven Kern der Friedensbewegung in der BRD." Vorsitzender der FDJ war damals **Egon Krenz**, der später zu Honeckers Lieblingsnachfolger aufstieg.

Am 19. Februar 1983 gestand **Petra Kelly** gegenüber der französischen Wochenzeitung *Le Point* ein:

,,Ich erhalte manchmal drei Telefonanrufe pro Tag vom ersten Sekretär der sowjetischen Botschaft in Bonn, Semjonow. Dieser Diplomat war übrigens den ganzen Tag über während unseres großen Treffens in Hagen anwesend. Er hat mir gesagt, daß ich eine Friedensdemonstration in der Sowjetunion abhalten könne."

Am 12. Mai erklärte **Erich Honecker** in einem Offenen Brief an Petra Kelly, Gerd Bastian und andere Bundestagsmitglieder der Grünen, der auf der ersten Seite des *Neuen Deutschland* erschien, seine Sympathien mit den bundesdeutschen Grünen. Darin hieß es, daß ,,...die Regierung der DDR voll und ganz mit Ihnen übereinstimmt, daß beide deutschen Staaten im Bewußtsein ihrer Verpflichtung für Frieden und Entspannung sich in ihren Bündnissen für Rüstungsverzicht und Abrüstung einsetzen sollten. ... Die Ergebnisse meiner jüngsten Verhandlungen in Moskau mit dem Generalsekretär des ZK der UdSSR, Jurij Andropow, sind ein weiteres Zeichen dafür, daß die Sowjetunion in der Frage der Rüstungsbegrenzung und Abrüstung die Meinung teilt, Europa von Atomwaffen frei zu machen. ... Wir sind für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa, stellen dafür das ganze Territorium der DDR zur Verfügung und würden es begrüßen, wenn auch die Bundesrepublik Deutschland dazu eine positive Haltung einnehmen und sich an Verhandlungen über entsprechende Regelungen beteiligen würde."

Wie das DKP-Organ *Unsere Zeit* am 18. Mai 1983 berichtete, traf sich das grüne Bundestagsmitglied **Otto Schily** im selben Monat privat mit dem ständigen Vertreter der DDR in Bonn, **Ewald Moldt**.

Dieser deutsch-deutsche Austausch fand im Oktober 1983 seinen Höhepunkt, als eine 30-köpfige Delegation der Grünen die Sowjetunion und die DDR bereiste. Der Delegation in die Sowjetunion gehörten **Petra Kelly, General Bastian, Otto Schily, Antje Vollmer, Dirk Schneider** und der tschechische ,,Dissident" **Milan Horacek** an. Die Delegation der Grünen traf sich unter anderem mit dem damaligen Vorsitzenden der Abteilung für internationale Angelegenheiten im ZK, **Boris Ponomarjow**, dem Kandidaten des Politbüros **Valentin Falin**, dem *Iswestija*-Kommentator und

Nachfolger Semjonows in der sowjetischen Botschaft in Bonn, sowie mit **Iwan Frolow**. Und nach dem Treffen mit dem DDR-Staatschef Erich Honecker erklärte Antje Vollmer, die Diskussion sei „äußerst erfolgreich" gewesen. (*Frankfurter Rundschau* vom 12. Juni 1984).

Am 3. November 1983 schrieb die Zeitung *Sowjetskaja Rossija* im Zusammenhang mit dem Besuch einer Delegation der Grünen in Moskau, die Sowjets hätten den Grünen allerdings zu verstehen gegeben: „Der gute Wille hat jedoch Grenzen". Mit anderen Worten, man erwarte von den Grünen, daß sie ihre Aktivitäten ausweiten.

Nach ihrer Rückkehr aus Ost-Berlin und Moskau vertraten die Grünen sichtbarer denn je die sowjetische Position im Bundestag. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* war am 3. November 1983 zu lesen: „Die Grünen finden den ‚Friedenswillen Moskaus glaubhafter'. Schily: ‚Die aggressiven Töne aus Amerika werden in der Sowjetunion nicht überhört.'"

Wie die *Süddeutsche Zeitung* am 13. März 1984 berichtete, gab der ehemalige RAF-Anwalt **Schily** zum Abschluß eines deutschlandpolitischen Kongresses seiner Partei in Karlsruhe nun auch zum ersten Mal zu verstehen, er arbeite auf eine „Neutralisierung des Westens und Finnlandisierung Osteuropas" hin.

Ein weiteres Signal kam im März 1984 von der Karlsruher Konferenz, als der 79-jährige prominente Grüne **August Haußleiter** und das Bundestagsmitglied **Dirk Schneider** „Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage von Stalins Angebot vom 10. März 1952" forderten. Beide Sprecher bezeichneten die Sowjetunion als „Defensivmacht", die vor der „Einkreisung" Angst habe. Haußleiter schlug die Schaffung eines „neutralen Gürtels" um die Sowjetunion vor, der von Schweden bis Indien reichen solle. Die Gelegenheit, die amerikanischen Pershingraketen und Marschflugkörper aus der Bundesrepublik abzuziehen, so Haußleiter weiter, werde sich mit den Bundestagswahlen 1987 ergeben. „Wenn wir uns danach mit der SPD im Bundestag gestärkt wiedersehen und das System Kohl überwinden."

Gorbatschow und die rot-grüne Machtübernahme in Bonn

Im Herbst 1984, parallel mit dem Aufbau eines Obersten sowjetischen Militärkommandos für Kriegszeiten unter Marschall **Nikolai Ogarkow** und dem Machtantritt **Gorbatschows**, beginnt die nächste dramatische Etappe der Zusammenarbeit zwischen Grünen und Russen. Mit den Vorbereitungen für eine rot-grüne Machtübernahme 1987 wird es jetzt ernst. Die Gorbatschow-Ära enger Zusammenarbeit und Koordination mit den Grünen wurde im Oktober 1984 durch einen Artikel des sowjetischen „Umweltschutz-Gurus", des bereits erwähnten **Iwan Frolow** vom sowjetischen Zentralkomitee, eingeläutet.

Frolow erklärte Moskaus uneingeschränkte Unterstützung für die von den Grünen angezettelten Unruhen. In der internationalen Wochenzeitung *Neue Zeit*, die in zahlreichen Sprachen erscheint, schrieb Frolow im Oktober 1984 unter der Überschrift „Umweltschützer schlagen Alarm", die Grünen würden zu Unrecht der „Unterordnung unter Moskaus Streben nach Vorherrschaft" beschuldigt. Er schrieb: „Marxisten haben das politische Programm der Grünen kritisiert. ... dennoch sind sie bereit, mit ihnen zusammenzuarbeiten, in der breiten demokratischen Bewegung für die Erhaltung des Friedens und den Schutz der Umwelt."

Wie die jüngsten Parteitage der DKP und der Grünen zeigten, wird Frolows Direktive von 1984 für eine Zusammenarbeit zwischen DKP und Grünen nun in die Tat umgesetzt. Beide Parteien haben sich jetzt offiziell für eine Zusammenarbeit zwischen DKP und Grünen und ein Bündnis mit der linken SPD ausgesprochen, um zusammen die Regierung Kohl zu stürzen.

In seinem Artikel in *Neue Zeit* von 1984 hatte Frolow u.a. geschrieben, er sei selbst aktiv in einer *neuen internationalen Umweltschutzorganisation* tätig. Diese Organisation trägt den Namen „Mensch und Natur" und hat ihren Sitz in Varna, Bulgarien. Diese neue sowjetische „Grüne Internationale" wird im August 1986 ihre erste internationale Konferenz im bulgarischen Varna abhalten.



Petra Kelly und August Haußleiter. Die politische Vergangenheit führender Grüner sei ihr „egal", erklärte Kelly in einem *Spiegel*-Interview.

Nach dieser ,,Botschaft" Frolows luden die Grünen **Lew Tolkunow**, den Vorsitzenden des Obersten Sowjets und des europäischen Komitees für Sicherheit und Zusammenarbeit, der in Wirklichkeit ein hoher KGB-Offizier ist, ein, an der Spitze einer sowjetischen Delegation Gespräche mit den Grünen in Bonn zu führen. Zu dem Besuch kam es vom 20. bis 23. November 1984. Der sowjetischen Delegation gehörten noch andere Mitglieder des Komitees an, wie **Jewgenij Silin**, der stellvertretende Leiter der internationalen Abteilung des ZK, **Vitalij Schaposchnikow** und der Sektionsleiter der internationalen Abteilung beim ZK, **Viktor Rykin**. Im Mittelpunkt der Gespräche standen· Planungsaktivitäten der sogenannten Friedensbewegung.

Westlichen Geheimdienstquellen zufolge ist Tolkunow nicht nur ehemaliger Chefredakteur der *Iswestija* und ehemaliger Chef der sowjetischen Nachrichtenagentur *Novosti*, sondern auch ein führender KGB-Beamter im Rang eines Generalmajors. **Lew Nikolajewitsch Tolkunow** genoß das Vertrauen des ehemaligen sowjetischen KGB-Chefs und späteren Parteivorsitzenden Jurij Andropow, unter dem er Anfang der 60er Jahre in der Abteilung des Zentralkomitees für Beziehungen zu anderen kommunistischen Ländern tätig war.

Als Chef von *Novosti* besuchte Tolkunow oft die Bundesrepublik Deutschland. Seit seiner Gründung unterstand die sowjetische Nachrichtenagentur *Novosti* direkt der Informationsabteilung des ZK der sowjetischen KP. Man sollte im Auge haben, daß *Novosti* nicht nur eng mit dem KGB zusammenarbeitet, sondern auch von sowjetischen Geheimdienstkreisen als Deckmantel für Personal im Ausland eingesetzt wird. Seit den zehn Jahren ihres Bestehens wurden ein halbes Dutzend ihrer ,,Korrespondenten" in westlichen Hauptstädten als KGB-Agenten enttarnt und ausgewiesen.

Die Verbindungen von *Novosti* zu Destabilisierungsoperationen in der Bundesrepublik bestehen bis heute fort. Erst jüngst hat Gorbatschow den ehemaligen sowjetischen Botschafter (bis 1978) in Bonn **Walentin Falin** mit seinen langjährigen Kontakten zu den Grünen zum neuen Leiter von *Novosti* ernannt. Es ist anzunehmen, daß Tolkunow, der jetzt für Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa zuständig ist, weiterhin eine führende Rolle als Kontrolleur der anti-amerikanischen Propagandaaktivitäten der rot-grünen Allianz spielt.

Eine Woche vor dem Treffen zwischen Tolkunow und den Grünen führten **Antje Vollmer**, die Sprecherin der Fraktion der Grünen, sowie **Dirk Schneider**, Bundestagsabgeordneter der Grünen, Gespräche auf höchster Ebene in der DDR. Antje Vollmer, die 1983 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, ist ein ehemaliges Mitglied der **Liga gegen den Imperialismus**, eine Unterorganisation der militant-maoistischen KPD und eine der Verfasserinnen des Bittbriefes an die Terroristen der **Roten-Armee-Fraktion**. Dirk Schneider gehörte 1969/70 zum Redaktionskollektiv der anarcho-syndikalistischen Postille *Agit 833*, die zum Sprachrohr von **Andreas Baader** und **Ulrike Meinhof** wurde. (*Der Spiegel*, 25. März 1985). Vollmer und Schneider trafen sich auch mit **Herbert Häber**, damals Politbüromitglied der SED und ehemaliger Direktor des KGB-nahen **Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft** (IPW).

Neues Deutschland berichtete darüber am 12. November 1984: „Herbert Häber erläuterte den Gästen aus der BRD die Friedenspolitik der DDR. ... Es gab Übereinstimmung, daß die Anstrengungen verstärkt werden müssen, um den Rüstungswettlauf zu stoppen, vor allem die Militarisierung des Weltraums zu verhindern und zu praktischen Schritten der Abrüstung in West und Ost zu gelangen. ... Im Verlauf der Unterredung, die in einer freimütigen und konstruktiven Atmosphäre verlief, wurden weitere Fragen von beiderseitigem Interesse erörtert."

An der Begegnung nahm **Günter Rettner**, stellvertretender Leiter des dem ZK der SED unterstehenden IPW, teil. Das IPW ist das Pendant zum Moskauer IMEMO und USA-Kanada-Instituts, dessen Direktor der bekannte KGB-Offizier **Georgij Arbatow** ist. Zusammen mit dem GRU-General Milstein repräsentiert Arbatow in der sogenannten **„Palme-Kommission"** die Sowjetunion. Beide treffen sich regelmäßig mit Führern der **Sozialistischen Internationale** und der SPD, um ihre Strategie für die Demilitarisierung Europas im strategischen Interesse der Sowjetunion zu planen. Es war die Palme-Kommission, die den sowjetischen Vorschlag einer „atomwaffenfreien Zone" in Mitteleuropa in die Diskussion brachte.

In den Jahren 1983 und 1984 verfestigten die Mitglieder der Grünen **Antje Vollmer** und **Henning Schierholz** über die **Evangelische Kirche Deutschlands (EKD)** ihre Beziehungen zur Kirche der DDR und deren „Friedens"- und „Umweltschutzorganisationen". Henning Schierholz war 1973 Mitbegründer des überwiegend von kommunistischen Organisationen gebildeten **Komitees gegen die Bundeswehrhochschule Hamburg** und von 1973 bis 1976 Vorstandsmitglied des kommunistisch beeinflußten **Deutsche Friedengesellschaft Vereinigter Kriegsdienstgegner (DFG-VK)**. Es wurden enge Beziehungen zum „Forschungsheim" in Wittenberg, DDR, aufgebaut. Dieses „Forschungsheim" unterhält seinerseits enge Beziehungen zum sowjetischen Öko-Guru **Iwan Frolow** und veranstaltete im Dezember 1981 eine Ausstellung zu dem Thema „Mensch und Natur".

Roland Vogt (zweiter von links) wurde bereits 1983 als Mitglied einer Bundestagsdelegation von Deputierten des Obersten Sowjets der UdSSR empfangen. Die Delegation leitete Egon Bahr (SPD). Aus: *Sowjetunion heute*.



Der wichtigste Kontaktmann der Grünen in der DDR in Sachen „Friedenspolitik" ist der Theologe **Heino Falcke** an der Ev. Theologischen Fakultät der Universität Erfurt. Zusammen mit dem ebenfalls umweltschutzbewegten EKD-Theologen **Gerhard Liedke**, der sich auf Seiten der EKD führend in der Anti-KKW-Bewegung hervorgetan hat, hatte auch Falcke eine führende Rolle bei der Planung des Kleinkrieges gegen die bundesdeutsche Kernenergieindustrie, wie man ihn in Wackersdorf und Brokdorf erlebte.

Nach dem Besuch Vollmers und anderer Grüner in der DDR und um die gleiche Zeit, zu der sich auch Tolkunow in Bonn aufhielt, fuhren Antje Vollmer, ihre Vorgängerin **Marieluise Beck-Oberdorf** und auch der exilierte Horacek nach Bulgarien, wo sie umfangreiche Gespräche über ost-westliche Sicherheitspolitik führten. Es folgten Reisen nach Polen, Ungarn und in die Tschechoslowakei.

Im Dezember 1984 stand Petra Kelly an der Spitze einer Grünen-Delegation nach Ost-Berlin, die Gespräche mit 30 Personen der „unabhängigen DDR-Friedensbewegung", einschließlich Heino Falcke, führten. (*TAZ*, 8. Dezember 1984).

Im Februar las man in der KGB-Zeitung *Literaturnaja Gaseta* eine eindeutige Unterstützung der Partei der Grünen unter der Überschrift: „Gegen amerikanische Raketen — Farbe der Hoffnung". Es hieß in diesem Artikel: „Wenn wir an Farben glauben, dann kann man wirklich über die Grünen wie über eine Partei der Hoffnung sprechen." Dieser Artikel erschien einen Monat, bevor Gorbatschow in sein Amt als Kreml-Chef eingeführt wurde. Es war ein direktes Signal des KGB und der künftigen Parteiführung, daß Moskau eine rot-grüne Koalition in Bonn an der Macht wünscht.

Die *Literaturnaja Gaseta* pries die „deutliche Sprache" der Grünen in der Frage der „Aufrüstung und des Kriegshaushalts" und ihre Verurteilung des NATO-Doppelbeschlusses als „Vergrößerung von Kernwaffenrüstung" und ihre Verurteilung der NATO-Strategie als „Strategie des Krieges". Vor allem sprach die *Literaturnaja Gaseta* den Grünen ein Lob dafür aus, daß sie „die friedliche sowjetische Initiative" für die Verhinderung der „Militarisierung des Weltraums" unterstützten.

Darüberhinaus rief die *Literaturnaja Gaseta* die SPD sogar auf, sich mit den Grünen zu vereinigen: „...dann könnten sie eine große, überzeugende Kraft werden."

Am 17. April 1985: Im Rahmen eines einwöchigen Besuchs konferierten Mitglieder der Delegation des Obersten Sowjets unter Führung des ZK-Sekretärs **Simjanin** mit Vertretern der Fraktion der Grünen im Bundestag. Zu den Teilnehmern der Grünen gehörten **Sabine Bard, Milan Horacek, Otto Schily** und das ehemalige Bundestagsmitglied **Jürgen Reents**. Die Sprecher der Grünen begrüßten im Verlauf des einstündigen Gedankenaustauschs das von Gorbatschow verkündete Raketenmoratorium und drückten ihre Besorgnis vor einer neuen „Spirale der Weltraumrüstung" aus.

September 1985: Otto Schily weilt in Moskau. Nach den Gesprächen wurde die Gründung der ersten gemeinsamen Kommission der Grünen und der KPdSU über „Frieden und internationale Probleme" angekündigt. Ein weiterer Meilenstein auf dem Wege immer engerer und offener Beziehungen zwischen den Grünen und der Sowjetunion.

Mit dem Jahr 1986 begann endgültig der Countdown des sowjetischen Kleinkrieges gegen die Bundesrepublik Deutschland, wobei Grüne und DKP die organisatorische Kerntruppe bilden. Das Signal war ein Artikel in der Januarausgabe der *Roten Blätter*, des Organs der DKP-Studentenorganisation **MSB-Spartakus**. Der Artikel war vom DKP-Vorsitzenden *Herbert Mies* verfaßt.

Mies betonte, das wichtigste bei den bevorstehenden Bundestagswahlen 1987 sei zu verhindern, daß die Grünen unter die 5-Prozent-Grenze fielen. Mies erklärte, mit Hilfe der „Friedensliste" der DKP für die Bundestagswahlen könne garantiert werden, daß die Grünen die 5-Prozent-Hürde überwinden werden. Mies entwickelte die sowjetische

So wählt die DKP

In einem Interview mit dem Organ der DKP *Unsere Zeit rief die stellvertretende Vorsitzende der DKP,* ***Ellen Weber,*** *dazu auf, die Zweitstimme der SPD oder den Grünen zu geben:*

UZ: *(Es ist die Frage) SPD oder Grün zu wählen?*

Ellen Weber: *„...so kann für diese Wahl die Antwort nur lauten: Mit der Erststimme die Direktkandidaten der Friedensliste — für Frieden und Abrüstung und gemeinsames Handeln. Mit der Zweitstimme, die über die parteipolitische Zusammensetzung des neuen Bundestages entscheidet, SPD oder grün."*

Wahlkampfstrategie für die Bundestagswahlen, wonach die DKP zum ersten Mal seit ihrer Legalisierung keine eigenen Kandidaten aufstellen wird, um über ein Stimmensplittung zwischen Friedensliste und Grünen zusätzliche Unterstützung zu verschaffen.

Zur Erläuterung dieser Strategie führte Herbert Mies das Beispiel der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985 an. Eine Friedensliste der DKP erhielt bei jenen Wahlen 0,7 Prozent, während die Grünen die 5-Prozent-Hürde um 0,5 Prozent verfehlten. Wenn sich also Friedensliste und Grüne zusammentäten, wäre der Wahlerfolg der Grünen garantiert. Damit hat Moskau — über ihr bundesdeutsches Sprachrohr Herbert Mies — erstmals zugegeben, daß der erneute Einzug der Grünen in den Bundestag ihr wichtigstes Ziel für die Bundestagswahl 1987 ist.

21. Februar 1986: Eine Delegation der Grünen besucht die DDR. Die Mitglieder der Grünendelegation trafen sich mit dem Mitglied des Politbüros und Präsidenten der Volkskammer, **Horst Sindermann**. Zu den Teilnehmern auf Seiten der Grünen gehörten die ehemalige Abgeordnete **Antje Vollmer** und die Abgeordneten **Uli Fischer, Otto Schily** und **Henning Schierholz**.

Zu den Gesprächsthemen des Gedankenaustauschs zählten:

— Möglichkeiten und Perspektiven europäischer Friedens- und Abrüstungspolitik;

— Gemeinsame ökologische Probleme beider deutscher Staaten.

Etwa gleichzeitig mit Mies' Artikel über die Wahlkampfstrategie der DKP gab das Mitglied des sowjetischen Zentralkomitees Iwan Frolow bekannt, daß Moskau seine Unterstützung für die „Ökologie"-Bewegung der Grünen maßgeblich verstärken werde.

In einem Beitrag für das sowjetische Magazin *Priroda* (Natur) Nr. 1, 1986 erklärte **Frolow**, daß das neugegründete bulgarische Ökologie-Instiutut für die europäische Szene in nächster Zukunft von großer Bedeutung sein werde. „Die Verflechtung von Ökologie und Politik wird immer offensichtlicher, nicht nur auf nationaler, sondern auch auf internationaler Ebene. ... Verschiedene ökologische und soziale Bewegungen üben Einfluß auf die Weltpolitik aus. Unter ihnen wird der neuen Ökologiebewegung im Kampf für den Frieden große Bedeutung beigemessen. ... (Die Vereinigung der ‚Friedens'- und ‚Ökologie'-Bewegungen), die sich um das in der bulgarischen Hauptstadt Sofia erscheinende Journal *Schutz der Natur* bildet." Im August 1986, so kündigte Frolow an, werde diese ost-westliche Bewegung eine Konferenz „Über Umweltschutz und die Verteidigung des Friedens" abhalten. Tagungsort wird Bulgarien sein, wo die berüchtigsten Verbindungen des Terrorismus und Rauschgifthandels im ganzen Ostblock zusammenlaufen.

In der bundesdeutschen Vorwahlphase hat Frolow jetzt eine direkte Rolle bei der Koordinierung dieser Operation übernommen. Unmittelbar nach dem Empfang der Grünen in Moskau reiste Frolow auf Einladung der sozialdemokratischen **Friedrich-Ebert-Stiftung** an der Spitze einer Delegation sowjetischer Journalisten in die Bundesrepublik. Dort hielt er sich eine Woche lang auf, u.a. an dem Wochenende des 16.-18. Mai, als organisierte Gewalttäter sich in Wackersdorf bürgerkriegsähnliche Schlachten mit der Polizei lieferten. Frolow wurde in der Bundesrepublik u.a. von dem Mitarbeiter des sowjetischen Zentralkomitees **Portugalow** begleitet, der bereits 1984/85 zu einem „neutralen Europa" aufgerufen hatte. Von der Friedrich-Ebert-Stiftung war zu hören: „Frolow traf sich sowohl mit verschiedenen Politikern in Bonn wie mit Grünen."

Die Strategie zur Kooperation zwischen Grünen und Kommunisten stand im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz am 17. Mai in Wien, an der sich die meisten Kommunistischen Parteien West-und Nordeuropas beteiligten. Veranstalter der Konferenz waren die Kommunistische Partei Österreichs und die in Prag erscheinende „Komintern"-Zeitschrift *Probleme des Friedens und des Sozialismus.* Diese Konferenz tagte einen Tag vor den Unruhen von Wackersdorf, wo DKP und bundesdeutsche Grüne Seite an Seite kämpften. Zu den Teilnehmern der Wiener Konferenz gehörten Vertreter aus der Sowjetunion, die DKP, die KPÖ, Repräsentanten der

Kommunistischen Parteien aus Belgien, den Niederlanden, Dänemark, Norwegen und Schweden.

In der sowjetischen Tageszeitung *Prawda* war dann zu lesen, die Kommunistischen Parteien Europas, einschließlich der DKP hätten über die Stategie der Zusammenarbeit mit „neuen sozialen Bewegungen" im „Bereich ökologischer Fragen" gesprochen. Die Konferenz verurteilte das „monopolistische Staatskapital" als Hauptschuldigen wissenschaftlicher und technologischer Unfälle, die, wie man versprach, im Sozialismus nicht vorkommen würden.

DKP-Parteitag vom 2.-4. Mai 1986

Der Kandidat des sowjetischen Politbüros und Moskauer Parteivorsitzende, **Boris Jeltsin**, der Mitte April bereits mit einer Delegation der Grünen in Moskau zusammengetroffen war, reiste Anfang Mai in die Bundesrepublik Deutschland, um am DKP-Parteitag in Hannover teilzunehmen. Begleitet wurde Jeltsin von dem neuen sowjetischen Botschafter in Bonn, **Juri Kwizinski**.

Die Eröffnungsrede des DKP-Kongresses hielt der DKP-Vorsitzende **Herbert Mies**, der seine Hoffnung aussprach, es werde 1987 zu einer SPD-Regierung kommen, „die in irgendeiner Form mit den Grünen kooperiert." Mies attackierte die Äußerung des SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau, der gesagt hatte, er lehne eine Koalition mit den Grünen ab. „Daß der SPD-Bundeskanzlerkandidat Rau eine Koalition mit den Grünen von vorneherein ausschließt, halten wir für falsch", sagte Mies. Die Grünen und die SPD, so Mies, müßten „gemeinsam und parallel der Hauptstoß gegen die CDU/CSU sein." Die Delegierten erfuhren, daß die Bemühungen der DKP um einen Dialog mit den Grünen „nicht fruchtlos" gewesen seien, denn es gebe „wachsende Gemeinsamkeiten zwischen den Kräften links von der CDU."

In dem DKP-Vorstandsbericht an den Parteitag wurde die Politik gemeinsamer Aktionen von Grünen und DKP im Vorfeld der Wahlen dargelegt:

„Der DKP-Parteivorstand räumt ein, daß Bemühungen der Partei, mit den Grünen in einen Dialog zu kommen, ‚nicht fruchtlos' gewesen seien. Auf verschiedenen Ebenen hätten Gespräche und öffentliche Diskussionen seit dem letzten Parteitag 1984 zugenommen; führende Vertreter der Grünen seien durchaus für die ‚punktuelle Zusammenarbeit mit der DKP im außerparlamentarischen Kampf'; und in einigen Stadtparlamenten sei der Einzug auf ‚gemeinsamen Listen' erfolgt. Die DKP folgert aus dieser Entwicklung, es für ‚das Beste' zu halten, ‚wenn es (nach der Bundestagswahl im Januar 1987) zu einer SPD-geführten Regierung käme, die in irgendeiner Form mit den Grünen kooperiert.' Ein Verfehlen der 5-Prozent-Hürde durch die Grünen hält die DKP-Führung ‚in der Tat' für einen ‚Rückschritt'."

Es folgt die „Widerstandserklärung", in der es heißt, DKP und Grüne seien lediglich zwei Seiten derselben Medaille: „Wir sind bereit, das, was wir können, dazu beizutragen, um eine solche Entwicklung zu verhindern und befinden uns damit in voller Übereinstimmung mit der Friedensliste, die den Grünen vorgeschlagen hat, sich über die Landeslisten zu verständigen. ..."

Zum Thema der rot-grünen Mehrheitsbildung führte Mies aus: „Es ist nicht ohne Belang, sondern notwendig für die Sicherung des Friedens, daß Kommunisten im Zusammenwirken mit Christen, Sozialdemokraten, Grünen und vielen anderen Kräften zur Weiterarbeit und Stärkung der Friedensbewegung beitragen." Darum werde die DKP nicht mit einer eigenen Liste bei den Wahlen antreten, sondern zusammen mit den Grünen am Aufbau der „Friedensliste" arbeiten.

Parteitag der Grünen

Trotz der Erklärung von **Lukas Beckmann**: „Im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie gab es überhaupt keinen Konsens", riefen die Grünen auf ihrem Parteitag zu einem „einseitigen Ausstieg aus der Atomenergie" auf.

Wie der französische Journalist Picaper in *Le Figaro* vom 14. Juni schrieb, kommentierte ein enger Mitarbeiter des niedersächsischen Mini-

sterpräsidenten Ernst Albrecht das Parteiprogramm der Grünen: „Auch bei Gründung einer eigenen Partei in der Bundesrepublik könnten sich die Sowjets nichts besseres wünschen."

Die Grünen fordern eine neue deutsche Außenpolitik zur „Schwächung der NATO als unverzichtbare Voraussetzung für die Sicherheit des Friedens in Europa." Dazu gehört u.a. der

— einseitige Austritt aus der NATO, und die Auflösung der NATO;
— der „sofortige und bedingungslose Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles;
— der vollständige und einseitige Abzug der amerikanischen und aller anderen NATO-Truppen;
— Keine Beteiligung an SDI, EVI und EUREKA, usw.

Die Ausrichtung dieses Parteiprogramms (s. auch Programmauszüge weiter hinten) ist so offensichtlich, daß sogar Mitglieder der Grünen-Delegation aus dem Main-Taunus-Kreis konstatierten, dieses Programm sei „eine einseitige politische Position zugunsten der Sowjetunion."

Unterdessen erhob der für seine zahlreichen Artikel über den sogenannten „deutschen Revanchismus" bekannte *Prawda*-Kommentator **Juli Jachontow** seine Stimme und lobte die Grünen in höchsten Tönen. In dem *Prawda*-Artikel vom 21. Mai wurden die Grünen vor allem dafür gepriesen, daß sie den „Abzug aller amerikanischen Atomwaffen aus der Bundesrepubliik" fordern, „gegen eine deutsche Beteiligung an der SDI" eintreten und die „einseitige Abrüstung und Austritt aus dem Nordatlantischen Verteidigungspakt" fordern. Nachdem sich das sowjetische Parteiorgan über die „scharfen Angriffe und die Kritik der herrschenden westdeutschen Parteien an den Grünen" empört gezeigt hatte, sagte Juli Jachontow voraus, die Grünen würden „als Kraft wachsen."

In einem Interview mit der *TAZ* vom 4. April 1986 pries kurz darauf die Grüne **Eva Quistorp** Gorbatschows Friedensinitiative: „Neben der Anti-WAA-Kampagne und den Vorbereitungen zu den Friedensaktionen im Hunsrück im Oktober sind die Ansätze für eine neue Ostpolitik der Grünen wichtig." Sie kündigte für den Herbst eine Konferenz über ein „Anderes Europa" an.

Bundestagswahlen 1987: „Gemeinsam gegen BRD-Imperialismus"

„Gemeinsam gegen rechts! Wie stürzen wir Kohl?" war das Thema des Festivals der Jugend, das die DKP in diesem Frühjahr in Dortmund veranstaltete. Vertreter von SPD, DKP, Friedensliste, den Grünen, MSB-Spartakus, der Friedensbewegung und der Frauenbewegung trafen sich, um die Möglichkeiten des Bundestagswahlkampfes „gegen den gegenwärtigen BRD-Imperialismus", wie es in einem Artikel der *UZ* hieß, zu besprechen.

Kurz darauf, im Juni 1986, stellten SPD, Grüne und Friedensliste offiziell ihre „Initiative Bundestagswahl 1987" vor. Der der DKP nahestehende **Prof. Dr. Walter Kreck** und **Prof. Dr. Reinhard Kühnl** erklärten: „Wir wollen kein Gegeneinander. Die Möglichkeit, bei der kommenden Bundestagswahl die Weichen neu zu stellen, ist vorhanden: Es gibt Chancen für neue politische Mehrheiten und eine neue Politik. Dafür stehen die demokratischen Bewegungen unseres Landes, die Friedensbewegung, Positionsveränderungen bei der SPD und der wachsende Einfluß der Grünen. ... Ein weiterer Beitrag hierzu könnte eine wahlpolitische Verständigung zwischen Grünen und dem Personenbündnis Friedensliste sein. ... Uns ist der Verbleib der Grünen im Bundestag wichtig." (*Unsere Zeit* vom 20.6.1986).

Deutsch-Sowjetischer „Roundtable" in Moskau

Ende April dieses Jahres, wenige Tage vor der atomaren Katastrophe im ukrainischen Tschernobyl und drei Monate vor der Ermordung des Siemens-Direktors Karl Heinz Beckurts durch ein Mordkommando der RAF, das ihn aufgrund seiner wissenschaftlichen Arbeit an der Kernenergie und der strategiischen Verteidigungsinitiative (SDI) auf die Todesliste setzte, fand in Moskau ein Treffen sowjetischer und deutscher Wissenschaftler über die „Notwendigkeit eines neuen Denkens" in der Frage der Kernenergie statt. Die Gesprächsrunde war von den *Blättern für deutsche und internationale Politik* in Zusammenarbeit mit der sowjetischen Presseagentur *Novosti*, die für ihre engen Verbindungen zum KGB und Spionagetätigkeit im Ausland hinlänglich bekannt ist, organisiert worden.

Die Gesprächsteilnehmer aus der Bundesrepublik waren:

Ulrich Briefs, einstiger wissenschaftlicher Angestellter beim Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) des deutschen Gewerkschaftsbundes. Briefs ist Direktkandidat der Grünen im Wahlkreis Recklinghausen II. Nach seiner Moskaureise wurde er als WSI-Mitarbeiter vom DGB entlassen.
Rainer Falk, freier Publizist mit Schwerpunkt Dritte Welt;
Rudolf Hickel, Prof. für Politische Ökonomie an der Universität Bremen;
Reinhard Kühnl, Prof. für Politikwissenschaft an der Universität Marburg.

Von sowjetischer Seite nahmen teil:

Igor Bestuschew-Lada, Prof. des Instituts für soziologische Forschungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Bestuschew-Lada ist ein enger Mitarbeiter des sowjetischen „Gurus" der Ökologiebewegung **Iwan Frolow**, der im April dieses Jahres privat mit vier Mitgliedern des Bundesvorstands der Grünen in Moskau zusammentraf.
Valentin Falin, Vorsitzender des Vorstands der sowjetischen Nachrichtenagentur APN *Novosti*.
Gennadi Gerassimow, bis Juli dieses Jahres Chefredakteur der Zeitung *Moscow News*. Dieses englischsprachige Propagandaorgan veröffentlichte am 3. Juli das erste Interview mit Stalins Außenminister Wjatscheswlaw Molotow seit Mitte der 50er Jahre. Der jetzt 96-jährige Molotow preist in dem Interview aus ganzem Herzen die „Transformation" der sowjetischen Gesellschaft unter Michail Gorbatschow. Erst jüngst wurde Gerassimow zum offiziellen Sprecher von Außenminister Eduard Schewardnadse, ebenfalls ein ehemaliger KGB-Offizier, anstelle von Wladimir Lomeiko ernannt.
Anatoli Gromyko, Sohn des sowjetischen Staatspräsidenten und ehemaligen Außenministers Andrej Gromyko. Anatoli Gromyko ist korrespondierendes Mitglied der Akademie der Wissenschaften der UdSSR und Direktor des Afrika-Instituts an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.
Jewgeni Primakow, Mitglied der Akademie der Wissenschaften, Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Primakow spielt eine führende Rolle in der Komintern und ist für die Koordinierung der Operationen der Internationalen Abteilung des Zentralkomitees im Nahen Osten und der arabischen Welt zuständig. In dieser Kapazität spielt Primakow auch eine

Fortsetzung nächste Seite

maßgebliche Rolle hinsichtlich der beiden sowjetischen Stellvertreter Libyen und Syrien, die beide eine Schlüsselrolle im internationalen Terrorismus einnehmen.

Valentin Falin hielt auf dem Treffen eine alarmierende Rede, in der er die deutsche Industrie vor den „Gefahren der Nuklearindustrie" warnte:

„...Ein Atomkraftwerk mit der Leistung von 1 Gigawatt, das sind etwa 200 Atombomben. Wenn ein solches Kraftwerk angegriffen wird, besonders unter dem Einsatz von Kernwaffen oder Waffen von vergleichbarer Zerstörungskraft, dann wird sich die ganze Umgebung des Kraftwerkes in eine Zone des Todes verwandeln. *Angesichts der gegenwärtigen Standorte und Dichte der Kernkraftwerke in Westeuropa wäre in diesem Falle ganz Westeuropa eine Todeszone*. Das ist die Kernenergiewirtschaft. ..."

Es folgte eine Untergangsprognose, die kein Grüner alarmierender hätte formulieren können: „Jede Minute verschwinden auf dem Globus einige Tausend Hektar Wald. Jede Minute verschwinden einige Arten von Insekten und Pflanzen. ... Wenn wir keine Mittel finden, die Menschen davon zu überzeugen, daß man anders denken muß, dann kann es sein, daß wir die letzte Generation sein werden."

Von „westlicher" Seite erklärte der Marburger Professor **Reinhard Kühnl**: „Der Imperativ des nuklearen Zeitalters lautet also nicht nur Verhinderung eines Krieges, sondern auch Abrüstung und internationale Kooperation. ..."

Und der Bremer Professor **Rudolf Hickel**: „Ein zentraler Gedanke, der in dem Einleitungsreferat von Herrn Falin angesprochen worden ist, gibt uns Anlaß, heute die Auslösungsmöglichkeiten und Auswirkungen von künftigen Kriegen in einer völlig neuen Dimension zu diskutieren. ... Wer SDI verhindern will, der muß sich auf die Zurückdrängung des ‚militärisch-industriellen Komplexes' konzentrieren." Anstelle der SDI schlug Hickel eine „strategische Umweltinitiative" vor: „Damit entledigen wir uns des technologischen Gefahrenpotentials, das in den neuen Waffensystemen steckt."

Wer sind die „Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg" — IPPNW?

Die Organisation **Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs (IPPNW)** ist fest in sowjetischer Hand. Nichts ist weiter von der Wahrheit entfernt als die Vorstellung, hier arbeiteten „amerikanische und russische Ärzte zusammen für den Frieden". Es ist wahr, daß sich die Präsidentschaft ein amerikanischer Staatsbürger, **Dr. Bernard Lown**, und ein sowjetischer Staatsbürger, **Dr. Jewgeni Tschasow**, teilen. Wenn man jedoch etwas genauer hinschaut, statt nur auf die Farbe der Pässe, dann sieht man, daß der sogenannte Amerikaner bereits seit 1946 für sowjetische Interessen arbeitet. Damals reiste Dr. Lown nach Prag, um dort Stalins „Internationalen Studentenbund" mitzugründen.

Tschasow und Lown haben sich nicht zufällig im Jahr 1980 kennengelernt, um die IPPNW zu gründen, sondern sind bereits seit 1960 befreundet. Lown war damals Professor für Kardiologie an der Harvard School of Public Health und Tschasow Direktor des nationalen kardiologischen Forschungsinstituts der UdSSR. Seit dieser Zeit, d.h. seit 25 Jahren, korrespondieren sie regelmäßig miteinander.

Zweidrittel der 150 000 Mitglieder der IPPNW weltweit leben im Ostblock, davon allein 60 000 in der Sowjetunion. Wie der Münchner Stadtrat Dr. med. Thomas Zimmermann in einem Leserbrief an die *Süddeut-*

sche Zeitung vom 23. Dezember schrieb, wurden die Richtlinien der Organisation 1980 auf einer „Weltkonferenz für den Frieden" in Sofia, Bulgarien festgelegt. Veranstalter der Konferenz war der „Weltfriedensrat", der als sowjetische Frontorganisation bekannt ist.

Auf dem 6. Weltkongreß der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkriegs" vom 29. Mai bis 1. Juni 1986 dominierte deutlich die sowjetische politische Linie. Die Eröffnungsreden wurden von NRW-Ministerpräsident **Johannes Rau** sowie den IPPNW-Präsidenten Lown und Tschasow gehalten. Über 2000 Ärzte aus der ganzen Welt, darunter 20 aus der Sowjetunion, 15 aus der DDR, 11 aus der CSSR, Polen und Rumänien nahmen an der Konferenz teil und vertraten die Moskauer Parteilinie: Verurteilung der amerikanischen SDI, Verurteilung amerikanischer Atomtests, Stationierung amerikanischer Raketen und Verurteilung der Kernenergie im Westen. Tschasow übertraf alles an Unverfrorenheit mit der „sowjetischen Logik", die die Katastrophe von Tschernobyl zum Argument gegen SDI umzumünzen wagt: „Weder die Kernenergie, noch die Meerestiefen und der Weltraum werden ohne tragische Verluste bezwungen. ... Die Tschernobyl-Havarie stellt eine Mahnung dar. ... Die Havarie in diesem KKW muß der gesamten Menschheit deutlich machen, was uns erwartet, wenn Nuklearmunition explodiert. ... Daher auch unser Protest gegen die Ausweitung des Wettrüstens im Weltraum."

Der IPPNW-Vizepräsident und Nobelpreisträger Dr. Jewgeni Tschasow ist nach Aussage des heute in den USA lebenden ehemaligen sowjetischen **Generals Pjotr Grigorenko** ein führender KGB-Offizier. 1967, als Juri Andropow den KGB übernahm, wurde Tschasow zum Vorsitzenden des 4. Direktorats des Gesundheitsministeriums ernannt, das für die medizinische Versorgung der Führungselite der Sowjetunion verantwortlich ist. Tschasow war Leibarzt von Breschnew, Andropow und Tschernenko, eine Position, die nur ein Arzt mit engster Tuchfühlung zum KGB erhalten kann. Seit Juni 1968 ist Tschasow stellvertretender Gesundheitsminister der Sowjetunion. Kurz nach Juri Andropows Regierungsantritt im November 1982 wurde Tschasow zum Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU befördert.

Ein weiteres führendes sowjetisches IPPNW-Mitglied ist der Psychiater **Marat Vartanian**. Er gehört einer Kommission an, die sowjetische Dissidenten in psychiatrische Kliniken einweist.

Tschasows wichtigster Mitarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland ist **Till Bastian**, Sohn des Grünen-Abgeordneten und ehemaligen Generals Gerd Bastian, der auch in der Organisation Generäle für den Frieden agiert. Till Bastian ist Vorstandsmitglied der deutschen Sektion der IPPNW.

Ein weiterer Aspekt ist die Politik Tschasows und der IPPNW hinsichtlich der tödlichen Seuche AIDS. Ihre Linie ist, in der Sowjetunion alle erforderlichen Maßnahmen dagegen zu unternehmen, im Westen solche Maßnahmen aber abzulehnen und zu hintertreiben. Bei anhaltender Ausbreitung von AIDS werden voraussichtlich mehr Menschen daran sterben als in einem Atomkrieg. Die IPPNW ist in Genf bei der Weltgesundheitsorganisation (WHO) akkreditiert. In der WHO kontrollieren sowjetische Beamte die entscheidende Abteilung für ansteckende Krankheiten, die für die Erfassung und Bekämpfung von AIDS zuständig wäre. Der stellvertretende Generaldirektor der WHO, dem diese Abteilung untersteht, ist der sowjetische Arzt **Sergej P. Litwinow**, der eine führende Position im sowjetischen Gesundheitsministerium innehat und somit ein Untergebener Tschasows ist. Die Weltgesundheitsorganisation verbreitet die Linie, die Gefahr einer weltweiten AIDS-Pandemie bestehe nicht.

Die Position der DKP und der Grünen, die öffentliche Gesundheitsmaßnahmen zur Verhinderung einer weiteren Ausbreitung der Krankheit wie Quarantäne und Reihenuntersuchungen als „faschistisch" beschimpfen, deckt sich mit der sowjetischen Politik. Den strategischen Planern in der Sowjetunion kommt die Seuche AIDS zur Zerrüttung des Westens nur gelegen.

Entrüstet Euch

Wehrt Euch gegen die atomare Bedrohung

ATOMKRAFTWERKE:
fertiggestellt
in Bau
in Auftrag gegeben
Landessammelstelle f. schwach- u. mittelradioaktiven Müll
Zwischenlager f. abgebrannte Brennstäbe (geplant)
WiederAufbereitungsAnlage (gepl.)
Atommüll in Salzstöcken
Uranabbau
Atomlager u. A-Kommandoeinrichtungen
Britische Atomlager

„Lance"-Raketen (deutsch)
Nike-Hercules Luftabwehrrakete
US-Luftwaffe mit Atomwaffen
Pershing I A (deutsch)
Pershing I A (US-amerikanisch)
Pershing II
Starfighter-Plätze mit Atomwaffen (deutsch)
Chemische Kampfstoffe
Nukleare Einrichtungen (in Details noch unbekannt)
Kurz oder Mittelstrecken-Raketen / DDR
Atombomberflugplätze / DDR

DÄNEMARK
NORDSEE
OSTSEE
Kiel
Lübeck
Stralsund
Rostock
Hamburg
Bremen
Groningen
Amsterdam
Hannover
West-
Ost-
Berlin
D D R
B R D
Kassel
Köln
Bonn
Aachen
Cottbus
Karl-Marx-Stadt
Plauen
Hof
Prag
Frankfurt
Würzburg
Nürnberg
Stuttgart
Ulm
München
Passau
Salzburg
Freiburg
Basel
Zürich
Innsbruck
Metz
Nancy

POLEN
1 AKW in Betrieb
1 AKW geplant

NIEDERLANDE
3 AKW in Betrieb
3 AKW geplant

BELGIEN
4 AKW in Betrieb
4 AKW in Bau

LUXEMBURG

TSCHECHOSLOWAKEI
1 AKW in Betrieb
2 AKW in Bau
4 AKW geplant

FRANKREICH
20 AKW in Betrieb
27 AKW in Bau
11 AKW geplant

ÖSTERREICH
1 AKW stillgelegt

SCHWEIZ
4 AKW in Betrieb
1 AKW in Bau, 2 AKW geplant

Diese Karte ist, insbesondere was die Nachbarstaaten der Bundesrepublik betrifft, unvollständig. Informationen bitte an:

DIE GRÜNEN
Friedrich-Ebert-Allee 120
5300 Bonn 1



DIE GRÜNEN

Ein geraffter Überblick

So entstanden DIE GRÜNEN

Wie wenig „spontan" und „zufällig" es bei der Formierung der grünen Sammlungsbewegung zu einer bundesweiten Partei zuging, verdeutlicht der folgende geraffte Abriß. Angesichts der aufgezeigten Querverbindungen, personellen und institutionellen Überschneidungen nähern wir uns der Antwort auf die Frage: *Warum* gibt es die „Grünen", und warum werden sie so, wie sie sich darstellen und verhalten, in unserem Staat, den sie doch zerstören wollen, geduldet?

Auf Betreiben der Grünen (**Ströbele**) und mit Schützenhilfe der SPD beschäftigte sich der Spionageausschuß des Deutschen Bundestages in den letzten Monaten kaum noch mit dem zur DDR übergelaufenen Verfassungsschützer Hans Joachim Tiedge, sondern stilisierte die Tatsache, daß das Kölner Amt über die extremistische Vergangenheit führender Mitglieder der Grünen Zeitungsausschnitte und Dokumente gesammelt hat, zum „Bespitzelungsskandal". Angesichts der über ihn angelegten Verfassungsschutzakte bemerkte **Otto Schily**, der im März 1986 aus dem Bundestag weg-„rotierte", zutreffend, er finde es „bestürzend", was da alles über ihn gesammelt worden sei.

In der Tat waren die Grünen in ihrer Formierungsphase 1979/80 zentraler Anziehungspunkt von Gruppen und Strömungen, die in den Jahren 1976-80 die Seiten der Verfassungsschutzberichte füllten. Dazu zählen große Teile des linksextremistischen Spektrums, insbesondere die ehemaligen „K-Gruppen" **Kommunistischer Bund**, **Kommunistischer Bund (Nord)**, **KPD** und **Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)**, „Spontis" , Alternative, Hausbesetzer und die militante Anti-Kernkraft--Bewegung (AKW-Bewegung). Die Berührungspunkte zwischen diesen Gruppen und dem terroristischen Umfeld wurden durch die Serie politisch motivierter Gewalttaten und Anschläge der letzten Jahre immer wieder dokumentiert. Weiterhin sind große Teile der „Neuen Linken" (z.B. **Sozialistisches Büro**) oder trotzkistischer Gruppen sowie Teile der „orthodoxen", **DKP**-beeinflußten Linken in den Grünen aufgegangen bzw. mit ihnen durch Aktionseinheiten verbündet.

Gleichermaßen stark beteiligte sich die rechtsextremistische Szene am Aufbau der Grünen. Hinzu kamen separatistische Strömungen wie die **Gesellschaft für bedrohte Völker** und kultisch-mystische Elemente verschiedenster Art, die sich z.B. in einer starken **anthroposophischen** Präsenz bei den Grünen niederschlagen.

Bürgerinitiativen, militante Anti-Kernkraft-Bewegung, „K-Gruppen"

Umweltschutz-Bürgerinitiativen und die militante AKW-Bewegung sind die wichtigsten Vorläufer der Grünen, in denen gleichzeitig ihre wesentlichen Elemente angelegt sind.

Das organisatorische und logistische Rückgrat der gewaltsamen und nach behördlichen Berichten paramilitärisch durchorganisierten Angriffe auf die Bauplätze der kerntechnischen Anlagen in Brokdorf, Grohnde und später Gorleben lieferte 1976 und in den Jahren danach hauptsächlich ein militanter Kern aus KB (Nord), KBW, KPD, KPD-ML, GIM und auch DKP, wobei der „zivile Widerstand" schon 1976 den Segen von großen Teilen der Evangelischen Kirche hatte. Kader der „K-Gruppen", die sich schon damals stark mit dem terroristischen Umfeld überlappten, spielen heute wichtige oder führende Rollen innerhalb der Grünen. Mittlerweile existiert keine dieser Vereinigungen mehr als nennenswerte selbständige Organisation; beachtliche Teile des Mitgliederstamms sind bei den Grünen gelandet.

Beispielhaft ist die Entstehungsgeschichte des KBW, der teilweise aus dem Heidelberger **Sozialistischen Patientenkollektiv (SPK)** hervorging, aus dem

„Nukleare Lagekarte" der Grünen ca. 1983.

Gleich nach dem Mord an Prof. Beckurts und seinem Fahrer am 9. Juli identifizierte Franz Josef Strauß die „inhaltliche und geistige Linie" von den Gewalttätern der militanten Antikernkraft- und Friedensbewegung „zu den Mördern von Straßlach". Unerwähnt blieb jedoch auch hier der strategische Nutznießer des terroristischen Kleinkriegs gegen die Bundesrepublik. Unter anderem sagte Strauß: „Ich glaube, die Saat von Brokdorf, von Wackersdorf, über Gauting (wo im letzten Jahr der MTU-Vorstandsvorsitzende Ernst Zimmermann ermordet wurde) bis zum jetzigen Mord in Straßlach geht auf. Ich bin der Meinung, zwischen den Stahlkugelgeschossen in Wackersdorf und den Bombenlegern von heute gibt es nur einen rechtlichen Unterschied. Der geistige Hintergrund für das, was heute geschehen ist, ist auch bei den Stahlkugelschießern zu suchen."

Die Organisation **Freies Wackerland**, die an der Organisation und Logistik der Demonstrationen gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf führend beteiligt ist, weigerte sich dann auch, sich von dem Doppelmord der RAF zu distanzieren. Wörtlich heißt es in der Erklärung von Freies Wackerland: „Gewalt gegen Menschen wird von uns nicht befürwortet. Wir wollen uns jedoch auch nicht von der Aktion distanzieren. Die Firma Siemens, für die Beckurts tätig war, arbeitet für die Rüstung, und durch diese Rüstung müssen möglicherweise viele Menschen sterben."

Ex-RAF-Anwalt **Otto Schily** von den Grünen sieht die Angelegenheit viel unkomplizierter. In einem Interview, das der *Stern* am 17. Juli 1986 veröffentlichte, erklärte Schily: „Wissen Sie, wir haben es überhaupt nicht nötig, uns von solchen Attentaten zu distanzieren. Es gibt zwischen der Anti-Atomkraft-Bewegung und solchen Morden keinen Zusammenhang, es läßt sich auch keiner nur ansatzweise konstruieren."

Genau diesen Eindruck erweckten allerdings Schilys grüne Fraktionskollegen **Petra Kelly** und **Gert Bastian**, als sie auf einer Bonner Pressekonferenz am Tag nach den Morden von Straßlach die Anti-Kernkraft- und Friedensbewegung beschworen, im Hinblick auf das Attentat den Weg strikter „Gewaltfreiheit" zu beschreiten.

sich auch ein beträchtlicher Teil der RAF rekrutierte. Die KBW-Gruppen im Raum Heidelberg/Mannheim/Freiburg blieben während der 70er Jahre ein Schwerpunkt militanter und gewaltsamer Aktionen, die u.a. in Heidelberg zu schweren Straßenschlachten führten, und trugen die Argumentation der RAF-Szene mit Flugblättern und Plakaten an die Öffentlichkeit.

Horst Mahler, einer der Köpfe der ersten Generation der Baader-Meinhof-Terroristen, „konvertierte" während seiner Haftzeit zur maoistischen KPD und dann zur Berliner **Alternativen Liste (AL)**. Der Werdegang des ehemaligen „Kommunarden" **Dieter Kunzelmann** ist fast identisch. Kunzelmann betätigte sich Anfang der 70er Jahre in der terroristischen Szene Berlins. Nach mehrjähriger Haftzeit stieß er ebenfalls zur KPD und wurde dann Mitbegründer der AL. Aus der **Kommune I** stammt auch **Rainer Langhans**, der nach dem Aufruhr über den von **Rudolf Bahro** angestellten Vergleich der Grünen mit dem Aufstieg der Nazipartei im März 1985 verkündete: „Die Grünen entwickeln sich *inhaltlich* nach dem gleichen Muster wie die Nazis."

Der **Kommunistische Bund (Nord) (KB-NORD)** spielte im linksextremistischen Spektrum der 70er Jahre im norddeutschen Raum eine dominante Rolle. Zu den wichtigsten Gewaltaktionen gehörten die Auseinandersetzungen um Brokdorf und Grohnde, die Bremer Krawalle im Mai 1980 bei der Rekrutenvereidigung der Bundeswehr sowie später in Hannover. Hinzu kamen Ausschreitungen im Zusammenhang mit Hausbesetzungen in Göttingen, Hannover, Bremen und Berlin. Organisationen wie die **Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe (BUU)**, der **Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie** und dessen Lüneburger Anhängsel sowie die Hamburger **Bunte Liste** (Vorläufer der **Grün-Alternativen Liste — GAL**) sind stark KB-beeinflußt. Bei Unterstützungskampagnen für die RAF oder RZ spielte und spielt der KB eine traditionelle Rolle. Seine Monatszeitung *Arbeiterkampf* genießt nach wie vor hohes Ansehen unter terroristischen Kadern.

Die Phase 1976-78/79 mit den Großaktionen gegen Nuklearanlagen trug entscheidend zur Herausbildung des heutigen Stammes „autonomer" pro-terroristischer „Streetfighter" bei, der sich mittlerweile auf bis zu 10 000 Personen schätzen läßt. Eine gewisse Neuorientierung erfolgte 1979/80, als nicht mehr die frontale Attacke gegen „den Bauplatz", sondern „dezentrale" Angriffe auf die „Infrastruktur" (z.B. Transport von radioaktiven Abfällen) favorisiert wurden. Die Ausspähung von Transportrouten etc. wurde zum ständigen Betätigungsfeld der Szene, das von nun an ständig erweitert werden sollte. Der Einsatz dieser „Ressourcen" auch gegen Munitionstransporte, militärische Anlagen und Forschungseinrichtungen war damit bereits vorgezeichnet.

Bereits 1977 lagen der Bundesregierung Hinweise vor, daß Regierung und Nachrichtendienste der DDR an der Entfaltung der militanten AKW-Bewegung operationell beteiligt waren. Der damalige Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Gerhard Baum, teilte am 2.2.77 mit, daß der Bundesregierung nachrichtendienstliche Hinweise vorlägen, wonach die DDR-Regierung mit erheblichen finanziellen Mitteln gewaltsame Aktionen gegen den Bau von Kernkraftwerken in der Bundesrepublik unterstütze. Bereits Ende Januar 1977 erklärte Gerhard Stoltenberg, damals Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, es gebe Hinweise dafür, daß die DDR mehrere hunderttausend D-Mark zur Unterwanderung von Bürgerinitiativen bereitgestellt habe.

Als Pendant des militanten Flügels der Anti-Kernkraft-Bewegung existierten seit jeher die sog. „gewaltfreien" Strömungen, deren Abgrenzung von der seit Ende der 70er Jahre nicht mehr abreißenden Serie von Gewalt jedoch vorwiegend taktischer und kosmetischer Natur sind. Ähnliches muß man hinsichtlich des Fraktionskampfs zwischen der „Stahlkugelfraktion" und gemäßigten Grünen befürchten.

Wichtigste organisatorische Säule der „gemäßigten" Umweltschützer ist der **Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU)**, dessen offizieller „Aktionskatalog" sich von Aufrufen zum militanten Widerstand jedoch kaum unterscheidet.

Der BBU wurde im Juni 1972 in Mörfelden (bei Frankfurt) unter wesent-

licher Mitwirkung des damaligen hessischen Landtagsabgeordneten und protestantischen Pfarrers **Kurt Oeser** gegründet. Oeser war damals Umweltschutzbeauftragter der Evangelischen Kirche in Hessen-Nassau und gilt als einer der fanatischsten Ideologen der frühen Ökologiebewegung, der bereits im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um Brokdorf aktiv war. Pfarrer Oeser ist ein gutes Beispiel für die Geburtshelferrolle, die die Evangelische Kirche bei den Anfängen der grünen Bewegung spielte. Diese Entwicklung wurde eindrucksvoll in dem 1979 erschienenen Aufsatz „Das grüne Gewissen der Evangelischen Kirche" beschrieben (Vgl. „Die grüne Gefahr", Campaigner Publications, Wiesbaden 1979).

Ein großes Mitgliederkontingent der Grünen rekrutierte sich aus dem BBU, der als gemeinnützige Vereinigung anerkannt ist. Petra Kelly und Roland Vogt, beide später im Bundesvorstand der Grünen, bestritten zusammen mit dem jetzigen saarländischen Umweltminister Joseph Leinen (SPD) die zweite Generation der BBU-Führung. Alle drei waren vorher bei den **Jungen Europäischen Föderalisten (JEF)** tätig gewesen, die bereits Anfang der 70er Jahre Nullwachstumspropaganda, Polemik gegen den souveränen Nationalstaat und Forderungen wie „Anerkennung der DDR", „Demokratische Kontrolle der Rüstungsindustrie", Errichtung einer „militärisch-verdünnten Zone", „Verminderung der Präsenzstärke der Bundeswehr" etc. verbreiteten.

Das Tätigkeitsfeld des BBU erstreckte sich keineswegs nur auf den „Umweltschutz" (hier erfolgten gemeinsame Aktionen mit dem ebenfalls gemeinnützigen **Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland (BUND)**), sondern umfaßte auch bereits Themen der späteren Friedensbewegung (gemeinsame Veranstaltungen gab es u.a. mit der **Deutschen Friedensgesellschaft — Vereinigte Kriegsdienstgegner — DFG-VK**) sowie der Hausbesetzerbeweung.

Von Anfang an mischte beim BBU ein kleiner, aber hochaktiver Stamm von **DKP**-Mitgliedern mit. 1980 erfolgte seitens des BBU eine deutliche Wahlempfehlung zugunsten der Grünen.

Terroristisches Umfeld, „Spontis", Alternative

Nach der terroristischen Eskalation und Herausbildung einer militanten Anti-Kernkraft-Bewegung Mitte der 70er Jahre verbreitete sich gegen Ende des Jahrzehnts eine geistig-soziale Grundhaltung, die mit „neuer Jugendrevolte", „Nullbock" und Slogans wie „Macht kaputt, was euch kaputt macht" umschrieben wird. Im Januar 1978 fand in Berlin der sog. „TUNIX-Kongreß" statt, bei dem sich mehrere tausend „No Future"-Anhänger unter der Parole „Das ‚Modell Deutschland' zerstören und durch Tunix ersetzen" trafen.

Fast gleichzeitig gab sich die scheinbar unorganisierte „Alternativ"-Bewegung zunehmend durchstrukturierte Institutionen, die heute weite Teile der verschiedensten Gesellschaftsbereiche beeinflussen, wenn nicht gar beherrschen. Ein gutes Beispiel für diese Entwicklung ist das 1978 gegründete Projekt **NETZWERK Selbsthilfe — Fonds für politische und alternative Projekte** und die damit liierte Berliner *Tageszeitung (TAZ)*, die bis heute eine wichtige Rolle als Kommunikationsorgan für Grüne, Alternative und pro-terroristische Strömungen spielt. NETZWERK diente außerdem als wichtiges Hilfsmittel der radikalen Berliner Hausbesetzerbewegung. Aus einem im Herbst 1984 veröffentlichten Bericht der Berliner Sicherheitsbehörden ergibt sich, daß die z.T. mehrere Jahre dauernde Besetzung ganzer Gebäudekomplexe und vor allem die anschließende „Legalisierung" besetzter Häuser zur Entstehung praktisch „rechtsfreier Gebiete" führten. Dadurch wurden behördliche Maßnahmen schlicht unmöglich gemacht. In den rechtsfreien Räumen entstand eine Infrastruktur, aus der heraus die „Szene" relativ ungefährdet agieren kann. Andererseits stellte NETZWERK auf höherer Ebene ein wesentliches Instrument der erweiterten Logistik und „Vernetzung" der alternativen Subkultur und „Ökonomie" dar. 1980 brüstete NETZWERK sich bereits mit ca. 11 500 geförderten Projekten, 80 000 Mitarbeitern und 250 000 Symphatisanten.

Von Anfang an war bei NETZWERK eine Überlappung mit dem pro-terroristischen Spektrum zu erkennen. Andererseits fanden sich unter dem

Gründer- und Unterstützerkreis von NETZWERK und der gleichzeitig entstandenen *Tageszeitung* zahlreiche Personen, die heute als Aktivisten oder Abgeordnete der Grünen auftreten. Ein Auszug aus der Unterstützer- und Gründerliste von NETZWERK: **Heinrich Albertz**, **Carl Amery**, **Joseph Beuys**, **Daniel Cohn-Bendit** (1986 Bürgermeisterkandidat der Frankfurter Grünen), **Benedikt Härlin** (grüner Europaabgeordneter), **Milan Horacek** (1983 grüner Bundestagsabgeordneter), **Robert Jungk**, **Martin Mombaur** (1979 Vorstandsmitglied des BBU, später grüner Landtagsabgeordneter in Niedersachsen), **Theo Pinkus** (Schweizer „Alt-Kommunist" und Berater der 1984 mit Hilfe von NETZWERK und der anthroposophischen „Aktion Dritter Weg" gegründeten „Ökobank"), **Otto Schily** (1983-1986 grüner MdB), **Dirk Schneider** (1983 für die Alternative Liste in den Bundestag eingezogener Abgeordneter, Mitbegründer der terroristischen Zeitschrift *Radikal*), **Manfred Siebker** (Club of Rome und ECOROPA), **Johano Strasser**, **Hans Christian Ströbele** (grüner MdB), **Holger Strohm**, **Klaus Traube**, **Roland Vogt** (1983 grüner MdB).

Stellvertetend für eine Vielzahl von Aktionen mit gewalttätigen Ausschreitungen, wie etwa die Bremer Krawalle vom Mai 1980, die zumindest implizit von den Grünen gedeckt wurden, ist die Frankfurter Anti-Startbahn-Kampagne zu nennen, die bis heute Quelle gewaltsamer Aktionen und obligatorische Durchgangsstation bei der „Ausbildung" militanter Störer ist. Der „Widerstand" gegen die Startbahn-West gehörte von Anfang an zu den Agitationsschwerpunkten der hessischen Grünen, und viele grüne Mitglieder nahmen an rechtswidrigen Aktionen am Frankfurter Flughafen teil. Vor allem bei der Großdemonstration im November 1981, die von der von den Grünen mitgetragenen **Arbeitsgemeinschaft Volksbegehren und Volksentscheid — Keine Startbahn West** durchgeführt wurde, kam es zu gravierenden Zwischenfällen. **Alexander Schubart**, ehemaliger Frankfurter Magistratsdirektor, der wegen seines Aufrufs, dem Flughafen „einen Besuch abzustatten", rechtskräftig Gefängnis auf Bewährung verurteilt wurde, erfreut sich noch heute der Unterstützung der hessischen Grünen.

Neue Linke DKP- und DKP-beeinflußte Organisationen

Ein weiteres Mitgliederkontingent der Grünen rekrutierte sich aus dem **Sozialistischen Büro (SB)**, seit Anfang der 70er Jahre Sammelstelle für „unabhängige Linke". Einer seiner Begründer ist **Klaus Vack**, Veteran der Ostermarschierer der 50er Jahre und der APO. Vack ist auch Vorsitzender des **Komitees für Grundrechte und Demokratie**. Noch im Verfassungsschutzbericht 1983 wird das SB unter der Rubrik „Revolutionäre marxistische Gruppen" als Organisation der „sozialistischen revolutionären Bewegung" auf dem Weg zur „revolutionären Umwälzung" aufgeführt.

Vom SB zu den Grünen wechselten u.a. **Rudolf Bahro**, **Willi Hoss** und **Jutta von Ditfurth**, jetzt „fundamentalistisches" Mitglied des grünen Bundesvorstandes.

Teile des SB sprachen sich bereits 1979 für die Grünen aus. Im Februar 1980 empfahl der Delegiertenrat des SB die Mitarbeit in den grünen und bunten Wahlinitiativen. Auf den SB-Treffen „Sozialistische Konferenz" (Mai 1980) und „Großer Ratschlag" (Juni 1980) wurde das Verhältnis „Ökologie und Sozialismus" weiter debattiert. Beteiligt waren neben SPD-Mitgliedern und Grünen diverse K-Gruppen und Trotzkisten, an dem Juni-Treffen auffallend viele DKP-Funktionäre.

Rechtsextremisten, Alt- und Neonazis

Neben den beschriebenen Anarchisten, Alternativen, Linksextremisten und Terrorismus-Symphatisanten sind die zahlreichen Alt- und Neonazis aus dem grünen Spektrum nicht mehr wegzudenken. Meist mit dem Attribut „wertkonservative Grüne" umschrieben, findet sich diese Strömung auch in puncto Anti-Amerikanismus bzw. Neutralismus, vor allem aber aufgrund der gemeinsamen ideologischen Wurzeln — dem Haß auf das Menschenbild der Renaissance und die westliche Kultur — in Einklang mit den „linken" Kadern.

Vertreter des rechtsextremistischen Spektrums waren führend am Aufbau der Grünen beteiligt. Personifiziert wird diese Tatsache am besten durch **August Haußleiter**, der in den 50er Jahren die rechtsradikale **Deutsche Gemeinschaft** initiierte, eine der Gruppen des damals aufkeimenden neutralistisch-rechtsextremen Lagers (**Deutsche Reichspartei**, **Sozialistische Reichspartei**, **Deutsches Kulturwerk Europäischen Geistes** etc.). Haußleiters 1965 von Nazi-Finanzminister **Hjalmar Schacht** mitgegründete **Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)** war 1979 Teil des Wahlbündnisses zur Europawahl „Sonstige Politische Vereinigung — Die Grünen. Heute ist die AUD weitgehend in den Grünen aufgegangen. AUD-Funktionäre wie **Dieter Burgmann** und **Hannelore Saibold** wurden 1980 in den Vorstand der Grünen gewählt. Interessanterweise waren es gerade AUD-Grüne, die sich vehement für die Doppel-Mitgliedschaft der K-Gruppen-Kader aussprachen, so wie Vertreter der K-Gruppen zu den aktivsten Verteidigern von bei den Grünen entdeckten Altnazis wie Gustine Johannsen zählten. Bereits auf dem Dortmunder Parteitag der Grünen mußte Haußleiter vom Vorstand zurücktreten, da seine rechtsextreme Vergangenheit allzusehr ins Gerede gekommen war. Allerdings wurde er niemals aufgefordert, sich von der Organisation zu trennen, sondern ist im Gegenteil bis heute Herausgeber, Verleger und verantwortlicher Redakteur des grünen Parteiorgans *Die Grünen*. Außerdem verblieben die anderen AUD-Funktionäre im Bundesvorstand der Grünen, unangefochten auf ihren Posten.

Die bei den Grünen vertretenen rechtsextremistischen Elemente lassen sich grob durch folgende Strömungen charakterisieren:

— Solidaristen und Nationalrevolutionäre wie der **Bund Deutscher Solidaristen** (Organ *Neue Zeit*); die Gruppe **Wir Selbst** (stark libysch unterstützt, Theoretiker **Henning Eichberg**); diverse nationalrevolutionäre Gruppen wie um die Postille *Aufbruch*, deren Herausgeber noch heute aktives Mitglied der Grünen in NRW ist.

— traditionelle Rechtsextremisten à la NPD (starke anti-Kernkraft- und Umweltschutzpropaganda, Unterstützung des Grünen-Vorläufers GLU); **Weltbund zum Schutz des Lebens** (Baldur Springmann, der u.a. auch lobende Worte für den Autor der „Auschwitz-Lüge" Thies Christophersen fand, kommt aus dieser Organisation); **Gesellschaft für biologische An-**

Grüner Rudolf Hess

Wer sich vor einigen Jahren über das Engagement **Daniel Cohn-Bendits** (grüner Bürgermeisterkandidat in Frankfurt) für die Freilassung von **Rudolf Hess** noch gewundert hatte, wurde am 21.3.1986 von der britischen Tageszeitung *Daily Telegraph* aufgeklärt. Der *Telegraph*-Journalist schrieb dort unter der Überschrift „Rudolf Hess jetzt gegen Kernenergie": „Adolf Hitlers Patensohn, Wolf Hess, erzählte mir gestern die spannende Geschichte, wie sein inhaftierter Vater Rudolf Hess dazu kam, mit der linksradikalen Grünen-Partei in West-Deutschland zu sympathisieren. Die Ansichten des 92jährigen Hess über Umweltverschmutzung und Umweltfragen sind sehr stark ausgeprägt. ‚Er ist gegen Kernenergie', sagt Wolf Hess, ‚weil niemand weiß, wie man den Müll sicher lagern kann'. Hess beschrieb seinen Vater als ‚einen Grünen mit gesundem Menschenverstand'."

Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (Dr. Jürgen Rieger, stark im Umweltschutz engagiert); **Europäische Neue Ordnung**.
— Rechtsterroristen à la Michael Kühnen, der im Februar 1982 „Aktionseinheiten" mit Alternativen, Friedensbewegung und Anti-Atomkraftbewegung gegen „dieses System" forderte, oder Karl-Heinz Hoffmann, der im Herbst 1984 sagte: „Die Grünen müßten mich umarmen, wenn sie wüßten, wie grün ich bin." Manfred Roeder: „Wir von der deutschen Bürgerinitiative haben (...) in Brokdorf mit sogenannten linken Gruppen gemeinsam demonstriert."

Organisatorischer Werdegang der Grünen

Die ersten grünen Parteien und Listen, die sich an Wahlen beteiligten, wurden 1977 auf Landesebene gegründet. Älteste Gruppierung ist die in Niedersachen im Dezember 1977 gegründete **Grüne Liste Umweltschutz (GLU/N)**, die sich trotz Beteiligung linksextremistischer Elemente „gemäßigt" gab und bei den niedersächsischen Landtagswahlen 1978 3,9 % erhielt.

Ähnliche „gemäßigte" Listen wurden in Schleswig-Holstein, Hessen, Baden-Württemberg und Bremen gegründet. Die **Grüne Liste Schleswig-Holstein (GLSH)** wurde von dem in rechtsextremistischen Kreisen verkehrenden „Ökobauern" Baldur Springmann geleitet und erzielte bei der Landtagswahl 1979 2,4 %.

Die im Frühjahr 1979 gegründete **Bremer Grüne Liste (BGL)** zog als erste grüne Organisation bei der Bürgerschaftswahl im Oktober 1979 ins Parlament ein. Sie wurde sowohl von „Konservativen" wie Herbert Gruhl als auch „Linken" wie Dutschke unterstützt.

Im Herbst 1979 gründete sich schon vor der Bundespartei der Landesverband **Die Grünen Baden-Württemberg**, dessen Kandidaten im März 1980 ins Stuttgarter Parlament einzogen. Getragen wurde der Landesverband anfangs von Herbert Gruhls **Grüne Aktion Zukunft (GAZ)**, der AUD (der auch der grüne MdL Wolf-Dieter Hasenclever angehörte) und dem stark anthroposophisch gefärbten **Achberger Kreis**.

In Hessen entstand 1978 die **Grüne Liste Hessen (GLH)**, ein Zusammenschluß der „gemäßigten" GLU Hessen mit der **Grünen Liste — Wählerinitiative für Umweltschutz und Demokratie (GLW)**, die die militanten Elemente der Frankfurter Szene repräsentierte. Kurz vor der Landtagswahl 1978 ging das Bündnis wegen Auseinandersetzungen um die Kandidatur von **Daniel Cohn-Bendit**, der u.a. die Freigabe von Haschisch forderte, wieder auseinander.

Als direktes Sammelbecken alternativ-anarchistischer, linksextremistischer und pro-terroristischer Gruppen enstanden „bunte" und „alternative" Listen in Hamburg und Berlin als Landesverbände. Die Berliner **Alternative Liste für Demokratie und Umweltschutz (AL)** wurde im Oktober 1978 gegründet. Mitbegründer waren u.a. **Horst Mahler** und **Dieter Kunzelmann** sowie weitere Personen aus dem terroristischen Spektrum. Sehr stark war auch der Einfluß der maoistisch-militanten KPD, die fast mit ihrem gesamten Personalbestand in die AL abwanderte. Nach der Auflösung des Berliner Landesverbandes der Grünen wegen neonazistischer Dominanz sollte die AL Anfang 1985 offiziell grüner Landesverband werden.

Ähnliches vollzog sich in Hamburg, wo sich im Januar 1978 zunächst die **Bunte Liste/Wehrt Euch (BuLi)** gründete, die das gleiche Spektrum wie die AL in sich vereinigte. Die BuLi stand von Anfang an unter starkem Einfluß des **Kommunistischen Bund (Nord) (KB-NORD)**, dessen **Gruppe Z** geschlossen zu den Grünen übertrat. Nach verschiedenen fraktionellen Auseinandersetzungen wurde als Nachfolgeorganisation der BuLi die **Grün-Alternative Liste (GAL)** gegründet. Diese Hamburger Gruppierung beeinflußt bis heute stark den Kurs der Bundes-Grünen.

Der erste Schritt zur überregionalen Wahlbeteiligung erfolgte im März 1979 durch die Gründung der **Sonstigen Politischen Vereinigung — Die Grünen (SPV Die Grünen)** als Wahlbündnis für die Europawahl 1979. Das Bündnis setzte sich aus der AUD, der GAZ, GLU, GLSH, einigen anthroposophischen Gruppen und weiteren Bürgerinitiativen zusammen. Die bun-

ten und alternativen Listen beteiligten sich an dieser Initiative noch nicht. Petra Kelly, Herbert Gruhl und Roland Vogt führten die Kandidatenliste an.

Richtungsweisend für den weiteren Werdegang der Grünen als Partei auf Bundesebene waren die Versammlungen und Kongresse im Zeitraum 1979/80, die in Offenbach (Programmdebatte), Karlsruhe (Gründung), Saarbrücken und Dortmund stattfanden.

Bereits der Gründungsparteitag am 13.1.1980 in Karlsruhe zeigte den bestimmenden Einfluß der KB-Nord-Mitglieder (**Jürgen Reents**) und Radikalen, die sich u.a. in der Frage der Doppelmitgliedschaft, des Wirtschaftsprogramms und der Haltung zum Grundgesetz durchsetzten.

Auch auf dem Programmparteitag der Grünen im März 1980 in Saarbrücken erzielte das bunt-alternative Lager einen Abstimmungserfolg nach dem anderen.

Entsprechend fielen die entscheidenden Programmpassagen aus. Im Abschnitt „Wirtschaft und Arbeitswelt" wurde u.a. die Errichtung von „Wirtschafts — und Sozialräten" gefordert, unter der Rubrik „Außen — und Friedenspoltik" die „Auflösung der Militärblöcke" und insbesondere die „einseitige Abrüstung", die im „eigenen Land beginnen" müsse, „soziale Verteidigung" und „Abbau der Bundeswehr" sowie langfristig „eine Abschaffung des Militärdienstes".

Die 1985 gefaßten Beschlüsse der Grünen zum sexuellen Mißbrauch von Kindern waren bereits im 1980 diskutierten Programm angelegt. Zu den damaligen Forderungen zählten: „Abschaffung, das heißt, ersatzlose Streichung der §§ 174-76 StGB: frei vereinbarte liebevolle, zärtliche, gewaltfreie sexuelle Beziehungen unter Kindern, zwischen Kindern und Jugendlichen und zwischen Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen haben im Strafgesetzbuch nichts zu suchen." „Recht für Kinder auf ‚Scheidung' von ihren Eltern." „Schrittweise Abschaffung aller Erzieherheime und Psychiatrien." „Abschaffung der Schulpflicht."

Der erste Parteitag der Grünen in Dortmund am 21./22.6.1980, der die Positionen der Grünen zur Bundestagswahl festlegen sollte, bestätigte den bisherigen Trend. Aufschlußreich waren Ergänzungen zu dem Abschnitt der Wahlplattform „Demokratie und Recht", die von dem AL-Vertreter Dieter Kunzelmann eingebracht und vom Parteitag akzeptiert wurden. In der verabschiedeten Fassung sprechen sich die Grünen „gegen jede Art von Isolationshaft (z.B. Hochsicherheitstrakte)" aus, für ein „Verbot jeder Zwangsverteidigung" und gegen „Verfolgung von Rechtsanwälten wegen ihrer Tätigkeit als Verteidiger" („Die Anti-Terroristen-Gesetzgebung muß aufgehoben werden."), weiterhin für die Aufhebung der „umfassenden Eingriffsbefugnisse der Polizei wie Kontrollstellen" („Durchsuchungen von Gebäudekomplexen müssen aufgehoben werden. Es darf keine Todesopfer durch polizeilichen Schußwaffengebrauch mehr geben."), für die „Abschaffung des Radikalenerlasses, Aufhebung aller Berufsverbote."

Aufgrund der internen Auseinandersetzungen mit dem bunt-alternativen Lager trennten sich nach dem Dortmunder Parteitag Springmann und die GLSH, Gruhl, die Bremer Grünen Dinné, Brox, Laaf und Vogel, sowie weitere Personen aus anderen Landesverbänden, von der Bundespartei. Diese Strömung ist heute größtenteils in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) aufgegangen.

Der in Dortmund neu gewählte Bundesvorstand setzte sich aus Petra Kelly, den ehemaligen AUD-Funktionären Burgmann und Saibold, Bettina Höltje (seit 1977 in der Hamburger BuLi aktiv), Erich Knapp und fünf weiteren Personen zusammen, die größtenteils aus der SPD kamen.

Seitdem es in verschiedenen Bundesländern auf kommunaler Ebene und seit 1983 in Hessen zunächst als „Tolerierung" einer SPD-Minderheitsregierung und dann als offizielle Koalition mit einem grünen Minister und zwei grünen Staatssekretären zu Regierungsbündnissen zwischen den Grünen und der SPD kam, werden die Bundesversammlungen der Grünen von den Auseinandersetzungen zwischen den sog. „Fundamentalisten" und „Realpolitikern" bestimmt. Zu den fundamentalistischen Sprechern, die die Mitverantwortung am „Atomstaat" ablehnen, zählen insbesondere die

Hamburger KB-Fraktion (**Thomas Ebermann, Rainer Trampert**) sowie Petra Kelly, Jutta von Ditfurth und die Frankfurter Römer-Abgeordneten etc. Als Exponenten der entgegengesetzten Fraktion gelten **Joseph Fischer**, hessischer Minister für Umwelt, und Otto Schily, den Gerhard Schröder aus Niedersachsen sich 1984 schon als Kabinettskollegen vorstellen konnte. Bei genauerer Betrachtung erscheinen diese fraktionellen Differenzen jedoch als geschickte Taktik, um so die Unterstützung durch das gesamte grüne Spektrum von „militant" bis „gemäßigt" sicherzustellen.

Beispielsweise kommentierten Beobachter der grünen Szene die Wahl **Gertrud Schillings** auf Platz 1 der hessischen Landesliste der Grünen als Sieg über den radikal-ökologischen Fundamentalistenflügel um Jutta von Ditfurth. Tatsächlich war es aber Gertrud Schilling, die 1982 zum libyschen Diktator Gaddafi reiste und wegen ihrer Demonstrationsaktivitäten an der Frankfurter Startbahn mit einem Disziplinarverfahren belegt worden war. Unterschiede lassen sich allenfalls daran festmachen, wie grüne Funktionäre sich jeweils staatlicher Gelder bedienen. („Realpolitiker" Roland Kern von den hessischen Grünen: „Wir haben gelernt, daß nur gut bezahlte Leute auch gute Politik machen.")

In der Programmdiskussion der Grünen setzten sich die bisherigen Trends fort, und nach der letzten Bundesversammlung vom Mai 1986 in Hannover sind die Hoffnungen auf allmähliche Mäßigung im Hinblick auf kommende rot-grüne Koalitionen wieder einmal zerplatzt. Zu den dort gefaßten Beschlüssen gehört die Forderung nach dem bedingungslosen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO, Abschaffung von Bundesgrenzschutz, Verfassungsschutz und Bereitschaftspolizei, Freigabe der Abtreibung bis zum Tag der Geburt und Absage an das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes. Im Bereich der Wirtschaftspolitik wird neuerdings ein grünes „Umbauprogramm" diskutiert, das den jetzigen Industriestaat Bundesrepublik durch schrittweise Strangulierung mittels eines strengen Systems von Auflagen, Gesetzen und Verordnungen in die ökologische Zwangsjacke pressen soll. Neu daran ist nur, daß diese Perspektive — betrachtet man beispielsweise die Kampagne des grünen hessischen Umweltministers gegen die Nuklearfabriken Nukem und Alkem — angesichts des grünen Machtzuwachses immer realistischer wird. Im Rahmen der Diskussion, inwieweit ein solches „Umbauprogramm" mit den ursprünglichen Grundprinzipien der Grünen vereinbar sei, fand sich in der linksradikalen *Tageszeitung* vor kurzem die bezeichnende Bemerkung eines radikal-ökologischen Grünen: „Was nützen eigentlich Auflagen (gegenüber kapitalistischen Unternehmen), die erfüllbar sind?"

Zur Entstehungsgeschichte der Grünen liegen mittlerweile eine Reihe von ausführlichen Studien vor, auf die wir unsere Leser freundlich hinweisen möchten:

- „Wer organisierte die Anti-Kernkraft-Bewegung als Fußtruppen im Energiekrieg? Die grüne Gefahr", Campaigner Publications, Wiesbaden, 1979.
- „Unvereinbar: Club of Rome und Menschenrecht!" Campaigner Publications, Wiesbaden, 1980.
- „Stoppt die grüne Gefahr! Die historischen Wurzeln des grünen Faschismus." Wiesbaden, 1982.
- „Die Grünen zu Gewalt und Terrorismus: die Bundesrepublik unregierbar machen." In: *Spuren und Motive*, EIR-Nachrichtenagentur, Wiesbaden, April 1983.
- „Wer sind die ‚grünen' Parlamentarier?" In: *Spuren und Motive*, EIR-Nachrichtenagentur, Wiesbaden, April 1983.
- „Die grüne Gefahr für unsere Republik. Die aktuelle Lage. Dokumentation zur Verfassungswidrigkeit der Grünen." Campaigner Publications, Wiesbaden, Oktober 1983.
- „Schluß mit dem grünen Terror!" Campaigner Publications, Wiesbaden, 1984.
- „Grüne Wahlerfolge gleichen Machtergreifung der Nazis in den 30er Jahren." In: *Spuren und Motive*, EIR-Nachrichtenagentur, Wiesbaden, August/September 1984.
- „Die grüne Sammlungsbewegung. Studie und Dokumentation zur Verfassungswidrigkeit der Grünen." EIR-Nachrichtenagentur, Wiesbaden, März 1985.

Aus dem Programm der GRÜNEN

Auszüge aus dem grünen Wahlprogrammentwurf '87, der auf der Bundesversammlung der Grünen in Hannover im Mai 1986 diskutiert wurde:

Die grünen Forderungen zum Bereich **Innere Sicherheit** werden bereits in der Einleitung zusammengefaßt: „Ein Staat, der gegen seine Bürger rüstet, kann nicht unser Staat sein!"

Unter der Überschrift **„Demokratie und Recht"** fordern die Grünen dann:

„— Weitestmögliche Entkriminalisierung u.a. bei Bagatelldelikten, der Strafbarkeit des Drogenkonsums, dem § 218, dem politischen Strafrecht bis hin zur Streichung der §§ 129 und 129 a". (D.h. nach dem Willen der Grünen soll die Bildung „krimineller" und „terroristischer Vereinigungen" künftig straffrei sein!

„— Stufenweise Abschaffung des Freiheitsentzugs und der Gefängnisse ..."

„— Abschaffung aller Sonderhaftbereiche (u.a. des Hochsicherheitstrakts) und Abschaffung lebenslanger Freiheitsstrafen und Sicherheitsverwahrung."

Hinsichtlich der Sicherheitsorgane sieht der Programmentwurf vor:

„— Die Grünen wollen keinen gläsernen Menschen, sie wollen den gläsernen Staat."

„— Entmilitarisierung der Polizei sowie Auflösung des Bundesgrenzschutzes und des Verfassungsschutzes ..."

Zum Thema **Rechtsentwicklung, Rassismus und Neofaschismus** meint der grüne Programmentwurf, der Rechtsextremismus gehöre zu den „politischen Problemen, deren Ursprung in den gesellschaftlichen Verhältnissen liegt," und die „letztlich mit Polizei und Justizmaßnahmen nicht geleistet werden können. DIE GRÜNEN fordern: Verbot und Auflösung faschistischer und rassistischer Organisationen und Parteien mit Ausnahme von sog. Jugendbanden ..."

Der **Datenschutz** soll auf die Spitze getrieben werden:

„Zur Durchsetzung des Rechts auf informelle (!) Selbstbestimmung sind nach Meinung der GRÜNEN umfassende Datenschutzbestimmungen notwendig:

— Keine Volkszählung, keine maschinenlesbaren Ausweise, keine Schleppnetzfahndung.

— Verbot der direkten Datenverbindung zwischen Behörden mit unterschiedlichen Aufgaben.

— sofortige Annullierung des Zusammenarbeitsgesetzes (ZAG); strikte Trennung der Datenbestände von Polizei und Sicherheitsbehörden, solange diese bestehen (!).

— Verbot der Speicherung von zur Diskriminierung geeigneten Merkmalen (z.B. Schwule, Punker, Sinti) ..."

Homosexuellen stünden unter grüner Herrschaft rosige Zeiten bevor:

„Homo- und Hetero-Sexualität sind gleichwertige Formen sexueller Orientierung — unser Einsatz für die Befreiung der Sexualität muß den Kampf für eine menschenwürdige Gesellschaft begleiten. Im Kampf gegen die Diskriminierung von Homosexuellen fordern DIE GRÜNEN u.a.:

„— Streichung des Begriffes ‚Homosexualität' aus dem Krankheitsregister der Weltgesundheitsorganisation. ...

— Lehrer sollen die vielfältigen Aspekte und Erscheinungsformen der Sexualität im Unterricht aufgreifen.

— Die AIDS-Forschung muß intensiviert... werden. ... Oft vorgeschlagene administrative ‚Problemlösungen' (wie Meldepflicht, Isolierung von Erkrankten und Infizierten) sind untauglich und diskriminierend ..."

Unter anderem soll Artikel 6 der Grundgesetzes den Grünen zum Opfer fallen: „Die Grünen treten für eine Wahlfreiheit der Lebensformen ein. ... Abschaffung des besonderen Schutzes der Ehe und Familie (Art. 6 GG)."

Im Kapitel **Frauen**: „Wir fordern deshalb unter anderem: Ersatzlose Streichung des § 218."

Eine grüne **Verteidigungspolitik** gibt es nicht, da offenbar nicht erst im Falle eines Angriffs auf die Bundesrepublik die bedingungslose Kapitulation vorgesehen ist:

„Ein einseitiger, bedingungsloser Verzicht der Bundesrepublik auf neue Waffengenerationen und einseitiger Abbau bestehender Rüstungspotentiale kann einen Einstig in eine mehrseitige Abrüstungsdynamik bewirken. Die Bundesrepublik kann und muß solche ersten Abrüstungsschritte durchführen, weil:

— die bei uns angehäuften Waffenpotentiale im Falle eines Krieges ohnehin all das zerstören würden, was verteidigt werden soll;

— einseitige Abrüstung die konsequenteste Politik gegen den offensiven Kurs der NATO ist. Sie vermindert die Mittel zur Führung von Kriegen und durchkreuzt damit Kriegführungsoptionen;

— einseitige Abrüstungsschritte und eine konsequente Politik militärischer Nichtbedrohung und ideologischer Abrüstung die wirksamsten vertrauensbildenden Maßnahmen sind.

Entscheidende Elemente einer Strategie einseitiger Abrüstungsschritte sind für uns:

1. sofortiger und bedingungsloser Abbau und Abzug von Pershing II und Cruise Missiles

...

3. Kündigung des Wartime Host Nation Support (WHNS) mit den USA ...
4. Keine bundesdeutsche Beteiligung an SDI, EVI und Eureka
5. Beseitigung der atomaren Gefechtsfeldwaffen;
6. Beseitigung der chemischen Waffen;

...

8. Abzug aller ausländischen Streitkräfte aus der BRD;

...

Eine solche Politik der Bundesrepublik wird bei einem endgültigen Verzicht auf alle Gebietsansprüche und ‚Wiedervereinigungs'-Optionen nicht ohne Rückwirkung auf die Warschauer-Pakt-Staaten bleiben, denn diese Staaten könnten somit ihre Handlungsspielräume gegenüber ihrer Blockvormacht erweitern."

Unter **internationaler Solidarität** verstehen die Grünen:

„Entwicklungspolitik ist für DIE GRÜNEN die Unterstützung von Selbstbestimmungs- und Gegenmachtvorstellungen emanzipatorischer Bewegungen in der Dritten Welt und solcher Staaten, die selbstbestimmte, an den Interessen der Bevölkerung orientierte Entwicklungswege gehen. DIE GRÜNEN sind eine Partei, die sich zur Umsetzung ihrer Ziele grundsätzlich zur Gewaltfreiheit verpflichtet hat. Dennoch respektieren wir die Entscheidung anderer Völker in ihrem Befreiungsprozeß auch bewaffnete Widerstandsformen einzusetzen. ... DIE GRÜNEN wehren sich ebenso gegen eine Diffamierung des bewaffneten Kampfes, wie gegen seine unkritische Glorifizierung."

Der Programmkommission gehörten u.a. an: Roland Vogt und Wilhelm Knabe, Gründungsmitglied und ehemaliger Vorstandssprecher der GRÜNEN, der 1959 in der DDR „Pazifist" wurde, daraufhin in den Westen floh und sich seit der ersten Stunde der Grünen für deren Offenheit gegenüber den „K-Gruppen" stark machte.

Fallbeispiel:

Die sogenannte „Landkommune" Longo Mai

Im strategisch brisanten Dreiländereck, der Alpenregion, wo sich die Grenzen Frankreichs, Deutschlands und der Schweiz treffen, existiert seit 1973 die „alternative" Landkommune **Longo Mai**. Sie liefert ein beredtes Beispiel, welche vielfältigen operativen Möglichkeiten unter dem Deckmantel des „Umweltschutzes" arbeitende Organisationen bieten können.

Neben den Höfen und alternativen Betrieben in der Haute Provence unterhält Longo Mai Unternehmungen in Österreich, der Schweiz, früher auch in der Bundesrepublik, sowie in Costa Rica, wo sich ausgedehnter Immobilienbesitz der Kommune befindet. Millionen von Spendengeldern flossen in allerlei Hilfsfonds für krisengeschüttelte Landwirtschaftsregionen, alternative Produktionsstätten und vor allem eine Hilfsoperation für Nikaragua-Flüchtlinge.

Da die Beträge der von Longo Mai gesammelten Spendengelder immer in krassem Mißverhältnis zu den sichtbaren Ergebnissen standen, reißen seit den siebziger Jahren Gerüchte über Mißwirtschaft, Veruntreuung und Geheimoperationen nicht ab. Mit einer Unzahl von Gerichtsverfahren versuchte die Longo Mai-Führung in Basel, wo sich der offizielle Geschäftssitz der „Europäischen Kooperative Longo Mai" befindet, gegen kritische Zeitungsartikel vorzugehen, die den Sektencharakter der Organisation, paramilitärisches Training, Geldverschwendung, die gewalttätigen Methoden führender Mitglieder und die schamlose Ausnutzung der Arbeitskraft junger Anhänger beschrieben. Journalisten, die bei den Longo Mai-Kommunen recherchieren wollten, wurden brutal zusammengeschlagen, was in mehreren Fällen die strafrechtliche Verurteilung von Longo Mai-Führern zur Folge hatte.

Genau wie die grüne Bewegung rekrutierte Longo Mai sich zu Anfang aus militanten Jugendgruppen, z.B. der Schweizer Lehrlingsgruppe **Hydra** oder der österreichischen Gruppe **Spartakus**, die gegen „kapitalistische Ausbeutung", „Militarismus", „Polizeistaat" mobil machten und bereits mehrfach mit den Behörden in Konflikt kamen. In einem ähnlich radikalisierten Milieu entstand Anfang der siebziger Jahre eine Kommune halbwüchsiger Anarchisten, die als Anlaufstelle für **Brigitte Heinrich** und **Petra Krause** bei der großangelegten Beschaffung von Waffen, Sprengstoff und anderem Kriegsgerät an europäische Terrorgruppen diente. (Petra Krause — Bandenname „Annababi" — soll sich, als sie bereits von der italienischen Polizei gesucht wurde, übrigens monatelang in Zürich bei dem Schweizer KP-Führer und jetzigen Berater der grünen Ökobank, **Theo Pinkus**, aufgehalten haben.)

Bezeichnend ist die publizistische Unterstützung, die Longo Mai seitens der offiziellen sowjetischen Kulturzeitung *Literaturnaja Gazeta* erfuhr, die am 4. Juli 1984 in einem langen Artikel die lobenswerten Zielsetzungen der Kommune würdigte und sie gegen behördliche Nachstellungen in Schutz nahm. Originalton *LitGaz* über den Werdegang des „Pionier"-Unternehmens Longo Mai: „Die ersten Siedler begannen (1972) mit dem Pflücken von Berglavendel, den sie auf den Schweizer Großmärkten verkauften. Wie durch ein Wunder fanden sie ein Pferd der Schweizer Armee: sie beschafften sich einen Wagen und schrieben auf dessen Plane: ‚Pionierdorf Longo Mai'. In dem Wagen hatten sie neben ihren Schriften und dem Lavendel auch Gitarre, Geige und Akkordeon (...) Dann wurde man auf sie aufmerksam. Der Präfekt des Alpendepartements der Oberprovence entschied, sieben ‚Ausländer' aus Frankreich auszuweisen. Er erklärte öffentlich, daß (...) ‚die betreffenden Personen sich bewußt in einer Gegend angesiedelt haben, wo die nationalen Sicherheitsinteressen

erhöhte Wachsamkeit erfordern. Darüber hinaus bin ich davon überzeugt, daß sie einer internationalen Organisation angehören, deren Ziele und Aktivitäten eine Bedrohung für die Institutionen unseres Landes darstellen.' Dies war der erste Schlag gegen Longo Mai. Ein weiterer folgte in der Bundesrepublik. In den Stunden des Frühmelkens brach plötzlich eine Polizeieinheit mit Maschinenpistolen und Revolvern in eine Farm des ,Pionierdorfes' von Longo Mai in Marienthal ein (...) Die Schriftsteller Max Frisch, Friedrich Dürrenmatt, Denis de Rougemont und viele Bundestagsabgeordnete erhoben ihre Stimme zur Verteidigung des ,Pionierdorfes', doch vergeblich!"

Ebenso aufschlußreich sind die Beziehungen Longo Mais zum Sandinisten-Regime in Nikaragua. Während des Bürgerkriegs gegen die Somoza-Diktatur organisierte Longo Mai Spendengelder in Millionenhöhe für ein Flüchtlingszentrum im benachbarten Costa Rica und flog Lebensmittel und Medikamente nach Nikaragua ein. Die Organisation **CEDRI** („Europäisches Komitee zur Verteidigung von Flüchtlingen und Immigranten"), eine direkte Longo Mai-Gründung, die unter der gleichen Anschrift in Basel residiert, beteiligt sich an der bei westeuropäischen Linken beliebten Entsendung von „Arbeitsbrigadisten" nach Nikaragua. Auf dem letzten CEDRI-Kongreß in Limans, Frankreich, wo sich auch eine Longo Mai-Kommune befindet, beteiligten sich neben zahlreichen Anwälten aus der Schweiz, Frankreich, Österreich und der Bundesrepublik Vertreter des Iran, des sowjetisch kontrollierten **African National Congress (ANC)**, der kanakischen **FLNKS**, der bundesdeutschen **Volksfront** (ein Konglomerat aus den Überresten von „K-Gruppen", Trotzkisten, anarchistischen Gruppen und „Autonomen") und der kolumbianischen Terrororganisation **M 19**! Nicht fehlen durfte natürlich auch **Claude Bourdet**, u.a. ehemaliger Vizepräsident der **Association pour le droit à l'information (ADI)**, das französische Gegenstück der gegen die bundesdeutschen Sicherheitsbehörden gerichteten „Enthüllungs"-Aktivitäten von **Philip Agee**.

Nicht zufällig enhalten die offiziellen CEDRI-Konferenzmitteilungen einen direkten Angriff auf die Veröffentlichungen des *Executive Intelligence Review*, die ein Vertreter der in England lebenden Exil-Kolumbianer als Kampagne der „CIA" gegen die „Narko-Guerilla" attackierte. Ende 1985 veröffentlichte *Spuren und Motive* (EIR-Nachrichtenagentur) ein ausführliches Dossier über den Terroranschlag der M 19 auf den kolumbianischen Justizpalast und den europäischen Unterstützungsapparat der M 19. **Rodrigo Restrepo**, offizieller Teilnehmer des Longo Mai/CEDRI-Kongresses in Limans, wird darin als für Frankreich zuständiges Mitglied der „Internationalen Kommission der M 19" identifiziert.

Offizielle Teilnehmerliste des Kongresses der Longo Mai-Frontorganisation C.E.D.R.I. Aus: *La Gazette des Couloirs*No. 8 (Mai 1986).

La Gazette des Couloirs
No 8

DROIT D'ASILE

TROISIEME CONGRES DU C.E.D.R.I.
COMITE EUROPEEN DE DEFENSE DES REFUGIES ET IMMIGRES

BALEP Augustin - FETAF -
BAMI - Musicien - Cameroun
BARRO Jean-Marie - Etudiant - Burkina Faso
BEBEY Francis - Chanteur - Cameroun
BELHACHE Serge - Bûcheron - F
BELISARIO - ORPA - Guatemala
BELLI Adam - [illegible] - Turquie
BELOC[illegible] - Juge - E
B[illegible]ORGEY Jean-Michel - Député - F
BENABDESSADOK Cherifa - Journaliste - F
BIBAL Emma - CFMW - GB
BIDADANURE Nestor -ANC- Afrique du S[illegible]
B[illegible]ERMANN Traugott - Journalist[illegible] CH
BIELSE[illegible] - CH
BINET Patricia - F
BLACKMAN David - Parlement Européen - GB
BLOCH Ruth - Chargée d'Etudes - F
BODOY Jacques - Amnesty International F
BODOY Mme - F
GSTETTNER Peter - Universitaire - A
GUDUCK Christiane - F
HACBANG Nonoi - CFMW - Philippines
HARRIS James - Député européen - GB
HEALY Margareth - CFMW - GB
HENNEQUIN [illegible] - France
HEN[illegible] Margareth - Avocate - [illegible]
[illegible]ETFLEISCH M. - Ministère Aff.Soc. - [illegible]
HIRSCH Martin - Anc.Juge constit. RFA
HORNI Jeanne - Groupe asile Seebach CH
[illegible]YDE Christiane - Haldane Society [illegible]
JAC[illegible] - F
JHALIOUN Borhan - Ecrivain - Syrie
JULIEN Claude - Monde diplomatique - F
JUNG Thomas - Avocat - RFA

POMMIER Hélène - F
POPPRAT Hermann - Jeunesses social. A
RAAFLAUB Hansueli - CH
RADIC [illegible] - Artiste - [illegible]
RA[illegible]REZ Jorge - Comité soutien [illegible] Colombie
[illegible]AMSEYER Christine - Formatrice - [illegible]
[illegible]AUCH Malte - Producteur TV - RFA
[illegible]STREPO Rodrigo - M 19 - Colombie
RIE[illegible] Markus - AAA - CH
ROBIN Christiane - Institutrice - F
ROCHE Jean-Loup - Croix Rouge - F
RODRIGUEZ NUNEZ José - SOC - E
RODRIGUEZ UGARTE Juan-José - E
ROUSSE Jackie - F
RUIZ JIMENEZ Joaquin - Mediateur - E
RUTHER Klaus - Avocat - RFA
RUTHER Mme - RFA
RUTTINK-HULSHOFF - CH
SALAMBERE Emmanuel - Burkina Faso
SCHEIDEGGER Doris - Groupe asile - CH
SCH[illegible] - Avocat - CH
SCHULZ Eberhard - Avocat - RFA
SEEGER Karl - CEDRI - CH
SEGURA-BARGALLO Joseph - E
SEPTEMBER Dulcie - ANC - Afrique du Sud
SI[illegible]OL M. - Afrique du Sud
SILVA [illegible] - Portugal

Was kosten die Grünen den Steuerzahler?

Nicht genug damit, daß dem bundesdeutschen Steuerzahler ständig Millionenbeträge aufgebürdet werden, die durch die massiv erhöhten Kosten für Polizeieinsätze bei gewalttätigen Demonstrationen entstehen (Die Einsatzkosten von Polizei und Grenzschutz bei der Demonstration in Brokdorf am 7. Juni 1986 werden z.B. auf rund 8 Mio. DM geschätzt!) — für Tausende von grünen Abgeordneten in den Parlamenten, deren Fraktionen nebst Angestellten, Wahlkampfkostenerstattung sowie Beamten und Angestellten, die aufgrund grüner „Parteibuchwirtschaft" in Hessen inzwischen in die Ministerien einziehen, fallen jährlich nochmals Millionenbeträge an.

Einige Zahlen zur Verdeutlichung (Stand Februar 1986):

I. Grüne Abgeordnete in den Parlamenten:

Bundesland	Europaparlament	Bundestag	Landtag	Kreistag	Kommunalparlament
Schl.-Holstein	-	1	-	27	8
Hamburg	-	1	8	21	-
Niedersachsen	1	4	11	112	126
Bremen	-	-	5	-	-
NRW	2	8	-	273	863
Hessen	2	3	7	129	1200
Rheinland-Pfalz	-	1	-	73	72
Baden-Württemberg	-	5	9	193	474
Bayern	-	4	-	133	91
Saarland	-	-	-	9	52
Berlin	2	1	15	68	-
Gesamt	**7**	**28**	**55**	**1038**	**2884**

An Vergütungen für diese Abgeordneten zahlt der Staat jährlich	14,3 Mio. DM
Hinzu kommen die Fraktionskosten von jährlich	17,7 Mio. DM
	32,0 Mio. DM
An Wahlkampfkostenerstattung kassierten die Grünen seit 1979 insgesamt 56,8 Mio. DM (die Landtagswahl in Bayern ist hierbei noch nicht berücksichtigt), also durchschnittlich pro Jahr weitere	8,1 Mio. DM
insgesamt pro Jahr	40,1 Mio. DM

(in Worten: Vierzigmillioneneinhunderttausend Deutsche Mark)

Hinzu kommen die Gehälter für grüne Regierungsmitglieder (Umweltminister Fischer in Hessen bezieht ein Gehalt von 15.000,— DM brutto/Monat, also 180.000,— DM/Jahr), politische Beamte und grüne Verwaltungsangestellte.

Noch größer sind die Summen, die jedes Jahr aus dem staatlichen Topf an sogenannte „Alternativprojekte" gezahlt werden und damit ebenfalls der grünen Bewegung zukommen. Aufgrund der rot-grünen Vereinbarungen waren im hessischen Landeshaushalt 1984 hierfür bereits 7 Mio. DM vorgesehen. Auch das Land Berlin, neuerdings Nordrhein-Westfalen, verschiedene Kommunen (z.B. Nürnberg) etc. lassen sich die „Alternativen" etwas kosten. Vorsichtige Schätzungen gehen von einem jährlichen Förderungsbetrag von mindestens **50.000.000,—** DM (in Worten: **fünfzig Millionen Deutsche Mark**) aus.

Wahre Worte, aber keine Taten ...

Seit nunmehr sechs Jahren fehlt es nicht an politischen Stellungnahmen, die in mehr oder minder deutlicher Wortwahl die grüne Bewegung als eine Neuauflage des Ansturms der Nationalsozialisten auf die Weimarer Republik brandmarken. Derartige Äußerungen (nachstehend einige Beispiele) häufen sich immer dann, wenn die GRÜNEN wieder einmal — sei es nach Wackersdorf oder anläßlich des RAF-Hungerstreiks Ende 1984 — durch ihr Verhalten ihren wirklichen Charakter dokumentiert haben. Leider gibt es in der Geschichte kein einziges Beispiel, daß auch die wahrsten Worte es jemals vermocht hätten, eine drohende, deutlich erkannte Katastrophe abzuwenden, wenn den Worten keine entsprechenden *Taten* folgten:

Anläßlich der Verleihung des Konrad-Adenauer-Preises warnte **Franz Josef Strauß**, es dürfe nicht zum dritten Mal zu einer Fehlentwicklung in der deutschen Politik kommen, an deren Ende eine Katastrophe stehe. In Anspielung auf den — inzwischen dementierten — Beifall des GRÜNEN-Parteitags zu den Gewalttaten von Wackersdorf sagte Strauß, dies erinnere ihn „an die Weimarer Republik". Ein solcher Bündnispartner sei *„kein Haar besser als die Nazis seinerzeit gewesen sind".*

Gerhard Stoltenberg verglich die Grünen in seiner Rede auf dem Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein — einen Tag vor der niedersächsischen Landtagswahl am 15.6.86 — mit der *baskischen Terrororganisation ETA*. Wie die ETA, deren „legaler Arm" Herri Batasuna vor kurzem in Spanien zugelassen wurde, hätten die GRÜNEN *einen „zivilen und einen gewalttätig-militanten Flügel".*

Ende Mai erklärte das **Zentralkomitee der deutschen Katholiken** zu den GRÜNEN, die Gesamttendenz ihres Programms sei die *Gesellschafts- und Staatszerstörung*. Von den Grünen und ihrem Umfeld gehe eine *„Verwirrung der Geister"* und eine *„ideologische Indoktrination"* aus. Die „Neigung zu gefährlichen Kompromissen" aus Machtkalkül begünstige eine „stückweise Realisierung der Staatszerstörung".

Alfred Dregger warf den GRÜNEN Anfang Juni in einer Bundestagsdebatte vor, in ihrer Gegnerschaft zur Kernenergie benähmen sie sich *wie die Agenten Moskaus*!

Am 4. Juni 1986 wurde eigens eine aktuelle Stunde des Bundestages anberaumt zwecks Diskussion über die letzte Bundesversammlung der GRÜNEN, „die Partei", so der Abgeordnete **Klein** (CDU/CSU), „die ein wirrer Zeitgeist ins Parlament spülte". Der Unionsabgeordnete **Seiters** erklärte in der Debatte: „Die bekanntgewordenen Beschlüsse des Parteitages der GRÜNEN in Hannover und das verabschiedete Wahlprogramm sind ein *Rezeptbuch, wie man auf schnellstem Wege eine freiheitliche Demokratie, einen Rechtsstaat, eine soziale Gesellschaft und ein reiches Land ruinieren kann.* ... Die GRÜNEN fordern den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO, selbstverständlich verbunden mit dem Abzug aller westlichen Schutztruppen aus der Bundesrepublik, die einseitige Abrüstung des Westens, die langfristige Auflösung der Bundeswehr und die sofortige Auflösung des Bundesgrenzschutzes. Wer dies verlangt, macht uns schutzlos, treibt uns aus der Gemeinschaft des freien Westens heraus und *will letzten Endes unsere Unterwerfung unter die sowjetische Hegemonie!"*

Bundesministerin **Süßmuth** stellte in der gleichen Debatte an die GRÜNEN gewandt fest: *„Es gibt keine Grundlage der Verfassung mehr, die Sie anerkennen*; denn sonst müßten Sie anerkennen, daß das menschliche

Leben uneingeschränkt zu schützen ist. Das hat das Bundesverfassungsgericht am 25. Februar 1975 erneut bestätigt."

MdB **Klein** (CDU/CSU): „... eine Partei, die sich grün nennt, aber rot ist, von Frieden redet, aber *vermummte Gewalt demonstrierender Chaoten oder mordender Guerilleros billigt.*"

MdB **Broll** (CDU/CSU): „Es hat in der Republik von Weimar einmal einen bekannten Politiker gegeben, Franz von Papen, der ebenfalls glaubte — er kam sich selbst nach dem Kriege noch reinen Gewissens als ein guter Politiker vor —, er könne den Tiger reiten, und der später gefressen worden ist."

MdB **Sauter** (CDU/CSU): „Wen vertreten diese GRÜNEN eigentlich, wenn sie sich dieser Kriminellen so fürsorglich annehmen. Sollen etwa Terroristen und Terroristenfreunde im nachhinein noch rehabilitiert werden? ... Kriminelle sollen also nach diesem Langzeitplan der GRÜNEN in Zukunft frei herumlaufen: Mörder, Sexualverbrecher und Räuber, um nur einige zu nennen. Hat der rechtschaffende Bürger keinen Anspruch mehr darauf, vor diesen Gewalttätern geschützt zu werden, oder möchten die GRÜNEN damit vergessen machen, daß sich bei ihnen zwischenzeitlich Terroristenfreunde, Flugzeugentführer, Kriminelle, Busengrabscher und Kinderschänder zu Hause fühlen können und daß einige von ihnen die Parlamente in Bund, Ländern und Gemeinden bevölkerten und bevölkern. ... Die GRÜNEN wollen die völlige Streichung der Strafbarkeit der Tötung werdenden Lebens. Abtreibung bis zum Tage der Geburt soll erlaubt sein. Damit dokumentieren die GRÜNEN, daß sie keine Achtung vor der Würde des Menschen haben. Sie zeigen auch, daß sie nicht bereit sind, sich an unsere Verfassung zu halten. Die völlige Streichung des § 218 ist Aufruf und Beihilfe zum Mord, zu feigem und heimtückischem Mord. Beim Tierschutz vergießen die GRÜNEN Krokodilstränen aus Gründen der politischen Opportunität."

DOKUMENTATION

Für ein Verfassungsverbot der Grünen

Der folgende, leicht gekürzte Aufsatz wurde zum ersten Mal im März 1985 als Teil des über 700-seitigen *EIR*-Dossiers „Die grüne Sammlungsbewegung — Studie und Dokumentation zur Verfassungswidrigkeit der Grünen" veröffentlicht. Das Verfahren zum Verbot der Grünen als verfassungswidrige Bewegung einzuleiten, das hier zusammenfassend beschrieben wird, ist heute noch dringender geboten. Jeden Tag wird davon gesprochen, wie sehr die Verhältnisse in der Bundesrepublik, wo parlamentarischen Entscheidungen immer mehr der Respekt verweigert wird und politische Entscheidungen unter dem „Druck der Straße" erzwungen werden. Da die Sozialdemokraten zusehends nach Osten driften, sind gutgemeinte Appelle an die „Gemeinsamkeit der Demokraten", die jetzt „näher zusammenrücken" müßten, verantwortungslose Augenwischerei. Gefordert ist die Entscheidungskraft von Politikern, die angesichts der „Zeichen an der Wand" auch bereit sind zu handeln.

A. Verbot der Grünen als verfassungswidrige Partei

DAS RECHTLICHE INSTRUMENTARIUM ZUM VERBOT DER GRÜNEN

„Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefährden, sind verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit entscheidet das Bundesverfassungsgericht."

Dieser Artikel 21 (2) des Grundgesetzes ist eindeutig. Seine Anwendung auf die Ziele der Grünen und das Verhalten ihrer Mitglieder und Anhänger wird notwendig zu einem Verbot führen. Voraussetzung ist lediglich, daß die zuständigen Verfassungsorgane, nämlich der Bundestag, die Bundesregierung oder der Bundespräsident beim Bundesverfassungsgericht beantragen, daß über die Frage der Verfassungswidrigkeit der Grünen entschieden wird.

Sobald das Bundesverfassungsgericht einen entsprechenden Beschluß gefaßt hat, verlieren sämtliche grünen Abgeordneten sowie ihre jeweiligen Listennachfolger nach Paragraph 46 (4) des Bundeswahlgesetzes ihr Mandat.

Mit der Feststellung der Verfassungswidrigeit ist nach Paragraph 46 Bundesverfassungsgerichtsgesetz „Die Auflösung der Partei" und „das Verbot, eine Ersatzorganisation zu schaffen, zu verbinden. Das Bundesverfassungsgericht kann in diesem Fall außerdem die Einziehung des Vermögens der Partei ... aussprechen."

Zur Begründung eines Verfassungsverbots liefern die grundsätzlichen Ausführungen des Urteils zum Verbot der KPD aus dem Jahre 1956 zahlreiche Hilfestellungen. Unter anderem heißt es dort: „Eine Partei ist nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie einzelne Bestimmungen, ja ganze Institutionen des Grundgesetzes ablehnt. Sie muß vielmehr die obersten Werte der Verfassungsordnung verwerfen, die elementaren Verfassungsgrundsätze, die die Verfassungsordnung zu einer freiheitlich-demokratischen machen, Grundsätze, über die sich mindestens alle Parteien einig sein müssen, wenn dieser Typus Demokratie überhaupt sinnvoll funktionieren soll. ... eine Partei ist auch nicht schon dann verfassungswidrig, wenn sie die obersten Prinzipien einer freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht anerkennt, sie ablehnt, ihnen andere entgegensetzt. Es muß vielmehr eine aktive, kämpferische, aggressive Haltung gegenüber der bestehenden Ordnung hinzukommen; sie muß plan-

voll das Funktionieren dieser Ordnung beeinträchtigen, im weiteren Verlauf diese Ordnung selbst beseitigen wollen."

In der Kommentierung des Grundgesetz-Artikels 21 (2) von Schmidt-Bleibtreu heißt es weiterhin: (zur Verfassungswidrigkeit) „... genügt, wenn der politische Kurs der Partei durch eine Absicht bestimmt ist, die grundsätzlich und dauernd *tendenziell* auf die Bekämpfung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtet ist." Und: „Eine Partei ist schon dann verfassungswidrig, wenn sie eine andere *soziale Ordnung und politische Ausprägung* der freiheitlichen Demokratie als die heutige in der Bundesrepublik deshalb anstrebt, um sie als Durchgangsstadium zur leichteren Beseitigung jeder freiheitlichen demokratischen Grundordnung überhaupt zu benutzen ... Zu den Absichten, die eine Partei verfassungswidrig im Sinne des Art. 21 Abs. 2 GG machen, gehören nicht nur diejenigen, die sie auf jeden Fall auszuführen gedenkt, sondern auch diejenigen, die sie nur verwirklichen will, wenn die *Situation* dafür günstig ist (BVerfGE 5, 86). (Vgl. Schmidt-Bleibtreu, Kommentar zum Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 6. Auflage, Darmstadt 1983, S. 447)

Nach diesen Kriterien ist die Verfassungswidrigkeit der Grünen in jedem Fall zu bejahen.

Die freiheitliche demokratische Grundordnung ist nach der Definition des Bundesverfassungsgerichts eine „Ordnung, die unter Ausschluß jeder Gewalt und Willkürherrschaft eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung ist, auf der Grundlage der Selbstbestimmung des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und der Freiheit und Gleichheit des Einzelnen." Zu den Prinzipien dieser Ordnung „gehören die Achtung vor den im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechten, vor allem vor dem Recht der Persönlichkeit auf Leben und freie Entfaltung, die Volkssouveränität, die Gewaltenteilung, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, die Unabhängigkeit der Gerichte, das Mehrheitenprinzip ..." (vgl. Schmidt-Bleibtreu, a.a.O. S. 259) Geschützt ist auch die republikanische Ordnung als solche, die mit Art. 79, Abs. III GG zum unabänderlichen Verfassungsprinzip erklärt wurde.

Die Grünen lehnen mehrere dieser rechtsstaatlichen Grundprinzipien ab, weigern sich, gewisse staatliche und gerichtliche Entscheidungen zu akzeptieren. Schließlich werden durch die Realisierung grüner Programme die wesentlichsten Menschenrechte zur Disposition gestellt. Außerdem ist zu prüfen, ob die Rekrutierung der Grünen aus Vereinigungen, deren Verfassungswidrigkeit bereits rechtskräftig festgestellt wurde, unter die Bestimmungen über das Verbot von Nachfolgeorganisationen fällt.

Eine 1984 erschienene Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung kommt zu folgendem Ergebnis: „Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Grünen nicht nur die parlamentarische Demokratie offen in Frage stellen. Sie wenden sich auch gegen wesentliche Grundsätze der Demokratie überhaupt. Die demokratische Ordnung ist nur dann lebensfähig, wenn in ihr ein Minimalkonsens über mindestens drei unverzichtbare Elemente herrscht: Die Anerkennung der Menschenwürde, die Respektierung der Mehrheitsregel und die Akzeptanz des staatlichen Gewaltmonopols. Für die Grünen ist dieser Minimalkonsens nicht akzeptabel: ‚Wer von uns den Verzicht auf den radikalen außerparlamentarischen Protest verlangt, den Einstieg in jenes Kümmernis namens ‚Gemeinsamkeit der Demokraten), der verlangt Unmögliches.'"

Vorstehendes Zitat stammt von „Joschka" Fischer, einem Exponenten des angeblich „moderaten" Flügels der Grünen, der durch die rot-grüne Koalition in Hessen bereits in den Genuß „staatlicher Machtausübung" gelangt ist.

Mit dem Schutzgut „Bestand der Bundesrepublik" meint das Bundesverfassungsgericht zum einen die territoriale Integrität der Bundesrebpulik, zum anderen die politische Handlungsfähigkeit im außenpolitischen Bereich. Schon die Gefährdung dieses Bestands, soweit eine Beeinträchtigung der Bundesrepublik droht, soll für ein Parteiverbot ausreichen. Betrachtet man die wirtschaftspolitischen, außen- und sicherheitspolitischen Ziele und Aktivitäten der Grünen, so ist auch unter diesem Aspekt ein sofortiges Parteiverbot angezeigt.

Insbesondere liegt eine Verletzung der Grundgesetzartikel 1, 5, 20 und 38 vor, wie sich im einzelnen aus folgendem ergibt:
(a) Ablehnung der parlamentarischen, parteienstaatlichen Demokratie. Mit ihrer Verachtung für das Parlament als dem wesentlichen Ort staatlicher Entscheidungsfindung, Organ der Gesetzgebung und Instrument zur rechtsstaatlichen Einflußnahme auf die Regierungspolitik sowie ihrem (inzwischen nur vereinzelt revidierten) Bekenntnis zum sog. „Rotationsprinzip" und „imperativen Mandat" dokumentieren die Grünen ihre Ablehnung gegen einen Grundpfeiler der verfassungsmäßigen Ordnung. Das „System" an sich wird abgelehnt, und der Sturm auf die Parlamente ist lediglich Mittel zum Zweck seiner Zerstörung bzw. Pervertierung bis zur Unkenntlichkeit.

Das Selbstverständnis der Grünen als „Bewegung" und nicht als Partei, die nach dem Willen des Gesetzgebers nur aufgrund ihrer staatstragenden Rolle und der Erfüllung des Verfassungsauftrages das ebenfalls im Grundgesetz verankerte Parteienprivileg in Anspruch nehmen darf, verlangt darüber hinaus, den Grünen prinzipiell den Status als politische Partei abzuerkennen. Hierdurch sind weder die verfassungswidrigen Ziele der Grünen noch die Notwendigkeit eines umgehenden Verbots berührt. Die formalrechtlichen Konsequenzen einer Aberkennung des Parteienstatus' werden weiter unten noch näher erläutert.

Die Grünen verstehen sich prinzipiell nicht als parlamentarische Kraft, vielmehr betrachten sie den „außerparlamentarischen Raum", vor allem die Straße, als das Zentrum ihrer politischen Aktivitäten. (Siehe hierzu Rupert Scholz, „Krise der parteienstaatlichen Demokratie? ‚Grüne' und ‚Alternative' im Parlament", Berlin 1983, S. 15 ff.) Im Wahlprogramm der Grünen Alternativen Liste Hamburg (GAL) aus dem Jahre 1982 heißt es: „Wir verstehen uns als einen Bestandteil der außerparlamentarischen Emanzipationsbewegungen, deren Widerstand und Ziele wir auch ins Parlament tragen wollen. Aus der Praxis der außerparlamentarischen Bewegungen haben wir wesentliche Grundsätze übernommen: Alle Abgeordneten sind an Beschlüsse der gemeinsamen Mitgliederversammlung von ‚Grünen' und ‚Alternativer Liste' gebunden; sie unterliegen dem Imperativen Mandat. Die gewählten Abgeordneten werden entsprechend dem Rotationsprinzip nach zwei Jahren Parlamentsarbeit vollständig abgelöst. Nur so ist eine ständige Anbindung gewählter Funktionsträger an ihre Basis möglich." (Zitiert nach Scholz, a.a.O., S. 17.)

Nach dem Besuch einer Gruppe von Grünen bei dem libyschen Diktatur Ghaddafi erklärte Gertrud Schilling von den hessischen Grünen, die Grünen hätten sich „zum Ziel gesetzt ..., letztlich die Parlamente abzuschaffen, das heißt direkte Demokratie zu praktizieren ... Wir wollen die parlamentarische Demokratie beseitigen." (S. *FAZ* vom 23. 7. 82.)

Wolf-Dieter Hasenclever, ebenfalls angeblich „moderater" Vertreter der Grünen aus Baden-Württemberg, schrieb 1982: „Wir wollten vor allem Sprachrohr für die außerparlamentarische Bewegung sein — das, was viele Menschen ‚vor Ort' bewegt, im Parlament hörbar machen und weiterhin das Parlament als Möglichkeit der Einleitung von Bewußtseinsveränderungsprozessen in der Öffentlichkeit, aber auch bei den ‚etablierten' Parteien nutzen. ... Von einem ‚fundamentaloppositionellen' Ansatz her wird man auch in Verhandlungen versuchen aufzuweisen, daß das ‚System' gar nicht wandlungsfähig ist, daß Veränderungen nur ‚von draußen' erzwungen werden können und daß daher eine Zusammenarbeit mit anderen Parteien nur mit dem Preis des Verrats an der eigenen Sache erfolgen kann". (Siehe Zeitschrift für Parlamentsfragen 1982.)

Der „Druck der Straße" ist also notwendiges Gegenstück zu den grünen Aktivitäten innerhalb der Volksvertretungen und manifestierte sich in der Vergangenheit mitunter in Aktionen wie der „Belagerung des Bundestages" während der Debatte über die Stationierung von Mittelstreckenraketen, die bis zu Drohanrufen und „Mahnwachen" vor den Privatwohnungen von Parlamentariern gingen. Ein derartiger „Meinungsterror" ist mit Artikel 5 des Grundgesetzes unvereinbar. Daß sich diesbezüglich Vergleiche mit den Methoden der Nazis aufdrängten, ist ebensowenig Zufall wie

die Tatsache, daß bereits mehrere grüne Abgeordnete, unter anderem Petra Kelly, wegen Verletzung des Bannmeilengesetzes, das eine unabhängige Entscheidungsfindung der Volksvertretung gewährleisten soll, strafrechtlich verfolgt wurden.

Das von den Grünen in der Bundessatzung festgelegte „Rotationsprinzip", d.h. der Austausch von Abgeordneten gegen ihre Stellvertreter schon weit vor Ende der Legislaturperiode und auf Beschluß von Parteigremien, stellt nach Meinung von Justizminister Engelhard, der Konferenz der Landtagsdirektoren (die 1983 darüber eine ausführliche Studie anfertigte) sowie verschiedener Staats- und Verfassungsrechtler einen schwerwiegenden Verfassungbruch dar. Der Artikel 38 des Grundgesetzes — „Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen." — Kernstück der parlamentarischen Demokratie, hat für die Grünen offenbar keine Bedeutung. Für sie sind die Parlamentarier lediglich ausführende Organe von Verfügungen, die u.a. auf Hauptversammlungen formuliert werden, aber kaum demokratisch zustande kommen. Vielmehr ergeben sich Entscheidungen bei den Grünen aus kurzfristigen Zufallsmehrheiten z.B. nach dem Modus: „Wer den Tagungsort wählt, bestimmt das Tagungsergebnis." (Vgl. Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung, a.a.O., S. 87.) Stattdessen schwebt den Grünen eine Form von Rätesystem vor, das mit dem System der parlamentarischen Demokratie nicht zu vereinbaren ist (siehe hierzu ebenfalls Scholz, a.a.O., S. 18 u.a.).

Lukas Beckmann, ehemaliger Bundesgeschäftsführer der Grünen, ließ verlauten, so wesentliche Entscheidungen wie über die Stationierung von Mittelstreckenraketen könne man nicht „formalen Mehrheiten" überlassen. Also entscheiden grüne Elitekader?

„Wenn wir heute unter unseren verschiedenen Waffen von der Waffe des Parlamentarismus Gebrauch machen, so heißt das nicht, daß parlamentarische Parteien nur für parlamentarische Zwecke da sind. Für uns ist ein Parlament kein Selbstzweck, sondern ein Mittel zum Zweck ...", so Adolf Hitler 1930. 1984 erklärte Rudolf Bahro, formal werde die grüne Partei nach dem gleichen Muster wie die Nazis aufsteigen. Damals wie heute ist das Parlament nur Mittel zum Zweck.

(b)Bekenntnis zu Gewalt, Rechtsverletzungen und Rechtfertigung des politischen Terrorismus.

Die Erklärungen der Grünen, angefangen von der Unterstützung legitimer „Rechtsverletzungen" im Rahmen „eskalationsfähigen gewaltfreien Widerstands", Hausbesetzungen etc. bis zum Eintreten für die Forderungen rechtskräftig verurteilter und inhaftierter Terroristen, die in der RAF-Terminologie als „politische Gefangene" bezeichnet werden, sowie die zahlreichen Aktionen wie z.B. die Gefangenenbetreuung durch Abgeordnete wie Antje Vollmer und Christa Nickels oder die grüne „Regenbogenfraktion" im Europaparlament stellen ohne Zweifel ein „planmäßiges Vorgehen" im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts dar. Andererseits stellt der politische Terrorisus und die Unterminierung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik bei gleichzeitiger Intensivierung der außenpolitischen und militärischen Spannungen eine offensichtliche Gefährdung des „Bestands der Bundesrepublik" dar.

Die Berufung auf ein sog. Widerstandsrecht („Wenn Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht"), wobei mit einer Art „gesunden Volksempfindens" (heute spricht man vom „Zeitgeist") gegen die geltenden Gesetze argumentiert wird, um rechtswidrige Handlungen jeder Art zu legitimieren, mißbraucht nicht nur das Grundgesetz. Artikel 20 (4) GG gesteht nur demjenigen „das Recht auf Widerstand" zu, der gegen die Feinde des Verfassungsstaates vorgeht, soweit „andere Abhilfe nicht möglich ist". Vielmehr sind es die Grünen selbst, die gegen den gleichen Verfassungsartikel zu Felde ziehen, indem sie sich selbst und jeden Demonstranten in Brokdorf, Berlin oder an der Frankfurter Startbahn zum Richter darüber erheben, welche Form von Gewalt „legitim" sein soll. Damit wird das staatliche Gewaltmonopol abgelehnt, wie es in Artikel 20 (2) des

Grundgesetzes definiert ist: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt."

Daß die Grünen die rechtsstaatlichen Möglichkeiten zur Gewährleistung der Inneren Sicherheit außer Kraft setzen bzw. gänzlich abschaffen wollen, ist nur konsequent. So fordern sie die Abschaffung der Paragraphen 129 und 129a StGB, die die Bildung und Unterstützung krimineller und terroristischer Vereinigungen unter Strafe stellen, die Abschaffung des Verfassungsschutzes, der Bewaffnung von Polizeibeamten, die sofortige Zulassung von sämtlichen bislang wegen verfassungswidriger Gesinnung abgelehnten Bewerbern zum öffentlichen Dienst sowie die Abschaffung verdeckter Ermittlungen („under cover agents" etc.), die insbesondere zur Bekämpfung der organisierten Kriminaltät eingesetzt werden.

Die vielfältigen öffentlichen Aufforderungen zu Straftaten, die bis zur „Sabotage an Verteidigungsmitteln" (Paragraph 109 e StGB) gehen, konstituieren an sich schon einen weiteren Straftatbestand nach § 111 StGB.

(c) Auch im Lichte der äußeren Gefahren für den Bestand der Bundesrepublik sind die Ziele und Aktivitäten der Grünen eine ernste Bedrohung, was durch ihre „Ost-Diplomatie", offizielle Verlautbarungen des Ostblocks und darüber hinausgehende Hinweise dokumentiert ist, die auch seitens führender Unionspolitiker geäußert wurden. Nach den eigenen Äußerungen aller ihrer Sprecher ist es unmöglich, die grüne „Bewegung" von der „Friedensbewegung" zu trennen, deren Funktion offensichtlich in der Destabilisierung der Bundesrepublik als europäisches Kernstück der westlichen Allianz besteht. Die Finanzierung und Steuerung diser „Bewegung" durch östliche Kanäle ist wiederum Gegenstand verschiedener offizieller behördlicher Stellungnahmen und Dokumentationen.

Die Teilnahme grüner Funktionäre und Mandatsträger an rechtswidrigen Aktionen wie dem Zumauern von Sprengkammern an Brückenpfeilern hat mehrfach symbolische Bedeutung. Hier haben wir es mit Aktivitäten zu tun, die im realen und akuten Verteidigungsfall gegen einen Überraschungsangriff des Warschauer Paktes den im Vorfeld operierenden feindlichen Sabotageeinheiten zufallen würden. Insgesamt ist angesichts der strategischen Landkarte nicht zu übersehen, welchen Interessen die Forderungen nach „atomwaffenfreien Zonen" (ursprünglich kam diese Idee von dem KGB-Spion Arne Treholt!), Neutralismus, einseitiger Abrüstung in Verbindung mit teils gewalttätigen antiamerikanischen Aktionen etc. nutzen sollen.

(d) Nicht zu unterschätzen sind die Bemühungen der Grünen zur effektiven Untergrabung der moralischen und ethischen Grundlagen der Republik. Der Forderungskatalog der Grünen zur Legalisierung von Drogengebrauch, Homosexualität, Päderastie, Abtreibung, Abschaffung der polizeilichen Erfassung von Prostituierten etc. wird ständig erweitert und liest sich wie die Beschreibung eines neuzeitlichen Sodom und Gomorrha.

(e) Verfassungswidrig ist weiterhin die Ablehnung des Nationalstaats zugunsten der Aufsplitterung in autonome Regionen. Art 20 GG, der in Art. 79 (3) GG zum unverzichtbaren Bestandteil der Grundrechte erklärt wird, kennzeichnet die Bundesrepublik Deutschland als demokratischen und sozialen *Bundesstaat*. In einem von dem inzwischen weg-„rotierten" grünen Bundestagsabgeordneten Roland Vogt mitverfaßten „ökologischen Manifest für ein anderes Europa" (Aufruf für die Europawahlen 1979) heißt es: „Nationalstaaten sind offensichtlich unfähig, viele grundlegende Probleme zu lösen, seien sie global oder lokal. Wir sollten daher eine Föderation autonomer Regionen anstreben, eine jede selbst organisiert in einer mitbestimmenden und vorausbestimmenden Demokratie". Hier wird die Aufkündigung der nationalen Souveränität der Bundesrepublik gefordert, die schließlich Grundlage für die Verfassungsgebung war.

(f) Die unserer Verfassung innewohnende Grundidee, die in den Vorsprüchen einiger Länderverfassungen auch ihren wörtlichen Ausdruck findet, ist die Verpflichtung des Staatswesens und aller seiner Bürger, den wirt-

schaftlichen Fortschritt voranzutreiben, um die Existenz und das Wohl der Allgemeinheit zu sichern:

„... von dem Willen beseelt, ... den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern ..." (Präambel der Verfassung des Landes Baden-Württemberg).

„Die Freie und Hansestadt Hamburg hat als Welthafenstadt eine ihr durch Geschichte und Lage zugewiesene, besondere Aufgabe gegenüber dem deutschen Volke zu erfüllen. ... Durch Förderung und Lenkung befähigt sie ihre Wirtschaft zur Erfüllung dieser Aufgaben und zur Deckung des wirtschaftlichen Bedarfs aller." (Vorspruch der Verfassung der Freien und Hansestadt Hamburg)

„In Verantwortung vor Gott und den Menschen, verbunden mit allen Deutschen, erfüllt von dem Willen, die Not der Gegenwart in gemeinschaftlicher Arbeit zu überwinden, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen, haben sich die Männer und Frauen des Landes Nordrhein-Westfalen diese Verfassung gegeben." (Präambel der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen)

„... von dem Willen beseelt, die Freiheit und Würde des Menschen zu sichern, das Gemeinschaftsleben nach dem Grundsatz der sozialen Gerechtigkeit zu ordnen, den wirtschaftlichen Fortschritt aller zu fördern ..." (Vorspruch der Verfassung für Rheinland-Pfalz)

Diese Verfassungsprinzipien haben heute, wo für ein Großteil der Weltbevölkerung nicht einmal das Existenzminimum gesichert ist und die Industrienationen die Verantwortung für das Überleben von Milliarden Menschen tragen, nichts von ihrer Aktualität verloren. Die Wirtschaftspolitik der Grünen wird allerdings die von den Grünen selbst immer wieder beschworenen „Lebensgrundlagen" aller Menschen zerstören und einen möglicherweise nicht mehr umkehrbaren wirtschaftlichen Zusammenbruch heraufbeschwören.

Rudolf Bahros Konzept, die technischen Errungenschaften der letzten 15.000 Jahre rückgängig zu machen, wird nur so viele Menschen ernähren können, wie in der Steinzeit auf der Erde gelebt haben. Die offizielle Befürwortung der Grünen für den Bericht „Global 2000" entlarvt, daß hinter den grünen Lippenbekenntnissen für die „Dritte Welt" nichts anderes steht als die Forderung nach brutalstem Völkermord, dessen Ausmaß die Verbrechen Adolf Hitlers verblassen ließe.

Hinter der grünen Phraseologie vom „Mensch in seinen natürlichen Lebenszusammenhängen", „Der Mensch muß Frieden schließen mit der Natur" etc. steht ein irrationaler Blut- und Boden-Kult, der den faschistischen Charakter der grünen Bewegung komplettiert. Da sich im grünen Sammelbecken von Alt- und Neonazis, kommunistischen Kadern bis zu Ex-Terroristen und Kriminellen („Knackis in die Parlamente") so ziemlich alles zusammenfindet, was „gegen das System" ist, haben wir es hier mit einem explosiven Gemisch zu tun, das das Gespenst der dreißiger Jahre als realistische Vision erscheinen läßt.

(g) Im übrigen ist wie oben angeführt die Rekrutierung der Grünen aus links- und rechtsextremistischen Vereinigungen und Strömungen, die teilweise vor Jahren als verfassungswidrige Nachfolgeorganisationen verboten wurden, ebenfalls im Rahmen des Verbotsverfahrens zu prüfen.

B. Nichtzulassung der Grünen zu Wahlen und Abstimmungen, Aberkennung des Parteienstatus'.

Wie oben bereits angedeutet wurde, sind die Grünen nach ihrem eigenen Selbstverständnis nicht als politische Partei im Sinne des Artikels 21 (1) GG und § 2 PartG anzusehen, sondern als eine „Bewegung", die sich von der Teilnahme an Parlamentswahlen lediglich eine Erweiterung ihres politischen, propagandistischen, logistischen und finanziellen Instrumentariums verspricht.

Nach § 18 Bundeswahlgesetz hat der zuständige Wahlleiter vor jeder Wahl zu prüfen, ob die beteiligten Gruppierungen „als Parteien anzuerkennen sind". Voraussetzung für die Parteieigenschaft sind u.a. das „dau-

erhafte Streben nach parlamentarischer Vertretung" und die „Ernsthaftigkeit des Strebens nach parlamentarischer Vertretung" (vgl. hierzu Seifert, Bundeswahlrecht, Kommentar, München 1976, S. 118 und S. 168 f.), wenn die Vereinigung „nach dem Gesamtbild der tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation ... und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit eine ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit dieser Zielsetzung bieten."

Dieser gesetzlich vorgeschrieben Prüfung kommt angesichts der Auslegung des Artikels 21 GG durch die hier wesentliche Rechtsprechung erhebliche Bedeutung zu, die die politischen Parteien „in den Rang einer verfassungsrechtlichen Institution" erhoben hat (s. Scholz, a.a.O., S. 9 und 26 ff.). Die Aufgabe einer politischen Partei liegt demnach nicht nur in der (vorgeblichen) Interessenvertretung von „Betroffenen", sondern gleichzeitig und vordringlich in der konstitutionellen Repräsentation im Rahmen ihrer staatstragenden Funktion für die Durchführung demokratischer Wahlen und der frei gewählten Parlamente. Nur aus diesem Verständnis ergibt sich das grundgesetzlich garantierte Parteienprivileg, das eben nicht bloßen Interessenverbänden, Wählergemeinschaften und sonstigen politischen Vereinigungen zugesprochen wird.

Der Staatsrechtler Rupert Scholz fordert: „Politische Parteien müssen sich zur Verfassungsordnung des GG bekennen; sie müssen die parlamentarische Demokratie bejahen; sie müssen vor allem die freie Kandidatenaufstellung in ihren eigenen Reihen gewährleisten; sie dürfen ihr politisches Aktionsfeld nicht vorrangig im außerparlamentarischen oder gar antiparlamentarischen Raum suchen; sie müssen schließlich auch in ihrer Binnenstruktur demokratisch verfaßt sein. ... Die Parteien müssen sich mit dem freiheitlich-demokratischen Staat in ihrem öffentlichen Auftreten, in Form und Stil ihrer politischen Betätigung identifizieren; sie haben sich, wie das BVerfG hervorgehoben hat, ‚allermindestens ... jeder Herabsetzung, Schmähung und Verächtlichmachung dieser Ordnung zu enthalten.' Ihre Verpflichtung auf die freiheitliche demokratische Grundordnung impliziert das Bekenntis zum Mehrparteiensystem, zum Recht der politischen Opposition, zur Gewaltenteilung, zur Verantwortlichkeit der Regierung, zur Gesetzmäßigkeit der Verwaltung und zur Unabhängigkeit der Gerichte." (a.a.O. S.30 f.)

In diesem Sinne erfüllen die Grünen nicht die Voraussetzungen einer politischen Partei, wie sie im Grundgesetz und Parteiengesetz festgelegt sind. Nicht nur fehlt es an der Bereitschaft, „gesamtstaatliche Verantwortung vor allem auf der Grundlage der parlamentarischen Demokratie" zu übernehmen, auch die in § 1 PartG geforderte Aufgabe der „dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes", die Heranbildung „zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigter Bürger" etc. wird von den Grünen nicht erfüllt. Die Mitwirkung „an der Vertretung des deutschen Volkes im Bundestag oder einem Landtag" (§ 2 PartG), d.h. die Gestaltung der staatlichen Politik durch demokratische Mehrheitsentscheidungen innerhalb der Gesetzgebungsorgane, ist nicht das primäre Ziel der Grünen.

Die Grünen verstehen sich selbst ausdrücklich nicht als Partei, sondern als Sammlungsbewegung, die neben ihrem außerparlamentarischen „Standbein" auch noch ein parlamentarisches „Spielbein" zur Durchsetzung ihrer verfassungswidrigen Ziele nutzt.

In ihrem Buch „Um Hoffnung kämpfen" (Bornheim-Merten 1983) schreibt die ehemalige Bundesvorsitzende Petra Kelly zum Selbstverständnis der Grünen: „Unser Weg zum dauerhaften, friedlichen Zusammenleben der Menschheit enthält viele kleine Schritte — außerparlamentarische, wie zum Beispiel der Krefelder Appell oder die Bertrand-Russell-Initiative für ein atomwaffenfreies Europa, und auch parlamentarische, wie zum Beispiel der Schritt der Grünen, als antimilitaristische, gewaltfreie und ökologische Partei und Bewegung Friedenspolitik von unten in die Parlamente hineinzutragen. Die unabhängige Friedensbewegung in diesem Lande und anderswo muß politisch Einfluß ausüben — nicht nur in Großdemonstrationen wie im Oktober 1981 und im Juni 1982, sondern

auch durch gewaltfreien Widerstand innerhalb der parlamentarischen Demokratie; ...!"

Anläßlich der genannten Demonstration im Oktober 1981 wurde unter dem Beifall der Demonstranten gefordert, die Bundesrepublik „unregierbar" zu machen. Rudolf Bahro, ebenfalls ehemaliges Bundesvostandsmitglied, erklärte bei anderer Gelegenheit, Aufgabe der Grünen könne angesichts derzeitiger „Kräfteverhältnisse" nur sein, „selektiv ... die Unregierbarkeit herzustellen."

Und nochmals Petra Kelly in einem am 14.6.1982 im *Spiegel* veröffentlichten Interview: „... das Parlamnt ist aber nicht der Ort, der über die Nachrüstung entscheidet ... Wir möchten ins Parlament und zugleich außerhalb Schwerpunkte durchsetzen. Ich möchte lebenswichtige Fragen, die jetzt entschieden werden müssen, dort angehen und weiterhin den Widerstand auf der Straße, an der Startbahn, auf dem Bauplatz verstärken. *Das Parlament ist kein Ziel, sondern Teil einer Strategie*." Und: „Wir sind die Anti-Partei-Partei."

Auch in der Präambel des Bundesprogramms der Grünen und anderen Grundsatzerklärungen wird die parlamentarische Arbeit lediglich als zusätzliches Hilfsmittel grüner Propagandaaktivitäten definiert.

Zutreffend stellte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* am 7.3.85 fest: „Das Ideal der Grünen bleibt, der verlängerte Arm der Bewegungen zu sein." Andere Journalisten und Politiker gingen noch weiter und zogen Vergleiche zwischen den Grünen und dem „legalen Arm" terroristischer Organisationen, die sich damit parlamentarische Sprachrohre verschafften.

Auch die NSDAP verstand sich in den dreißiger Jahren als „verlängerter Arm der Bewegung", die das „System" bekämpfte, wo immer sich dazu, „ob Saal oder Straße", eine Gelegenheit bot. Die von Rudolf Bahro auf der Bundesversammlung der Grünen im Dezember 1984 festgestellten „formalen Ähnlichkeiten" und anschließend von Rainer Langshans bestätigten „inhaltichen" Übereinstimmungen mit der aufsteigenden Nazipartei und -bewegung sind daher nur allzu zutreffend.

Wewiterhin fehlt es bei den Grünen an der vom Parteiengesetz geforderten „Festigkeit ihrer Organisation", die eine „ausreichende Gewähr für die Ernsthaftigkeit der Zielsetzung" der Partei, nämlich die Übernahme staatspolitischer Verantwortung in den Parlamenten, bieten könnte (vgl. Seifert, Bundeswahlrecht, Kommentar, 3. Auflage, München 1976, S. 168), da die grüne Sammlungsbewegung sich lediglich als vorübergehendes, im Hinblick auf die Teilnahme an Wahlen gebildetes Zweckbündnis verschiedenster „Blöcke", „Fronten", „Bünde", Wählergemeinschaften etc. darstellt.

So erfüllt auch das Parteiprogramm der Grünen nicht die Erfordernisse des Bundeswahlgesetzes. Das Vorhandensein eines Programms als Voraussetzung der Parteieigenschaft soll nämlich dem Nachweis dienen, daß es sich um eine in sich gefestigte Organisation handelt, die sich durch ein gemeinsames Statut eine einheitliche programmatische Grundlage gegeben hat. Im Gegensatz dazu legen Satzung und Programm der Grünen gerade Wert darauf, nicht abgeschlossen zu sein und sogar ein Forum für Minderheitsvoten darzustellen.

Die Instabilität des unter dem Etikett „Grüne" firmierenden Konglomerats verschiedenster Gruppierungen dokumentierte erst kürzlich der Ausschluß eines gesamten Landesverbandes, der mehrheitlich von Neonazis dominiert wurde. Darüber hinaus ist die Wahlbeteiligung von erklärten Kommunisten, Anarchisten, Alt-und Neonazis unter diesem Deckmantel geeignet, die Wähler über die tatsächlichen Ziele der hier repräsentierten Gruppierungen zu täuschen.

Schließlich ist die von Art. 21 GG von den politischen Parteien geforderte innere demokratische Ordnung im Falle der Grünen zu bestreiten. Wie oben dargelegt, folgen die Grünen verfassungswidrig dem von ihnen aufgestellten Grundsatz des „imperativen Mandats" sowie dem „Rotationsprinzip", das formell in der Bundessatzung festgelegt ist. Entscheidungen bei den Grünen kommen z.T. durch kurzfristige Zufallsmehrheiten zustande, was in der Vergangenheit zu widersprüchlichsten Abstimmungsergeb-

nissen geführt hat. Mit der Forderung nach einer demokratischen innerparteilichen Willensbildung sind Vorgänge wie beispielsweise die Aufstellung des Altnazis Werner Vogel als Bundestagskandidat, über dessen dunkle Vergangenheit die „Basis" größtenteils im Unklaren gelassen wurde, nicht vereinbar.

Insgesamt ist daher aufgrund einer Überprüfung durch den Bundeswahlleiter den Grünen der Parteienstatus zu entziehen und sind die Grünen in Zukunft zu keiner weiteren Wahl mehr zuzulassen. Die bisherige Praxis des Bundeswahlleiters, die geforderte Prüfung der Parteieigenschaft lediglich nach formalen Mindesterfordernissen vorzunehmen, wird den gesetzlichen Vorschriften nicht gerecht, die zur „Sicherung der Voraussetzung einer verfassungsmäßigen Parlamentswahl" erlassen wurden. „Das Auftreten der Grünen-Alternativen hat diese Prüfungserfordernisse und ihre strikte Beachtung mit Nachdruck vor Augen geführt. Denn alle aufgezeigten Indizien sprechen dafür, daß die Grünen-Alternativen ... keine politische Partei, sondern eine (allgemeine) politische Vereinigung bzw. ‚politische Bewegung' im Sinne des Art. 9 I GG darstellen. Ihr politischer Anspruch und ihre politischen Aktivitäten weisen die Grünen-Alternativen nicht als Parteien im Sinne der parteienstaatlich-repräsentativen Demokratie, sondern als antiparlamentarisch-plebiszitärdemokratische Organisationen aus, wie sie Sinn, Zweck und Rechtfertigung des Art. 21 i.V.m. Art 38 GG widersprechen." (vgl. Scholz, a.a.O., S. 44.)

Bereits das Urteil zum Verbot der KPD weist auf die Gefahren für einen Staat hin, in dem Organisationen das Parteienprivileg genießen, die wie in der Weimarer Repbulik „das Ziel verfolgten, die bestehende Staatsordnung durch eine andere zu ersetzen."

C. Verbot als verfassungswidrige Vereinigung

Soweit den Grünen aus den gerade erläuterten Überlegungen die Privilegien einer politischen Partei versagt werden, finden die Vorschriften des Grundgesetzes über das Verbot verfassungswidriger Parteien zwar keine Anwendung, jedoch ist in diesem Falle Art. 9 (2) des Grundgesetzes anzuwenden: „Vereinigungen, deren Zweck oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten."

Die verfassungswidrigen Ziele und Aktivitäten der Grünen wurden bereits dargelegt und sind Gegenstand der vorliegenden Dokumentation. Wie das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Verbot der KPD zutreffend ausführt, ergibt sich die Verfassungswidrigkeit einer Vereinigung aus dem „Gesamtstil" ihrer Aktivitäten und der Art der von ihr „verwendeten politischen Mittel". Nach den damals geprägten Kriterien ist den Grünen mithin die Gesamtheit der verfassungswidrigen Aktionen, Aussagen und Zielsetzungen ihrer Anhänger zuzurechnen.

Das Verbot der Grünen als verfassungswidrige Vereinigung, das im Falle der Aberkennung des Parteienstatus angezeigt ist, gründet sich notwendigerweise auf die auch im Falle eines Parteiverbots gültigen Beurteilungskriterien, ohne daß jedoch die Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichts gegeben ist. Vielmehr bezeichnet Art. 9 (2) GG die Voraussetzungen, „unter denen Vereinigungen *ohne weiteres* verboten sind und somit dem Zugriff der Exekutive schlechthin unterliegen (BVerfGE 2,13)." (Vgl. Schmidt-Bleibtreu, a.a.O., S. 259) Das durch diesen Grundgesetzartikel ausgesprochene Verbot wird lediglich durch einen Vewaltungsakt konkretisiert und „erstreckt sich auch auf sogenannte *Teilorganisationen* des Vereins, auf die Organisationen, die dem Verein angegliedert und eingegliedert sind, ‚daß sie nach dem Gesamtbild der Verhältnisse als Gliederung des Vereins erscheinen',. (vgl. Schmidt-Bleibtreu, a.a.O., S. 263)

Die hier anstehende Entscheidung ist überfällig. Aus den zahllosen Stellungnahmen von Politikern und Juristen, die in der grünen Bewegung eine tödliche Gefahr für die Republik erkennen, muß jetzt die einzig mögliche Konsequenz gezogen und das Verbotsverfahren eingeleitet werden.

3. TEIL: Anhang

I: Der „Klassiker" der konzeptionellen Grundlagen des Kleinkriegs:

Prof. v. d. Heydtes „Der moderne Kleinkrieg"

Im folgenden haben wir einige kurze Auszüge aus Prof. v. d. Heydtes *Der moderne Kleinkrieg* abgedruckt. Diese Auszüge können nur eine annähernde Vorstellung vom tatsächlichen Gehalt dieses Standardwerkes geben.

Der moderne Kleinkrieg erschien 1972 und erlebte dann ein eigenartiges Schicksal. Das Buch wurde in der Bundesrepublik weitgehend totgeschwiegen, und heute, im Jahre 1986, ist das Buch fast gänzlich „vergessen gemacht worden". Nur vereinzelt wird es in höheren Militär- und Polizeikreisen als eine Art „Geheimtip" gehandelt.

Als *Der moderne Kleinkrieg* 1972 veröffentlicht wurde, erlebten wir gleichzeitig und parallel den ersten Höhepunkt terroristischer Kleinkriegsführung gegen die Bundesrepublik Deutschland *und* der sogenannten „Ost- oder Entspannungspolitik". Während in Politik und Medien eine gigantische Kampagne inszeniert wurde, in der — personifiziert durch Willy Brandt — die „Öffnung nach Osten" und die Überwindung des „Kalten Krieges" durch Ost- und Rüstungskontrollverträge zelebriert wurden, eskalierte gleichzeitig der Kleinkrieg gegen unser Land mit der Baader-Meinhof-Terrorbande und dem Massaker von München. Der offenkundige Widerspruch vom „Ende des Kalten Krieges" und dem Aufflackern des Kleinkrieges wurde scheinbar elegant dadurch beseitigt, daß der Begriff des Kleinkriegs schlicht zu einem „ideologischen Produkt entspannungsfeindlicher Reaktionäre" deklariert wurde.

Terroristische Morde, Sabotageakte, Bombenanschläge und Geiselnahmen galten nicht länger als Ausdrucksformen der Kleinkriegsführung. Vielmehr wurde der Begriff des „Terrorismus an und für sich" durch die offizielle Politik und die Medien als alleingültig dekretiert. Der Terrorismus wurde als „soziologisches Phänomen" definiert, das „spontan" und „autonom" ein „Symptom gesellschaftlicher Fehlentwicklung" sei. Im Laufe der 70er Jahre entstanden in Deutschland und international umfängliche „sozialwissenschaftliche" Lehrgebäude zur Abstützung dieser Theorie des Terrorismus.

Entsprechend diesem Ansatz des „Terrorismus als soziologisches Phänomen" durfte sich die Bekämpfung des Terrorismus strikt nur im Rahmen des konventionellen Strafrechts abspielen. Der prinzipielle Rahmen konventioneller Polizeitaktik und kriminalistischen Vorgehens durfte nicht angetastet werden, auch wenn im Laufe der Jahre gewisse polizeitechnische Neuerungen eingeführt wurden.

Heute, nach fast zwei Jahrzehnten der Behandlung der Terrorismus als soziologisches Phänomen und entsprechender konventioneller polizeilicher Terrorismusbekämpfung, ist es unbestreitbar, daß der Terrorismus zwar Rückschläge erlitten hat, aber insgesamt aktionsfähiger und gefährlicher denn je ist. Vor allem hat der Terrorismus seinen erklärten geistig-politischen Zermürbungs- und Zersetzungseffekt gegen unseren Staat und unser Volk erreicht.

Der Terrorismus ist eben kein „Ding an sich", sondern Mittel und Ausdrucksform sowjetrussischer Kleinkriegsführung gegen unseren Staat. Nur die Sowjetunion ist gemäß ihrer politisch-strategischen Zielsetzung und der ihr zur Verfügung stehenden Mittel in der Lage, Kleinkrieg gegen uns zu führen. „Entspannungspolitik" und Kleinkriegsführung schließen sich für die Sowjetunion keineswegs gegenseitig aus, um ihr strategisch-politisches Ziel der Einverleibung der Bundesrepublik in ihren Einflußbereich zu erreichen.

Genausowenig ist es für die sowjetische Führung ein Problem, nach außen hin den Terrorismus zu verurteilen und ihn dennoch systematisch im Rahmen ihrer Kleinkriegsführung zu betreiben. Der sowjetischen Kleinkriegsführung fehlt jede Legitimität, die andere Kleinkriege zur nationalen Befreiung, wie in Afghanistan, sehr wohl besitzen. Das sowjetische strategische Ziel der Einverleibung Westeuropas in ihren Einflußbereich widerspricht dem Völkerrecht und dem erklärten Willen der europäischen Völker. Die sowjetische Führung kann nicht „überzeugen", sie muß deshalb Druck ausüben, drohen, einschüchtern und eben Terror einsetzen. Deshalb ist die sowjetische Kleinkriegsführung notwendigerweise immer — direkt oder indirekt — mit Terrorismus verknüpft.

Für die sowjetische Führung ist die Gleichzeitigkeit und Parallelität von „Entspannungsofferten" und Kleinkrieg kein Gegensatz. Genauso hat sich die politisch-militärische Führung von der Fehlannahme freigehalten, der Kleinkrieg könne an die Stelle des atomaren oder konventionellen „Groß"-Krieges treten. Für die Sowjets ist der Kleinkrieg eben nur eine, wenn auch sehr wichtige, Komponente ihres Gesamtkriegsbildes.

Nach 1945 lag der Schwerpunkt sowjetischer Kleinkriegsführung zunächst in der Dritten Welt. Die Sowjetunion agierte kleinkriegsmäßig als der „interessierte Dritte" im Entkolonialisierungsprozeß. Dann konzentrierte sich die sowjetische Kleinkriegsführung darauf, pro-westliche Staaten der Dritten Welt systematisch zu destabilisieren. Dies führte dazu, daß die Sowjetunion schließlich, nach erfolgreichem Kleinkrieg, zu direkter militärischer Präsenz in vielen Ländern der Dritten Welt übergehen konnte. Aber dort, wo die Ziele der Kleinkriegsführung nicht erreicht wurden oder wieder verloren gingen, dort wird heute der sowjetisch gesteuerte Kleinkrieg systematisch fortgesetzt.

Seit Ende der 60er Jahre konzentriert sich die sowjetische Kleinkriegsführung wieder auf Westeuropa, da sich der Kleinkrieg für das strategische Hauptziel der Sowjetunion, der Abkopplung Westeuropas von den Vereinigten Staaten, ausgezeichnet „eignet". Es ist deshalb bezeichnend, daß *Der moderne Kleinkrieg* — in der Bundesrepublik totgeschwiegen — im Ostblock in ostdeutschen, russischen und jugoslawischen Militärverlagen für den internen Dienstgebrauch publiziert wurde.

Prof. v. d. Heydtes Buch zeichnet sich dadurch aus, daß es eine konzeptionelle Analyse des Kleinkriegs liefert. Dieses Buch ist kein „Handbuch", wie Kleinkrieg am effektivsten zu führen oder zu bekämpfen ist. Es unterscheidet sich darin grundsätzlich von den in dieser Einsicht herausragenden Arbeiten des Schweizer Majors v. Dach oder des britischen Brigadiers Frank Kitson. Prof. v. d. Heydtes Buch ist weder konkretistisch noch empiristisch. Es dringt in die allgemeinen Wesensmerkmale des Kleinkrieges ein. Damit steht dieses Buch in der großen Tradition der deutschen Kriegswissenschaft, wie sie von Scharnhorst und Clausewitz begründet wurde. Es ist ja auch interessant zu wissen, daß Clausewitz „Vorlesungen über den kleinen Krieg" hielt, in denen er die Grundlagen der Kleinkriegsführung herauszuarbeiten versuchte, wie sie in den amerikanischen und französischen Revolutionskriegen und dem spanischen Widerstand gegen Napoleon zum Ausdruck kamen.

Prof. v. d. Heydtes Buch ist in sechs Teile gegliedert:

A. Grundlagen
Hier wird zunächst der Kleinkrieg im Kontext des „Ausnahmezustandes" des Krieges im allgemeinen behandelt. Es geht um die Frage von Legitimität und Legalität, bezogen auf den Kleinkrieg. Schließlich wird die völkerrechtliche und kriegsrechtliche Dimension des Kleinkrieges erörtert.

B. Kleinkrieg und große Strategie
Hier geht es um die Beziehung des Kleinkriegs zum „großen" nuklearen oder konventionellen Krieg. Es wird besonders die Frage des „neuen", noch weitgehend außerhalb der Erfahrung stehenden Kriegsbildes des Atomkriegs und des modernen Kleinkriegs im Vergleich zum „fortgeschriebenen" Kriegsbild des „großen" konventionellen Krieges behandelt. Dabei wird auch auf die Rolle des Kleinkriegs im „Crisis Management" der Supermächte und ihrer Verbündeten und Satelliten eingegangen. Besonders wird auf das Grundcharakteristikum des Kleinkriegs als psychopolitischer und ideell-geistiger Zermürbungskrieg eingegangen.

C. Der Krieg der verwischten Konturen
Hier geht es sozusagen um die „Geopolitik" des Kleinkriegs, also die Bedeutung landschaftlicher bzw. städtischer Umwelt auf die Kleinkriegsführung. Der Kleinkrieg wird als Krieg ohne Fronten mit der „Verseuchung" des Raumes durch die Aufständischen dargestellt. Schließlich wird auf die grundlegenden operativen Grundsätze der Kleinkriegsführung — Beweglichkeit, Überraschung, Flexibilität — eingegangen. Auch das Fehlen der „Entscheidungsschlacht" im Kleinkrieg sowie das paradoxe Verhältnis taktischer Siege und Niederlagen zu Gesamtsieg oder -niederlage werden erörtert.

D. Die Vorbereitung des Kleinkriegs
Hier wird unter dem Stichwort der Konspiration die personelle und geistig-ideelle Vorbereitung der Kleinkriegsführung behandelt. Sodann werden die spezifischen, beabsichtigten Wirkungen von Terror im Kleinkrieg wie Mordanschläge, Sabotage und bewaffnete Überfälle erörtert.

E. Der Übergang zum offenen Kampf
Dieser Teil behandelt die Probleme des Übergangs von verdeckter zu offener Kampfführung im Kleinkrieg. Die geistig-politischen, operativ-militärischen und logistischen Voraussetzungen dieser letzten Eskalation der Kleinkriegsführung werden besprochen, wiederum mit besonderer Berücksichtigung des strategischen Kontexts.

Hoffentlich ist dem Leser mit diesen kurzen Bemerkungen eine wenigstens grobe Vorstellung gegeben worden, was den Gehalt des Buches *Der Moderne Kleinkrieg* von Prof. v. d. Heydte ausmacht. Dieses Buch ist staatsbürgerliche Pflichtlektüre. Wir sind froh, Prof. v. d. Heydtes Buch *Der Moderne Kleinkrieg* bis zum Spätsommer 1986 neu herausbringen zu können.

Sicher gilt aber auch für unsere Zeit: „Willst du den Frieden, erkenne den Krieg!" Der Erkenntnis des Krieges, nicht seiner Vorbereitung, soll diese Schrift dienen.

Die vorliegende Schrift nimmt so Partei für den Frieden und gegen den Krieg. Darüber hinaus will sie nicht Partei nehmen. Sie versucht, die Grundsätze, nach denen ein moderner Kleinkrieg von Guerilleros in Europa möglicherweise geführt werden wird, losgelöst von allen Ideologien und von besonderen örtlichen oder situationsgebundenen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen zu behandeln. ...(S.13)

Die vorstehende Studie beschreibt den modernen Kleinkrieg als strategisches Modell — als das Modell einer totalen, die Gesamtheit vom Staat und Volk erfassenden, mit allen möglichen Mitteln geführten, lange Zeit andauernden gewaltsamen Auseinandersetzung, die zunächst von geringer militärischer Intensität ist, der jedoch die Tendenz zu allmählicher Steigerung eignet. In dieser Auseinandersetzung obsiegt der Streitteil, dem es gelingt, seinen Gegner im Verlauf des Kampfes mit der Zeit psychologisch und räumlich so zu isolieren und moralisch so zu zermürben, daß er alle ihm gestellten Bedingungen annimmt. ...(S.262)

(Aus: „Der moderne Kleinkrieg" von Prof. Friedrich August Frhr. v. d. Heydte)

Auszüge aus dem Buch von Prof. Friedrich August Frhr. v. d. Heydte

Der moderne Kleinkrieg

A. Grundlagen

I. DAS WESEN DES KLEINKRIEGS

§ 1 — *Krieg als Ausnahmezustand*

Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs häuft sich die Literatur über das Wesen des Kleinkriegs und die Grundsätze seiner Führung. Von dem chinesischen Parteivorsitzenden Mao Tse-tung bis zum Schweizer Major H. von Dach, von dem südamerikanischen Rebellenführer Ernesto „Che" Guevara bis zum griechischen Oberst Georgios Grivas-Dighenis, von dem amerikanischen Militärschriftsteller Charles W. Thayer bis zu dem Deutschen Hellmuth Rentsch haben sich Praktiker und Theoretiker moderner Kriegsführung mit dem Problem des irregulären, von Banden geführten Kriegs und mit dem merkwürdigen Phänomen befaßt, daß in einem solchen Krieg „schlecht bewaffnete, schlecht ausgebildete und schlecht gekleidete, von Amateuren geführte Banden im Kampf gegen überlegene, von Berufssoldaten geführte Truppen häufig erfolgreich" sind.

Sucht man in der Fülle des zeitgenössischen Schrifttums über den Kleinkrieg nach einer überzeugenden Wesensbestimmung dieser Art der Kriegführung, wird man allerdings erstaunt feststellen, daß die Mehrzahl der Theoretiker, die sich mit dem Kleinkrieg befassen, uns eine klare Bestimmung des Begriffs, von dem sie sprechen, schuldig bleiben. Jeder weiß, was er sich unter Kleinkrieg vorstellt; ihn seinem Wesen nach einerseits von der revolutionären Erhebung und andererseits vom konventionellen Krieg klar abzugrenzen, ist jedoch offenbar schwer.

Gewöhnlich wird der Kleinkrieg als eine bewaffnete Auseinandersetzung erfaßt, deren Träger nicht Großverbände, sondern kleine und kleinste Aktionsgruppen sind und in der die Entscheidung nicht in einigen wenigen großen Schlachten, sondern in einer sehr großen Zahl von kleinen Einzelunternehmungen, Überfällen, Terror- und Sabotageakten, Sprengstoff- und anderen Attentaten gesucht und schließlich auch erreicht wird. Der Kleinkrieg ist ein „Krieg aus dem Dunkel": An die Stelle der kraftvollen Stoßes treten in ihrer Vielzahl nicht minder gefährliche Nadelstiche, an die Stelle einer Überlegenheit der Waffen — und damit der Feuerkraft im weitesten Sinn des Wortes — tritt die Überlegenheit einer Bewegung, die für den Gegner nicht mehr „verfolgbar" ist.

Mit diesen Feststellungen ist der Kleinkrieg allerdings nur andeutungsweise beschrieben; er ist damit weder klar definiert noch in seinem Wesen erschöpfend bestimmt.

Kleinkrieg ist jedenfalls Krieg. Er ist „echter" Krieg und nicht nur „Kriegsersatz", „Kriegsstellvertretung", ein „Unternehmen in Kriegsnähe", ein „Zustand short of war" — oder welchen Ausdruck immer man in „semantischer Wortklauberei" benutzt, um aus dem einen oder anderen Grund als „echten" Krieg nur den sogenannten „großen" Krieg zu bestimmen, in dem der militärische Großverband und von uniformierten Soldaten bediente Vernichtungsmittel die entscheidende Rolle spielen.

Einige Theoretiker erkennen zwar an, daß es sich beim Kleinkrieg um wirklichen Krieg handelt; aber sie wollen den Kleinkrieg nicht als eine *Art* des *Krieges*, sondern nur als eine *Form* der Krieg*führung* im Rahmen eines „großen" Krieges — dem U-Bootkrieg oder dem Bombenkrieg der Luftstreitkräfte oder vielleicht auch dem Wirtschaftskrieg vergleichbar — se-

hen. Am schärfsten unterscheidet in diesem Zusammenhang Samuel P. Huntington zwischen *Arten* des *Krieges* und bloßen *Formen* seiner *Führung*. Er bestimmt die Arten des Krieges — als *Arten* jeweils einer „gewalttätigen Wechselwirkung zweier organisierter politischer Gruppen" — „nach der Natur der Zielsetzungen, der Beteiligten, nach den Anstrengungen, die sie zur Erreichung dieser Ziele unternehmen, und, ganz allgemein gesprochen, nach den von ihnen verwendeten Hilfsmitteln": jede dieser Arten des Krieges beinhalten „die Summe aller militärischen Wechselwirkungen zwischen den Beteiligten". Unter *Formen* der Kriegführung will Huntington hingegen nur „Varianten militärischer Tätigkeit" verstanden wissen, die „durch einzelne militärische Kräfte und Waffen und eine besondere Taktik bestimmt" sind. Wir können Huntington nicht folgen, wenn er glaubt, von diesen beiden Definitionen ausgehend feststellen zu können, daß der Kleinkrieg „*eindeutig* eine *Form* der Kriegführung und *nicht* eine Kriegs*art*" ist. Das Phänomen des modernen Kleinkriegs ist gerade auch deshalb wissenschaftlich so schwer zu erfassen, weil uns der Kleinkrieg heute das eine Mal nur als *Form* der Krieg*führung*, ein anderes Mal jedoch als eine besondere *Art* des *Kriegs* entgegentritt, in dem zumindestens einer der Kriegführenden unter Einsatz aller ihm dazu zur Verfügung stehenden Kräfte bestimmte Methoden des Kampfes mit dem Ziel anwendet, den Gegner so zu erschöpfen und innerlich zu zermürben, daß er im Laufe der Zeit infolge der fortschreitenden Schwächung nicht nur seiner physischen, sondern auch seiner psychischen Kräfte unfähig zu einem klaren politischen und militärischen Wollen und *dadurch* unfähig zum Handeln wird. Dort, wo der Kleinkrieg als eine *Art* des Krieges erscheint, und nicht als bloße Form der Kriegführung, kann unter Umständen ein begrenzter *konventioneller* Krieg zu einer ausnahmsweisen *Form* der Krieg*führung* — der Führung eines Kleinkriegs — werden.

Uns interessiert hier der Kleinkrieg zunächst als eine *Art des Kriegs*. Hugo Grotius erfaßte den Krieg als einen „status per vim concertantium", als den „Status" derer, die mit Gewalt einander bekämpfen. Status läßt sich hier nicht anders übersetzen als *Zustand*: Krieg ist für Grotius ein Zustand, nicht nur eine Summe von Einzelakten bestimmter Art, die die „per vim concertantes" setzen.

Krieg ist der *Ausnahme*zustand des Völkerrechts. Die Gewaltanwendung im Friedenszustand besteht in einem oder mehreren Ausnahmeakten, die den Friedenszustand als solchen in seinem Wesensgehalt nicht berühren. Der Krieg hebt als Ausnahmezustand den Zustand des Friedens hingegen auf. Er ist ein Zustand, in dem sich die Beziehungen zwischen Staaten und Völkern *insgesamt* in anderen Formen und nach anderen Regeln verwirklichen und entwickeln, als dies im Frieden der Fall ist. Im Friedenszustand ist die — vielfach abgewandelte — Grundform und Grundlage aller zwischenstaatlichen Beziehungen die Willens*einigung* mehrerer Staaten, eine Willenseinigung, deren normaler Ausdruck der *Vertrag* ist. An die Stelle der Willenseinigung tritt im Krieg die Durchsetzung des Willens *eines* Staates oder *einer* Staatengruppe in der angewandten *Gewalt*, deren Ziel es ist, den Willen anderer Staaten oder Staatengruppen — den Willen des oder der Gegner — zu brechen.

Wenn, wie immer wieder in einer Unzahl von Definitionsversuchen behauptet wird, Politik „Erwerb, Wahrung und Verlust von Macht" ist, „Machthandeln", Gestaltung und Formung von Gemeinschaft und Gesellschaft durch Macht, dann ist Krieg zweifellos, wenn nicht eine Art Politik zu treiben, so doch jedenfalls ein Mittel der Politik: Denn der Krieg ist stets ein Kampf um Macht. Macht aber ist nichts anderes als potenzierter Einfluß, ein Einfluß, der stark genug ist, andere zu veranlassen, sich — unbewußt oder bewußt, freiwillig oder gezwungen — dem Willen dessen zu fügen, der diesen Einfluß ausübt, und sich so zu verhalten, wie dieser es will. Um diesen potenzierten Einfluß auf den Gegner geht es im Grunde sowohl in der Politik wie im Krieg. Im Kleinkreig erscheint dieser Zusammenhang zwischen Politik und Krieg besonders deutlich: Denn der Kleinkrieg ist in gewissem Sinn der Krieg des Politikers, nicht der Krieg des Soldaten.

Das Wesen des Kriegzustandes besteht in *umfassendem Rückgriff auf die Gewalt*, die nahezu alle Rechtsgüter eines Staates bedroht und zur Grundlage aller Beziehungen zwischen den gegeneinander Krieg führenden Staaten wird. Die Gewalt muß dabei nicht wesensnotwendig als *Waffen*gewalt auftreten, ein Krieg nicht immer in der Form des *militärischen* Kampfes ausgetragen werden; zum Wesen des Krieges gehört notwendig nur, daß an die Stelle der friedlichen Begegnung, die im Frieden Basis der Beziehungen zwischen den Staaten ist, die Gewaltanwendung als Grundlage dieser Beziehungen tritt. Ein einzelner Gewaltakt oder einige wenige Gewaltakte unter Aufrechterhaltung sonst friedlicher Beziehungen bedeuten noch nicht Krieg; andererseits ist — und dies ist für das Problem des Kleinkriegs von besonderer Bedeutung — Krieg offenbar auch dann gegeben, wenn die Gewalt, die Staaten, die im Streit liegen, umfassend anzuwenden gewillt sind, nicht nur — oder überhaupt nicht — militärische Gewalt ist.
(S.16-21)

B. Kleinkrieg und große Strategie

V. ATOMKRIEG UND KLEINKRIEG ALS ALTERNATIVEN UNKONVENTIONELLER KRIEGSFÜHRUNG

§ 1 — *Das Problem des Kriegsbilds*

Als Friedrich der Große den Krieg gegen Maria Theresia begann, konnte er zwar nicht den Ausgang dieses Krieges und seinen Verlauf, wohl aber sein Bild mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit voraussagen. Man wußte damals, wie eine bewaffnete Auseinandersetzung zweier Staaten „aussehen", das heißt, in welcher Form und mit welchen Mitteln sie geführt werden würde. Es gab damals nur *ein* mögliches Kriegsbild: Wenn es zum Krieg kam, *mußte* dieser Krieg — *jeder* Krieg — so und nicht anders „aussehen".

Diese Einheitlichkeit des Kriegsbildes blieb bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges erhalten: Das Kriegsbild änderte sich zwar mit der Entwicklung der Waffentechnik und der Taktik; es war jeweils an einen geographischen Großraum gebunden; aber es gab zu einem gegebenen Zeitpunkt und in einem gegebenen Raum jeweils nur einen *einzigen* Typ des Kriegsbildes, niemals mehrere. Erst in unserer Zeit hat sich das Kriegsbild aufgespalten: Wir können heute nicht mehr voraussagen, wie ein Krieg „aussehen" wird, der sich in einem bestimmten Raum abspielt.

Wir stehen heute einer Vielheit ganz verschiedener Typen des Kriegsbildes gegenüber, einem großen Fächer, der vom Atomkrieg, in dem nukleare Waffen wirklich eingesetzt werden, als dem einen unkonventionellen Extrem über den sogenannten nichtatomaren Krieg, in dem jeder der Kriegführenden damit rechnen muß, daß sein Gegner doch zu einem bestimmten Zeitpunkt seine Zuflucht zu nuklearen Waffen nehmen wird, und über den konventionellen Krieg, in dem der Einsatz nuklearer Waffen unwahrscheinlich, wenn nicht ausgeschlossen ist, bis zum modernen Kleinkrieg als dem anderen — wiederum unkonventionellen — Extrem reicht.

Die Vielheit der Kriegsbildtypen führt notwendig zu Unsicherheit in den strategischen Konzeptionen. Theoretiker, die sich heute mit Fragen der Strategie befassen, neigen meist dazu, aus dem bunten Fächer der verschiedenen möglichen Typen des Kriegsbildes eines — etwa das des Atomkrieges — herauszugreifen und in den Mittelpunkt der Betrachtung zu stellen. In den Schriften etwa der Amerikaner Kissinger, Strauß-Hupé oder Maxwell Taylor, in den Studien der französischen Generäle Ailleret und Gallois, oder in dem unter der Ägide Marschall Sokolowskis erschienenen Gemeinschaftswerk sowjetischer Strategen steht der Kriegsbildtypus des Atomkriegs im Mittelpunkt; der eine oder andere dieser Theoretiker schreibt so, als gäbe es neben diesem Typus des Kriegsbildes keinen anderen — so wie frühere Jahrhunderte nur ein einheitliches Kriegsbild gekannt hatten.

Dieses Abstellen auf nur einen Typus des Kriegsbildes ist beim Theoretiker vielleicht noch verständlich; doch wenn auch die Praxis bei der Gesamtplanung der militärischen und zivilen Verteidigung eines Landes nur auf einen Kriegsbildtypus starrt, so kann solche Einseitigkeit für den betreffenden Staat verhängnisvoll werden.

Es ist heute nicht möglich, von einem einzigen Kriegsbildtypus auszugehen. Alle strategischen Überlegungen ebenso wie alle konkreten Vorhaben im Verteidigungssektor müssen die Möglichkeit *verschiedener* Typen des Kriegsbildes vor Augen haben. Das Kriegsbild des atomaren Krieges verlangt andere strategische Planung, andere Bewaffnung, andere Truppengliederung und, last not least, eine andere Art der Ausbildung von Offizier und Mannschaft als etwa das Kriegsbild des rein konventionellen Krieges; das Kriegsbild des modernen Kleinkriegs wiederum verlangt ein völlig anderes strategisches Denken, eine völlig andere Taktik und Gefechtstechnik und entsprechend auch eine andere Ausbildung.

Hinzu kommt, daß sowohl das Kriegsbild des Atomkriegs als auch das des Kleinkriegs, der in einem modernen Industriestaat geführt wird, von uns ohne jede Erfahrung gezeichnet werden muß. Hier wie dort müssen wir uns ein Phänomen vorstellen, das wir aus eigenem Erlebnis noch nicht kennen. An die Stelle der Erfahrung tritt deshalb weitgehend die Spekulation, wenn nicht gar die Phantasie. Hier liegt das erste, große und ungelöste Problem aller strategischen Überlegungen, aller Planungen der militärischen und zivilen Verteidigung, aller Rüstungsprojekte.
(S.61-63)

§ 2 — *Die Wahl des Kriegsbildtyps als Teil der strategischen Planung eines Aggressors*

Es gibt Theoretiker und Praktiker, die wegen dieses völligen Fehlens irgendwelcher Erfahrung sowohl im Atomkrieg, als auch im modernen, in einem Industriestaat zu führenden Kleinkrieg vorschlagen, den Überlegungen und Planungen und nicht zuletzt auch der Ausbildung das uns schon von der Erfahrung her bekannte Kriegsbild des konventionellen Krieges zugrunde zu legen. Man könne, so meinen sie, ohne jede Erfahrung weder vernünftig planen, noch vernünftig ausbilden.

Auch viele, die einen solchen Gedanken nicht offen aussprechen, weil sie nicht als rückständig erscheinen wollen, handeln faktisch nach diesem Grundsatz. Wer in den letzten zehn Jahren als Gast an einem Feldmanöver der Streitkräfte des einen oder anderen Mitgliedstaates der NATO teilnehmen konnte, mußte manchmal — durchaus nicht immer! — den Eindruck gewinnen, als würden die reichlich, allzu reichlich angenommenen Explosionen von Atomsprengkörpern auf dem Gefechtsfeld mehr oder weniger artfremd in das Geschehen eines konventionellen Krieges hineingestellt; wenige Kilometer von der angenommenen Detonation eines Atomsprengkörpers, bei dem mit KT-Werten meist sehr großzügig umgegangen wurde, benahmen sich andere Manöverteilnehmer so, als seien nukleare Waffen noch nicht erfunden oder als habe das Bundesinnenministerium recht gehabt, wenn es vor Jahren in einer vielzitierten Flugschrift behauptet hat, daß schon die über den Kopf gehaltene Aktentasche Schutz gegen die Wirkung von Atomwaffen gewähre. Jedenfalls schienen diese Manöverteilnehmer nicht zu fürchten, daß auch in ihrer Nähe ein Atomsprengkörper detonieren könne: Tatsächlich war ja eine solche Detonation auch im „Drehbuch" des Manövers nicht vorgesehen.

Extra Ilion peccatur et intra: Denkt der *Praktiker* noch allzu oft — manchmal wohl unbewußt — im konventionellen Krieg, so starrt der *Theoretiker* oft wie gebannt nur noch auf den Atomkrieg.

In diesem einseitigen Denken wird allzu leicht vergessen, daß der Typus des Kriegsbildes nicht einseitig von *einem* Kriegführenden — und daß er auf keinen Fall von *dem* Kriegführenden bestimmt wird, der angegriffen wird und der deshalb erst den zweiten Schlag tun kann. Gerade die Mög-

lichkeit verschiedener Typen des Kriegsbildes versetzt heute den Verteidiger stets in die schwächere Position. Der uralte Satz, daß reine Verteidigung niemals zum Sieg führen könne, gilt deshalb heute noch verstärkt. Unter Umständen hat heute der Verteidiger den Krieg schon verloren, bevor er in der Lage ist, ihn zu beginnen.

Der Angreifer andererseits hat angesichts der Vielzahl der Kriegsbildtypen heute eine vielfältigere Möglichkeit zu überraschen, vor allem wenn er bei seiner Rüstung und Planung alle möglichen Typen des Kriegsbildes in Betracht gezogen hat. Die nuklear gerüstete Großmacht, die gleichzeitig über starke konventionelle Streitkräfte verfügt und außerdem in der Lage ist, einen modernen Kleinkrieg zu führen, hat, wenn sie angreift, zunächst die Wahl der Kriegsart — wobei es der Gedanke der Überraschung im konkreten Fall möglicherweise ratsam erscheinen lassen kann, einen Krieg, den man als konventionellen führen will, als Kleinkrieg zu beginnen oder an den Anfang des Krieges, in dem seine nuklearen Waffen einzusetzen man von vornherein entschlossen ist, einen konventionellen Angriff zu setzen.

Das Kriegsbild des kommenden Krieges steht seinem Typus nach noch nicht am ersten Tage fest; es zeichnet sich erst allmählich ab. Man wird an alte Fixierbilder erinnert, bei denen die oberste Schicht zunächst das eigentliche Bild verbirgt, — es wird erst nach Ablösung dieser Schicht allmählich sichtbar.

Daß sich das Kriegsbild im Laufe eines Krieges ändert, ist nichts Neues. Als die Streitkräfte der europäischen Mächte zu dem großen Waffengang des Ersten Weltkriegs antraten, ahnte keiner der verantwortlichen Generäle, daß dieser als Bewegungskrieg begonnene Kampf sehr bald im Material- und Stellungskrieg erstarren würde. Heute ist allerdings dieser mögliche Wechsel des Kriegsbildes nicht nur die Folge einer *unerwarteten* Entwicklung des Krieges, sondern er kann von einer der kriegführenden Parteien bewußt von Anfang an angestrebt sein. Neben der Wahl der Kriegs*art*, die heute für den Angreifer möglich ist und ihm einen zusätzlichen Vorteil verleiht, wird so der *Wechsel des Kriegsbildtyps* zu einem Teil der strategischen Planung — und für den Gegner zu einer Drohung, mit der er jederzeit rechnen muß.

Es wäre ein Irrtum, in diesem Zusammenhang zu glauben, es gäbe im Sinn einer großen Eskalation nur einen Übergang vom Kriegsbild des modernen Kleinkriegs zu dem des konventionellen Kriegs oder vom konventionellen Krieg zum Atomkrieg. Es ist auch denkbar, daß etwa ein mit dem Einsatz nuklearer Waffen begonnener großer Krieg nach den ersten Atomschlachten von einem der Kriegführenden in der Form eines modernen Kleinkriegs fortgeführt wird und daß der betreffende Staat diesen Übergang zum Kleinkrieg schon vor Kriegsbeginn geplant und vorbereitet hatte. Daß bei der Vorbereitung gerade eines solchen Kleinkriegs, der der atomaren Auseinandersetzung folgen soll, der psychologischen Rüstung entscheidende Bedeutung zukommt, ist evident. (S. 63-65)

VI. ATOMARE UND KLEINKRIEGSDROHUNG IM PROZESS DER KRIEGSVERHÜTUNG

§ 2 — *Kleinkrieg contra Atomkrieg*

Jede Waffe verlangt ein ihr entsprechendes Ziel. Eine Möglichkeit, den Gegner vom Einsatz einer bestimmten Waffe abzuhalten, besteht darin, ihm kein Ziel für diese Waffe zu bieten. Wer verhindern will, daß der Gegner Atomwaffen verwendet, muß danach trachten, seine Kampfführung so zu gestalten, daß der Gegner keine Atomziele findet. Aus dieser Sicht heraus läßt sich ein merkwürdiger Zusammenhang zwischen den beiden extremen Kriegsbildtypen der Gegenwart — zwischen dem Atomkrieg und dem modernen Kleinkrieg — feststellen: der moderne Kleinkrieg kennt

keine Atomziele und schließt daher die Verwendung von Atomwaffen weitestgehend aus. Er ist im Grunde die einzige echte Alternative zum Atomkrieg.

In mehr als einer Beziehung steht der Kleinkrieg in kontradiktorischem Gegensatz zum Atomkrieg. Es wäre verlockend, diesem Gegensatz bis in die Einzelheiten der jeweiligen Kampfführung nachzugehen. Man könnte, um ein Beispiel anzuführen, überspitzt und in einer „schrecklichen Vereinfachung" von einem Diktat des Feuers über die Bewegung im Atomkrieg und von einem Diktat der Bewegung über das Feuer im modernen Kleinkrieg sprechen. Verlangt, um ein anderes Beispiel zu nennen, die Verwendung von Atomwaffen Klarheit der Linienziehungen und klare Begrenzung von operativ oder taktisch bedeutsamen Räumen, die jeden Zweifel insbesondere über ihren vorderen Rand ausschließt, so verbietet die Kampfführung im Kleinkrieg jede streng gezogene Linie, jede deutliche Begrenzung eines Raumes.

Der Atomkrieg verlangt seinem Wesen nach ein Vorgehen, das Liddell Hart das „direkte" genannt hat. Wer Atomwaffen einsetzt, der packt den Stier bei den Hörnern: Er ist bereit, es auf die letzte — die atomare — Machtprobe ankommen zu lassen, um durch den Beweis einer militärischen Überlegenheit, einen furchtbaren Beweis, dem Gegner seinen Willen aufzuzwingen und den Krieg durch einen *militärischen* Sieg zu beenden. Der moderne Kleinkrieg hingegen kennt seinem Wesen nach kein „direktes" Vorgehen: Das militärische Kräfteverhältnis wird hier bedeutungslos, weil es nicht zur letzten militärischen Machtprobe kommt. Wer einen Kleinkrieg führt, weicht solcher Machtprobe aus und sucht stattdessen den Gegner zu beunruhigen, zu überraschen, zu ermüden, aus dem Gleichgewicht zu bringen, geistig und seelisch zu zermürben, ohne ihm je die Möglichkeit zu bieten, seine in der Regel überlegenen Waffen einzusetzen. Am Ende des Kleinkriegs steht nicht nur ein *militärischer*, sondern ein totaler *politischer* Sieg.

Der wesenhafte Unterschied zwischen Atomkrieg und Kleinkrieg schließt allerdings, wie schon mehrfach angedeutet, keineswegs aus, daß diese beiden Kriegsbildtypen — wenn auch in einer gewissen dialektischen Spannung — im *gleichen* Krieg erscheinen, sei es, daß in einem *zeitlichen Nacheinander* ein Kleinkrieg dem nuklearen Waffengang vorausgeht oder ihm folgt — von Fällen dieser Art war eben schon bei Behandlung der Probleme des Wechsels im Typus des Kriegsbilds, der Verhinderung des atomaren „all-out-war", der Wiedergewinnung der Bewegungsfähigkeit im atomaren Kampf und last not least der Verzögerung des Übertritts über die „Atomschwelle" die Rede —, sei es, daß in einem *räumlichen Nebeneinander*, in dem im Schwerpunkt des Kampfgeschehens die Kriegführenden die Entscheidung mit nuklearen Waffen herbeizuführen suchen, gleichzeitig auf einem Nebenkriegsschauplatz der Kampf in der Form des modernen Kleinkriegs geführt wird.

Besteht zwischen Atomkrieg und Kleinkrieg in vielfacher Hinsicht ein kontradiktorischer Gegensatz oder wenigstens — im Nach- und Nebeneinander dieser beiden extremen Typen des modernen Kriegsbilds — eine starke dialektische Spannung, so zeigen Atomkrieg und Kleinkrieg auf der anderen Seite in mancher Beziehung auch eine erstaunliche Parallelität. Von einigen dieser Fälle, etwa vom „Immobilisierungseffekt", den atomare wie Kleinkriegskampfführung auf die konventionellen Streitkräfte des Gegners ausüben kann, wurde eben schon gesprochen. Pierre Gallois hat darauf hingewiesen, daß die Atomwaffen den Unterschied zwischen kleinen und großen Staaten verwischen: Künftig wird, so betont er, ein kleiner Staat wie die Schweiz, wenn sie nur im Besitz von Atomwaffen ist, dank dieser nuklearen Rüstung genauso stark sein wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Volksrepublik China. Alle drei genannten Staaten werden nämlich, wenn sie über nukleare Waffen verfügen, in der Lage sein, die lebenswichtigen vierzig oder fünfzig Städte des Gegners „auszuradieren" und das Land des Gegners für Jahrhunderte ins Chaos zu stürzen.

In gleicher Weise hebt auch der Kleinkrieg den Unterschied zwischen

„großen" und „kleinen" Staaten weitgehend auf. Ein kleiner Staat wird — ist er in der Lage und bereit, einen modernen Kleinkrieg zu führen — auch der ihm vielfach überlegenen militärischen Kraft einer Weltmacht erfolgreich trotzen. 1808 haben 50000 spanische Guerilleros erfolgreich gegen 260000 kriegserfahrene französische Soldaten gekämpft. Im Fernen Osten haben seit Jahren die rüstungs- und zahlenmäßig unterlegenen Vietkong einen nicht minder erfolgreichen Kleinkrieg gegen die militärische Übermacht der Vereinigten Staaten geführt. Die Aktionsgruppen des Kleinkriegs gleichen bösartigen Wespenschwärmen; der Jäger, der in einen solchen Schwarm gerät, erliegt ihm, wenn er versucht, mit dem modernen Präzisionsgewehr, das er souverän beherrscht und das für jede Großwildjagd geeignet ist, den Angriff der Wespen zu stoppen.

Der moderne Kleinkrieg gibt in einer gewaltsamen Auseinandersetzung dem „Kleinen" eine reelle Chance gegenüber dem „Großen". Das Bestehen dieser Chance kann der „Kleine" u. U. schon vor Ausbruch eines Krieges zur Abschreckung des potentiellen „großen" Gegners nutzen; schon die Möglichkeit einer Drohung mit dem Kleinkrieg kann — allerdings nur, wenn eine solche Drohung *wirklich* glaubwürdig ist — den Unterschied zwischen dem „Großen" und dem „Kleinen" wenn nicht aufheben, so doch wesentlich verringern und das Risiko des „Großen" bei einem Angriff auf den „Kleinen" bis zu einem Ausmaß erhöhen, in dem es nicht mehr kalkulierbar ist. (S. 73-76)

C. Der Krieg der verwischten Konturen

VII. PROBLEME DES RAUMES

§ 1 — *Die Strategie des Kleinkriegs*

In anderem Zusammenhang war schon von der Rolle die Rede, die der Kleinkrieg in der militärischen Strategie und insbesondere in einer Strategie des Krieges spielt. Der Kleinkrieg wurde dabei als ein *Mittel* verstanden, dessen sich die „Strategie der indirekten Aktion" bedient, um ein Ziel zu erreichen, das sie sich gesetzt hat. Dabei wurde der Kleinkrieg keineswegs als *einziges* Mittel einer solchen „Strategie der indirekten Aktion" herausgestellt; der Kleinkrieg ist nur *einer* von vielen Anwendungsfällen dieser Strategie.

Von der Rolle des Kleinkriegs in der Strategie ist die der Strategie im Kleinkrieg zu unterscheiden. Sich mit der Stellung zu befassen, die der Strategie im Kleinkrieg zukommt, soll Aufgabe der folgenden Kapitel sein.

Die Mehrzahl der Abhandlungen über den modernen Kleinkrieg versucht, strategische Maximen, die für den Kleinkrieg gelten, aufzustellen. Die dabei gefundenen Regeln sind von einer überraschenden Vielheit. Meist wird dabei zwischen strategischen, operativen und taktischen Grundsätzen nicht unterschieden; was als ein Prinzip der Strategie des Kleinkriegs angesprochen wird, ist oft nur eine operative oder taktische Regel. Ein Beispiel hierfür sind die operativen und taktischen Grundsätze, die Mao Tse-tung in seinen verschiedenen Studien über den Kleinkrieg nennt: Vor anrückendem Feind ziehen sich Guerilleros — möglichst auf einen zentralen Sammelpunkt hin — zurück; der passive, sich nicht von der Stelle rührende Feind dagegen wird von den Guerilleros beunruhigt und gestört, der ermüdete Feind wird — möglichst in der Bewegung — angegriffen; zieht der Feind sich zurück, so stoßen Guerilleros nach; Ziel von Guerilleros kann nicht das Halten von Städten, sondern nur die Vernichtung der feindlichen Kampfkraft sein; jedes *einzelne* Gefecht verlangt überlegene Kräfte: Kann das *strategische* Kräfteverhältnis im Kleinkrieg 1 : 5 zu Ungunsten der Guerilleros, so muß das *taktische* jedenfalls 5 : 1 zu ihren Gunsten sein; ohne Basis-Gebiete läßt sich ein Kleinkrieg nicht führen; der enge Zusammenhalt zwischen Aktionsgruppen und Bevölkerung ist im Kleinkrieg entscheidend; Beute löst logistische Probleme. Die

vier ersten dieser Maxime sind weltbekannt und werden wiederholt, wo immer man vom Kleinkrieg spricht. Ihre Wirkung liegt nicht zuletzt in der sprachlichen Prägnanz. In der chinesischen Schriftsprache bestehen diese vier Parolen, wie Walter D. Jacobs feststellt, aus nur vier Schriftzeichen. Genauere Untersuchung ergibt, daß die meisten strategischen Grundsätze, die für den Kleinkrieg aufgestellt worden sind, zwar *auch* im Kleinkrieg, aber keineswegs *nur* für den Kleinkrieg gelten. Es gibt keine *besondere* Strategie des Kleinkriegs. Strategie des Kleinkriegs ist nichts anderes als die Anwendung *allgemein* gültiger Maximen einer Strategie des Krieges unter den *besonderen Gegebenheiten* eines Kleinkriegs. Auch im Kleinkrieg ist die Wahrung der Handlungsfreiheit und das Haushalten mit den zur Verfügung stehenden Kräften entscheidend; auch im Kleinkrieg gilt es, neuralgische Punkte des Gegners zu entdecken und zu treffen und gegnerischen Aktionen geschmeidig zu begegnen; auch im Kleinkrieg soll man sich nur dann zum Kampf stellen, wenn der Erfolg wahrscheinlich ist; auch im Kleinkrieg kommt es nicht zuletzt auf die Überraschung des Gegners und die Zersplitterung seiner Kräfte an.

Der Kleinkrieg ist, so stellten wir fest, ein Mittel der *indirekten* Aktion. Dies kommt vor allem in den operativen Maximen zum Ausdruck, die die Anweisungen der Viet-minh für den Kleinkrieg formulieren: Sie betonen unter anderem die Bedeutung von Scheinangriffen und der Täuschung des Gegners über die eigenen Absichten, Positionen und Bewegungen; sie weisen auf die Notwendigkeit hin, starke feindliche Stützpunkte zu vermeiden und nur die schwachen anzugreifen, dem starken Gegner auszuweichen und den Unterlegenen zum Kampf zu zwingen — Grundsätze, die in *jedem* Krieg, nicht nur im Kleinkrieg gelten.

Kennt der Kleinkrieg keine anderen strategischen Maximen als der „große" Krieg, so sind andererseits die Voraussetzungen, unter denen diese *gleichen* Grundsätze angewendet werden, je nach der Art des Krieges und der Form der Kriegführung verschieden. Wer die Strategie des Kleinkriegs darstellen will, muß daher vor allem von diesen Voraussetzungen — von den besonderen Gegebenheiten des Kleinkriegs — sprechen. Alle diese besonderen Gegebenheiten des Kleinkriegs haben eines gemeinsam: Es fehlen klare Umrisse. Der Kleinkrieg ist seinem Wesen nach ein Krieg der verschwommenen Konturen. (S. 82-84)

§ 3 — *Ein Krieg ohne Fronten*

Das Ringen um die Handlungsfreiheit ist, so stellte Beaufre fest, der Wesensinhalt der Strategie.

Handlungsfreiheit in der gewaltsamen Auseinandersetzung bedeutet aber im Kern nichts anderes als die Verfügung über Raum und Zeit. Wer in der Lage ist, dem Gegner vorzuschreiben, wo und wann er kämpfen muß, kann auch mit verhältnismäßig schwachen Kräften Sieger sein. Das Geheimnis des Erfolgs jeder bewaffneten Aktion liegt darin, am rechten Ort und im rechten Augenblick stärker und schneller zu sein als der Feind. Schnelligkeit bedeutet dabei in bestimmten Lagen Stärke.

Dieser Grundsatz gilt nicht nur im „großen" Krieg, sondern auch — und in spezifischer Ausprägung — im Kleinkrieg. Auch im Kleinkrieg entscheidet die Verfügung über Raum und Zeit und ihre richtige Einschätzung und Berechnung über Sieg und Niederlage.

Der *Raum*, um mit ihm zu beginnen, hat im Kleinkrieg keine geringere, wohl aber zum Teil eine *andere* Bedeutung als im „großen" Krieg. Kleinkrieg ist großräumiger Krieg. Operationsgebiet der Guerilleros ist — es wurde dies eben schon dargelegt — im theoretischen „Idealfall" das *gesamte* Gebiet des vom Kleinkrieg betroffenen Staates. Das Operationsgebiet der Guerilleros einzuengen, muß das Bestreben ihrer Gegner sein. Mit der Beschränkung ihrer *räumlichen* Handlungsfreiheit beginnt die Niederwerfung der Guerilleros.

Der „große" Krieg ist, wie verschieden die Form auch sein mag, in der

er in einer konkreten geschichtlichen Lage geführt wird, jedenfalls durch das Wechselspiel von Angriff und Abwehr gekennzeichnet. Angriff und Abwehr sind Grundkategorien ebenso des strategischen Denkens wie der operativen Planung und der Taktik großer, kleiner und kleinster Verbände. Der Kleinkrieg kennt zwar noch im Bereich der Strategie einen Gegensatz zwischen Angriff und Verteidigung; die dialektische Spannung zwischen Angriff und Abwehr ist ihm hingegen auf der operativen Ebene und im Bereich der Taktik in seiner ersten Phase fremd.

Operativ und insbesondere taktisch lassen sich Angriff und Abwehr nicht ohne engen Bezug zum Raum denken. Hier wie dort geht es jedenfalls um Raum. Angriff ist räumliches *Vor*gehen, Bewegung nach vorwärts. Abwehr ist umgekehrt räumliches *Halten*, Festkrallen im Gelände, Verhinderung feindlicher Vorwärtsbewegung. Im Angriff wird dem Gegner ein bestimmter, für den weiteren Verlauf des Krieges wichtiger, wenn nicht entscheidender Raum abgewonnen; in der Verteidigung wird dem Gegner der Zutritt zu einem solchen Raum, sein Besitz und Gebrauch verwehrt. Angriff wie Abwehr *brauchen* Raum. Sie werden beide *im* Raum von rückwärts „genährt".

Der Kleinkrieg ist zunächst ein Kampf des Einzelkämpfers, der kleinen Gruppen. Er verwirklicht sich in einer Vielzahl isolierter Gewaltakte. Diese Gewaltakte sind im Idealfall über den ganzen Raum des Staates verteilt, gegen den der Kleinkrieg sich richtet, oder in dem der Kleinkrieg gegen einen fremden Okkupanten geführt wird. Der Kleinkrieg kennt keine Front und kein begrenztes Gefechtsfeld. Seine Front ist überall. Das gesamte Staatsgebiet ist sein potentielles Gefechtsfeld. Der aktuelle Kampfplatz wechselt kaleidoskopartig von Einzelakt zu Einzelakt.

Im Kleinkrieg kann plötzlich überall „vorne" sein. Agiert der Guerillero geschickt und erfolgreich, so wird sein Feind vergeblich versuchen, die Auseinandersetzung zu lokalisieren. Glaubt er, an einer Stelle „die Ordnung wiederhergestellt" zu haben, so wird unvermutet diese Ordnung an ganz anderer Stelle durch neue Kleinkriegsaktionen erschüttert. Guerilleros kämpfen überall und nirgends. Sie tauchen dort auf, wo man sie am wenigsten vermutet; sie sind verschwunden, wenn man versucht, sie zu stellen. Ist die Aktion erfolgreich durchgeführt, so überlassen sie dem Gegner den Kampfplatz, der für sie keine Bedeutung mehr hat.

Indem der Guerillero so in stetem Wechsel den gesamten Raum des vom Kleinkrieg betroffenen Staats als Operationsgebiet ausnutzt, zersplittert er nicht nur die Kräfte seines Gegners, der in jedem Teil dieses Raumes abwehrbereit sein muß; er bindet sie gleichzeitig auch, da der größere Teil dieser Kräfte „in Besatzungstruppen umgewandelt" wird, die nach einem Wort von Andro Gabelić „Sklaven des Raumes" sind, „statt operative Aufgaben zu erfüllen".

Oft wird der Gegener der Guerilleros nicht über ausreichende Kräfte verfügen, um den ganzen zum Operationsgebiet gewordenen Raum gleichmäßig zu kontrollieren. Er wird dann die „feste" Kontrolle aufr Schlüsselobjekte beschränken müssen und in anderen Teilen des fraglichen Raums nur eine „bedeutungslose" Kontrolle ausüben können. Dadurch wird auf Seiten des Gegners in militärischer Hinsicht ein „räumliches Vakuum" geschaffen, in dem die Kräfte der Guerilleros „frei oder halbfrei . . . wirken, wobei sie ihre Stoßkraft ständig entwickeln".

Weil der Kleinkrieg keine „Front' und kein „Vorne" kennt, gibt es in ihm auch keine *Vorne*-Verteidigung, keine Tiefe, keine Möglichkeit, sich *rückwärts* bereitzustellen, und vor allem keine Bewegung nach vorwärts oder rückwärts. Das Kleinkriegsunternehmen ist — auch wenn es seinem Wesen nach stets aggressiv ist — gerade dieser seiner Natur nach kein „Vorgehen", das dem Vorgehen im Angriff vergleichbar wäre. Das notwendige Ausweichen nach durchgeführtem Kleinkriegsunternehmen kann andererseits nicht mit dem „Zurückgehen" in einem „großen" Krieg verglichen werden.
(S.87-90)

§ 4 —*Die „Verseuchung" des Raumes*

Wie der Kleinkrieg kein Vor- und Zurückgehen im üblichen Sinn kennt, so kennt er auch kein „Besetzen" und kein „Halten" eines Raumes durch Guerilleros.

Im konventionellen Krieg *besetzt* eine Truppe einen Geländestreifen. Im Kleinkrieg fehlt nicht nur die Truppe, die in der Lage wäre, eine solche Besetzung durchzuführen; schon der Begriff der *Besetzung* eines Raums widerspricht dem Wesen des Kleinkriegs.

Ein bestimmter Raum wird von den Guerilleros weder „besetzt" noch „gehalten", er wird vielmehr von ihnen „verseucht". „Verseuchen" bedeutet in diesem Zusammenhang weitgehende Beschränkung der Handlungsfreiheit des Feindes in dem in Frage kommenden Raum durch eine wachsende Zahl von Kleinkriegsaktionen gerade in diesem Raum. Ohne sich im „verseuchten" Raum dem Feind jemals zum Kampf zu stellen, beunruhigt und lähmt der Guerillero den Feind in diesem Raum durch vermehrte Sabotageakte vor allem auf Verkehrswege, durch Überfälle auf Melder, isolierte Waffen, einzeln fahrende Fahrzeuge und kleinere Versorgungskolonnen und last not least durch Terrorisierung der Zivilbevölkerung.

Wie bei einer Seuche Bakterien oder Viren überraschend bald da, bald dort auftreten, den einen verschonen und den anderen unerwartet treffen und — nicht sichtbar und doch gegenwärtig — zunächst nur von ihrer Wirkung her festgestellt werden, so verunsichert der Guerillero einen Geländestreifen.

Im konventionellen Krieg ist der Begriff einer „Verseuchung" ungewöhnlich. Er eignet, wenn auch mit ganz verschiedenem Inhalt, den beiden Extremen im Fächer des modernen Kriegsbilds, dem Atomkrieg und dem Kleinkrieg. In beiden Fällen bedeutet „Verseuchung" für den Gegner ein unkalkulierbares Risiko, wenn er „verseuchtes" Gelände betritt. Im „verseuchten" Raum lauert der Tod auf ihn.

„Verseuchung" eines Raumes im Kleinkrieg zersplittert den Gegner und zehrt seine Kräfte auf. Wird die „Verseuchung" von den Guerilleros taktisch richtig durchgeführt, wird der Gegner das „verseuchte" Gebiet zunächst nicht räumen, sondern zu halten suchen; er wird jedoch in diesem Gebiet immer mehr Sicherungskräfte einsetzen müssen — und dabei immer größere Verluste an Menschen und Material erleiden. Eine „Verseuchung" hat ihren Zweck nicht erreicht, wenn sie den Gegner in verhälnismäßig kurzer Zeit schon veranlaßt, den „verseuchten" Raum ganz aufzugeben.

Die „Verseuchung" eines Geländes im Kleinkrieg ist Teil der *allgemeinen* Tendenz einer Kleinkriegführung, beim Feind Unsicherheit zu schaffen. Der im Kleinkrieg angegriffene Staat befindet sich in einem Zustand allgemeiner Unsicherheit. Im gut geführten Kleinkrieg darf der Einsatzort für den Feind nicht kalkulierbar sein.

Sobald eine Front entsteht, sobald sich Linien und feste Stellungen bilden, sobald die Kleinkriegshandlungen sich auf einen bestimmten Raum lokalisieren, verliert der Guerillero einen entscheidenden Vorteil: Denn in diesem Augenblick — aber auch erst in diesem Augenblick — kann der Staat, der im Kleinkrieg angegriffen wird, seine materielle und personelle Überlegenheit zur Geltung bringen. Schon die Feststellung, daß nur *bestimmte* Räume, „partisanenverseucht" und andere von Partisanen *frei* sind, bedeutet, wenn sie zutrifft, einen entscheidenden Erfolg für den angegriffenen Staat. Es wird daher das Ziel des im Kleinkrieg Angegriffenen sein, die Guerilleros in einem bestimmten Raum und *an* diesen Raum zu binden. Der Guerillero wird seinerseits jede länger dauernde Konfrontation und jede Bindung im konventionellen Gefecht vermeiden. Er kennt deshalb keine räumlich festgelegte Verteidigung, keine „Stellung", die es zu halten gilt.

Im Verlauf eines Kleinkriegs können sich *vorübergehend* räumliche Schwerpunkte bilden. Die Kunst des Guerilleros ist es, diese Schwerpunkte, sobald sie erkannt sind, rasch zu verlegen und immer wieder andere,

neue Räume in die Kampfhandlungen einzubeziehen. Der Kleinkrieg ist insofern ein *Bewegungskrieg par excellence*: Die Bewegung des Kleinkriegs ist allerdings, wie später noch zu zeigen sein wird, anderer Art als jene des konventionellen Kriegs.

Das schließt nicht aus, daß dort, wo der *Gegner* sich in eine feste Stellung zurückzieht, der Guerillero diese Stellung angreift, weil er glaubt, mit ihrer Wegnahme einen entscheidenden Erfolg — das heißt aber im Kleinkrieg: in erster Linie einen entscheidenden psychologischen Erfolg — zu erringen. Er wird dabei diese Stellung zunächst mit Mitteln des Kleinkriegs isolieren und den Feind von seinen Nachschub- und Versorgungsbasen abschneiden. Damit vereitelt er gleichzeitig einen vom Gegner zu spät geplanten Rückzug. Die feste Stellung des Gegners wird zu einer einsamen „Insel" im „verseuchten" Raum. Von allen Seiten angegriffen wird sie über kurz oder lang dem Angreifer erliegen. Ist die feste Stellung genommen und der Gegner, der sie besetzt hielt, vernichtet, so wird der Guerillero die eroberte Stellung nicht etwa seinerseits besetzen; er wird vielmehr den Schwerpunkt seiner Aktionen so schnell wie möglich von dieser Stelle weg an eine ganz andere, möglichst weit entfernte, verlagern. Im Kampfraum von gestern darf man heute keinen Guerillero mehr finden. Wer zufällig dort verblieben ist, wird sich, ist der Kampf vorüber, über Nacht in einen friedlichen Zivilisten verwandeln. Als Zeugen des beendeten Kampfes bleiben nur Ruinen und Massengräber zurück. (S. 90-93)

VIII. PROBLEME DER ZEIT

§ 4 — *Ein Krieg ohne Sieg?*

Da es im Kleinkrieg in der Regel keine dauernde Besetzung „entscheidender Punkte" durch die Guerilleros, keine „Sammlung der Kräfte" der Guerilleros „im Raum" und nur eine begrenzte „Vereinigung der Kräfte in der Zeit" gibt, kennt der Kleinkrieg auch keine „*entscheidende*" militärische Aktion *der Guerilleros* im Sinn der klassischen Strategie, keine „entscheidende" Schlacht, keine „entscheidende" operative Bewegung.

Folgt aus dieser Feststellung, daß der Kleinkrieg im Grunde auch ein Krieg ohne Sieg ist? Es gibt Theoretiker, die das behaupten. Bei Thayer findet sich der Satz, daß Kleinkriege „von Guerillas nie gewonnen, aber von ihren Gegnern oft verloren" werden. Noch apodiktischer spricht Katzenbach an der eben zitierten Stelle davon, daß der Kleinkrieg wie „Schlamm" den Gegner zwar „stoppen" und damit für den Guerillero „die Niederlage hinauszögern", „nicht aber den Sieg herbeiführen" könne.

Dem Guerillero kommt es darauf an, den Feind psychologisch zu „vernichten". Auch der Kleinkrieg ist „ein Akt der Gewalt", um den Gegner „zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen"; und um diesen Zweck sicher zu erreichen, geht es auch im Kleinkrieg darum, den Gegner „wehrlos" zu machen — „wehrlos" allerdings vor allem in dem Sinn, daß er nicht mehr die *innere* Kraft und nicht mehr den *Willen* besitzt, sich zu wehren. Damit wird aber das Problem der Wehrlosmachung des Gegners zu einem *Problem der Zeit*.

Der Kleinkrieg soll zur allmählichen physischen und psychischen Ausblutung des Gegners führen. Dazu ist zunächst notwendig, diesem den *Glauben an die Möglichkeit eines Sieges über die Guerilleros* zu nehmen. Dem Feind muß die Guerillabewegung als eine Art Lernäischer Hydra erscheinen: Schlägt man dem vielköpfigen Ungeheuer einen Kopf ab, so wachsen zwei Köpfe nach; ein Kopf aber ist jedenfalls unsterblich. Mißlingt eine Kleinkriegsaktion oder wird eine Gruppe von Guerilleros verraten, entdeckt, gefangen, ausgeschaltet, vernichtet, so müssen binnen kurzer Zeit neue Aktionen dem Gegner zeigen, daß die Bewegung noch lebt und daß der Mißerfolg für sie kein „entscheidender" Schlag war. Wie ein-

erseits keine Kleinkriegsaktion der Guerilleros für sich entscheidend sein kann, so muß dem Gegner andererseits gezeigt werden, daß es auch für ihn keine *„Entscheidungsschlacht"* gegen Guerilleros geben kann.

In den Kleinkriegsaktionen soll die *Ordnung des Gegners zerstört* werden, — und zwar jede Form seiner Ordnung: die militärische wie die zivile, die wirtschaftliche wie die politische. Auch Clausewitz *spricht* von einer solchen Zerstörung der Ordnung: Er meint damit jedoch nur die Zerstörung der Ordnung eines *Heeres*, die in der Hauptschlacht erreicht werden soll und er nennt *diese* Zerstörung die *Entscheidung*. Der Kleinkrieg ist ein totaler Krieg, in dem es nicht nur um die Existenz von Heeren geht und in dem deshalb Zerstörung der Ordnung eines Heeres *allein* noch nicht die Entscheidung bedeutet. Wie der Atomkrieg zu einem Chaos führt, so löst auch der erfolgreiche Kleinkrieg beim Feind des Guerilleros allmählich *jede* Ordnung auf.

Beaufre charakterisiert den Kleinkrieg treffend als „totalen, langen Kampf von geringer militärischer Intensität". An seinem Ende steht das Überleben dessen, der den längeren Atem hat. Der Sieg im Kleinkrieg kommt unbemerkt, gewissermaßen durch die Hintertür.

Sieg im Kleinkrieg bedeutet nicht — oder nicht in jedem Fall —, daß der Gegner *militärisch* geschlagen, immer aber, daß er erschöpft und ausgeblutet, daß er *psychisch* erledigt ist. Ist unter „Sieg" *jeder* Erfolg zu verstehen, bei dem mit Mitteln der Gewalt das Ziel erreicht wird, um dessentwillen zur Gewalt gegriffen worden war — und schon Clausewitz spricht von einem wirklichen Sieg, der *mehr* ist, als der bloße Erfolg auf dem Schlachtfeld —, dann gibt es auch für den Guerillero einen *echten* Sieg. Der Weg zu ihm führt allerdings nicht über eine entscheidende Schlacht, sondern über eine Unzahl von einzelnen, kleinen Aktionen, und nicht selten stellt die Welt — wie etwa im Fall des Kleinkriegs der Mau-Mau in Kenya oder der ukrainischen Freiheitskämpfer in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg — erst hinterher und manchmal mit einem gewissen Erstaunen fest, daß ein Kleinkrieg mit dem Sieg dieser oder jener Partei beendet ist; ja, mitunter wird sogar der, der den Sieg erringt, sich dessen erst lange nach dem Sieg — vielleicht zu spät — bewußt. (S. 106-108)

IX. BEWEGUNG, GELÄNDE UND BEVÖLKERUNG

§ 1 — *Die Bewegung im Kleinkrieg*

Wir sprachen vom Problem des Raums und der Zeit im Kleinkrieg. Die Funktion von Raum und Zeit ist Bewegung. Handlungsfreiheit im Krieg ist, so stellten wir fest, Freiheit der Verfügung über Raum und Zeit. Sie ist damit vor allem Bewegungsfreiheit. Immobilisierung des Gegners ist stets — um welche Art eines Krieges es sich auch handeln mag — auf der strategischen wie auf der operativen und taktischen Ebene der Anfang des Siegs.

Der Kleinkrieg ist, auch dies wurde in anderem Zusammenhang schon gesagt, seinem Wesen nach Bewegungskrieg. Wenn in irgendeiner Art des Krieges in dem „Kampf" genannten Wechselspiel von Bewegung und Feuer die Bewegung das Feuer zu überwinden und seiner Wirkung zu berauben vermag, so ist dies im modernen Kleinkrieg der Fall.

Die Bewegung des Kleinkriegs ist allerdings besonderer Art. Der Kleinkrieg kennt nur in seltenen Ausnahmefällen Märsche im Sinn eines „großen" Kriegs. Die Guerilleros marschieren normalerweise nicht in mehr oder weniger geschlossenen Kolonnen oder Verbänden. Sie sickern vielmehr meist — einzeln oder in kleine und kleinste Gruppen aufgeteilt — lautlos und unbemerkt in den Raum ein, den sie erreichen wollen. Die Sickerbewegung, die Infiltration, ist sowohl im operativen wie im taktischen Bereich die für den Kleinkrieg charakteristische Art der Bewegung. Andererseits ist — dies sei am Rande bemerkt — die Sickerbewegung keineswegs auf den Kleinkrieg beschränkt. Im Zweiten Weltkrieg und her-

nach hat das sowjetische Heer in vielen Fällen gezeigt, daß es die Kunst der Infiltration auf jeder Ebene — im großen wie im kleinen: vom Sickeraufmarsch ganzer Armeen bis zum Einsickern eines Stoßtrupps in die feindliche Stellung — auch im „großen" Krieg meisterhaft beherrscht.

In der Sickerbewegung wird ein Verband aufgelöst, „zerstreut". Dabei kommt es, wie die Kleinkriegsanweisungen der Viet-minh betonen, darauf an, daß der „zerstreute" Verband im Stande ist, sich schnell zu sammeln und umgekehrt. „Nur dadurch, daß wir uns wahlweise zerstreuen und versammeln", so heißt es in der genannten Vorschrift der Viet-minh, „können wir immer die Initiative behalten". Die Sickerbewegung ermöglicht es den Guerilleros, sich „abwechselnd sichtbar und unsichtbar" zu machen, überraschend dort aufzutauchen, wo sie vom Gegner nicht vermutet werden und sich „hinwegzustehlen", wenn der Gegner zu einem „Bereinigungsunternehmen" ansetzt.

Man kann zwei verschiedene Formen der Sickerbewegung unterscheiden. Die erste dieser Formen ist die Infiltration in unbewohntem Gelände. Der Guerillero verhält sich hier wie ein Raubtier, das seine Beute anschleicht. Er geht jeder menschlichen Behausung und jeder Berührung auch mit der unbeteiligten Zivilbevölkerung aus dem Weg, er trägt — dies betont vor allem „Che" Guevara — Hunger und Durst, Hitze und Kälte, paßt sich so dem Gelände an, daß er mit ihm zur Einheit zu verschmelzen scheint — daß er nahezu Teil dieses Geländes, und das Gelände während dieser Zeit zum Teil seines eigenen Ichs wird. Unter den sowjetischen und jugoslawischen Partisanen des Zweiten Weltkriegs, in der einen oder anderen französischen Widerstandsgruppe, der das Gelände, in dem sie sich bewegte, der Maquis, den Namen gab, unter den ukrainischen Freiheitskämpfern nach 1945 und vor allem bei den schwarzen Guerilleros, die in den letzten Jahren aus Sambia nach Mozambique, Rhodesien und Angola eingeschleust wurden, fanden sich oft Meister dieser Art der Sickerbewegung.

Die zweite Form der Infiltration nützt die dichte Besiedlung einer Gegend, starken Verkehr oder irgendeine Ansammlung von Menschen, die sich gegenseitig nicht kennen — Märkte, Demonstrationen, Ausstellungen, Volksfeste und dergleichen mehr — zum Einsickern aus. „Wir müssen vor allen Dingen dann handeln", so heißt es in den schon zitierten Kleinkriegsanweisungen der Vieth-minh, „wenn der Feind uns unterschätzt. Wir befehlen dann unseren Männern, sich als Kulis, als feindliche Soldaten und als Hausierer auf dem Weg zum Markt zu verkleiden. Unsere maskierten Kämpfer nutzen das Element der Überraschung aus, um den Feind in seinem Fort oder seiner Garnison zu vernichten. . . . die Kommandos . . . gehen in Zivil in den Kampf und mischen sich nachher, um der Aufmerksamkeit des Feindes zu entgehen, unter die Bevölkerung."

Je nach Lage wird der Guerillero sich bald für die eine, bald für die andere Form der Sickerbewegung entscheiden. Auf der Ebene der Taktik kann der blitzschnelle Wechsel von der einen zu der anderen Form der Infiltration am rechten Ort und zum richtigen Zeitpunkt für den Erfolg eines Kleinkriegsunternehmens von nicht weniger entscheidender Bedeutung sein, als dies der rechtzeitige und rasche Übergang von der Infiltration in der Bewegung zur Konzentration in der kämpferischen Aktion und von der Konzentration wieder zur Infiltration nach beendetem Unternehmen ist.

(S.108-111)

Die sowjetischen „Speznas"-Truppen

Zusätzlich zu dem massiven Potential an atomaren, chemischen und konventionellen Kräften für einen Überraschungsangriff gegen Westeuropa verfügt Moskau über eine Elitetruppe, die „Besten der Besten". Das sind die sogenannten Truppen für „Sonderaufgaben" (**Spez**ialnogo **Nas**natschenija = Speznas), die in Friedenszeiten etwa 30000 Soldaten umfassen. Für Kriegszeiten sagt diese Zahl jedoch nichts aus: Bereits Monate vor Kriegsausbruch würden sogenannte „ehemalige Speznas" wieder in den aktiven Dienst einberufen und die Truppenstärke dieser Spezialeinheiten in aller Stille auf 100000 bis 120000 angehoben werden.

Die Speznas-Einheiten, die dem Hauptamt für Aufklärung (GRU, Fünftes Direktorat, Abteilung 3) im sowjetischen Generalstab unterstellt sind, dürfen nicht mit anderen Elite-Kampftruppen verwechselt werden. Zu den letzteren gehören acht Luftlandedivisionen, Marine-Infanteriebrigaden und Hubschrauber-gestützte Luftsturmregimenter, die u.a. in der DDR, an der Grenze zu Nordnorwegen und im Fernöstlichen Militärbezirk gegenüber Japan stationiert sind.

Unmittelbar vor Ausbruch eines Krieges werden die Speznas aktiv. Sie haben unter anderem die Aufgabe, 1) westliche Politiker und Militärs in Schlüsselpositionen zu ermorden, 2) wichtige NATO-Zielobjekte, z.B. Atomraketenbasen, Waffen-, Munitions- und Treibstoffdepots, Pipelines, Brücken, Tunnel, Eisenbahnstrecken, zivile und militärische Kommunikationszentren, Startbahnen und Flughäfen, Hafenanlagen und Kriegsschiffe zu zerstören, 3) entscheidende Stellungen, z.B. Brücken, im Rücken des Feindes solange zu besetzen, bis die regulären Truppen der Roten Armee ankommen.

Zu den Kriterien für die Auswahl der Speznas-Rekruten gehören nicht nur Körperkraft und Zähigkeit, sondern auch Intelligenz, Verschlagenheit und vor allem Begabung für Fremdsprachen. Während der Ausbildungszeit werden sie unvorstellbar harten Prüfungen ausgesetzt. Zum Trainingsprogramm zählt nicht nur die Kunst des stillen Mordes mit schallgedämpften Pistolen, Zielfernrohrgewehren, chemischen und Gassprühpistolen sowie der Umgang mit allen Arten von Sprengstoffen, sondern auch ein äußerst hartes Überlebenstraining in der Wildnis — Wüsten, Gebirgen, arktischem Klima, Wäldern etc. Speznas-Einheiten werden immer wieder mit dem Fallschirm in irgendeiner unwirtlichen Gegend mit der Aufgabe abgesetzt, Hunderte von Kilometern zurückzulegen und dann an einem bestimmten Zielpunkt eine Sabotagemission durchzuführen. Alle Speznas-Soldaten sind ausgezeichnete Fallschirmspringer und Schwimmer, und die Mitglieder der vier Speznas-Marinebrigaden sind ausgezeichnete Taucher.

In den letzten Jahren hatten die Speznas-Truppen darüber hinaus die unschätzbare Gelegenheit, unter wirklichen Kampfbedingungen, nämlich in Afghanistan, ihre verschiedenen Geschicklichkeiten zu testen. Im Laufe seiner Dienstzeit war jeder einzelne Speznas mindestens einmal, wenn nicht gar zwei-oder dreimal in Afghanistan.

Der Speznas-Rekrut kennt sein späteres Kriegseinsatzgebiet wie seine Westentasche. Die Ausbildung findet normalerweise in Landschaften der Sowjetunion oder Osteuropas statt, die denen des späteren Zielgebiets im Westen am meisten ähneln.

Diese „Vertrautheit mit dem Terrain" wird auch nach der Ausbildung weiter vertieft. Speznas-Reservisten bekommen normalerweise Positionen, die es ihnen erlauben, oft in den Westen zu reisen und ihr künftiges Einsatzgebiet aus erster Hand kennenzulernen. Sie bereisen den Westen als Lastwagenfahrer, Reiseführer, Zirkusakrobaten oder Sportler und ha-

ben, als solche getarnt, die Möglichkeit, ungehindert Landschaft und Leute kennenzulernen. Speznas-Reservisten dienen auch in der sowjetischen Handelsflotte, um sich mit Hafenanlagen im Westen vertraut zu machen, oder in der sowjetischen Fluggesellschaft Aeroflot, um die Flughäfen in ihren späteren Einsatzgebieten zu studieren.

Die Struktur der Speznas

Zu den Speznas-Truppen gehören zwei verschiedene Arten von Einheiten. Zahlenmäßig geringer sind die Speznas-Agenten oder „Schläfer", die lange vor Beginn des Krieges den Westen infiltrieren. Sie werden schon seit über zwei Jahrzehnten systematisch in den Westen eingeschleust; vorher werden sie als Experten für Mord, Sabotage und Sprengungen ausgebildet und erhalten ein Sprachtraining, das es ihnen erlaubt, sich ihrer neuen Umgebung perfekt anzupassen.

Solche Agenten beziehen beispielsweise Posten in Rüstungsfirmen, Elektrizitätswerken, Eisenbahnen, Häfen und Flughäfen oder übernehmen Funktionen im Militär oder in der Regierung. Andere gründen ihre eigenen Firmen, z.B. Transportfirmen in der Bundesrepublik oder West-Berlin, wieder andere werden „Amateur-Flieger", um die Infrastruktur für die Speznas-Brigaden und -Kommandos vorzubereiten. Weitere Speznas-Agenten, die relativ harmlose Berufe ausüben, haben den Auftrag, an bestimmten Stellen Waffen- und Sprengstoffvorräte für den Ernstfall anzulegen.

Zahlenmäßig weit stärker sind die 24 Speznas-Brigaden mit 1 300 Soldaten in jeder Brigade. In jedem der 16 Militärbezirke in der Sowjetunion ist eine Speznas-Brigade stationiert, außerdem ist den Gruppen der sowjetischen Streitkräfte in der DDR, Polen, CSSR und Ungarn jeweils eine Speznas-Brigade angeschlossen. Zuverlässige Quellen sagen, daß bereits zwei Speznas-Brigaden bei der „Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland" (GSSD) stationiert sind. Jede „Front" oder Gruppe von Armeen hat eine Brigade, und in der DDR sind in Friedenszeiten zwei solcher „Fronten" stationiert. Dann gibt es noch vier Speznas-Brigaden, jeweils eine bei der sowjetischen Nordflotte in Murmansk, der baltischen Flotte, der Schwarzmeerflotte und der Pazifikflotte. Darüber hinaus gibt es 41 unabhängige Speznas-Kompanien, jede mit 115 Soldaten, die jeweils einer sowjetischen Armee angeschlossen sind.

Operationsgebiet Bundesrepublik

Die meisten Speznas-Kräfte sind gegen die Bundesrepublik und gegen Skandinavien konzentriert. Zu den gegen die Bundesrepublik gerichteten Einheiten gehören die zwei Speznas-Brigaden in der DDR, die bei der sowjetischen „Nordgruppe" in Polen stationierte Brigade sowie die im weißrussischen Militärbezirk. Für Kriegsoperationen auf dem Boden der Bundesrepublik sind außerdem vorgesehen: mindestens die Hälfte der bei der sowjetischen „Zentralgruppe" in der Tschechoslowakei stationierten Speznas-Brigade sowie die fünf der GSSD zugeordneten Speznas-Kompanien, weiterhin die beiden Kompanien, die den zwei Armeen der „Zentralgruppe" zugeteilt sind, sowie einige Speznas-Kompanien, die im weißrussischen Militärbezirk stehen.

Ohne die Speznas-„Schläfer" in der Bundesrepublik dazuzurechnen, kommt man auf eine gegen Deutschland gerichtete Speznas-Truppenstärke von fast 7 500 in Friedenszeiten. Allerdings muß man diese Zahl mindestens mit vier multiplizieren, um zu errechnen, wieviele Speznas-Soldaten bei Kriegsausbruch tatsächlich in die Bundesrepublik einfallen werden. In anderen Worten, ca. 30 000 Speznas werden im Kriegsfall über Befehlszentren, Kommunikations- und Transportzentren der NATO sowie Zielobjekte wie Brücken, Tunnel, Flughäfen, Häfen herfallen und Attentate auf militärische und politische Führungspersönlichkeiten durchführen.

Die Speznas-Mordteams sind die Stabskompanie jeder Speznas-Brigade. Dabei handelt es sich um Experten für Morde und Sprachkenner, die den Westen entweder getarnt als NATO-Personal oder in Zivilkluft betreten würden. Die Speznas-Soldaten bei den „Gruppen der sowjetischen Streitkräfte" und in den Militärbezirken der UdSSR tragen nie die Uniform der

Luftlandetruppen, ihre „Parade"-Uniform; sie werden meistens als Kommunikationstruppen oder unter anderen Decknamen einquartiert.

Diese umfangreichen Truppen in die Bundesrepublik einzuschleusen, ist leider nicht sehr schwierig. Neben dem Einsatz von Fallschirmspringern und Hubschraubern bietet die innerdeutsche Grenze genügend Möglichkeiten, unbemerkte Grenzübergänge zu arrangieren. Bereits in der Bundesrepublik stationierte Speznas-Agenten können auf die Neuankömmlinge in dem größtenteils unbewohnten Grenzgebiet warten und die Sabotage-Teams dann innerhalb weniger Stunden an jeden beliebigen Punkt der Bundesrepublik Deutschland, der Niederlande oder Frankreichs bringen. Außerdem bieten die Transitstrecken durch Berlin, auf denen Fahrzeuge mit „westlichen" Kennzeichen kaum kontrolliert werden, eine weitere, einfache Möglickeit, massenweise Speznas einzuschleusen. Außer Lastwagen und anderen Fahrzeugen, die den Speznas zur Verfügung stehen, verfügt die DDR über einen großen Fuhrpark von westdeutschen Autos und Fahrzeugen, die in den letzten Jahren als „Fluchthilfewagen" beschlagnahmt wurden.

Die zweitgrößte Speznas-Konzentration ist gegen Skandinavien gerichtet. Dazu gehören die Speznas-Brigaden im baltischen und im Leningrader Militärbezirk als auch die Speznas-Marinebrigaden bei der Nordflotte und der Baltikflotte. Diese Brigaden von ausgezeichneten Marinetauchern verfügen über Mini-U-Boote, Luftkissenboote und Hubschrauber, um Kommando-Einsätze gegen Norwegen und Schweden durchzuführen.

Ein Zeitungsartikel, der kürzlich in den USA erschien, beschrieb, daß die Speznas auch den Auftrag haben, im Kriegsfall den schwedischen König zu ermorden. Diese Meldung ist kaum „sensationell" oder „seltsam" zu nennen. Bei Kriegsausbruch wollen die Sowjets sicherstellen, daß Schweden sich nicht mit der NATO gegen die Sowjetunion verbündet und nicht gegen die sowjetischen Truppen vorgeht, die schwedisches Territorium passieren müssen, um Nordnorwegen zu erreichen. Unter diesen Umständen würde es höchst wahrscheinlich zu folgendem Szenario kommen: ein sozialdemokratischer Ministerpräsident würde sich wie damals Quisling weigern, gegen den russischen Angriff mobil zu machen. Daraufhin würde sich der König, als Oberbefehlshaber der schwedischen Streitkräfte, einschalten und den sowjetischen Invasionstruppen den Krieg erklären. Die „Ausschaltung" des schwedischen Königs ist für den Kreml von daher eine „Mission" von höchster strategischer Bedeutung.

Die Russen bezeichnen ihre Speznas-Truppen als „Molodtschiki", d.h. „Halsabschneider" oder „Mörder". Die Tatsache, daß dieser Begriff in einer Hetzsendung des Moskauer Fernsehens gegen Lyndon LaRouche und seine Mitarbeiter benutzt wurde, deutet an, daß u.a. *EIR* auf der „Abschußliste" der Speznas-„Molodtschiki" steht.

DDR-Speznas

Wie die *Allgemeine Schweizerische Militärzeitschrift (ASMZ)* in ihrer Ausgabe Nr. 5/86 berichtet, verfügen die Truppen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR nun auch über „Speznas"-ähnliche Kommandoeinheiten nach sowjetischem Vorbild. Sie tragen die Uniform der Fallschirmjäger mit der Fallschirmjägerspange, doch nicht deren orangefarbigen, sondern den violetten Kragenspiegel der MfS-Truppen und die Ärmelstreifen des MfS-„Felix Dzierzynski"-Wachregimentes. Bei diesem handelt es sich eigentlich um eine 7 000 Mann starke Brigade, die in acht Bataillone gegliedert ist und unter dem Kommando von Generalmajor Bernhard Eisner steht. ...